



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN

Risiko und Chance: Naturkatastrophen im Deutschen Kaiserreich (1871-1918)

Eine umweltgeschichtliche Betrachtung

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. phil.) an der
Philosophischen Fakultät der
Universität Göttingen

Patrick Masius, M. A.

Erstprüfer:

Prof. Rainer Marggraf

Zweitprüfer:

Prof. Manfred Jakobowski-Tiessen

Bearbeitungszeitraum: 1. Juli 2007 bis 1. August 2010

Göttingen, August 2010

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abbildungsverzeichnis.....	4
Tabellenverzeichnis	5
Vorwort.....	6
1 Einleitung: Eine Katastrophengeschichte schreiben.....	7
1.1 Untersuchungsfeld.....	9
1.1.1 Naturkatastrophen.....	9
1.1.2 Untersuchungsraum.....	11
1.1.3 Akteure und Quellen.....	13
1.2 Untersuchungsperspektive.....	15
1.2.1 Umweltgeschichte	15
1.2.2 Zu einer möglichen Theorie der Naturkatastrophe.....	19
1.2.3 Fragestellung und Konzeption.....	22
2 Risikokultur: Der Bergsturz in Kaub (1876)	26
2.1 Schreckensnacht und Rettungsversuche.....	27
2.2 Der Berg bewegt sich	36
2.3 Wieso die erkannte Gefahr zur Katastrophe werden konnte	44
2.3.1 Politische Ökonomie	46
2.3.2 Eine Frage von Verwaltung und Ökonomie	47
2.3.3 Kosten-Nutzen-Analyse?.....	51
2.3.4 Die Frage nach der Evakuierung	54
2.3.5 Staatsinteressen und private Risiken	57
2.3.6 Risiko und Verantwortung	59
2.3.7 Expertenwissen in der Kritik.....	63
2.3.8 Ursachenklärung nach Aristoteles.....	66
2.4 Nach der Katastrophe ist vor der Katastrophe.....	66
3 Am Wendepunkt: Hungerkrise in der Eifel.....	76
3.1 Missernte und Notstand in „Preußisch Sibirien“	77
3.1.1 Exkurs: Malthusianische Moralvorstellungen.....	81
3.1.2 Arbeitsprogramme	83
3.1.3 Suppenküchen und Saatgut.....	87
3.2 Strukturelle Ursachen der Hungerkrise	96
3.2.1 Demographie und Auswanderung	97
3.2.2 Innere und äußere Natur	99
3.2.3 Fehlende Märkte und Industrien.....	100

3.2.4	Erbrecht und Landwirtschaftliches System	102
3.3	Vom preußischen Sibirien zum preußischen Entwicklungsland	103
3.3.1	Meliorationsmaßnahmen	104
3.3.2	Aufforstung mit „Preußisch Holz“	106
3.3.3	Wasserversorgung und Gesundheit	108
3.3.4	Der Bau der Eisenbahn	109
3.3.5	Die Eifel als Erholungsgebiet	111
3.3.6	Katastrophe oder inszenierter Hunger?	113
4	Wissenschaft, Politik und Katastrophenmoral: Das Hochwasser am Rhein im Winter 1882/83	115
4.1	Eine Sintflut im Herzen Deutschlands	116
4.1.1	Hydrologischer Hintergrund	116
4.1.2	Eindrücke aus dem Überschwemmungsgebiet	119
4.1.3	Die Organisation von Hilfe	122
4.1.4	Findige Händler	128
4.1.5	Seuchenprävention und Hygiene	130
4.1.6	Zum Beispiel: Neuwied	134
4.1.7	Zum Beispiel: Longerich	140
4.1.8	Exkurs: Wieder Jahrhunderthochwasser. Eine Einordnung in die Hochwassergeschichte am Rhein	143
4.2	Solidarität im Angesicht der Katastrophe	146
4.2.1	Private Solidarität und nationale Identität	147
4.2.2	Rheinische Verbundenheit	155
4.2.3	Globale Spendensammlungen und transnationale Solidarität	159
4.2.4	Exkurs: Internationale Beziehungen	164
4.2.5	Gabenaustausch	167
4.2.6	Resümee	170
4.3	Ursachendiskussionen in Politik und Wissenschaft	170
4.3.1	Das Abholzungsparadigma zwischen Wissenschaft und Politik	171
4.3.2	Extreme Niederschläge und der Zusammenschluss von Wissenschaft und Politik	185
5	Ergebnisse und Synopsis: Naturkatastrophen als umwelthistorische Ereignisse	201
5.1	Auseinandersetzung mit Katastrophen	201
5.2	Ereignis und Struktur	207
5.3	Umwelthistorische Verbindungen	215
5.4	Epilog: Europas kleine Katastrophen	219
	Bibliographie	223

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Untersuchungsgebiet	13
Abbildung 2: Naturkatastrophenforschung im Kontext der Umweltgeschichte. Die Rückseite der Medaille.....	17
Abbildung 3: Gebietskarte von Kaub	27
Abbildung 4: Rettungsarbeiten in Kaub	30
Abbildung 5: Ausschnitt aus der Taxierung der betroffenen Gebäude	41
Abbildung 6: Beobachtungen über das Vorgehen des Bergrutsches zu Lorch 1881.....	72
Abbildung 7: Photographie des Bergrutschgebietes kurz nach der Katastrophe.....	73
Abbildung 8: Darstellung des Katastrophengebietes.....	74
Abbildung 9: Die geographische Lage der Kreisstädte, der besonders stark betroffenen Eifelkreise	79
Abbildung 10: Übersicht der Bewilligungen der Provinzialverwaltung für die Eifel 1883.....	89
Abbildung 11: Titelseite von Franz Thomas Notstandsbericht	93
Abbildung 12: Die Eisenbahnlinien der Eifel.....	110
Abbildung 13: Holzstiche aus Franz Thomas Broschüre zum Notstand in der Eifel 1883.....	112
Abbildung 14: Wasserstandsmarken an einem Wohnhaus am Rheinufer von Urmitz (bei Koblenz) [Aufnahme Sept. 2008]. Die runde Marke (oben Mitte) erinnert an das extreme Hochwasser von 1882.....	117
Abbildung 15: Hydrologischer Verlauf bedeutender Rheinhochwasser im 19. Jahrhundert.....	118
Abbildung 16: Das Territorium des Deutschen Kaiserreichs. Hervorgehoben sind die Regionen am Mittelrhein (Preußische Rheinprovinz, Hessen-Nassau) bzw. am Oberrhein (Baden, Elsaß, Pfalz, Hessen) die 1882/83 von den Hochwassern betroffen waren.....	119
Abbildung 17: Vieh in der Kirche	121
Abbildung 18: Preußisches Gesetz vom 21. Januar 1883.....	123
Abbildung 19: Helfer im Einsatz bei Mainz	128
Abbildung 20: Zeitgenössische Postkarte.....	134
Abbildung 21: Übersichtskarte der Bürgermeisterei Longerich.....	141
Abbildung 22: Historische Wasserstände am Pegelhäuschen in Koblenz (Eigene Aufnahme 2008)	146
Abbildung 23: Spendenaufkommen in den ersten Monaten nach dem Rheinhochwasser von 1882/83 nach Regionen	153
Abbildung 24: Globales Spendenaufkommen für die Überschwemmten am Rhein (1883/84).....	160
Abbildung 25: Grafik aus Max Honsells Schrift, die einen Zusammenhang zwischen Niederschlägen und Hochwasser darstellen soll.	187

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Opfer und Gerettete	28
Tabelle 2: Übersicht der Ausgaben des Zentralprovinzialkomitees	91
Tabelle 3: Verlauf des Rheinhochwassers im November 1882 von Worms bis Emmerich	117
Tabelle 4: Spendeneingänge der Bürgermeisterei Ehrenbreitstein nach Fonds (in Reichsmark)	124
Tabelle 5: Verteilung der finanziellen Mittel des Zentralhilfskomitees der Rheinprovinz nach verschiedenen Verwendungszwecken (Angaben in Reichsmark)	125
Tabelle 6: Verteilung der finanziellen Mittel des Zentralhilfskomitees der Rheinprovinz nach Regierungsbezirken (Angaben in Reichsmark)	125
Tabelle 7: Aufstellung von Schäden und Hilfsleistungen im Landkreis Neuwied	138
Tabelle 8: Hochwasserchronik am Kölner Pegel	145
Tabelle 9: Aufstellung der Unterstützungskomitees im Großherzogtum Hessen und Baden über die eingegangenen Spenden (in Reichsmark)	154
Tabelle 10: Ergebnisse zeitgenössischer Studien zum Verhältnis von Bewaldung und Hochwasserpotenzial	175
Tabelle 11: Kurzbiografien der Hauptakteure	185

Vorwort

Eine Dissertation zu schreiben verlangt Motivation und Ausdauer. *Per aspera ad dis-astra* müsste in meinem speziellen Fall das Motto lauten. Um durch das Durcheinander der Sterne einen klaren Weg zu finden, bedurfte es vieler guter Ratschläge. Als wichtigste Ratgeber sind zunächst meine beiden Betreuer zu nennen: Rainer Marggraf, der mir alle organisatorischen und formalen Steine aus dem Weg geräumt hat und mit seinen messerscharfen Analysen effektive Hilfestellung bei der Konzentration auf die zentralen Punkte lieferte; und Manfred Jakobowski-Tiessen, der es mir durch seine zugängliche Art und die angenehme Atmosphäre in seinem Forschungskolloquium leicht machte, ein besseres Verständnis für die historische Wissenschaft zu entwickeln.

Sowohl wissenschaftlichen wie auch persönlichen Beistand erhielt ich von meinen Kollegen im Graduiertenkolleg Umweltgeschichte. Besonders danke ich Manuela Armenat für die Versorgung mit Fachwissen und schwer zugänglicher Literatur; Carsten Stühling dafür, dass er immer dann, wenn die Fantasie mit mir durchging, mich mit einem kühlen Kopf zurück auf den rechten Weg brachte; Jens Potschka und Jana Sprenger für wertvolle Unterstützung bei der Endbearbeitung; Dominik Collet für thematische Hinweise; sowie last but not least Lars Kreye und dem Umwelthistorischen Lesekreis für eine gewinnbringende Horizonterweiterung durch die Lektüre von modernen Klassikern.

Die großzügige Finanzierung durch die DFG ermöglichte nicht nur ein sorgenfreies Arbeiten, sondern schuf auch die Möglichkeit an Fachtagungen und Kongressen im In- und Ausland teilzunehmen. Für offenen wissenschaftlichen Austausch bin ich insbesondere Uwe Lübken und Christof Mauch (Rachel Carson Center) zu Dank verpflichtet. Die erfolgreiche Fertigstellung der Arbeit in den letzten Monaten wurde durch ein Überbrückungsstipendium der Graduiertenschule für Geisteswissenschaften Göttingen (GSGG) gewährleistet. Zu guter Letzt sei allen Archivaren und Bibliothekaren gedankt, die bei der Erhebung von Materialien unbezahlbare Dienste leisteten.

Für die Ausdauer, die nötig ist, um so ein Projekt erfolgreich abzuschließen, danke ich meinem Großvater, Egon Klepsch, dessen Lebensmaxim der „Kontinuität“ mir nachhaltig den Rücken stärkte. Der wichtigste Anteil an dieser Arbeit fällt jedoch meinem guten Stern zu, der immer vertrauensvoll über mir schien und mir half auch schwierige Phasen zu überbrücken: meiner Frau.

Per aspera ad astra

1 Einleitung: Eine Katastrophengeschichte schreiben

Am Anfang des Deutschen Kaiserreiches (1871-1918) stand eine Katastrophe: der Deutsch-Französische Krieg. Am 18. Januar 1871 erhob das erfolgreiche deutsche Heer seinen Oberbefehlshaber in Versailles zum Kaiser. Gleichwohl hatte der Krieg auch auf deutscher Seite tiefe Spuren des Leids hinterlassen. Neben den Waffenhandlungen hatte eine schwere Pockenepidemie sehr viele Todesopfer gefordert. Dies konnte auch durch nationale Stilisierung und prunkvolle Krönung nicht völlig überspielt werden.¹ Mit der Einigung trat Deutschland in ein modernes Zeitalter ein. Nationalstolz und Kolonialbestrebungen gehörten zu dem neu erlangten Selbstverständnis, ebenso wie Liberalismus, Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt. Dieselmotor und Glühbirne wurden erfunden, die Großindustrien expandierten und die Landwirtschaft wurde intensiviert. Im Gegenzug formierten sich ein politischer Marxismus sowie eine Naturschutzbewegung, die den Prozessen von Urbanisierung und Industrialisierung skeptisch gegenüber standen. Was für den einen wirtschaftlichen Wohlstand und Glückseligkeit versprach, war für den anderen Ausdruck der Unterdrückung und Entfremdung. Während Sozialdemokraten und Marxisten eine Entfremdung des Menschen vom Menschen erkannten, machten Naturschützer auf die Entfremdung des Menschen von der Natur aufmerksam.² Die Bismarck'schen Sozialgesetze und der Schutz von Naturdenkmälern können als reformatorische Reaktionen auf die attestierten Problemlagen verstanden werden.

Koch und Pasteur revolutionierten durch die Entdeckung von Bakterien die Medizin. Trotzdem trat 1892 eine todbringende Choleraepidemie in Hamburg auf. Es schien als ob, allem Fortschrittseifer zum Trotz, Katastrophen nicht aus der Welt zu schaffen waren. Im Gegenteil, mit dem technischen Fortschritt tauchten immer neue Gefahren und Katastrophen auf: Zugunglücke, Dampfkesselexplosionen und Grubenunglücke, die viele Menschenleben forderten, gehörten zunehmend zur Normalität.³ Die Verweltlichung ehemals kirchlicher Aufgabenbereiche durch den Staat (z. B. Schulwesen, Eherecht, Armenfürsorge) bedeutete für papsttreue Katholiken eine Katastrophe. Die Diskriminierung der katholischen Glaubensgemeinschaft mündete in dem sogenannten Kulturkampf.

¹ Althammer: Bismarckreich, S. 21 ff.

² Vgl. Pepper: Environmentalism, S. 14 ff.

³ Banse: Risikoforschung, S. 30. Der Beginn der Risiko- und Sicherheitsforschung wird in diesen Zusammenhang gestellt.

Wie man sieht konnten Katastrophen in den unterschiedlichsten Formen auftreten: für einige war der Tod von Karl Marx (1883) oder Richard Wagner (1888), für andere die Aktivität von Jack The Ripper (1888), für wieder andere der Aufstand im Sudan durch den Mahdi (1883) oder der Bergsturz von Elm (1881) eine Katastrophe.⁴ Auf dieser ganz allgemeinen Bedeutungsebene wird ersichtlich, dass Katastrophen erst zu solchen werden, indem sie bestimmte Weltbilder, Projekte und Interessen grundlegend hinterfragen. Der Soziologe Martin Voss spricht deshalb auch von symbolischen Katastrophen.⁵ Das griechische Wort „*katastróphē*“ (abgeleitet aus dem Verbum *katastréphein*, ‚völlig umdrehen‘, ‚auf den Kopf stellen‘, ‚zu Grunde richten‘, ‚zur Erde hindrehen‘) besaß im klassischen Griechisch [...] nicht – zumindest nicht vorwiegend – dieselbe Bedeutung wie das daraus abgeleitete deutsche Lehnwort“.⁶ Assoziiert wurden so unterschiedliche Sachverhalte wie Umsturz, Untergang (Tod), Unterwerfung, Schluss, Kran und das Zurückschwingen einer angeschlagenen Saite. Als Substantiv bezeichnete *katastróphē* auch kein Ereignis, sondern einen Verlauf.⁷ Ereignisse, die wir heute als Katastrophe bezeichnen würden, wurden damals konkret als Erdbeben, Flutwelle etc. benannt. Es findet sich kein *einzelner* Oberbegriff zu solchen Ereignissen, sondern eine Vielzahl miteinander konkurrierender Terme und Wendungen. Von besonderem Interesse ist außerdem die Tatsache, dass eine einheitlich negative Konnotation der *katastróphē* nicht gegeben war. Ob eine solche Glücksfall oder Unglücksfall war, erschloss sich erst durch semantische Aufladung. So finden sich durchaus neutral oder sogar positiv wahrgenommene Katastrophen im alten Griechenland, wie z. B. „willkommene Erdbeben“.⁸ Der Soziologe Dombrowski bemerkte in der Verwendung des deutschen Begriffes „Katastrophe“ seit etwa 1600 enge Verbindungen zu bestimmten göttlichen Straf- und Verdammnisaktionen. Im griechischen Neuen Testament wurden diese schon mit dem Wort „*katastréphein*“ umschrieben. Er betonte vor diesem Hintergrund den Untergangscharakter, den der Begriff vermittelt.⁹ In den Brockhaus Gesamtausgaben von 1885 und 1894 wurde Katastrophe schließlich im Rückgriff auf seine Begriffsgeschichte als „Umkehrung“ oder „Umwendung“ im Kontext der dramatischen Kunstsprache definiert. Dort bedeutete Katastrophe dann die Auflösung der Verwicklungen (des Knotens) in den Handlungen hin zu dem tragischen Ende des Dramas.

Ein solches sehr breites Konzept von Katastrophen ist analytisch mit vielen Problemen behaftet. Der Fokus dieser Arbeit liegt deshalb auf einer Teilmenge von Katastrophen

⁴ Die Liste ließe sich selbstverständlich unendlich weit fortsetzen.

⁵ Voss: Formen. Damit steht er fest in der Tradition der Katastrophensoziologie, die seit den 1980er Jahren Katastrophen auf Kommunikationsprobleme von Gemeinschaften zurückführen (mangelhafter Informationstransfer). (Gilbert: Disaster, S. 16).

⁶ Meier: Terminologie, S. 47.

⁷ Ebd., S. 48

⁸ Ebd., S. 45, 54.

⁹ Dombrowsky: Katastrophe, S. 30.

für bestimmte Akteure in einem umgrenzten Raum. Damit ist das Untersuchungsfeld in dreifacher Weise zu spezifizieren.

1.1 Untersuchungsfeld

1.1.1 Naturkatastrophen

Es geht im Folgenden nur um solche Katastrophen, die mit einem Naturereignis in Verbindung stehen und unter dem Begriff „Naturkatastrophen“ zusammengefasst werden. Darunter fallen zum Beispiel die Erdbeben von Ischia (1883), Nizza (1887), Messina (1898) oder San Francisco (1906), der Ausbruch des Krakatau (1883), Überschwemmungen am Mississippi, Ohio und Rhein, die Sturmflut an der Ostsee (1872) und viele andere Ereignisse, die im Zusammenhang mit Stürmen, Hangrutschungen, Schädlingsplagen, Unwettern¹⁰ zu verstehen sind. Ende des 19. Jahrhunderts verwendete man den Begriff Katastrophe für solche Ereignisse schon regelmäßig. In der Definition des Brockhaus Lexikons von 1895 hieß es: „Im gewöhnlichen Leben pflegt man jede entscheidende, namentlich unglückliche Wendung selbst jedes unglückliche Naturereignis Katastrophe zu nennen.“ Während im 18. Jahrhundert der Terminus nur ausnahmsweise in Zusammenhang mit Naturereignissen gebraucht wurde¹¹, zeigten die untersuchten Quellen Ende des 19. Jahrhunderts eine gewisse Etablierung des Begriffs. Anfang des 20. Jahrhunderts tauchte dann auch das Komposit „Natur-katastrophe“ in der deutschsprachigen Literatur auf.¹² Mit dem Begriff meint man heute im Allgemeinen eine „Sammel-Bez. für alle extremen Naturereignisse, die nicht nur zu großen Schäden an Natur, sondern v. a. an vom Menschen geschaffenen Bauwerken und Infrastruktur sowie zahlreichen Todesopfern, Verletzten und Obdachlosen führen (N. sind Kulturkatastrophen)“.¹³ Er umfasst also *per definitionem* eine gesellschaftliche Dimension. Ein Erdbeben, das in einer menschenleeren Wüste stattfindet, kann lediglich als Naturereignis wahrgenommen werden. Von einer Naturkatastrophe kann erst sinnvoll gesprochen werden, wenn menschliche Siedlungen nach einem Erdbeben geschädigt oder zerstört wurden. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage der Ursächlichkeit von solchen Naturkatastrophen schon seit dem 18. Jahrhundert kontrovers diskutiert. Während die naheliegende Meinung darauf beruht, dass das

¹⁰ Hierunter fallen auch Hitzeextreme wie z. B. im Sommer 2003.

¹¹ Poliwoda: Katastrophen, S. 30. Poliwoda nennt das Beispiel im Zusammenhang mit einem Elbehochwasser, das in der Berichterstattung der Züricher Zeitung als Katastrophe bezeichnet wird. Im Zedler Universallexikon von 1754 bedeutet „Catastrophe“ ganz allgemein: „eine geschwinde jähliche Veränderung“.

¹² Pfister: Naturkatastrophen und Naturgefahren, S.15. „Historisch gesehen ist „Naturkatastrophe“ ein jüngeres Wort. Im 18. Jahrhundert wurden diese ganzen Natur-Komposita geprägt: Natursehnsucht, Naturempfinden, Naturschauspiel, und darüber dann auch Naturkatastrophe“ (Trempler: Erfindung).

¹³ Brockhaus Enzyklopädie 2005.

Erdbeben Grund für die Katastrophe sei, erklärt eine Gegenposition die soziale Verfasstheit (man spricht heute von „Vulnerabilität“) zur Hauptursache. Laut Rousseau war es nicht das Erdbeben, das in Lissabon 1755 zur Katastrophe führte, sondern die Bauweise der Häuser.¹⁴ In Anlehnung an solche Überlegungen haben einige Sozialwissenschaftler und Historiker dafür plädiert, den Begriff Naturkatastrophe aufzugeben.¹⁵ Er impliziere nämlich, dass Natur der Agens von Katastrophen wäre, ohne auf die gesellschaftlichen Prozesse Rücksicht zu nehmen, die erst Katastrophen ermöglichen. Meiner Meinung nach ist der Begriff nach wie vor zweckmäßig. Er dient (1) als Hinweis auf ein Naturereignis, das im Zusammenhang mit der Katastrophe steht¹⁶, (2) zur Differenzierung zu technologischen, politischen, sozialen oder kulturellen Katastrophen und (3) zur hilfreichen Abgrenzung eines speziellen Forschungsfeldes mit besonderen analytischen Eigenschaften in der Schnittmenge von Natur und Kultur. Eine gültige Definition, die für historische Arbeiten geeignet wäre, gibt es in dem umstrittenen Themenfeld bislang nicht. In dieser Hinsicht hat sich seit der Veröffentlichung des zum Standardwerk avancierten Sammelbandes zur Katastrophenwahrnehmung von Groh, Kempe und Mauelshagen wenig verändert.¹⁷ Eine strikte ahistorische Definition ist vor dem Hintergrund sich wandelnder historischer Kontexte auch kaum wünschenswert. Auf der anderen Seite ist ein gänzlich historischer Umgang mit dem Begriff zu eng. Gebraucht man das Wort nur in Anschluss an historische Quellen, so gibt man die Möglichkeit von Vergleichbarkeit und damit Analysierbarkeit vollständig auf.¹⁸ In Deutschland würde Naturkatastrophenforschung außerdem nur noch für das 20. Jahrhundert möglich sein.¹⁹ Der Gebrauch des Terminus „Naturkatastrophe“ als bedeutungsoffenes Konzept erscheint mir als gangbarer Mittelweg.²⁰ Der Historiker Christian Rohr hat mit einem Kriterienkatalog einen Anhaltspunkt in diese Richtung geliefert.

¹⁴ Rousseau zitiert in Borst: Erdbeben, S. 561. „Gestehen Sie zum Beispiel, daß es keineswegs die Natur war, die dort 20.000 sechs- bis siebenstöckige Häuser zusammengedrängt hatte und daß, wenn die Einwohner dieser Großstadt gleichmäßiger und lockerer verteilt gewohnt hätten, der Schaden viel geringer oder vielleicht gleich Null gewesen wäre.“

¹⁵ Siehe hierzu Hewitt: Calamity. Blaikie et al.: Risk. Bankoff: Cultures.

¹⁶ Dies muss kein linear-kausaler Zusammenhang sein. Der Begriff spricht nicht automatisch gegen eine multikomplexe Ursachenlage.

¹⁷ Groh, Kempe & Mauelshagen.: Einleitung, S. 15. Siehe auch Rohr: Naturereignisse, S. 55. „In der Forschung zu Naturkatastrophen fehlt nach wie vor eine allgemein anwendbare Definition des Katastrophenbegriffs – sofern es eine verbindliche Definition überhaupt geben kann.“

¹⁸ Die Differenz von „Wort“ und „Begriff“ muss in dieser Hinsicht ernst genommen werden (z. B. Mauelshagen: Klimakatastrophe, S. 222).

¹⁹ Vorher existierte das Wort „Naturkatastrophe“ nicht.

²⁰ Es ist bezeichnend, dass auf Konferenzen zu Naturkatastrophen meist Unklarheit und Uneinigkeit über den zentralen Begriff herrscht. Stimmt man einer weichen Definition wie der von Rohr zu, so würde diese Unklarheit eher Lösung als Problem darstellen.

Dazu gehören (1) ein Mangel an Hilfskräften, (2) ein weiter Kreis von direkt und indirekt Betroffenen, (3) ein Erklärungsnotstand, (4) das unerwartete Eintreten eines Ereignisses, (5) die Häufung von Naturereignissen in kurzer Zeit, (6) ein symbolischer Verweischarakter von Naturereignissen und letztlich (7) eine allgemeine Krisenstimmung. Für Rohr ist von einer Naturkatastrophe zu sprechen wenn mindestens drei bis vier dieser Kriterien zutreffen.²¹ Nach meinem Dafürhalten liefert diese Liste einen guten Anhaltspunkt zur ersten Orientierung, wenngleich einzelne Kategorien stark von Rohrs Untersuchungszeit (Mittelalter) geprägt sind. Engere Definitionsversuche wie der von Pfister unterstreichen die Bedeutung bestimmter Merkmale, wobei in der Moderne die Schadensdimension eine bedeutendere Rolle einnimmt und symbolische Funktionen unberücksichtigt bleiben: Ein Ereignis wird zur Naturkatastrophe, „wenn das Ereignis plötzlich und unerwartet eintritt, Schäden großen Ausmaßes verursacht und Hilfe von außen nötig ist.“²² In meinem Verständnis hat die Naturkatastrophe einen doppelten Ereignischarakter. Sie vereint Naturereignis und historisches Ereignis, weshalb ich in dieser Kombination von einem umwelthistorischen Ereignis spreche.²³ Als konzeptuell-formale Definition schlage ich deshalb vor: „Naturkatastrophen sind Ereignisse, die aus einer Verbindung von gesellschaftlichen und natürlichen Strukturen entstehen und auf diese Strukturen wiederum verändernd einwirken“. Die drei untersuchten Fallbeispiele: Der Bergsturz bei Kaub (1876), Missernten und Hunger in der Eifel (1883) und das Rheinhochwasser (1882/83) verstehe ich innerhalb dieser Systematik, die weiter unten ausgeführt wird (*Untersuchungsperspektive*). Aus den herausragenden Naturkatastrophen des Deutschen Kaiserreiches wurden diese drei ausgewählt, weil sie eine gewisse Heterogenität repräsentieren, gleichzeitig aber in regionalen Zusammenhang gebracht werden können.²⁴

1.1.2 Untersuchungsraum

Der Untersuchungsraum beschränkt sich auf die preußischen Rheinlande. Neben einem kleinen Teil von Hessen-Nassau liegen die Fallbeispiele vornehmlich in der Rheinprovinz.²⁵ Die Rheinprovinz gehörte seit dem Wiener Kongress 1815 zum preußischen Territorium, Hessen-Nassau seit 1866. Obwohl die Rheinprovinz konfessionell (katholisch geprägt²⁶) und in ihrer Einstellung zu Frankreich (Franzosenfreund) automatisch in einem Spannungsverhältnis zum Mutterland Preußen stand, wurde die Einheit letztendlich anerkannt. Schon in dem bedeutenden

²¹ Rohr: Naturereignisse, S. 55 ff.

²² Pfister zitiert in Müller: Element, S. 41.

²³ Das historische Ereignis verstehe ich in Anlehnung an Sewell: Struktur.

²⁴ Dies ist einer der Gründe warum, neben arbeitsökonomischen Überlegungen, die Ostseesturmflut von 1872 nicht behandelt wird.

²⁵ Lediglich bei dem Rheinhochwasser von 1882/83 werden randlich auch andere Provinzen des Reiches behandelt (i.e. Bayern, Baden und Hessen).

²⁶ Janssen: Geschichte, S. 344. Drei Viertel des Rheinlandes waren katholisch.

Hungerwinter von 1816/17 zeigte Preußen, dass die westlichen Provinzen nun zu ihnen gehörten. Die größte Hilfsaktion des gesamten Vormärz wurde eingeleitet.²⁷ Als erfolgreicher Wirtschaftsstandort gewann die Region auch zunehmend Attraktivität für Preußen. Im Ruhr- und Saargebiet entwickelten sich zwei wichtige Industriezentren. Ludwigshafen und Mannheim wurden zu bedeutenden Umschlagsplätzen am Rhein ausgebaut. Bevölkerungswachstum und Urbanisierung waren spürbare Zeichen des Modernisierungsprozesses. In der Rheinprovinz hatte sich die Bevölkerung zwischen 1816 und 1871 verdoppelt.²⁸ Verkehrswege wurden ausgebaut und Dampfschiffahrt und Eisenbahn traten ihren Siegeszug an.²⁹ Unternehmenskonzentrationen, kapitalistische Wirtschaftsordnung und eine Präponderanz der Schwerindustrie sind weitere Charakteristika der Zeit.³⁰ In diesem allgemeinen Trend der Geschichtsschreibung bleiben allerdings die wirtschaftlich schwachen ländlichen Räume der Provinz, in den Mittelgebirgslagen, unberücksichtigt. Eifel, Hunsrück und Westerwald wurden – in moderner Terminologie – zu kleinen rückständigen „Entwicklungsländern“. Soziale Probleme tauchten als Nebenwirkungen des Fortschritts also nicht nur in der Arbeiterfrage auf, sondern auch im Bereich der extensiven Landwirtschaft.

Der größte Fluss der Region spielte in der Provinz eine besondere Rolle. Der Rhein wurde als Objekt der Verehrung zu einem Inbegriff von Romantik und Patriotismus. Mit Friedrich Schlegels Besuch am Rhein im Frühling des Jahres 1802 hatte die „Rheinromantik“ ihren Ausgang genommen. Landschaft und Geschichte, Natur und Kultur fügten sich am Rhein zu einem Gemälde zusammen, so Schlegel. Grundstock für diese Verherrlichung des Rheins bildeten die Mythen des zum „Vater“ stilisierten Flusses. Seit der Römerzeit wurden mit dem Flussgott „Vater Rhein“ Attribute wie göttlich, herrschaftlich, heldenhaft, kühn sowie nachsichtig, gütig und versöhnend verbunden.³¹ Die Befreiung des Rheins von der napoleonischen Vorherrschaft (versinnbildlicht in Feldmarschall Blüchers Übergang über den Rhein bei Kaub 1814/15) ließ aus der literarischen eine politische Rheinromantik werden. Patriotische Vorkämpfer wie Ernst Moritz Arndt, Schenkendorf, Johann Gottlieb Fichte, Wilhelm von Humboldt und insbesondere Karl Freiherr von Stein gaben dem Vater Rhein nun eine nationale Note. Beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 wurde

²⁷ Wischermann: Hungerkrisen, S. 133. Aus praktischen Gründen kam die Hilfslieferung von Ostsee-Roggen allerdings erst viel zu spät im Juli 1817 an seinen Bestimmungsorten an.

²⁸ Kastner & Torunsky: Geschichte, S. 37. 1816: 1,8 Mio. Einwohner; 1871: 3,5 Mio. Einwohner.

²⁹ Böcking: Schiffe. Das erste Dampfschiff fuhr 1816 auf dem Rhein. Seit den 1820er und 30er Jahren nahm die Dampfschiffahrt dann beständig zu. Kastner & Torunsky: Geschichte, S. 20. 1838 fährt die erste rheinische Eisenbahn zwischen Düsseldorf und Erkrath. Die Rheinprovinz gehörte schon früh zu den deutschen Regionen mit dem am dichtesten ausgebauten Eisenbahnnetz.

³⁰ Janssen: Geschichte, S. 345.

³¹ Cepl-Kaufmann & Johannung: Mythos, S. 253 f.

der Rhein erneut zum Inbegriff des deutschen Patriotismus. Zwar wuchsen im Zuge des Kulturkampfes die Spannungen zwischen Preußen und den Westprovinzen, zu einem offenen Bruch kam es aber nie.

Dafür waren die wirtschaftlichen Interessen wohl auch zu stark. Der Rhein war als Hauptverkehrsader von großer ökonomischer Bedeutung. Seit 1851 war die Rheinstrombaugesellschaft, unter der Leitung von Nobiling, damit beauftragt für die Schiffbarmachung des Mittelrheinabschnittes zu sorgen. Das enge Durchbruchstal wurde daraufhin von Klippen und submersen Felsen befreit. Ehemals lebensgefährliche Passagen wie an der Loreley wurden gezähmt. Ein Stück romantischer Zauber ging dadurch unmittelbar verloren. Dafür entwickelte sich der Rhein zur bedeutendsten Wasserstraße Europas.



Abbildung 1: Das Untersuchungsgebiet³²

1.1.3 Akteure und Quellen

Die dritte Einschränkung erfolgt in Bezug auf die Frage, „Naturkatastrophen für wen?“, also die Frage nach den betrachteten Akteuren. Es werden in dieser Hinsicht keine privaten oder fiktiven Katastrophen betrachtet, sondern öffentlich-obrigkeitliches Quellenmaterial fokussiert. Im Zentrum der Analyse stehen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit und ihre Wahrnehmung von und Reaktion

³² Kartengrundlage: Leisering: Weltatlas, S. 93.

auf Naturkatastrophen. Wichtige Quellen sind deshalb Verwaltungsakten auf städtischer (Koblenz, Neuwied), provinzieller (Koblenz, Wiesbaden, Kloster Brauweiler) und preußischer Ebene (Berlin). Ein Großteil dieses Materials bezieht sich auf finanzielle Transaktionen (Aufnahme von Schäden, Verteilung von Hilfsleistungen etc.). Stellungnahmen zu Sachfragen, wissenschaftliche Abhandlungen oder Zeitungsberichte finden sich jedoch auch. Eine interessante Quellengattung stellen Telegramme dar, die in großer Anzahl vorliegen.

Hinzu kommen ressortspezifische Aktenbestände aus dem Bergamt Bonn (Düsseldorf) und der Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe (Karlsruhe).³³ Weiterhin werden zehn Tages- und Wochenzeitungen, wie die „Kölnische Volkszeitung“ oder „Die Gartenlaube“ analysiert. Die ausdifferenzierte Presselandschaft ermöglicht es, spezifische Interpretationen auf Ereignisse im Hinblick auf die angesprochene Leserschaft zu entschlüsseln. So findet sich in der „Koblenzer Volkszeitung“ eine dezidiert katholische zentrumsverbundene Perspektive, in der „Gartenlaube“ eher eine unpolitische, dafür emotional ansprechende Berichterstattung.

Berichte aus dem Rheinischen Provinziallandtag, dem preußischen Abgeordnetenhaus sowie dem Reichstag liefern wichtige Einblicke in politische Debatten. Neben der Entstehung von Beschlüssen können hier inhaltliche Auseinandersetzungen zu Entstehung und Umgang mit Naturkatastrophen nachvollzogen werden. Protokolle zur Verabschiedung von Gesetzen und der Einrichtung von Kommissionen geben Aufschluss über tatsächlich wirksame Konsequenzen. Darüber hinaus finden sich in den Anhängen auch ausführliche Denkschriften zu den Ereignissen. Wissenschaftliche Artikel, Chroniken, Memoiren und Biographien bedeutender Persönlichkeiten komplettieren das Quellenspektrum. Fiktionserzählungen wie „Der Schimmelreiter“ (Theodor Storm, 1888) oder „Sturmflut“ (Friedrich Spielhagen, 1876) werden nicht untersucht.

Die Gründe für diese Fokussierung sind dreierlei Art. Erstens werden auf diese Weise allgemein bedeutsame Katastrophen mit einer weiteren überregionalen Rezeption betrachtet. Rein lokal wahrgenommene Phänomene fallen aus der Betrachtung heraus. Es geht mir um den staatlichen Umgang mit Katastrophen im weiteren Sinne. Politik, wissenschaftliche Beratung und ökonomisches Kalkül treten Naturkatastrophen in einer bestimmten Art und Weise gegenüber. Der Umgang wiederum verändert sowohl soziale wie auch natürliche Strukturen. Antworten auf größere gesellschaftliche Entwicklungen können eher anhand dieser Quellen betrachtet werden als anhand von Fiktionserzählungen, die über einen Unterhaltungszweck nur schwerlich Wirkung

³³ In Klammer sind die Orte der entsprechenden Archive angegeben: Stadtarchiv Koblenz, Stadtarchiv Neuwied, Landeshauptarchiv Koblenz, Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Rheinischer Landschaftsverband Kloster Brauweiler, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Generallandesarchiv Karlsruhe.

entfalteten. Private Erfahrungen (z. B. Tagebücher) mögen zwar interessante mentalitätsgeschichtliche Aspekte enthüllen, sie stehen aber mit den politischen Entscheidungen und institutionellen Entwicklungen nur in Ausnahmefällen in Zusammenhang. Konflikte zwischen einzelnen Bürgern und Verwaltungsinstitutionen bzw. dem Staat können jedoch über Zeitungsberichte und Supplikationen erschlossen werden.

1.2 Untersuchungsperspektive

1.2.1 Umweltgeschichte

Im Konvergenzbereich von Natur und Kultur liegend, bieten Naturkatastrophen ein umwelthistorisches Forschungsobjekt *par excellence*.³⁴ Unter Umweltgeschichte verstehe ich mit Nils Freytag die Geschichte der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt.³⁵ Detailliertere Definitionen, in denen bestimmte Aspekte hervorgehoben werden, sind nur in besonderen Kontexten anwendbar und produzieren automatisch bestimmte Forschungsdesigns mit. So beinhaltet die zweigeteilte Definition von Rolf Peter Sieferle, die einmal von Rekonstruktion vergangener Umweltbedingungen spricht und zum anderen von Interpretation und Wahrnehmung dieser Bedingungen, Vorannahmen und Zielführungen.³⁶ Sie entspricht theoretisch einer Cassirer'schen Vorstellung von Geschichte.³⁷ Weiterhin impliziert sie die Notwendigkeit naturwissenschaftlicher Forschung, vereinnahmt dadurch Disziplinen wie die historische Ökologie und historische Biologie und macht Umweltgeschichte dadurch zu einem interdisziplinären Feld. Eine Auslagerung aus dem disziplinären Kontext der Geschichtswissenschaft halte ich aber für eine unnötige Verkomplizierung.³⁸ Joachim Radkaus Definition von Umweltgeschichte spricht bereits

³⁴ Oliver-Smith: Disaster.

³⁵ Freytag: Umweltgeschichte, S. 386. „Bei allen Differenzen im einzelnen hat sich als pragmatische Arbeitsdefinition herausgeschält, unter Umweltgeschichte die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Natur zu verstehen“; siehe zu diesem Verständnis auch Worster: Earth, S. 292 oder Beinart & Coates: Environment, S. 1.

³⁶ Sieferle: Natur, S. 17.

³⁷ Cassirer: Mensch, S. 217 ff.

³⁸ (1) Es ist effektiver, eine „historische“ Umweltgeschichte zu betreiben und von anderen nahen Forschungsbereichen zu profitieren, die mit naturwissenschaftlichen Methoden arbeiten (z. B. historische Ökologie), als alles auf einmal zu versuchen. (2) Alle Subdisziplinen, die mit „Umwelt“ beginnen, sind in entsprechenden disziplinären Instituten verortet: Umweltpsychologie, Umweltrecht, Umweltoziologie, Umweltethik, Umweltökonomie, Umweltpädagogik etc. (3) Themenrelevante Forschung zu betreiben ist ein gutes Argument für Interdisziplinarität. Interdisziplinarität ist aber kein gutes Argument für die Aufweichung von Disziplinengrenzen. Ohne Disziplinen keine Interdisziplinarität.

bestimmte Untersuchungszusammenhänge an. Die Bedeutung von Katastrophen wird in dieser Auffassung lediglich einseitig und zwar unter dem Begriff „Störungen“ erfasst.³⁹

Vor dem Hintergrund der sehr allgemeinen Definition von Umweltgeschichte (s.o.) ordnet sich historische Naturkatastrophenforschung automatisch ein. Mit Borsts Darstellung zum Erdbeben von 1348 und Jakubowski-Tiessens grundlegender Arbeit zur Sturmflut von 1717 nahm der Forschungszweig seinen Ausgang.⁴⁰ Naturkatastrophen wurden mit fortschreitendem Interesse immer weniger als ahistorische Ereignisse ohne strukturelle Voraussetzung und Wirkung begriffen. Trotz ihres Kontingenzcharakters schienen sie eine historische Dimension zu beinhalten und gesellschaftliche Prozesse nachhaltig zu beeinflussen. Die Herstellung von engen gesetzesmäßigen Zusammenhängen zwischen Naturkatastrophen und Geschichte (*per se*) haben Borst und Sieferle versucht. Für Borst widersprechen Katastrophen zutiefst dem europäischen Selbstverständnis.⁴¹ Deshalb würden sie nicht erinnert werden. Sieferle diskutiert die Überlegung den europäischen Sonderweg an die Abwesenheit von verheerenden Naturkatastrophen zu knüpfen.⁴² Solche universellen Formeln scheitern aber an den vielen schwarzen Schwänen, die lokal immer wieder erwartet oder unerwartet auftauchen.⁴³ Unabhängig davon hat sich bis heute eines der „vielversprechendsten Gebiete der Umweltgeschichte“ entwickelt.⁴⁴ Die Anzahl der Spezialstudien wächst beinahe exponentiell.⁴⁵ Besonders hervorzuheben ist die jüngste Tätigkeit eines internationalen Forscherverbundes um Gerrit Jasper Schenk.⁴⁶ Gleichwohl bleibt eine systematische Einordnung in die Themenfelder der Umweltgeschichte ein Desiderat. Ich möchte *eine* mögliche Systematisierung im Folgenden skizzieren.

Die zwei großen Forschungsschwerpunkte der Umweltgeschichte sind Land- und Ressourcennutzung sowie Natur- und Umweltschutz. Zum ersteren sind agrar-, forst-

³⁹ Radkau, Umweltgeschichte, S. 20. „Historische Umweltforschung ordnet sich ein in die Erforschung der langfristigen Entwicklung der menschlichen Lebens- und Reproduktionsbedingungen. Sie untersucht, wie der Mensch diese Bedingungen selber beeinflusste und auf Störungen reagierte [...].“ Dies ist nicht, was man Radkau vorhalten sollte. Er hat sich darum verdient gemacht das Feld der Umweltgeschichte erst einmal zu etablieren. Der Katastrophenfall ist dabei eine Schwierigkeit, die bis heute noch kaum systematischen Eingang in das Gesamtfeld gefunden hat.

⁴⁰ Borst: Erdbeben. [1981] Jakubowski-Tiessen: Sturmflut. [1992].

⁴¹ Borst: Erdbeben, S. 531.

⁴² Sieferle: Europa, S. 117 ff.

⁴³ Trotzdem besitzen die Formeln ihren Charme, was wohl der Grund dafür sein dürfte, dass sie als Zitate immer wieder in Bücher und Aufsätze Eingang finden.

⁴⁴ Uekötter: Umweltgeschichte, S. 86.

⁴⁵ Dazu trägt nicht zuletzt auch die aktuelle Problematik des globalen Klimawandels bei. Die Forschungen des Kulturwissenschaftlichen Institutes in Essen widmen sich der Verbindung von Klimawandel und Naturkatastrophen aus kulturwissenschaftlicher Sicht.

⁴⁶ Dieses DFG-Nachwuchsnetzwerk "Historische Erforschung von Katastrophen in kulturvergleichender Perspektive" (2005-2009) ist mittlerweile ausgelaufen. Einzelne Forschungsarbeiten in dieser Richtung werden aber weiter verfolgt.

und fischereigeschichtliche Fragestellungen ebenso zu rechnen wie Fragen der Wasserversorgung und Energiewirtschaft; das zweite Feld diskutiert Verlust-, Verschmutzungs- und Zerstörungsproblematiken. Es hängt ursächlich stark mit dem ersten Feld zusammen, auch wenn Niedergangsnarrative im Zusammenhang mit dem industriellen Aufstieg mittlerweile stark relativiert werden.⁴⁷ Im Fokus des Interesses stehen vermehrt komplexe Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt.

Der Bereich der Naturkatastrophenforschung steht in gewisser Hinsicht im Gegensatz zu den beiden erstgenannten Feldern. Natur und Umwelt treten hier weder als Objekt der Nutzung, noch der Erhaltung in Erscheinung. Im Gegenteil, die Naturkatastrophe widerstrebt den ethisch-moralischen Ansprüchen von Ökologen, die an eine „gute Natur“ glauben und diese schützen wollen.⁴⁸ Auf der anderen Seite kann die Naturkatastrophe als Kehrseite der zu nutzenden Natur verstanden werden; sie ist nicht Ressource, sondern sie zerstört Ressourcen und verursacht Schäden.

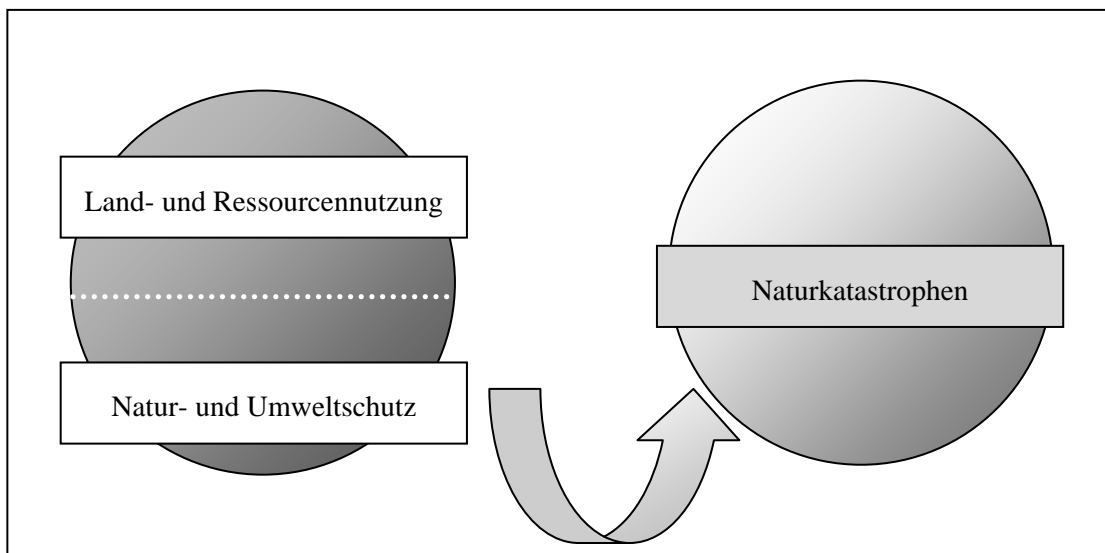


Abbildung 2: Naturkatastrophenforschung im Kontext der Umweltgeschichte. Die Rückseite der Medaille.

In dieser Kontrastierung liegt wahrscheinlich dann auch ein Grund verborgen, weshalb eine kohärente Systematik noch nicht vorliegt.⁴⁹ Trotzdem lassen sich entscheidende Zusammenhänge herausstellen. Auf einer *Metaebene* sehe ich zwei Konzepte die eine enge Verbindung plausibel erscheinen lassen. Erstens handelt es sich um die Frage nach

⁴⁷ Winiwarter & Knoll: Umweltgeschichte, S. 143 ff.

⁴⁸ Dieser Punkt wird in der naturschutzrelevanten Literatur so gut wie nicht erwähnt (z. B. Krebs, Naturethik). Er findet sich aber treffend ausgedrückt in der sehr klugen Abhandlung zum Naturbegriff von Monika Fludernik: „Ecologists (and Romantics) tend to evaluate the natural in positive terms, whereas farmers may well panic about the distressing aspects of Nature (e.g. natural disasters)“ (Fludernik: Narrative, S. 6).

⁴⁹ Vertreter der Erforschung der ersten Seite der Medaille haben kein Interesse an der Behandlung von Katastrophen.

Vorstellungen und Ideen von Natur. In einer solchen wahrnehmungsgeschichtlichen Perspektive wird eine gemeinsame Grundlage in einer historisch gedachten Philosophie von Mensch und Natur deutlich. Kulturwissenschaftliche Fragestellungen zu Naturrepräsentation, Ästhetik und Verständnis umfassen einerseits katastrophale Naturereignisse und andererseits Bemühungen um Naturnutzung und -erhaltung. Zweitens stiftet die Idee der „human security“ einen gemeinsamen Rahmen umweltgeschichtlicher Forschung.⁵⁰ In der Gefährdung menschlicher Sicherheit spielen sowohl die Betrachtung von ereignishaften Katastrophen, als auch von langfristigen ökosystemaren Veränderungen im Zusammenhang mit Industrialisierungsprozessen eine wichtige Rolle.⁵¹ In dem einen wie dem anderen Fall ist umweltpolitisches Engagement gefordert. In Francois Walters kulturgeschichtlicher Abhandlung von Katastrophen wird der Zusammenhang greifbar, wenn er ökologische Probleme mit dem Katastrophismus in Verbindung bringt.⁵² Eine konkrete Ausprägung des Problems menschlicher Sicherheit wird in dem globalen Klimawandel sichtbar. Er ist ursächlich durch Ressourcennutzung und Produktionsmechanismen bedingt, vermehrt seinerseits aber wiederum das Auftreten natürlicher Extremereignisse (die katastrophale Folgen haben können).

Auch zwischen den beiden Seiten der Medaille bestehen vielfältige kausale Beziehungen. So werden durch spezielle Formen der Ressourcennutzung Naturkatastrophen erst ermöglicht. Die Schutzfunktion von Wäldern (gegenüber Stürmen, Tsunamis etc.) verschwindet durch bestimmte Nutzungsformen. So hat die Vernichtung der Mangrovenwälder an den südostasiatischen Küsten zugunsten von Shrimpfarmen die Vulnerabilität der Küstenorte für potentiell gefährliche Tsunamis erhöht. Das Auftreten von Naturkatastrophen andererseits verändert oft Nutzungspraktiken. Darüber hinaus werden Naturkatastrophen häufig instrumentalisiert, um Belange des Naturschutzes überzeugend zu vertreten. Überschwemmungen erscheinen dann als Folge des menschlichen Eingriffes (z. B. in Form von Flussbegradigungen oder Entwaldung) in eine harmonische Natur. Auch die Idee einer sich rächenden Natur wird in diesem Zusammenhang vertreten.⁵³ Die unterschiedlichen Verbindungen werden im empirischen Teil der Arbeit anhand der Beispielfälle deutlich werden. Ein weiterer Grund dafür, warum trotz zahlreicher Verbindungen auf verschiedenen Ebenen Naturkatastrophenforschung nur lose in das Konzept der Umweltgeschichte integriert ist,⁵⁴ mag das Fehlen eines hegemonialen theoretischen

⁵⁰ Zur Idee der Human Security wurde eine internationale Konferenz von der Umweltgeschichte an der Universität Bochum im Frühjahr 2010 durchgeführt, zu der ein Tagungsband in Bände erscheinen wird: *The Production of human security*....

⁵¹ Vgl. Daase: *Risikopolitik*, S. 9 ff.

⁵² Walter: *Katastrophen*, S. 259 ff.

⁵³ Vgl. Engels: *Subjekt*.

⁵⁴ In der Einführung in die Umweltgeschichte von Winiwarter & Knoll werden Katastrophen zum Beispiel nicht berücksichtigt.

Konzeptes von Naturkatastrophen sein.⁵⁵ Die Richtung, in der nach einem solchen Konzept zu suchen ist, deutet Uekötter trefflich an: Dazu müsste eine genauere Untersuchung „der komplexen Gemengelage der humanen und ökologischen Faktoren“ erfolgen, die ein „Naturereignis zu einer Naturkatastrophe“ machen.⁵⁶

1.2.2 Zu einer möglichen Theorie der Naturkatastrophe

Die Katastrophe stellt für die Wissenschaft ein grundlegendes Problem dar, weil katastrophale Ereignisse ihrem Wesen nach außerhalb *normaler* Prozesse liegen. Dass Berge oder Flüsse Häuser zerstören, passiert nicht jeden Tag. In Rückgriff auf ein Kuhn'sches Wissenschaftsverständnis wäre eine Wissenschaft der Katastrophe als Wissenschaft von Anomalien kaum denkbar.⁵⁷ Da aber ein politischer Bedarf an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Katastrophen Bestand hat (und auch im 19. Jahrhundert Bestand hatte), wurde dieses Feld mit in den wissenschaftlichen Kanon integriert. Vertreter verwissenschaftlichter Professionen⁵⁸, wie Wasser-, Land- und Bergbau, die eigentlich für die Produktivität bestimmter Felder zuständig waren, erhielten neue Verantwortungen zugeschrieben. Es ging vornehmlich darum Maßnahmen zu entwickeln, um Schäden von Katastrophen zu verhindern. Die Brücke von dieser politischen Aufgabe zum Expertenwissen wurde geschlagen, indem Wissenschaftler Katastrophen auf Extremereignisse zurückführten; also Ereignisse die Extrempunkte der Normalität markierten, die sie wiederum in der Lage waren zu erklären. Die Idee war, wenn man Niederschläge verstand, würde man auch extreme Niederschläge verstehen können. Ähnlich ging es den anwendungsbezogenen Wissenschaften der Seismologie und Vulkanologie, die Ende des 19. Jahrhunderts ihre theoretischen Grundlagen entwickelten. Mit einer Theorie des Aufbaus des Erdinnern und der Plattentektonik konnten Extremmomente wie Erdbeben und Vulkanausbrüche erklärt werden. Auf diese Weise nutzen Wissenschaftler den Auftrag zur Katastrophenforschung, um ihre „normalen“ Theorien weiter zu entwickeln. Dies gilt seit der Mitte des 20. Jahrhunderts auch zunehmend für Geistes- und Sozialwissenschaftler.

Aus heuristischen Gründen gehe ich von zwei Systemen aus; einem natürlichen und einem sozialen, deren Wechselbeziehungen sich in der Naturkatastrophe ausdrücken und intensivieren.⁵⁹ Winiwarter hat bereits darauf aufmerksam gemacht, dass man eine

⁵⁵ Uekötter: Umweltgeschichte, S. 86.

⁵⁶ Ebd., S. 87.

⁵⁷ Kuhn: Struktur. Die doppelte Verwendung des Begriffes Anomalie, einmal in Bezug auf das paradigmatisches System innerhalb der Wissenschaft und zum anderen in Bezug auf die soziale Wirklichkeit, stellt hier keinen Widerspruch dar. In der Wissenschaft von der Katastrophe koinzidieren beide Bereiche zwangsläufig.

⁵⁸ Siehe Ott: Ipso Facto, S. 119.

⁵⁹ Vgl. auch Lübke: Einheit.

solche analytische Trennung nicht als ontologische Setzung begreifen darf.⁶⁰ Ein solcher Ansatz entspricht der geographischen Hazard-Forschung. In den klassischen Arbeiten von White wird ein natural hazard (eine Naturgefahr) definiert als „an interaction of people and nature governed by the coexistent state of adjustment in the human use system and the state of nature in the natural events system“.⁶¹ Die Naturkatastrophe wird also als Resultat von Interaktionen zwischen natürlichem und sozialem System verstanden.⁶² Die Trennung von Mensch und Natur fand gedanklich im Zuge der Aufklärung statt. Natur wird Mechanismus und Gesetz anstelle von subjekthaftem Sein wie noch bei Aristoteles. Technische Beherrschbarkeit ist ein Merkmal dieser modernen Naturvorstellung.⁶³ Versuche die Dichotomie aufzulösen, wie sie Schatzki im Rahmen einer sozialen Ontologie versucht hat, bringen rationale Wissenschaft in große Schwierigkeiten.⁶⁴ Habermas sieht zum Beispiel in dem Natur-Kultur-Dualismus eine notwendige Voraussetzung Normatives zu definieren und rationale Entscheidungen erst treffen zu können.⁶⁵

Ich gehe im Folgenden also von zwei idealtypischen Sphären aus: einem Natursystem und einem Sozialsystem.⁶⁶ Dabei findet auch das Naturereignis niemals nur objektiv in dem Natursystem statt, sondern bedarf zu seiner Existenz der kulturellen Wahrnehmung (epistemologischer Anthropozentrismus).⁶⁷ Es wird dann zum Ereignis, wenn es gegen bestimmte kulturelle Erwartungen verstößt. Wenn Menschen ein Leben lang im Einzugsbereich eines Vulkanes leben, wird dessen Schlummer zur Normalität des Alltags. Das Ereignis entsteht in der kulturellen Betrachtung des Ausbruches. Neben biographischen Skalen zur Erkennung von Ereignissen spielen auch kulturelles Gedächtnis und Geschichte eine Rolle. Vor diesem Hintergrund kann es dann möglich werden von einem 500-jahr Ereignis⁶⁸ zu sprechen oder von einem tausendjährigen Hochwasser.⁶⁹ Rückgebunden sind diese Naturereignisse an die Prozesshaftigkeit innerhalb des natürlichen Systems; im Falle des Vulkanes an Plattentektonik. Deshalb

⁶⁰ Winiwarer: Umweltgeschichte, S. 139 ff.; Winiwarer & Schmid: Umweltgeschichte, S. 160 f.; bei dieser Differenzierung handelt es sich um mehr als einen philosophischen Kniff, wenn man von einem Seinskontinuum ausgeht, das man analytisch teilen kann (i. S. von Eric Katz).

⁶¹ White: Hazards, S. 4.

⁶² Siehe auch Burton, Kates & White: Environment, S. 19.

⁶³ Mittelstraß: Natur, S. 46 ff.

⁶⁴ Schatzki: Nature. Ähnliche Auflösungsversuche gibt es in Latours politischer Ökologie.

⁶⁵ Habermas: Handeln, S. 85.

⁶⁶ Erst die begriffliche Trennung lässt die Interaktion deutlich werden. Deshalb hält auch Schatzki die Trennung für analytisch hilfreich.

⁶⁷ Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass Max Frischs vielzitiertes Diktum „Katastrophen kennt allein der Mensch [...] Die Natur kennt keine Katastrophen“, durchaus noch verschärft werden könnte. Die Natur *kennt* nämlich auch keine Ereignisse. Zur Idee des epistemologischen Anthropozentrismus siehe Krebs: Naturethik, S. 324 ff.

⁶⁸ Siehe z. B. Lave & Apt: Disasters, S. 118 ff.

⁶⁹ Siehe z. B. Glaser: Klimageschichte, S. 200.

kann man überhaupt sinnvoll von *Naturereignissen* sprechen. Das Ereignis Vulkanausbruch entsteht aus geologischen Strukturen und verändert diese wiederum.

In diesem Sinne steht das Naturereignis im Einklang mit der Theorie eines historischen Ereignisses wie sie Sewell ausgearbeitet hat.⁷⁰ Zunächst sind aus epistemischen Gründen Strukturen notwendig, um Ereignisse überhaupt zu erkennen (i.e. als Kontrastfolie): ohne Normalität kann nichts Außergewöhnliches sein, ohne Kontinuität keine Plötzlichkeit. Entscheidend ist nun, dass auch historische Ereignisse aus Strukturen (Plural!) hervorgehen und diese wiederum verändern. Das Ereignis ist zwar kontingent, es geht aber aus vorher vorhandenen Strukturen hervor, weil diese in einer noch nicht dagewesenen Konstellation miteinander verbunden werden.

Darüber hinaus spielen auch materielle Ressourcen neben Strukturen für Sewell eine das Ereignis bedingende Rolle.⁷¹ Erweitert man die Idee materieller Ressourcen zu dem vollständigeren natürlichen System, so kann man ohne größere Schwierigkeiten Sewells Theorie zu einer Theorie umwelthistorischer Ereignisse⁷² aufwerten. Zwar erhöht sich so die Komplexität, aber nicht weniger der Erklärungsgehalt. Zur neuartigen Konstellation der Strukturen, die zum Ereignis führen, treten nun natürliche Strukturen hinzu und lassen die Möglichkeit der Entstehung kontingenter Ereignisse aus bekannten Strukturen wesentlich einfacher denken. Bislang wurden Naturkatastrophen von Historikern hauptsächlich als Wirkungsfaktor auf menschliche Gesellschaften (auch als instrumentierter) oder als Platzhalter für gesellschaftliche Wahrnehmung von Natur betrachtet. Damit wurde das Konzept Naturkatastrophe zu sehr verkürzt. Ein erster Schritt zur Erweiterung der Perspektive auf Naturkatastrophen könnte ein Umdenken über den Charakter von Naturkatastrophen sein, wie ihn Steinberg anhand der Geschichte der Naturkatastrophen in den USA vollzogen hat.⁷³ Hier werden Naturkatastrophen nicht als zufällige Ereignisse, sondern als Ergebnisse von gesellschaftlichen Prozessen gesehen, die in sozialen Missständen resultieren.⁷⁴ Trifft nun eine solche gesellschaftliche Konstellation auf ein Naturereignis mit Gefahrenpotential (Naturgefahr), kommt es zur Naturkatastrophe.

Eine grundlegende Verbindung, die bei der Naturkatastrophe als umwelthistorischem Ereignis stattfindet, ist die Verknüpfung von vormals getrennten Strukturen zwischen Natur und Gesellschaft. Im Bilde des Verschwimmens der Grenzen bei einem Flusshochwasser, das Städte und Häuser unter Wasser setzt, wird die Idee metaphorisch greifbar. Auch die Auswirkungen von Naturkatastrophen beinhalten einen genuin umwelthistorischen Charakter, indem sowohl natürliche als auch kulturelle Strukturen

⁷⁰ Sewell: Struktur.

⁷¹ Ebd., S. 63.

⁷² Mit einem solchen Ansatz grenze ich mich von Wissenschaftlern ab, die, in Anlehnung an Bruno Latour, Naturkatastrophen Akteursqualität zuschreiben.

⁷³ Steinberg: History.

⁷⁴ Oliver-Smith: Disasters.

beeinflusst werden. Naturkatastrophen haben in makrohistorischer Perspektive beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung mancher Kultur gehabt. Auf den Philippinen hat sich zum Beispiel eine regelrechte *disaster culture* entwickelt⁷⁵ und auch die Kultur der deutschen Nordseeküste wurde durch den Kampf mit Sturmfluten nachhaltig geprägt⁷⁶; Franz Mauelshagen spricht in Anlehnung an Simon Schama von einer „*hydrographic society*“ an der Nordseeküste⁷⁷. Die antike Kultur der Minotäer wurde durch den Vulkanausbruch des Theba vor Santorin vermutlich vollständig vernichtet. Punktuelle Naturereignisse können auch die natürlichen Strukturen dauerhaft verändern. Die Vulkanausbrüche vom Tambora (1815) und dem Krakatao (1883) haben nachweislich eine weltweite Klimaveränderung ausgelöst. Im Anschluss an den Ausbruch des Tambora fielen in Europa und Russland zwei Sommer aus. Eine Hungersnot war die Folge.⁷⁸ Auch Geschichten von Staatenbildung wurden durch Naturkatastrophen angetrieben. So wird die Spaltung eines eigenständigen Bangladesch von Pakistan in Zusammenhang mit der katalysierenden Wirkung eines Zyklon gebracht.⁷⁹ Ähnlich wird die Formierung einer antikolonialen islamisch geprägten Unabhängigkeitsbewegung in Indonesien auf den Vulkanausbruch des Krakatau (1883) zurückgeführt.⁸⁰

1.2.3 Fragestellung und Konzeption

Ziel dieser Arbeit ist eine Erweiterung der Geschichte des Deutschen Kaiserreiches um den Faktor Naturkatastrophen. Konkret werden Fragen nach Katastrophenvorsorge, -erklärung und –auswirkung betrachtet. Gemäß der Konzeptualisierung von Naturkatastrophen als Ereignisse im obigen Sinne betrachte ich das Ereignis sowie das Vorher und Nachher. Die Gliederung der Arbeit in drei Teile entspricht *tendenziell* diesen Schwerpunkten. Zunächst untersuche ich den Bergsturz von Kaub (1876) unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach dem Umgang mit Gefahr und Risiko (vor der Katastrophe). Bei der Missernte und Hungerkrise in der Eifel (1883) tritt der Ereignischarakter als Wendepunkt dagegen in den Vordergrund.⁸¹ Im abschließenden Teil wird anhand des Rheinhochwassers von 1882/83 die zeitgenössische Verarbeitung

⁷⁵ Bankoff: Cultures.

⁷⁶ Allemeyer: Lebenswelten.

⁷⁷ Mauelshagen: Flood, S. 133.

⁷⁸ De Boer & Sanders: Volcanoes. Vgl. auch Poliwoda, G. (2007), 56.

⁷⁹ Dikau & Weichselgartner: Planet.

⁸⁰ Winchester: Krakatao, Kap. 9.

⁸¹ Missernte und Hungersnot unter dem Begriff Naturkatastrophe zu subsumieren mag intuitiv merkwürdig anmuten. Gemäß meiner Auffassung von Naturkatastrophe kann jedoch davon gesprochen werden, insofern man (wochenlange) extreme Niederschläge als Naturereignis anerkennt. Die Verbindung von Hungerkrisen und Niederschlägen ist in der Literatur recht deutlich belegt: „Most oft he worst famines on record have been linked to either too much or too little rain“ (O’Grada: Famine, S. 14). In einschlägigen Sammelbänden zu Naturgefahren und Naturkatastrophen finden sich davon abgesehen auch immer wieder Fälle von Hungerkrisen. Siehe z. B. Schenk: Katastrophen. Hewitt: Calamities.

der Katastrophe durch Wissenschaft, Politik und Solidarität fokussiert. Insgesamt ergibt sich auf diese Weise ein Einblick in den Charakter der Naturkatastrophe inklusive ihrer gesellschaftlichen Implikate. Strukturveränderungen spielen sich überregional auf kleineren Ebenen ab: z. B. innerhalb von politischen Strukturen und wissenschaftlichen Institutionen. Lokale Strukturen verändern sich dagegen mitunter erheblich (wie in der Eifel).

Eine Einordnung der Ergebnisse findet in dreifacher Hinsicht statt.⁸² Einmal in Bezug auf die soziokulturellen Charakteristika der Zeit: Welche Rolle spielten beispielsweise der aufstrebende Nationalismus, die lose Reichsidentität oder der Kulturkampf in der Auseinandersetzung mit Naturkatastrophen?; zum anderen in Berücksichtigung soziologischer, ökonomischer und anthropologischer Theorien zu Kernthemen wie Risiko (Luhmann, Douglas), Solidarität und Moral (Sahlins, Mauss, Douglas) sowie Politik und Wissenschaft (Weingart). Besonders in den anthropologischen Ideen klingen universale Momente an, die im Spannungsverhältnis zu den zeitspezifischen Erkenntnissen stehen. In Kombination der beiden Referenzpunkte suche ich einen goldenen Mittelweg zwischen den geschichtsphilosophischen Extrempunkten des „immer schon Da-gewesenen“ und des „immer wieder Neuen“.

Den dritten wichtigen Referenzpunkt bildet die historische Naturkatastrophenforschung. Für die konkreten Fallbeispiele finden sich punktuelle Vorarbeiten lediglich zum Rheinhochwasser von 1882/83. Christof Bernhardt hat es in Bezug auf die Umweltgeschichte des Oberrheins betrachtet und dabei einige interessante Erkenntnisse gewonnen.⁸³ Bei Jürgen Weichselgartner fanden die Überschwemmungen als Fallbeispiel zur Erläuterung gesellschaftlicher Faktoren von Naturgefahren Eingang. Wenn auch sein Artikel insgesamt von ausgezeichneter Qualität ist, so sind die Interpretationen zu dem speziellen Rheinhochwasser nicht immer gut fundiert.⁸⁴ Aktuell hat Uwe Lübken von seinen eigenen Arbeiten zu Überschwemmungen am Ohio ausgehend einen Vergleich mit dem Doppelhochwasser am Rhein veröffentlicht.⁸⁵ Darin macht er auf die besonderen deutsch-amerikanischen Beziehungen aufmerksam.

Umfangreichere Studien zu Naturkatastrophen im Deutschen Kaiserreich bzw. in Preußen Ende des 19. Jahrhunderts fehlen bislang völlig. Dafür wurden Naturkatastrophen in der Schweiz im 19. Jahrhundert durch die Gruppe um Christian

⁸² Als vierter Referenzpunkt wäre die Einordnung in einen wissenschaftshistorischen Zusammenhang wünschenswert. Dies bedürfte allerdings einer eigenen umfassenden Studie.

⁸³ Bernhardt: Begrädigung. Bernhardt: Kontroversen. In Bernhardts noch zu veröffentlichender Habilitationsschrift ist dem Hochwasser von 1882/83 ein Kapitel gewidmet.

⁸⁴ Weichselgartner: Hochwasser. Dass Schäden an fiskalischen Gütern höher waren als an privatem Eigentum ist zweifelhaft (siehe S. 123). Die gewährten Staatsbeihilfen für Gemeinden machen jedenfalls nur einen Bruchteil der Beihilfen für einzelne Geschädigte aus (Preußisches Abgeordnetenhaus, 1883, Drucksache Nr. 120, S. 1666).

⁸⁵ Lübken: Hazards. Lübkens Habilitationsschrift zu Hochwasser am Ohio wird in Bälde publiziert.

Pfister bereits in vielen Facetten untersucht. Pfister hat herausgearbeitet, wie Katastrophenereignisse im 19. Jahrhundert zum Aufbau der Schweizer Nation beigetragen haben.⁸⁶ Im Einzelnen waren es Bergstürze (1806, 1881), schwere Hochwasser (1834, 1839, 1868) und ein großer Brand (1861), die für den nationalen Integrationsprozess instrumentalisiert wurden. Summermatter beschreibt zum Beispiel wie nach dem Hochwasser von 1868 ein „emotionaler Appell an die Bruderliebe der Eidgenossen [...]“ durch den Bundesrat erfolgte, der „die Solidarität der Schweizer Bürger in den größeren Zusammenhang einer nationalen Identität“ stellte.⁸⁷ Auch Schmid kommt zu dem Ergebnis, dass besagtes Hochwasser „im Prozess der inneren Nationalstaatsbildung [...] eine wichtige Verstärkungs- und Bestätigungswirkung“ hatte.⁸⁸ Der Goldauer Bergsturz von 1806 war eine der größten Naturkatastrophen auf dem Territorium der heutigen Schweiz. Ganze Dörfer im Kanton Schwyz wurden von einer Schuttlawine verschüttet. Die anschließenden Bewältigungsmaßnahmen konnten nicht vom Kanton Schwyz allein getragen werden. Deshalb leisteten alle Kantone einen Beitrag in Form von Mannschaftshilfe oder Spenden. Im Umgang mit dem Goldauer Bergsturz sieht Fässler die Geburtsstunde eidgenössischer Solidarität. Es gäbe in der Schweizer Geschichte zuvor keinen Fall, in dem sich alle Kantone helfend engagiert hätten.⁸⁹ Pfister zeichnet die Entwicklung eines Katastrophenauffangnetzes anhand von einschneidenden Naturkatastrophen im 19. Jahrhundert überzeugend nach. Er konstatiert, „von Katastrophe zu Katastrophe gelang es einen immer größeren Prozentsatz der Bevölkerung für Hilfsaktionen zu gewinnen“.⁹⁰ Bereits beim Bergsturz von Elm (1881) hatte sich dann ein dreistufiges Subsidiaritätssystem etabliert, das seine Bewährungsprobe bestand. Einen Grund für das Aufkommen eines Wir-Bewusstseins angesichts der Katastrophe wird in einem gemeinsamen Gesprächsthema gesehen, das es möglich macht kulturelle, soziale und regionale Grenzen zu überwinden.⁹¹ Inwieweit Naturkatastrophen tatsächlich im Verhältnis zu anderen Vektoren zur Verbreitung des Nationalbewusstseins beigetragen haben, darüber lässt sich streiten. Dass sie es aber taten, steht im Schweizer Kontext fest. Auch zu anderen Aspekten, wie zum Zusammenhang von Entwaldung und Überschwemmungen, wurde durch die Gruppe um Christian Pfister bahnbrechende Forschung geleistet.⁹²

Grundsätzlich sind Naturkatastrophen schon deshalb politische Ereignisse, weil sie eine Gefahr für die politische Ordnung und eine Chance für politische Akteure darstellen. Erfolgreicher Umgang mit Katastrophen kann ein Regime erstarren lassen; andererseits bietet die Katastrophe Potential für Aufstände und Putschversuche. Neben bewusster

⁸⁶ Pfister: Naturkatastrophen und Naturgefahren.

⁸⁷ Summermatter: Katastrophe, S. 212.

⁸⁸ Schmid: Bewältigung, S. 97.

⁸⁹ Fässler: Geburt, S. 67.

⁹⁰ Pfister: Naturkatastrophen, S. 296.

⁹¹ Ebd., 291.

⁹² Pfister & Bürgli: Rodungen. Müller: Element.

Instrumentalisierung einer Katastrophe kann es auch im Interesse der Mächtigen liegen eine Katastrophe zu verschleiern. Politisch interessant ist aus historischer Perspektive außerdem, welche Rolle der Staat als Akteur in der Geschichte gespielt hat. Es scheint einen Trend zu geben, der vom rettenden Helfer zum voraus denkenden Beschützer verläuft. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird das Katastrophenmanagement dann auch ein Anliegen internationaler Organisationen. Eine wichtige politische Facette von Naturkatastrophen betrifft die Impulse, die institutionellen Wandel auslösen. In Reaktion auf Katastrophen formieren sich gesellschaftliche Institutionen häufig um, werden reformiert oder durch gänzlich neue ersetzt. Es werden Korporationen und Hilfsorganisationen gebildet.

Die häufig gestellte Frage nach der „Wahrnehmung“ von Naturkatastrophen⁹³, vernachlässigt die institutionellen Strukturen und lässt politische Diskurse unbeachtet. Entsprechend wie eine Naturkatastrophe wahrgenommen wird, wird man auch auf sie reagieren, so die Idee. Dabei gehen die Interessen der Akteure in einer scheinbar unvoreingenommenen Wahrnehmung verloren. Darüber hinaus unterliegt die Darstellung von Naturereignissen in der Öffentlichkeit ganz bestimmten Mustern, die über Glaubwürdigkeit und Publikumswert entscheiden.⁹⁴

Die Intention dieser Arbeit schließt letztendlich auch an Jürgen Weichselgartners Feststellung an, dass eine historische Analyse einen Beitrag zur besseren Naturkatastrophenvorsorge leisten kann. Sie gibt nämlich Aufschlüsse „über die durch Umweltveränderungen ausgelösten Prozessveränderungen in sozialen Systemen“⁹⁵. Eine ahistorische Betrachtung würde wichtige Problemlösungskompetenzen in Bezug auf „Kontextualität und Kontingenz“ ungenutzt lassen.⁹⁶

⁹³ z. B. Groh, Kempe & Mauelshagen: Naturkatastrophen.

⁹⁴ Diese wurden von Matthias Georgi in einer intensiven Studie zur englischen Öffentlichkeit Mitte des 18. Jahrhunderts gut herausgearbeitet. Georgi: Heuschrecken.

⁹⁵ Weichselgartner: Verwundbarkeit, S. 22.

⁹⁶ Ebd., S. 23.

2 Risikokultur⁹⁷: Der Bergsturz in Kaub (1876)

Der Bergsturz⁹⁸ bei Kaub am Rhein am 10. März 1876 war eine folgenschwere Katastrophe, die bis heute am Mittelrhein nicht in Vergessenheit geraten ist.⁹⁹ Schon seinerzeit erlangte der Bergsturz, gewissermaßen als kleiner Bruder des Unglücks von Elm, traurige Berühmtheit.¹⁰⁰ Kaiser und Kaiserin besuchten persönlich die Unglücksstätte, sprachen mit Geretteten und hinterließen Spenden.¹⁰¹ Das Aufsehen, das dieses Ereignis erregte, lag vielleicht nicht zuletzt auch an dem nationalen Nimbus, den das kleine Städtchen umgab, seit Feldmarschall Blücher im Winter 1813/14 hier über den Rhein gegangen war. Dabei hatten die Lotsen und Nächler aus Kaub geholfen, indem sie die Vorhut von Blüchers Armee über den Strom gesetzt hatten. So konnte das gegenüberliegende Ufer gesichert und der Bau einer Brücke vollzogen werden.¹⁰²

In jenem März 1876 führte der Rhein Hochwasser, sodass den rund 2.000 Bewohnern, die gewissermaßen zwischen Fluss und Berg festsaßen, von beiden Seiten Gefahr drohte. Viele Schiffer und Steuerleute waren wegen Eisbildung oder hohem Wasserstand während des Winters monatelang ohne Verdienst gewesen. Nachdem das Unglück geschehen war, erschwerte das Hochwasser die Rettungsarbeiten. Als dann einen Tag darauf ein schwerer Sturm aufkam, konnte man verstehen, warum manch einer der Zeitgenossen von einem „allgemeinen Aufruhr der Elemente“¹⁰³ sprach. Schaulustige und Anteil Nehmende besuchten den Unglücksort in der Folgezeit in großer Zahl. Für die beteiligten Politiker handelte es sich um eine „Katastrophe“¹⁰⁴.

Auch die Frage nach der Verantwortung für diese Katastrophe und ob sie nicht hätte verhindert werden können, lag nahe, weil man doch seit Monaten wusste, welche Gefahr über der Stadt schwebte. Bevor erklärt wird, wie und warum es dazu kam, werden zunächst die Geschehnisse der „Schreckensnacht“ vom 10. auf den 11. März und der folgenden Rettungsaktion geschildert.

⁹⁷ Mit Risikokultur meine ich einen größeren historischen Zusammenhang, der den Umgang mit Risiko leitet. Ich differenziere hier zwischen vormoderner, moderner und postmoderner Risikokultur.

⁹⁸ Die Begriffe „Bergsturz“ und „Bergrutsch“ werden im Folgenden in Anlehnung an die Verwendung in den Quellen gebraucht. Bergrutsch bezeichnete hier die allmähliche Bewegung eines Berghanges, ein Bergsturz das rasche Abstürzen von Gesteins- und Erdmassen. Nach aktueller Definition wird in der Ingenieursgeologie erst ab einer Massenbewegung von über 1.000.000 m³ von einem Bergsturz gesprochen (Hauer: Bergstürze, S. 262).

⁹⁹ Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Rheintal, S. 153.

¹⁰⁰ Der Brockhaus: 14. Auflage 1893.

¹⁰¹ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt.39.

¹⁰² Zum Beispiel Kimpel: Kaub; Kruse: Bergsturz, S. 252.

¹⁰³ Koblenz, LHA, Abt. 716, Nr. 175, Reitzenhain, darin 1876.

¹⁰⁴ Landtagsverhandlungen im Angeordnetenhaus, 27. Sitzung am 15. März 1876, Abgeordneter Petri.

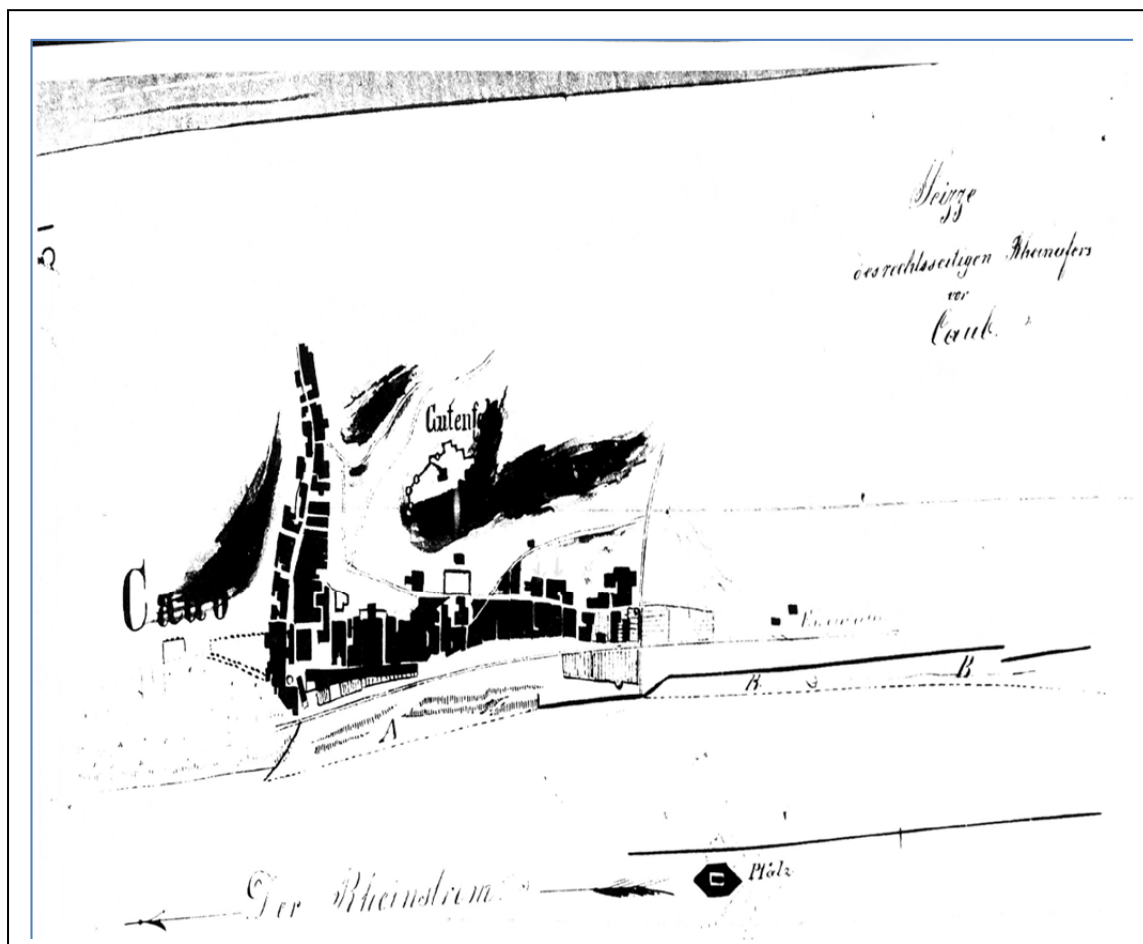


Abbildung 3: Gebietskarte von Kaub

2.1 Schreckensnacht und Rettungsversuche

Es war in der Nacht vom 10. auf den 11. März, als um etwa 11.30 Uhr in der Rheinstraße ein „donnerähnliches Getöse, das mit einem ungemein scharfen und hellen Rascheln, dem Geräusche eines gewaltigen Schloßengerassels nicht ganz unähnlich, beginnend, in einem Krachen und Knattern endete, wie wir es den einschlagenden Blitz begleitend zu vernehmen pflegen“¹⁰⁵, zu hören war. Dr. Kruse lief hinaus aus dem Gasthaus „Zum Grünen Wald“ mit dem Ruf „Heraus, der Bergsturz kommt“¹⁰⁶.

Die Bewohner der Nachbarhäuser flohen in ihren Nachtgewändern auf die Straße. Dort schlug ihnen eine dicke Staubwolke entgegen.¹⁰⁷ In größerer Entfernung war der Lärm nicht gehört worden, und man sah nur, wie sich die Staubwolke über den Rhein und die Pfalz wälzte.¹⁰⁸ Deshalb dachte man zunächst wohl an einen Brand, als die

¹⁰⁵ Kruse: Bergsturz, S. 252. Dr. Kruse, der Verfasser des Artikels für die Gartenlaube, war Augenzeuge der Geschehnisse. Der Artikel erschien etwa einen Monat nach dem Ereignis.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Anthes: Bericht, S. 293.

Sturmglöcken läuteten.¹⁰⁹ Noch ungewiss darüber, was eigentlich geschehen war, sammelten sich die Einwohner der Stadt an der Unglücksstätte.

Im Distrikt Karlsgrube hatte sich auf einer Breite von etwa 60 Metern das Geröll des Berghangs gelöst und sechs Häuser in der Hochstraße und drei Hinterhäuser in der Rheinstraße überrollt. Auch die 12 Meter lange und am Fundament 30 Fuß starke Schutzmauer wurde von den Gesteinsmassen mitgerissen. „Die haushohe Schuttmasse, welche Alles bedeckte, ließ kaum ahnen, daß hier Häuser gestanden, wenn nicht die vereinzelt hervorragenden Trümmer solches verrathen hätten.“¹¹⁰

Aus den Trümmerhaufen am Unglücksort drangen schwache Hilferufe, und so wurden unter Leitung des Bürgermeisters unverzüglich Rettungsarbeiten unternommen. Noch in der Nacht rückte die Feuerwehr aus den benachbarten Orten Lorch und St. Goarshausen an.¹¹¹ Es gelang trotz der drohenden Gefahr eines weiteren Bergrutsches, drei der Verschütteten lebend zu bergen. Sie, die im dritten Stockwerk wohnten, waren mit dem Stockwerk über die Straße geschoben worden und unter den Trümmern fast erstickt. Eine der Geretteten litt an schweren Quetschungen und starb in der Folge. Insgesamt wurden weitere 25 Personen, 20 davon Frauen und Kinder, verschüttet.

Tabelle 1: Opfer und Gerettete

	Anzahl der Opfer	Anzahl der Geretteten
<i>Kinder</i>	13	2
<i>Frauen</i>	8	7
<i>Männer</i>	5	4
<i>Gesamt</i>	26	12

Zu den Verunglückten gehörten der Bergmann Gehrler mit Frau und Sohn, der Fuhrmann Dillenburger mit Frau und vier Kindern, der Metzger Adam Pfaff mit Frau und vier Kindern, der Fuhrmann Friedrich Hehner mit Frau und vier Kindern, der Kaufmann Adam Siebert und dessen Frau sowie die Witwe Johanna Sophie Rorsch und die Dienstmagd Elisabeth Trieb.¹¹² Frau Gehrler und Sohn wurden augenscheinlich bei

¹⁰⁹ Kruse: Bergsturz, S. 252; Rheinischer Kurier vom 12.3.1876.

¹¹⁰ Kruse: Bergsturz, S. 253.

¹¹¹ Laut dem Rheinischen Kurier traf die Feuerwehr aus St. Goarshausen erst am 11. März um 12 Uhr ein (siehe Ausgabe vom 12.3.1876)

¹¹² Anthes: Bericht: S. 294.

dem Versuch, aus dem Fenster zu flüchten, verschüttet. Man fand sie über die Fensterbrüstung gebeugt.¹¹³

Dr. Kruse beschreibt die Schreckensnacht in der Gartenlaube so:

Von dunkler Nacht umhüllt, auf der vordern Seite eingengt von dem wilden Strome, der die Rheinstraße überfluthet, auf der andern Seite die jeden Moment neues, größeres Unglück drohenden Berghänge, vor sich den Trümmerhaufen, unter dem viele Menschen begraben und aus dem schwache Hülferrufe hervordrangen, konnten wir uns kaum in einer grauenhafteren Situation befinden.¹¹⁴

Gleichwohl hatten sich einige Anwohner rechtzeitig retten können. Die Frau des Heinrich Pfaff, die die drohende Gefahr ernst nahm und durch ein Knistern in ihrer in den Fels gebauten Scheune darauf aufmerksam geworden war, warnte die Bewohner des Hinterhauses „Zum Adler“. So konnten sich hier das junge Ehepaar Pfaff sowie Frau Heftrich mit zwei Kindern in Sicherheit bringen. Ihr Sohn hatte den schlafenden Vater aus dem Haus getragen.¹¹⁵ Die Anwohner der angrenzenden Häuser versuchten angesichts der Bedrohung durch den Berg, ihre eigenen Wertsachen in Sicherheit zu bringen.

In den nächsten Tagen kamen viele Menschen von auswärts nach Kaub, um Zeuge der Katastrophe zu werden. „[...] aus benachbarten, wie entfernten Orten strömten Schaaren von Fremden herbei; jeder Zug führte Hunderte nach der unglücklichen Stadt.“¹¹⁶ Die Berghänge, die früher mit Reben bestanden waren, bildeten nun ein verwüstetes Terrain, und der Anblick der Unglücksstätte wird in der Gartenlaube als traurig und grauerregend charakterisiert.¹¹⁷

Um militärische Hilfe aus Koblenz und Mainz zu erbitten, musste eine Staffette über den brausenden Strom nach Bacharach gesandt werden. Der telegrafische Dienst in Kaub war nachts nämlich eingestellt. Morgens gegen 8.30 Uhr¹¹⁸ traf das Pionierbattalion Nr. 8 aus Koblenz mit 45 Mann ein und gegen Abend ein weiteres Battallion aus Mainz-Castel. Mit dem ersten Schnellzug kamen auch der hessische Regierungspräsident Wurmb zusammen mit dem Regierungsbaurath Cuno sowie dem

¹¹³ Kruse: Bergsturz, S. 253. In einem Erinnerungsartikel 50 Jahre nach dem Unglück wird der Fund der beiden Toten so interpretiert: „Die Frau Gehrler war beim Herausschauen aus dem Fenster überrascht worden [...]“ (Cauber Nachrichten: Bergrutsch, S. 302).

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Cauber Nachrichten: Bergrutsch, S. 302

¹¹⁶ Kruse: Bergsturz, S. 252. Vgl. auch Schulchronik Reizenhain; hier spricht der Autor von „tausenden von Fremden“, die „theils aus Mitgefühl, theils von bloßer Schaulust getrieben“ nach Kaub strömten (Koblenz, LHA, Abt. 716, Nr. 175, Reitzenhain, darin 1876).

¹¹⁷ Kruse: Bergsturz, S. 252.

¹¹⁸ Laut Rheinischem Kurier vom 12.3.1876 um 8 Uhr.

Bergrat Giebeler aus Wiesbaden, Landrat Fonk und dem „Kreisphysikus“ aus Rüdesheim nach Kaub.¹¹⁹

Die Regierungsbeamten verschafften sich einen ersten Überblick über die Lage. Einzelne Dachsparren und Balken, die aus dem Geröll hervorragten, markierten die Stellen, an denen die Gebäude mit Menschen und Vieh verschüttet lagen. Die eingetroffenen Beamten organisierten zusammen mit dem Bürgermeister Herberich von Kaub und dem Bataillionskommandanten die Rettungsarbeiten. Aufgrund der schwierigen Bedingungen konnten Pferdefuhrwerke kaum zum Einsatz kommen. Handkarren, Schaufeln und Ähnliches wurden vom Regierungspräsidenten angefordert und trafen mit einem Extrazug ein. Pioniere und Feuerwehr versuchten, die Vermissten auszugraben.¹²⁰



Abbildung 4: Rettungsarbeiten in Kaub¹²¹

Noch am Morgen wollte man deutliche Hilferufe gehört haben.¹²² Der evangelische Pfarrer des Ortes meinte dagegen, es müsse sich um das Brüllen des verschütteten Viehs gehandelt haben. Jegliches Hineinrufen nach den Namen der Verschütteten blieb ohne Antwort.¹²³ Schon in der Nacht hatte es keine Antwort gegeben, als die Stimmen der

¹¹⁹ Kruse: Bergsturz, S. 253. Die Namen der Regierungsbeamten werden im Artikel der Gartenlaube durch Initialen angedeutet und bleiben so mehr oder minder anonym. Vgl. Rheinischer Kurier (12.3.1876), dort sind die Namen ausgeschrieben.

¹²⁰ Rheinischer Kurier vom 12.3.1876.

¹²¹ Zeichnung unbekannter Herkunft.

¹²² Kruse: Bergsturz, S. 253.

¹²³ Anthes: Bericht, S. 294.

Männer in die Öffnungen des Trümmerhaufens hineingerufen hatten: „Siebert, lebst du noch? – Pfaff, lebst du noch? – Hehner, Dillenburger, lebt ihr noch?“¹²⁴

Weil die Rheinstraße überschwemmt war, mussten die Pioniere zunächst eine hölzerne Brücke errichten, bevor die eigentlichen Arbeiten in Angriff genommen werden konnten. Nachdem am Samstag die Arbeiten aufgrund drohender Gefahr kurzfristig eingestellt worden waren, wurden sie am Sonntag unter Leitung der kommandierenden Offiziere wieder aufgenommen. Bis zum Sonntagnachmittag waren erst sechs Leichen ausgegraben. „[...] die Wegräumungs- und Rettungsversuche stießen auf unendliche Schwierigkeiten“, hieß es in einer Schulchronik.

Jeder Balken, jeder Stein bildete eine Stütze für eine darauf ruhende Masse, welche durch Anregung in weitere Schiebung kam und stets die arbeitende Mannschaft zu schädigen oder gar zu bedecken drohte. Ja, es war sogar zu fürchten, daß die eigentliche Hauptmasse der Bergwand, von der kaum 1/10 abgerutscht war, nachkommen und dann die noch verschonten Häuser in der Rheinstraße, diese Straße selbst und sogar den Eisenbahndamm bedecken werde.¹²⁵

Bis die letzte Leiche eines neunjährigen Mädchens am 23. März gefunden wurde, waren fast zwei Wochen vergangen.¹²⁶ Der Zustand der Leichen war von allgemeinem Interesse sowohl in den Medien als auch in der Verwaltung. Während der Rheinische Kurier die „schauderhaft verstümmelten“ Leichen auch im Detail beschrieb, wurde in der Gartenlaube erwähnt, dass eine Frau noch mehrere Stunden gelebt habe und „somit einen schrecklichen, qualvollen Tod gefunden hat“¹²⁷. Abgesehen von dieser einen hätten alle einen schnellen Tod infolge gefährlicher Quetschungen und Brüche erlitten.¹²⁸ Der evangelische Pfarrer Eugen Anthes resümiert, dass keiner der Toten nach dem Sturz noch mehr als einige Minuten gelebt habe. Die meisten seien an „Schädelbrüchen“ gestorben oder „platt gedrückt“¹²⁹ worden.

Neben 26 Menschenleben fielen dem Unglück vier Pferde, fünf Kühe, ein Rind und zwölf Ziegen zum Opfer.¹³⁰ Merkwürdigerweise konnten mehrere Tiere einige Tage

¹²⁴ Cauber Nachrichten Bergrutsch, S. 302.

¹²⁵ Koblenz, LHA, Abt. 716, Nr. 175, Reizenhain, darin 1876. Der Schreiber der Chronik scheint den Artikel von Kruse in der Gartenlaube gekannt zu haben und referiert diesen in weiten Teilen.

¹²⁶ Kruse: Bergsturz, S. 253. Interessanterweise ist der evangelische Pfarrer davon überzeugt, dass die Leiche erst am 24. März gefunden wurde; ein Pionier, der selbst die Leiche mit ausgegraben hat, schreibt 50 Jahre später, es sei am 22. März, an des Kaisers Geburtstag, um 14 Uhr, gewesen (Schäfer: Brief, S. 301). Die amtliche Version bestätigt den in der Gartenlaube angegebenen 23. März allerdings zweifelsfrei.

¹²⁷ Kruse: Bergsturz, S. 253; Rheinischer Kurier 12.3.1876.

¹²⁸ Kruse: Bergsturz, S. 253.

¹²⁹ Anthes: Bericht, S. 294.

¹³⁰ Heller: Bericht, S. 300. Die Angabe von 26 Toten ist nur dadurch zu erklären, dass eine der drei lebend geborgenen Personen ihren Verletzungen erlegen ist. Schon der Rheinische Kurier hatte diesbezüglich am 12.3.1876 geschrieben: „[...] eine der geretteten Personen wurde

nach dem Bergsturz lebend ausgegraben werden. Zwei Ziegen, von denen eine vollkommen unverletzt war, eine Kuh und eine Taube sowie ein Kanarienvogel, der in seinem zerdrückten Käfig überlebt hatte, wurden geborgen.¹³¹

„Sechs Wohnhäuser und zwei Hintergebäude in Caub wurden gestern Abend 11 ½ Uhr vom Bergrutsch überschüttet. 26 Personen fanden ihren Tod“¹³², hieß es in einem Telegramm des Bergrates Giebeler aus Wiesbaden an das Oberbergamt Bonn am 11. März. Er bat darin Oberbergrat Fabricius, nach Caub zu kommen. Giebeler war der Bergrat, der zuvor technische Gutachten über das Rutschgebiet angefertigt hatte. Einen Tag später berichtete Oberbergrat Fabricius, nun in Kaub, seinem Vorgesetzten, Berghauptmann Brassert, in Bonn, telegrafisch über die Geschehnisse. Pioniere aus Koblenz und Mainz seien angekommen, die die Rettungsarbeiten durchführten. Außerdem seien die benachbarten Häuser polizeilich geräumt worden, der Eisenbahnbetrieb aber sei nicht gestört.

Weil die Bergungsarbeiten so langsam vorangingen, erkundigte sich Handelsminister Achenbach aus Berlin beim Oberbergamt, warum am Samstag und Sonntag nicht vehementere Anstrengungen unternommen worden seien, um möglicherweise noch Lebende zu retten.¹³³ Oberbergrat Fabricius erklärte in seinem Bericht vom 16. März, dass die außerordentlichen Gefahren eine direkte Bergung nicht zugelassen hatten. Er erwähnte allerdings, dass die Bevölkerung mit dieser vorsichtigen Vorgehensweise nicht einverstanden und stattdessen der Auffassung gewesen sei, man hätte direkt in die Schuttmassen eindringen sollen.¹³⁴ Bis zum Sonntag, den 19. März, waren alle Toten, bis auf ein Kind, geborgen worden.¹³⁵ Trotz der Beschäftigung von zeitweise über 180 Mann an den Ausgrabungsarbeiten wurde die letzte Leiche erst am Morgen des 23. März ausgegraben. „Die letzte unter Balken eingeklemmte menschliche Leiche soeben zu Tage gebracht, und gestern Abend noch zwei Pferde Leichen aus der Stallung ausgegraben“¹³⁶ hieß es in einer Depeche des Bergrates Giebeler am 23. März um 10.30 Uhr. Bei der Geschichte eines Altinvaliden, nach der die Leiche des Mädchens am Geburtstag des Kaisers, also schon am 22. März, gefunden wurde, handelte es sich demnach um eine Stilisierung der Ereignisse. Einen Tag nach der Bergung, d. h. am 24. März, waren die Pioniere wieder abgereist.¹³⁷ Weiterhin seien aber 192 Mann mit

jedoch mit so schweren Wunden davongetragen, daß der Arzt an ihrem Aufkommen zweifelt.“

¹³¹ Kruse: Bergsturz, S. 253. Ob und inwieweit hier reißerische Berichterstattung die tatsächlichen Fakten überschattet, ist nicht mehr zu rekonstruieren.

¹³² Düsseldorf, HStA, OBA Bonn, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 79.

¹³³ Ebd., Handelsminister Achenbach, Blt. 100.

¹³⁴ Ebd., Oberbergrat Fabricius, Blt. 104 ff.

¹³⁵ Düsseldorf, HStA, OBA Bonn, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 103, 112 f.

¹³⁶ Ebd., Blt. 121 f.

¹³⁷ Ebd., Blt. 130 f.

den „Aufräumungsarbeiten“ beschäftigt, so Giebeler in seinem Telegramm.¹³⁸ Unter der Leitung des Pionierleutnants aus Mainz-Castel, Freiherr von Poetlitz, hatte man so fast zwei Wochen benötigt, um alle Verschütteten zu bergen.

Am Wochenende des Bergsturzes hatte man die Hoffnung auf die Rettung von Verschütteten nicht aufgegeben. Die Schwierigkeiten bei den Abtragungsarbeiten waren aber groß. Am Samstag stellte der Pionierleutnant die direkten Nachgrabungsversuche aufgrund der mit ihnen verbundenen Gefahren für die Arbeiter ein. Oberbergrat Fabricius bat am Sonntag die ansässigen Grubenunternehmer darum, ihre Arbeiter zur Verfügung zu stellen.¹³⁹ An diesem Sonntag waren bereits die ersten sechs Leichen beerdigt worden.¹⁴⁰ Der evangelische Priester hatte bei der Feier Jes. 54,10 gelesen: „Auch wenn die Berge von ihrem Platz weichen und die Hügel zu wanken beginnen – meine Huld soll nie von dir weichen und der Bund meines Friedens nicht wanken, spricht der Herr, der Erbarmen hat mit dir.“

Erst am Dienstag kamen dann 50 Bergleute des Grubenunternehmens Nager zu Hilfe. Die Bergleute nahmen die Ausgrabungsarbeiten zwar auf, widersetzten sich aber den Befehlen des kommandierenden Leutnants. Sie gruben an einer Stelle, die von den technischen Gutachtern vor Ort als besonders gefährlich bezeichnet worden war. Nachdem die Bergleute sich geweigert hatten, die Arbeit einzustellen, ließ der Offizier die Gewehre aus den Quartieren holen, um die Bergleute mit Waffengewalt zu entfernen. Da die Bergleute partout nicht unter dem Befehl des Offiziers arbeiten wollten, sondern ausschließlich unter ihrem Obersteiger, wurden sie letztlich von Bürgermeister Herberich verwiesen. In dem Bericht des Oberbergrates Fabricius an Handelsminister Achenbach in Berlin wird hier zum einen die große Umsicht hervorgehoben, mit der die Abtragungsarbeiten durchgeführt wurden, zum anderen die einwandfreie Rolle der Beamten. Landrat Fonk habe Direktor Nager kurz darauf gebeten, seinen Leuten entsprechende Anweisung zu geben, unter der Leitung des Offiziers zu arbeiten, er sei aber zurückgewiesen worden.¹⁴¹

Eine andere Version der Auseinandersetzung zwischen Pionieren und Bergleuten lieferte der Sohn des evangelischen Pfarrers aus Kaub. Demnach sei es nur dem Engagement seines Vaters und des katholischen Priesters des Ortes zu verdanken, dass der Streit nicht eskaliert sei. Er schrieb:

Als sie auf dem Schauplatz anlangten, kamen gerade die Pioniere einzeln mit ihren Gewehren zurück und ordneten sich hinter ihrem Hauptmann, der den Platz nicht verlassen hatte und wie eine Erzsäule

¹³⁸ Ebd., Blt. 133.

¹³⁹ Ebd. Oberbergrat Fabricius, Blt. 104.

¹⁴⁰ Anthes: Bericht, S. 294.

¹⁴¹ Düsseldorf, HStA, OBA Bonn, Nr. 1535, Oberbergrat Fabricius, Blt. 104 ff.

dastand, indes die Bergleute gegenüber in vertrotzter Haltung und mit verbissenen Mienen dessen harrten, was nun geschehen würde.¹⁴²

Die beiden Geistlichen trafen also am Ort des Geschehens ein, riefen gemeinsam alle Anwesenden als Christen an und setzten ein Zeichen der Versöhnung, indem sie sich – trotz unterschiedlicher Konfessionen – bei der Hand nahmen und Einigkeit zeigten. Anschließend kamen angeblich der Offizier und der Obersteiger zu einer Übereinkunft, arbeiteten von da an gemeinsam und retteten sogar noch drei Überlebende.¹⁴³ An dieser Erzählung stimmt so gut wie nichts mit den tatsächlichen Ereignissen überein. Laut Otto Anthes fand die geschilderte Auseinandersetzung zwischen Pionieren aus Koblenz und unbestimmten Bergleuten am ersten Tag nach dem Bergsturz statt. Drei der Verschütteten erweckte er für ein Happy End sogar noch zum Leben und verzeichnete so anstelle von 26 Toten nur 23 Opfer. Die Hauptintention der kleinen Geschichte bestand darin, christliche Einigkeit vor dem Hintergrund des Kulturkampfes zu propagieren. Denkbar ist zumindest, dass die Priester (oder zumindest ein Priester) tatsächlich schlichtend auf die Auseinandersetzung zwischen Bergleuten und Pionieren eingewirkt hatten. Sein Vater hatte von „Zerwürfnissen zwischen Bevölkerung und Militär“¹⁴⁴ gesprochen, über die man lieber schweigen solle. Tatsächlich gegeben hat es den generellen Konflikt über die angemessene Vorgehensweise bei den Rettungsarbeiten: zwischen Bergleuten und Pionieren, Beamten und Angehörigen der Betroffenen etc. Dass das Vertrauen der Bevölkerung in Verwaltung und technische Experten erschöpft war, lässt sich leicht erklären, wenn man die Vorgeschichte des Bergsturzes vom 10. März 1876 betrachtet.

Die nötigen Bergbau-Utensilien für die Rettungsarbeiten wurden am 12. März telegrafisch von den Saarbrücker Steinkohlegruben angefordert. Noch am selben Tag wurden drei Waggons mit Materialien geliefert. Darunter 800 m Schienenmaterial zum Bau einer Förderbahn, die die Abräumarbeiten beschleunigen sollte.¹⁴⁵ Neben Materialien wurden aus Kaub auch Bergfachleute angefordert. Bergwerksdirektor Wenderoth aus Saarbrücken kam daraufhin am 18. März für einige Tage zur Besichtigung nach Kaub.¹⁴⁶ Mit Einrichtung der Förderbahn sollten „die in Bewegung befindlichen Gesteinsmassen in kürzester Zeit entfernt werden. In diesem behuf soll für die Abfuhr der aus dem oberen Theile zu gewinnenden Schuttmassen nach dem zunächst gelegenen Thale eine Schienenbahn unverzüglich angelegt werden“¹⁴⁷, erklärte Oberbergrat Fabricius in seinem Bericht an den Handelsminister Achenbach. 150 m Gleise wurden bis zum 27. März vom Absturz Terrain zum nahen Tal „am Schlossberg“

¹⁴² Anthes: Aufruf, S. 296 ff.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Ebd., S. 295

¹⁴⁵ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergwerksdirektion Saarbrücken, Blt. 110.

¹⁴⁶ Ebd., Oberbergrat Fabricius, Blt. 112, 138 f.

¹⁴⁷ Ebd., Blt. 95.

verlegt.¹⁴⁸ Diese Arbeiten wurden zunächst vom Pionierbattalion No. 8 aus Koblenz durchgeführt. Nach dessen Rückkehr nach Koblenz am 13. März wurden sie von einem Teil des hessischen Pionierbattalions No. 11 aus Mainz-Castel übernommen. Die Schuttmassen der unteren Teile des Berghangs sollten dagegen am Rheinufer abgelagert werden.¹⁴⁹ Für die Ausführung der schwierigen Arbeiten erhielten die Pioniere aus Mainz auf Antrag eine Sonderzulage aus Mitteln des Regierungspräsidiums.¹⁵⁰

Neben der Abtragung der Schuttmassen wurde die Entwässerung des Hangs vorangetrieben. Die Techniker hielten nämlich unterirdische Wasseransammlungen für die Ursache der Rutschung. Aus dem unteren Teil der Schuttmasse „fließt ununterbrochen eine starke [...] Quelle ab“¹⁵¹, schrieb Oberbergrat Fabricius am 13. März. Zum Zwecke der Entwässerung wurde an einer Stelle über dem höchsten Wasserstand des Rheins – es war immer noch Hochwasser – ein Stollen in das feste Gebirge getrieben, wo das Wasser herkommt.¹⁵² Erst am 25. März war das Hochwasser des Rheins so weit zurückgegangen, dass die „Eisenbahn-Durchlässe und Straßen, welche bei dem früheren hohen Wasserstand des Rheins mit Schutt verstürzt worden waren“¹⁵³, freigeräumt werden konnten. Der Entschluss zur Durchführung der Rettungsarbeiten war am 12. März in einer Verhandlung getroffen worden, bei der Regierungspräsident Wurmb, Landrat Fonk, Oberbergrat Fabricius, Baurat Cuno, Bergrat Giebeler, Amtmann Schreiber, Bürgermeister Herberich, Bergverwalter Häusing und Pionierleutnant Thunier anwesend waren.¹⁵⁴

Unmittelbar nach dem Bergsturz waren die übrigen noch bedrohten Gebäude polizeilich geräumt worden. Am 12. März sprach das Rentamt von 50 bis 70 betroffenen Familien und stand vor dem Problem der Unterbringung der Bewohner. „Caub war bisher schon dicht bevölkert und die Wohnungsnoth ist nunmehr jetzt auf das Aeüßerste gestiegen!“¹⁵⁵ Einige Zeit später wurde die genaue Zahl der evakuierten Personen in der Gartenlaube mit 284 angegeben.¹⁵⁶ Man improvisierte und überließ einzelne leer stehende Zimmer den betroffenen Familien vorübergehend.

[...] Herr Oberförster Schulz [hat] ein angrenzendes zu seiner Wohnung gehöriges Zimmer einer obdachlosen Familie

¹⁴⁸ Ebd., Bergrat Giebeler, Blt. 142 f.

¹⁴⁹ Ebd., Oberbergrat Fabricius, Blt. 95 f.

¹⁵⁰ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Pionierleutnant, Blt. 55. Der Altinvalide Christian Schäfer gibt an, dass eine Sonderzulage von 60 Pfennig pro Tag und Mann gewährt wurde (Schäfer: Brief, S. 301). Bei 13 Tagen und 60 Mann sowie vier Unteroffizieren und einem Offizier ergeben sich insgesamt über 500 Mark.

¹⁵¹ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Oberbergrat Fabricius, Blt. 94 f.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Ebd., Bergrat Giebeler, Blt. 133.

¹⁵⁴ Ebd., Verhandlung in Kaub, Blt. 97-99.

¹⁵⁵ Wiesbaden, HStA, Abt. 436, Nr.6, Schreiben vom 12. März 1876 (nicht paginiert).

¹⁵⁶ Kruse: Bergsturz, S. 253.

vorübergehend eingeräumt. Außerdem ist es verschiedenen [...] Bedrängten gestattet worden in der gemeinschaftlichen Waschküche im Erdgeschoss und auf dem zur Zeit unbenutzten Fruchtspeicher Haushaltssachen verlässlich unterzubringen.¹⁵⁷

Ein Großteil der Betroffenen wurde in fiskalischen Gebäuden (d. h. hier das „vormalige Recepturgebäude“) für eine Zeit von zwei bis drei Monaten untergebracht.¹⁵⁸

2.2 Der Berg bewegt sich

Nach einem Berichte der königlichen Regierung zu Wiesbaden hat sich ein Theil des Berges, an dessen Fuß die Stadt Caub in zwei parallel laufenden Straßen hart angebaut ist, von oben her in Bewegung gesetzt, bereits mehrere Weinberge gänzlich zerstört und bedroht bei weiterem Vorrücken einen Theil der Stadt selbst, den Vicinalweg und die Eisenbahn.¹⁵⁹

Dies schrieb der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an das Oberbergamt in Bonn am 18. März 1873. Drei Jahre vor der Katastrophe war die Gefahr folglich bereits erkannt und thematisiert worden. Bergmeister Giebeler hatte schon am 8. Februar einen Bericht zur Lage angefertigt, und die Regierung in Wiesbaden hatte am 18. Februar eine Kommission eingerichtet.¹⁶⁰ Durch die Aufforderung des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten wurde nun auch das Oberbergamt mit gutachterlichen Aufgaben betraut. Oberbergrat Bluhme hatte Folgendes mitgeteilt:

Ew. Hochwohlgeboren beauftrag ich daher, sich sogleich nach Empfang an Ort und Stelle zu begeben und, unter Zuziehung des technischen Mitgliedes der königlichen Eisenbahn-Direction in Wiesbaden Regierungs- und Landrath Hilf und des Revier-Bergmeisters Giebeler zu Wiesbaden, welcher den Bergrutsch bereits untersucht hat, den Thatbestand festzustellen und die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln in Vorschlag zu bringen.¹⁶¹

Bluhme lieferte drei Tage später einen entsprechenden Bericht. Er resümierte, dass wohl einigen Häusern der Stadt Kaub Gefahr drohe, nicht jedoch dem unterhalb des Berges liegenden Vicinalweg und der Eisenbahn. Die sechs Wohnhäuser von Adam Siebert, Adam Pfaff, Heinrich Pfaff, Jacob Dillenburg, A. Gehrler und Wittwe D. Weber, die unmittelbar am Fuß des Berges liegen, seien herabrollendem Gestein und größeren Erdmassen ausgesetzt.¹⁶² Da es sich um genau die Häuser handelte, die dann im März

¹⁵⁷ Wiesbaden, HStA, Abt., 436, Nr. 6, Schreiben vom 12. März 1876 (nicht paginiert).

¹⁵⁸ Ebd. Vgl. Rheinischer Kurier, 12.3.1876.

¹⁵⁹ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Blt. 3.

¹⁶⁰ Ebd., Oberbergrat Bluhme, Blt. 4.

¹⁶¹ Ebd., Blt. 3. Oberbergrat Fabricius wurde von Bluhme über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt.

¹⁶² Ebd., Oberbergrat Bluhme, Blt. 4 f.

1876 tatsächlich verschüttet wurden, fragt man sich, wie es zu der Katastrophe kommen konnte.

Möglichkeiten zur Abwendung der Gefahr wurden bereits 1873 diskutiert. Wenn man die sechs gefährdeten Häuser kaufen und räumen würde, würden diese wohl einen genügenden Schutz für Straße und Eisenbahn bieten, erklärte Bluhme. Da aber der Ankauf mindestens 150.000 Mark¹⁶³ kosten würde und zudem das gesamte Weinbergsterrain (immerhin 7,49 Morgen) im Rutschgebiet unbenutzbar bliebe, wurde diese Idee verworfen. Auch die Abtragung der in Bewegung befindlichen Gesteinspartien sei aufgrund der Behinderung des Abtransportes durch die „dicht zusammengebauten Häuser“ aus wirtschaftlichen Erwägungen keine Option (es „würde ganz unverhältnismäßige Kosten verursachen“).¹⁶⁴ Für die sechs Häuser bestehe allerdings große Gefahr. Insbesondere wenn im „Frühjahre größere Regengüsse“¹⁶⁵ eintreten, könnten sich die Gesteins- und Schlammmassen an der Felsoberfläche in Bewegung setzen.

Deshalb wurden Maßnahmen ergriffen, um sowohl einen „provisorischen Schutz und Abhülfe der Gefahren für den Augenblick“ zu erzielen als auch eine „dauernde Sicherung des ganzen Terrains zu erreichen“.¹⁶⁶ Zu diesen Maßnahmen gehörten die Verfüllung von Rissen und die Entwässerung des Rutschterrains. Außerdem wurde, neben der bereits angelegten Fangmauer der Gemeinde, eine zweite Fangmauer am östlichen Bergrutsch aufgeführt, um vor herabfallendem Gestein zu schützen. Zur nachhaltigen Verhütung der Gefahr sei eine Entwässerung des „oberen Gebirgskeiles, oberhalb des unteren noch festen Theiles wünschenswerth“.¹⁶⁷ Dazu wurde ein alter Stollen der nicht mehr betriebenen Schiefergrube „Karlszeche“, der laut Oberbergrat Bluhme schon jetzt einen Teil des Wassers abziehe, erweitert. Für die Kosten (300-400 Mark)¹⁶⁸ hatte die Gemeindeverwaltung aufzukommen. Bis zum Sommer war ein Querstollen von 30 Meter Länge angelegt (10 weitere Meter sollten folgen).¹⁶⁹ Darüber hinaus war geplant, zum Schutz der Häuser eine gut fundamentierte gemörtelte Mauer von etwa 70 Meter Länge anzulegen. Die Kosten hierfür wurden auf etwa 15.000 Mark veranschlagt.¹⁷⁰

Im August 1873 wurde dann beschlossen, zusätzlich einen Aufseher einzustellen, der das Terrain regelmäßig beobachten und mit Bergrat Giebeler in Wiesbaden in

¹⁶³ Anstelle des Quellenbegriffes „Reichsmark“ verwende ich durchgehend die Bezeichnung „Mark“. 1 Mark (1875) entspricht in etwa = 10 Euro (2004). Solche Wechselkurse können allerdings nur eine sehr grobe Orientierung liefern (Bödecker: Preußen, S. 105).

¹⁶⁴ Ebd., Blt. 7.

¹⁶⁵ Ebd., Blt. 6.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd., Blt. 7.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Ebd., Gemeinde Caub, Blt. 14 f.

¹⁷⁰ Ebd., Oberbergrat Bluhme, Blt. 7.

Verbindung stehen sollte.¹⁷¹ Anlass hierfür war die Feststellung, dass der Berg auf einer Länge von 100 Meter und einer Breite von 40 bis 50 Meter in den letzten Monaten um 1,35 Meter vorgerückt war. Es hatten sich neue Risse und Spalten im Rutschungsbereich aufgetan. Eine Auffangmauer war am 13. August zusammengefallen und auf den Weinberg gestürzt.¹⁷² Die technischen Gutachter, Regierungsrat Halbey und Bergrat Giebeler, folgerten daraus, dass durch das stete Vorrücken des Gebirgsstückes eine größere Gefahr vorhanden sei als bisher angenommen, und zwar seien „nicht blos die in dem Gutachten des Herrn Oberbergraths Bluhme bezeichneten Häuser, sondern ein größerer Theil der Stadt Caub, ferner der Verkehr auf der am Fuße gelegenen Straße und der Eisenbahnkörper gefährdet“¹⁷³.

Am 22. September reagierte Dr. Achenbach, der seit Mai Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten war, auf die Berichte. Von besonderer Bedeutung für ihn schien die etwaige Bedrohung von Straße und Eisenbahnkörper zu sein. Deshalb beauftragte er das Oberbergamt mit der nochmaligen Untersuchung der Verhältnisse in Kaub und forderte ein Gutachten an, das geeignete Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr aufzeigen sollte.¹⁷⁴

Oberbergrat Bluhme lieferte einen entsprechenden Bericht Ende Oktober 1873. Darin führte er den „theilweisen Erfolg“¹⁷⁵ der bereits ausgeführten Maßnahmen (Entwässerung durch den Querstollen, Aufführung von Schutzmauern) an. Darüber hinaus konstatierte er, dass eine größere Gefahr als im Frühjahr festgestellt, nicht angenommen werden müsse: „Auch tragen wir kein Bedenken, unsere Ansicht zu wiederholen, daß eine drohende Gefahr für die unterliegende Eisenbahn nicht vorliegt.“¹⁷⁶ Als zu ergreifende Maßnahmen wurden von Bluhme die Verfüllung von Spalten und Rissen sowie die Anlage kleiner Abzugsgräben zur Entwässerung angeregt. Dies könne von der Lokalbehörde ohne große Kosten geleistet werden. Außerdem solle der Querstollen noch etwas weiter getrieben werden, „um bei neuen Fluthzeiten dem herabdringenden Wasser mehr Luft zu machen“¹⁷⁷. Anstelle der provisorischen Steinmauern, die mehr Gefahr als Nutzen brächten, sollten festere Schutzmauern errichtet werden. Angemerkt wurde zuletzt, dass der Bürgermeister von Kaub keine Notwendigkeit zur Durchführung weiterer Arbeiten sehe, weil der Berg seit dem Sommer keine weitere Bewegung mehr gezeigt habe.¹⁷⁸

¹⁷¹ Ebd., Gemeinde Caub, Blt. 14.

¹⁷² Ebd., Bergrat Giebeler und Regierungsrat Halbey, Blt. 17-19.

¹⁷³ Ebd., Blt. 20.

¹⁷⁴ Ebd., Handelsminister Achenbach, Blt. 11.

¹⁷⁵ Ebd., Oberbergrat Bluhme, Blt. 24 f.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Ebd., Blt. 25 f.

¹⁷⁸ Ebd., Blt. 26.

1874 wurde die Gefahrenzone weiterhin beobachtet und viermal von Bergrat Giebeler besichtigt. Nach seinem letzten Gutachten vom 7. November 1874 empfahl er für die Abtragung des Rutschterrains zu sorgen, also letztlich die Maßnahme zu ergreifen, die von Oberbergrat Bluhme im Frühjahr 1873 als unangemessen teuer verworfen worden war.¹⁷⁹ Der preußische Innenminister Eulenburg wies daraufhin am 18. Januar 1875 die hessische Regierung in Wiesbaden an, den städtischen Behörden in Kaub die Abtragung des Berges anzuraten. Grund für die Reaktion des Ministeriums war die Feststellung – die eigentlich schon im Sommer 1873 gemacht worden war – dass „es sich nicht mehr nur um eine allmähliche Verschüttung von 4–5 Häusern“ handle, „sondern es tritt die Gefahr zu Tage, daß das ganze am Abhange des Berges liegende Terrain, einschließlich der Straße, verschüttet werden wird, und daß auch der Eisenbahn-Damm und der Rhein mit fliegenden Felsblöcken werden überschüttet werden“¹⁸⁰ – so der Innenminister. Trotz der ernsten Lage, die auch Handelsminister Achenbach zur Kenntnis nahm, wollte Eulenburg keine staatlichen Beihilfen für die Abtragungsarbeiten garantieren, und zuerst einen Kostenvoranschlag abwarten.¹⁸¹

Erneut wurden Gutachten eingeholt und Verhandlungen geführt. Wieder zitierte Handelsminister Achenbach einen Sachverständigen aus dem Oberbergamt in Bonn nach Kaub. Nach Untersuchungen kam man am 25. März 1875 zu dem Schluss, dass

die Gefahr der Verschüttung für einen Theil der Stadt Caub eine unmittelbar drohende sei, daß das ganze am Abhange des Berges liegende Terrain, einschließlich der Straße, verschüttet werden könne und auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheine, daß die Schüttungsmassen bis an den längs des Rheins vorbeiziehenden Eisenbahndamm vorgeschoben würden.¹⁸²

Es dauerte allerdings bis zum 31. Juli, bis ein Kostenvoranschlag für die Abtragungsarbeiten des Berges vorlag. Bergrat Giebeler veranschlagte diese auf 150.000 Mark: 120.000 Mark für Arbeitskräfte und 30.000 Mark Materialkosten. Da die genaue Masse des abzutragenden Gesteins aber im Voraus nicht bekannt sei, könnten diese Angaben keine Genauigkeit beanspruchen. Abgesehen davon basierten sie auf der Annahme, dass das anfallende Gestein unentgeltlich von der königlichen Direktion der Rheinstrombauverwaltung oder der königlichen Eisenbahndirection abgenommen werde. Unter Aufwendung dieser Kosten sei die drohende Gefahr aller Voraussicht nach vollständig zu beseitigen.¹⁸³ Bürgermeister Herberich schrieb daraufhin dem Landratsamt in St. Goarshausen, dass die Gemeinde unmöglich dazu imstande sei, diese Kosten zu tragen. Er bat darum, dass der Landrat auf eine Staatsunterstützung

¹⁷⁹ Ebd., Bergmeister Giebeler, Blt. 27-32.

¹⁸⁰ Ebd., Innenminister Eulenburg, Blt. 44.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² Ebd., Blt. 54.

¹⁸³ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bergrat Giebeler, Blt. 94.

hinwirken solle.¹⁸⁴ Die Situation wurde mittlerweile als äußerst gefährlich eingeschätzt. Die Gemeinde erklärte sich deshalb dazu bereit, 10 % der anfallenden Kosten selbst zu tragen. Am 4. August wurde auf einer Verhandlung des Gemeinderats festgehalten: „Da die dringende Gefahr droht, so sind wir gern bereit schon morgen oder wenn es der Herr Bergrath Giebeler anordnet, mit den Arbeiten auf Kosten der Gemeinde zu beginnen, und auch allen Anordnungen des Herrn Bergrathes Giebeler zu folgen [...]“¹⁸⁵.

Aus Staatsmitteln wurde von der Gemeinde ein Vorschuss von 20.000 Mark erbeten. Zwei Tage später formulierte Landrat Fonk eine entsprechende Anfrage an die hessische Regierung. Er verwies darauf, dass der Bergrutsch an einzelnen Stellen seit Oktober 1873 um 9 bis 10 Meter vorgerückt sei. Eine persönliche Besichtigung des Geländes habe ihm als Laien die Befürchtungen des Sachverständigen Giebeler klar gemacht. In den letzten vier Wochen habe sich das Terrain, „wahrscheinlich in Folge der vielfachen Regengüsse“¹⁸⁶ sehr verändert. Er hob die finanziell schwierige Lage der Gemeinde hervor. Darüber hinaus sei die Abtragung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu vertreten, weil die gefährdeten Gebäude „nach Maßgabe des Versicherungspotentials einen Wert von 233,700 Mark repräsentieren“¹⁸⁷. Diese Taxierung bezog sich nun auf 18 Gebäude nebst Stallungen und nicht mehr wie 1873 auf nur sechs Häuser.¹⁸⁸ Die Arbeiten müssten aber unverzüglich aufgenommen werden. Deshalb bat der Landrat den Regierungspräsidenten Wurmb in Wiesbaden um Einreichung eines entsprechenden Gesuchs beim Minister.¹⁸⁹

¹⁸⁴ Ebd., Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt. 100.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Ebd., Landrat Fonk, Blt. 87 f.

¹⁸⁷ Ebd., Blt. 89.

¹⁸⁸ Ebd., Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt. 99.

¹⁸⁹ Ebd., Landrat Fonk, Blt. 90.

The image shows two pages of a handwritten document. The left page is titled 'Verzeichnis' and lists buildings with their names and descriptions. The right page is titled 'Verzeichnis' and contains a detailed table of tax assessments for each building, with columns for different types of taxes and their amounts.

Gebäude-Nr.	Name	Beschreibung	Grundsteuer				Haussteuer	Sonstige Steuern	
			I	II	III	IV			
12. 27	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein b. Wall	140	120	70	200	147	147	
13. 34	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	100	100	50	150	100	7	
14. 35	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	170	150	100	420	150	7	
15. 36	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	60	60	30	150	100	6	
16. 37	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	170	150	100	420	150	12	
17. 38	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	80	80	40	200	100	10	
18. 39	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	110	100	50	260	150	9	
19. 40	Wüstl. Wohnh.	a. d. Rhein	100	100	50	200	150	6	
			Summe				233700	77900	211

Abbildung 5: Ausschnitt aus der Taxierung der betroffenen Gebäude

Als das Gesuch bei Innenminister Eulenburg eintraf, schien dieser die Dringlichkeit der Angelegenheit aber nicht zu sehen. Am 28. September, über einen Monat nach Eintreffen des Berichts aus Wiesbaden, erklärte er, eine Staatsbeihilfe zur Ausführung der Abtragsarbeiten könne nur unter bestimmten Bedingungen gewährt werden. Sie sei daran geknüpft, dass die königliche Rheinstrombauverwaltung oder die königliche Direktion der Nassauer Eisenbahn sich dazu verpflichteten, unentgeltlich die anfallenden Steine abzunehmen. Falls das nicht geschehe, würden die aufkommenden Kosten womöglich den Versicherungswert der gefährdeten Häuser übertreffen. Der Handelsminister habe bei den beiden genannten Stellen bereits angefragt, aber noch keine Antwort erhalten. Der Vorschuss von 20.000 Mark sei nicht umgehend zu gewähren. Falls die genannte Bedingung erfüllt werde, werde „die Staatsregierung geneigt sein“¹⁹⁰, diesen Betrag als erste Rate in den nächstjährigen Staatshaushalt aufzunehmen. Am 9. Oktober drängte Bergrat Giebeler darauf, dass endlich Arbeiten in Angriff genommen werden müssten. Er schrieb an die Regierung in Wiesbaden:

¹⁹⁰ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Innenminister Eulenburg, Blt. 70 ff.

Kommt die Hilfe zur Beseitigung dieser Gefahr nicht bald, so kommt sie meiner Ansicht nach ganz sicher – zu spät und ich kann deshalb nicht umhin königliche Regierung im Interesse der armen Bewohner des gefährdeten Theiles der Stadt Caub hiermit dringend zu bitten, geneigtest dahin wirken zu wollen, daß ohne Rücksicht auf das Resultat der Verhandlung über die Abnahme und Wegschaffung der Mauersteine und sonstigen Steinmassen von den Abtragungsarbeiten, wenigstens die Inangriffnahme der Wasserlösungsarbeiten im Stollen der Grube Carlszeche, nach Maßgabe der am 25. März d. J. in Caub zusammengetretenen Commission baldmöglichst genehmigt resp. für diese Arbeiten wenigstens vorläufig die Summe von 6.000 Mark bewilligt werde.¹⁹¹

Darüber hinaus erklärte er, dass die Gefahr größer sei, als „man selbst nach den Gutachten sonst bewährter Techniker glauben sollte“¹⁹². Damit waren die Sachverständigen des Oberbergamtes in Bonn gemeint. Vor diesem Hintergrund wurden Mitte Oktober 1875 endlich die Arbeiten aufgenommen. Der Gemeinderat hatte dies in Anwesenheit von Landrat Fonk, Bergrat Giebeler und Regierungsrat Sartorius beschlossen, um die betroffenen Mitbürger vor Schaden zu bewahren.¹⁹³ 135.000 Mark (90 % des auf 150.000 Mark berechneten Kostenvoranschlages) an Staatsbeihilfe waren bewilligt worden, allerdings erst für die Jahre 1876 und 1877. Die Einwilligung über die Abnahme der anfallenden Steine durch die Eisenbahndirektion oder die Rheinstrombauverwaltung ist in den Akten nicht mehr enthalten. Jedenfalls dauerten die Verhandlungen über die Abnahmemodalitäten der anfallenden Steine an. Im Januar 1876 befand man sich noch in Gesprächen mit den beiden Behörden.¹⁹⁴ Im Dezember reichte Markscheider Häusing, der für die Durchführung der Abtragungsarbeiten zuständig war, einen Dispositionsplan über die Verwendung der Gelder ein. Demnach sollten die 150.000 Mark je zur Hälfte für das Jahr 1876 bzw. 1877 aufgeteilt werden. Davon sollten folgende Arbeiten ausgeführt werden: die Abtragung von insgesamt 45.000 Kubikmetern Gestein; die Weiterführung des Stollens Karlszeche um 40 Meter zur Entwässerung; außerdem die Errichtung einer 60 Meter langen, 13 Meter hohen und 10 Meter starken Schutzmauer. Der Hauptteil der Kosten war für die Abtragungsarbeiten veranschlagt worden (112.500 Mark). Für 1876 war die Abtragung von 25.000 Kubikmeter Gestein vorgesehen sowie die Aufführung einer 30 Meter langen Schutzmauer.¹⁹⁵ Bis Anfang März 1876 hatte man 30 Meter Stollen gegraben, ohne dabei jedoch auf Wasser zu stoßen. Daraufhin wurden die Arbeiten am Stollen eingestellt. Mit der Abtragung des lockeren und gefährlichen Gesteins wurde begonnen. Die Steine wurden zum Teil zur Aufführung der Schutzmauer benutzt, von der 12 Meter

¹⁹¹ Ebd., Bergrat Giebeler, Blt. 76.

¹⁹² Ebd., Blt. 74.

¹⁹³ Rheinischer Kurier, 21. Oktober 1875.

¹⁹⁴ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 21 f.

¹⁹⁵ Ebd., Bergverwalter Häusing, Blt. 15 f.

fertiggestellt worden waren.¹⁹⁶ Wenige Tage nach Veröffentlichung des Berichts verschüttete der lang befürchtete Bergsturz die Häuser in der am Fuße des Berges liegenden Hochstraße.

Im Nachhinein stellte sich die Frage, warum nicht rechtzeitig evakuiert worden war.¹⁹⁷ Diese Frage hatte durchaus zur Debatte gestanden, als im Sommer 1875 eine akute Gefahr attestiert wurde. Landrat Fonk hatte sich an Bergrat Giebeler gewandt, um zu eruieren, „ob Vorsichtsmaßregeln wie das Absperren einzelner Gebäude und Häuser [...] zu treffen seien“¹⁹⁸. Laut Giebeler seien solche Maßnahmen „nach Inangriffnahme der Arbeiten“¹⁹⁹ nicht notwendig gewesen.

Darüber hinaus erklärte Fonk dem Regierungspräsidenten, es sei ganz und gar unmöglich, Unterkünfte für die aus den dicht bewohnten Gebäuden ausgewiesenen Personen zu schaffen. Für die Besitzer dieser Häuser würde es den „finanziellen Ruin“²⁰⁰ bedeuten, wenn diese nicht mehr bewohnt würden könnten. Solange also „nicht die drohenste Gefahr von Sachverständigen befürchtet wird“²⁰¹, werden keine Evakuierungen durchgeführt, so der Landrat. Er stützte sich damit auf eine Aussage des Kauber Bürgermeisters bzw. des Gemeinderates, die es für ganz unmöglich hielten, die 211 Menschen, die in den Häusern wohnten, auf behördlichen Räumungsbefehl hin unterzubringen.²⁰² Nachdem der Gemeinderat am 4. August beschlossen hatte, sofort mit den Arbeiten am Bergrutsch zu beginnen, beantragte Giebeler von „irgend welchen Sperrungsmaßregeln, welche ich dann nicht mehr für nötig halte, Abstand zu nehmen“²⁰³. Weil sich der Beginn der Abtragungsarbeiten tatsächlich bis in den Herbst hinein verzögerte, griff Giebeler noch einmal die Initiative. Er schrieb an die königliche Regierung in Wiesbaden, „bei Zeiten die geeigneten polizeilichen Verfügungen erlassen resp. die erforderlichen Anordnungen [...] treffen zu lassen“²⁰⁴. Innenminister Eulenburg erklärte im Rückblick nach der Katastrophe: „Nun hat damals der Gemeinderath von Caub sehr wenig Lust gezeigt, die Leute hinauszutreiben, sondern hat geglaubt, er thäte gut sobald wie möglich mit den Arbeiten anzufangen, dann würde es wol kaum nöthig sein die Leute ihres Obdachs zu berauben.“²⁰⁵ Angeblich seien aber auf Wunsch des Regierungspräsidenten doch drei Häuser geräumt worden. Wenn dies wirklich der Fall gewesen ist, so waren diese Häuser zum Zeitpunkt des Unglücks vermutlich bereits wieder bewohnt. Bergrat Giebeler wurde, nachdem er das

¹⁹⁶ Ebd., Blt. 29 f.

¹⁹⁷ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung, 15. März 1876.

¹⁹⁸ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 86.

¹⁹⁹ Ebd., Blt. 90.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Ebd., Bürgermeister und Gemeinderat von Kaub, Blt. 100 f.

²⁰³ Ebd., Blt. 105.

²⁰⁴ Ebd., Bergrat Giebeler, Blt. 72.

²⁰⁵ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung, 15. März 1876, Innenminister Eulenburg.

Katastrophengebiet besichtigte hatte, für mehrere Tage krank.²⁰⁶ Auf dem Sachverständigen hatte eine große Verantwortung gelastet, und nun war das Schlimmste passiert.

2.3 Wieso die erkannte Gefahr zur Katastrophe werden konnte

Im Folgenden soll die Frage geklärt werden, warum es letztlich zur Katastrophe kam. Die ersten Atteste nach der Katastrophe wurden von sachverständigen Bergtechnikern geliefert. Oberbergrat Fabricius aus Bonn erklärte nach der Besichtigung des Bergsturzes in Kaub: Im unteren Teil der Schutthalde sei „eine große Wassermasse hervorgebrochen“, die sich mit dem Schutt auf die „meist in mangelhaftem baulichen Zustande befindlichen Wohnhäuser [...] ergossen“ habe, die ihrerseits „wie ein Kartenhaus zusammengedrückt“²⁰⁷ worden seien. Das Vorhandensein solcher Wassermengen sei völlig unbekannt gewesen. Entweder, so Fabricius, die Rutschung werde – entgegen den bisherigen Annahmen – tiefer liegen, oder alte Grubenbaue und verschüttete Tagebaue hätten Gelegenheit für Wasseransammlungen geboten.²⁰⁸ Durch den Hinweis auf den schlechten Zustand der Häuser versuchte Fabricius anzudeuten, dass auch hier eine Ursache für die Tragödie zu suchen sei. Fabricius' Vorgesetzter, Berghauptmann Brassert, ein Freund von Achenbach, hatte diesem bereits darüber verständigt, dass „das Gebirge in Folge [...] der starken Regengüsse der letzten Tage in Bewegung gerathen ist“²⁰⁹. „Eine im Innern des Bergrutsches angespannt gewesene Wassermasse sei losgebrochen“²¹⁰, hieß es in einem anderen Bericht von Fabricius an Brassert. Auch in der offiziellen Verhandlung in Kaub mit beteiligten Politikern und Sachverständigen, einen Tag nach dem Bergsturz, wurde diese Version vertreten: „Vermutlich hat es sich ergeben, dass noch tiefer liegende wasserführende Schüttungen vorhanden sind, deren Einwirkung die unerwartet schnell erfolgte Bewegung der Erde und Felsen“²¹¹ ausgelöst hat.

Vergleicht man diese Erklärung der Sachverständigen mit ihren eigenen Befunden aus den Jahren zuvor, so zeigt sich, dass zumindest das Erklärungsmuster vollständig überein stimmt. Oberbergrat Bluhme hatte 1873, also drei Jahre vor dem Ereignis, erklärt, die „Einflüsse der Atmosphärien“ und die „Einflüsse der letzten sehr nassen Winter“ zählten zu den Hauptursachen der Rutschungen.²¹² Im Herbst des gleichen Jahres sorgte sich derselbe Sachverständige um die Bewegungen des Berges, die durch

²⁰⁶ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Oberbergrat Fabricius, Blt. 103.

²⁰⁷ Ebd., Blt. 94.

²⁰⁸ Ebd., Blt. 95.

²⁰⁹ Ebd., Berghauptmann Brassert, Blt. 81.

²¹⁰ Ebd., Oberbergrat Fabricius, Blt. 89.

²¹¹ Ebd., Verhandlung in Kaub, Blt. 97.

²¹² Ebd., Oberbergrat Bluhme, Blt. 5.

die nasse Witterung und besonders durch die Schneeschmelze im kommenden Frühjahr ausgelöst werden könnten.²¹³ Bergmeister Giebeler konstatierte im Sommer 1875, dass „sich die Rutschverhältnisse in Folge der Regengüsse in den letzten 3 Monaten [...] wesentlich verändert haben“²¹⁴. Infolge der letzten Regengüsse drohten die Felsen im unteren Teil des Bergrutsches jeden Moment einzustürzen.²¹⁵ Es sei „unausbleiblich“, dass demnächst ein Bergsturz eintritt, wenn nichts zur Abwendung der Gefahr geschehe, so Giebeler.²¹⁶ Unter den Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr sieht er Abtragungsarbeiten und Wasserlösungsarbeiten als notwendig an.²¹⁷ Im Oktober 1875 schrieb Giebeler:

erwägt man [...] welchen Einfluss diese Wassermassen [gemeint sind lang anhaltende Niederschläge] auf das Fortschieben der ganzen in Bewegung befindlichen Felsparthie auf den mehr oder weniger glatten und schlüpfrigen Klufflächen ausüben, so bedarf es ganz sicher nicht eines besonders ängstlichen Gemüthes, um wegen der durch den Bergrutsch der Stadt Caub drohenden und von Tag zu Tag wachsenden Gefahr, in Sorgen zu sein.²¹⁸

Mit diesen Attesten steht man in Einklang mit dem heutigen Forschungsstand zu gravitativen Massenbewegungen²¹⁹. Als natürliche Auslöser werden hier, neben Erdbeben, Niederschläge mit extremen Intensitäten oder lang anhaltende Feuchteperioden genannt.²²⁰ Dieser Zusammenhang war schon im 17. Jahrhundert bekannt. So hatte der Landesfürst Max Gandolf am 29. August 1669, gut einem Monat nach einem tragischen Felssturz in der Stadt Salzburg, eine „wahrhaftige Relation über den nechsten Einfall deß Bergs auf der Gstätten allhie zu Salzburg“ geschrieben. Dort hieß es, dass der Berg aus löcherigem Gestein aufgebaut gewesen sei und die Witterung eine entscheidende Rolle gespielt habe.²²¹ Auch nach heutiger Ansicht waren starke Niederschläge im Sommer 1669 aller Wahrscheinlichkeit nach ursächlich für diesen Bergsturz.²²²

²¹³ Ebd., Blt. 24.

²¹⁴ Ebd., Bergrat Giebeler, Blt. 58.

²¹⁵ Ebd., Blt. 59.

²¹⁶ Ebd., Blt. 58.

²¹⁷ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bergrat Giebeler zitiert bei Landrat Fonk, Blt. 87.

²¹⁸ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 76 f.

²¹⁹ Glade & Stötter: Massenbewegungen, S. 151. Unter dem Begriff der Massenbewegung werden verschiedene hangabwärtsgerichtete Verlagerungsprozesse von Fels, Schutt und Feinsubstrat subsumiert. Im deutschen Sprachraum wird er analog zu dem englischen Begriff *landslide* verwendet.

²²⁰ Ebd., S. 152.

²²¹ Hauer: Tod, S. 95 f.

²²² Ebd., S. 60.

2.3.1 Politische Ökonomie

Zunächst muss auf die Frage nach den Ursachen der Katastrophe die finanzielle Lage der Gemeinde Berücksichtigung finden. Die Gemeinde Kaub war verschuldet, und auch ihre Bürger waren größtenteils arm. Die Kauber Anwohner, die von der Zerstörung der Weinberge durch den Bergrutsch betroffen waren, waren teilweise „ernstlich in ihrem Nahrungsstande gefährdet“²²³. Auch die Besitzer der bedrohten Häuser lebten „sämtlich in dürftigen Verhältnissen“²²⁴ und verließen die mit Hypotheken belegten Häuser aus Angst vor finanziellem Ruin und mangels Alternativen nicht.²²⁵ Die Gemeinde selbst war zu arm, um der Gefahr vorzubeugen. „Ohne staatliche Beihilfe ist es somit der hiesigen Gemeinde unmöglich, die Gefahren, welche aus dem Bergrutsch drohen, auf eigene Kosten zu befestigen“,²²⁶ hatten Gemeinderat und Bürgermeister dem Landrat bzw. dem Regierungspräsidium erklärt. Inwieweit diese Abhängigkeit von staatlichen Ressourcen in die Katastrophe geführt hat, wurde bereits gezeigt. Die im Nachhinein vom Abgeordneten Petri geäußerten „staatsrechtlichen Grundsätze“, nach denen die „Gesammtheit einzutreten hat“, wenn der „zunächst Verpflichtete nicht leistungsfähig ist“²²⁷ haben nicht gegriffen, auch wenn er diesen Grundsatz zur Intention jeder Staatsgründung erklärte.

Die Gemeinde war vor allem durch den Verlust ihrer Rolle als Rheinzollstation wirtschaftlich betroffen. Fast 700 Jahre lang war das Zollwesen am Rhein für Kaub eine „sprudelnde Einnahmequelle gewesen“²²⁸. Die im Anschluss an den Wiener Kongress eingerichtete Zentralkommission für Rheinschiffahrt hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eine gemeinsame Regelung für die Erhebung der Rheinzölle zu finden.²²⁹ Durch den wachsenden Schiffsverkehr wurde es notwendig, alte Beschränkungen aufzuheben. In der Konsequenz wurden die Zollstationen am Rhein abgebaut. 1853 war Kaub die einzig verbliebene Station an der Gebirgsstrecke am Mittelrhein. Zum 1. Januar 1867 wurde auch sie aufgelöst.²³⁰

Für Kaub bedeutete dies konkret, dass nicht mehr alle Schiffe halten mussten, um einen Rheinzoll zu entrichten. Dies sei ein Grund für die schlechte wirtschaftliche Situation der Gemeinde, erklärten Gemeinderat und Bürgermeister in ihrer Petition um Staatsunterstützung:

²²³ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Gemeindeverhandlung Kaub, Blt. 16.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 90.

²²⁶ Ebd., Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt. 101.

²²⁷ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März 1875, Abgeordneter Petri.

²²⁸ Mittelrheinische Lotsenvereinigung: Steuerleute, S. 36. (Siehe auch Heyen: Geschichte, S. 75.)

²²⁹ Ebd., S. 41.

²³⁰ Ebd., S. 56.

Die hiesigen Einwohner, welche früher eine nennenswerte Einnahme aus dem Betriebe der Rheinschiffahrt dadurch hatten, daß behufs Entrichtung des Rheinzolles sämtliche, Caub passierende Schiffer beilegen mußten und bei dieser Gelegenheit sich hier mit Lebensmitteln etc versehen, haben diese Einnahmen beinahe gänzlich Schwinden sehen, seit den Schiffern die und unverhinderte Fahrt auf dem Rhein in seiner ganzen Ausdehnung gestattet ist.²³¹

Zudem waren die Steuerleute und Lotsen abhängig von den Wasserverhältnissen des Rheins. Der lange Winter und das Hochwasser hatten den Schiffsverkehr nahezu vollständig lahmgelegt. Das bedeutete für die Steuerleute, Schiffer und Nächler fünf Monate ohne Verdienst.²³² Die wirtschaftliche Abhängigkeit der kleinen Gemeinde vom Rheinstrom war durchaus spürbar. Angenommen, Kaub wäre ohne Abschaffung der Zollstation und ohne Hochwasser finanziell in der Lage gewesen, dem Bergsturz vorzubeugen, dann wäre in nachträglicher Betrachtung der Katastrophe nur eine „historische Erklärung“ im Sinne Hermann Lübbes angebracht, d. h., man könnte die Katastrophe nur verstehen, wenn man die historischen Zusammenhänge um die Abschaffung des Rheinzolls kennen würde.²³³ Als monokausale Erklärung erscheint sie jedoch vor dem Hintergrund der komplexen Ursachensituation nicht tragfähig (wenngleich sie mindestens genauso gut ist, wie die Erklärung in einem geografischen Lehrbuch der Zeit, in dem der Bergsturz auf den Bergbau zurückgeführt wird).²³⁴

2.3.2 Eine Frage von Verwaltung und Ökonomie

Vor dem Hintergrund der langen Vorgeschichte des Bergsturzes kamen auch kritische Stimmen zum Umgang mit der Gefahr zu Wort. Sie kulminierten in dem Ausruf „Zu spät!“. Der Rheinische Kurier schrieb zwei Tage nach der Katastrophe: „Zu spät“ so lautete die Warnung, welche bezüglich unseres drohenden Bergsturzes sachkundige Männer mehr als ein halb dutzend Mal in Ihrer Zeitung ergehen ließen. Heute Nacht halb zwölf Uhr ist nun das langbefürchtet und oft genug in Aussicht gestellte Unglück eingetreten.“²³⁵ Tatsächlich hatte Bergrat Giebeler in seinem Gutachten im Oktober 1875 geschrieben: „Kommt die Hilfe zur Beseitigung dieser Gefahr nicht bald, so kommt sie meiner Ansicht nach ganz sicher – zu spät [...]“²³⁶ Auch in dem Artikel der Gartenlaube schwang dieses „Zu spät“ insofern mit, als die „langen Verhandlungen“ erwähnt wurden, die nötig waren, bevor „endlich“ Staatshilfe gewährt wurde.²³⁷ In den Landtagsverhandlungen nach dem Bergsturz wurde die Problematik vom Abgeordneten

²³¹ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt. 101.

²³² Lotsenvereinigung Mittelrhein: Steuerleute, Blt. 54.

²³³ Lübbe: Einheit, S. 9 ff.

²³⁴ Ule: Grundriss, S. 321. Hier wurde konstatiert, dass sowohl der Bergsturz von Kaub als auch der von Elm infolge des „unvorsichtigen Anlegens von Schieferbrüchen“ entstanden seien.

²³⁵ Rheinischer Kurier, 12.3.1876.

²³⁶ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 76.

²³⁷ Kruse: Bergsturz, S. 254.

Petri expliziert. Er resümierte die Vorgeschichte des Bergsturzes seit 1873 in groben Zügen: Erst traf man nur „halbe Maßregeln“ und verlangte von der „armen Gemeinde Kaub“ für die Kosten aufzukommen, dann verhandelte man lange Zeit darüber, wer die Kosten aufzubringen habe und nun stehe man vor dem „Vorwurf des verhängnisvollen ‚Zu spät!‘“²³⁸. Damit deutete der Abgeordnete an, dass die Ursachen für die Katastrophe bis in das Jahr 1873 zurückreichten.

Damals hatte Oberbergrat Bluhme aus Bonn das Abtragen der in Bewegung befindlichen Partie als Option verworfen, weil dies „ganz unverhältnismäßige Kosten“ verursachen werde.²³⁹ Seine zweite Option, die Häuser zu räumen und als Schutzwall stehen zu lassen, kam nicht infrage, weil dann die Weinberge auf unbestimmte Zeit unbenutzbar blieben. Am sinnvollsten fand er daher die Aufführung einer fest fundamentierten Schutzmauer.²⁴⁰ In der Luhmann'schen Diktion geht es in der Beschäftigung Bluhmes mit dem drohenden Bergrutsch nicht um eine Gefahr, sondern um ein Risiko. Risiken sind entscheidungsabhängig, Gefahren existieren unabhängig von Entscheidungen.²⁴¹ Durch das Gutachten des staatlich beauftragten Sachverständigen wurden wissenschaftlich-politische Entscheidungsprozesse eingeleitet. Im Luhmann'schen Verständnis ist die Diskussion Bluhmes um die verschiedenen Optionen nun keine Entscheidung zwischen Sicherheit und Risiko, sondern zwischen verschiedenen Risiken. Die Differenzierung Risiko *versus* Sicherheit wird in seiner Theorie *ad acta* gelegt und durch die Unterscheidung von Risiko und Gefahr ersetzt. Die Risiko-Sicherheits-Dichotomie suggeriere nämlich, so Luhmann, es gebe so etwas wie einhundertprozentige Sicherheit, wenn man kein Risiko eingeht. Dies ist aber gerade nicht so. Auch wenn man kein aktives Risiko eingeht, befindet man sich in der riskanten Situation des Nicht-Handelns.²⁴² Im Falle Kaub wird dies besonders deutlich. Keine Maßnahmen zu ergreifen und abzuwarten, wäre äußerst riskant gewesen. Dies gestand auch Bluhme zu, indem er erklärte, man könne, aufgrund der gefährdeten Häuser unterhalb des Berges, nicht alles auf sich beruhen lassen und abwarten. Von Interesse ist nun, auf welcher Basis die Entscheidung bezüglich der unterschiedlichen Risiken letztlich getroffen wurde. Die erste Option trägt das Risiko in sich, dass man ökonomische Ressourcen für etwas verbraucht, was sie nicht wert ist (mit anderen Worten ein schlechtes Geschäft macht). Die zweite Option würde die lokalen Interessen der betroffenen Winzer wie auch die der Hausbewohner und -besitzer schädigen, ohne dass dies vielleicht nötig sei. Die postulierte Option der Schutzmauer

²³⁸ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung, 15. März, Abgeordneter Petri.

²³⁹ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Oberbergrat Bluhme, Blt. 7.

²⁴⁰ Ebd. Dieser Vorschlag sei aber nur „approximativ“, weil man nicht sicher sein könne, dass überall fester Fels zur Fundamentierung gefunden werde.

²⁴¹ Luhmann: Soziologie.

²⁴² Ebd., S. 30-35.

barg das Risiko in sich, dass die Schutzmauer keinen ausreichenden Schutz bei einem Bergsturz bieten würde.

Von diesen grundlegenden Vorschlägen wurde zunächst keiner durchgeführt. Die Einstellung eines Aufsehers zur Beobachtung des Terrains im Sommer 1873 ist gleichbedeutend mit der Idee des Abwartens – wenngleich eines „aufmerksamen Abwartens“; davon hatte Bluhme eigentlich abgeraten. Im Herbst 1873 forderte er noch einmal die Errichtung einer fest fundamentierten Schutzmauer. Aufgrund der hohen Kosten (15.000 Mark) blieb die hoch verschuldete Gemeindeverwaltung untätig. Bis 1875, also zwei Jahre nach dem ersten Gutachten, war von den grundsätzlichen Vorschlägen Bluhmes keiner in die Praxis umgesetzt worden. Zwar hatte man kostengünstige Maßnahmen durchgeführt, trug absturzgefährdete Felsen ab und baute kleinere Schutzmauern, aber diese „halben Maßnahmen“ täuschten lediglich darüber hinweg, dass man eigentlich abwartete. Sogar für die Bewilligung einer Summe von 6.000 Mark zur Erweiterung eines Stollens zu Entwässerungszwecken bedurfte es eines halben Jahres und der dringlichsten Gefahr.²⁴³

Im Frühjahr 1875 wurde von Sachverständigen eine deutliche Zunahme des Risikos festgestellt. Bluhmes Vorschläge kamen wieder in die Diskussion. Seine erste Option, den in Bewegung befindlichen Teil abzutragen, wurde nun trotz der anfallenden Kosten präferiert. Innenminister Eulenburg zog auch staatliche Unterstützung in Erwägung, um eine Abtragung des Berges zu veranlassen, verlangte aber zunächst einen Kostenvoranschlag.²⁴⁴ Anfang August traf ein Kostenvoranschlag des Bergrates Giebeler bei der Bürgermeisterei in Kaub ein. Bürgermeister Herberich schrieb daraufhin Landrat Fonk, und dieser wiederum setzte sich mit der königlichen Regierung in Wiesbaden in Verbindung. Erst von dort aus wurde das Staatsministerium in Berlin in Kenntnis gesetzt. Trotz der akuten Gefahr wurde der übliche Behördenweg, der immerhin aus vier Stationen bestand, eingehalten. Es dauerte bis zum 28. September, also rund zwei Monate von der ersten Versendung des Kostenvoranschlages an, bis Innenminister Eulenburg seine Antwort nach Wiesbaden schickte. Die Verzögerung erklärt sich unter anderem dadurch, dass Innenminister Eulenburg zunächst feststellen wollte, ob die Königliche Rheinstrombauverwaltung und die Königlich Nassauische Eisenbahndirektion zur Übernahme des anfallenden Gesteins bereit wären. Auf Grundlage dieser Bedingung war nämlich der Kostenvoranschlag in Höhe von 150.000 Mark gestellt worden. Innenminister Eulenburg bat also Handelsminister Achenbach, bei den beiden genannten Institutionen in dieser Sache anzufragen.²⁴⁵ Achenbach hatte

²⁴³ Vgl. Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 76.

²⁴⁴ Ebd., Innenminister Eulenburg, Blt. 44.

²⁴⁵ Eine direkte Anfrage der Gemeinde Kaub hatte wohl lediglich zu einer Zusage der Rheinstrombaudirektion geführt, war aber auf eine ablehnende Haltung bei der Direktion der Nassauischen Eisenbahn gestoßen. Siehe Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bürgermeister Herberich, Blt. 103 f.

das wohl auch getan, aber bis zum 28. September war Eulenburg immer noch kein Ergebnis in der Sache bekannt. Damit hatte sich die Kette der Beteiligten wieder verlängert, und die Abläufe wurden weiter verzögert. Die Kette führte nun vom Sachverständigen (Giebeler) zum Kauber Bürgermeister (Herberich), dann zum Landrat (Fonk), von da aus zum hessischen Regierungspräsidenten (Wurmb) und weiter zum preußischen Innenministerium (Eulenburg); von Eulenburg ging die Anfrage an den Handelsminister (Achenbach), der sie weiterleitete an die Rheinstrombaudirektion und die Direktion der Nassauischen Eisenbahn. Der Ausgangspunkt der Kette, Bergrat Giebeler aus Wiesbaden, reagierte entsprechend energisch, als zwei Monate nach seinem Gutachten sich immer noch keine Fortschritte zeigten. Die in Aussicht stehende Staatshilfe hing von der Antwort der Rheinstrombauverwaltung und der Eisenbahndirektion ab und sollte wenn überhaupt erst in den Staatshaushalt von 1876 aufgenommen werden.²⁴⁶ Deshalb schrieb Giebeler am 9. Oktober direkt an die königliche Regierung in Wiesbaden, um sie davon zu unterrichten, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis der Bergsturz eintrete.²⁴⁷

Am 19. Oktober wurde die Staatsbeihilfe gewährt, ob durch das Drängen aus Wiesbaden oder die positive Antwort der Rheinstrombauverwaltung begründet, lässt sich nicht mehr beurteilen.²⁴⁸ Die Aufwendung von 150.000 Mark machte etwa 0,015 % der preußischen Staatsausgaben aus.²⁴⁹ Anteilsmäßig entspräche das im heutigen Staatsbudget einer Ausgabe von 150 Millionen Euro.²⁵⁰ Die Gewährung der Hilfsmittel war daran gebunden, dass die Gemeinde selbst 10 % der 150.000 Mark aufbrächte. Die erforderlichen 15.000 Mark wurden von der Gemeinde schließlich durch ein Darlehen beschafft.²⁵¹ Im November wurde mit den Arbeiten begonnen. Die Schutzmauer, die von Bluhme 1873 als beste Möglichkeit gesehen worden war, wurde nun nach zweieinhalb Jahren in Angriff genommen. Bis Anfang März waren 12 Meter der insgesamt 30 Meter langen Mauer aufgeführt worden. In Anbetracht der drohenden Gefahr wurde nun auch mit der Abtragung des Berges begonnen, die Bluhme noch als unwirtschaftlich verworfen hatte.²⁵² Aufgrund der jahreszeitlich bedingten Witterungsverhältnisse konnten die Abtragungsarbeiten aber nur in geringem Umfang umgesetzt werden. Dann kam das Frühjahr mit außergewöhnlichen Niederschlägen und der befürchtete Bergsturz trat ein. Es ist verwunderlich, dass die in Kaub anwesenden Sachverständigen am 9. März trotz der nassen Verhältnisse keine akute Gefahr erkannten. Vielleicht hatte die

²⁴⁶ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Innenminister Eulenburg, Blt. 44.

²⁴⁷ Ebd., Bergrat Giebeler, Blt. 72ff.

²⁴⁸ Rheinischer Kurier, 21. 10. 1875.

²⁴⁹ Königliches Statistisches Bureau: Statistik, S. 154* f. Die Gesamtausgaben Preußens beliefen sich 1881/82 etwa auf 1 Milliarde Mark.

²⁵⁰ Statistisches Bundesamt Deutschland. Die Ausgaben des deutschen Staates beliefen sich 2007 auf etwas über 1 Billion Euro (siehe: www.destatis.de [Zugriff Oktober 2009]).

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bergverwalter Haeusing, Blt. 29.

Umsetzung grundlegender Maßnahmen die Sachverständigen beruhigt. Man konnte mit dem Erreichten zufrieden sein. Und außerdem. Wie lange mochten Verhandlungen um erneute Maßnahmen dauern? Die Maßnahmen waren vermutlich auch angemessen, nur kamen sie zu spät. Von März 1873 bis zum Frühjahr 1875 hatte man abgewartet und lediglich kleinste Maßnahmen durchgeführt. In dieser Zeit war der Berg an den zwei Messpunkten über 3 bzw. über 5 Meter vorgerückt. Die Zunahme der Gefahr wurde erkannt, aber während eine Entscheidung über die Bezahlung und Durchführung von erforderlichen Maßnahmen ausstand, bewegte sich der Berg an den beiden Punkten jeweils um weitere 5 Meter fort. Bis November 1875, als die Arbeiten schließlich begonnen wurden, war der Berg seit der ersten Messung um 8 bzw. 10 Meter vorgerückt.²⁵³ Es lässt sich resümieren, dass die bürokratischen Entscheidungsprozesse und der zentralistisch organisierte Verwaltungsapparat langsamer waren als ein in Bewegung geratener Berg.

2.3.3 Kosten-Nutzen-Analyse?

Ein weiterer Grund, warum die Abtragungsarbeiten nicht früher in Erwägung gezogen wurden, war eine negative Kosten-Nutzen-Bilanz. Bluhme hatte 1873 die Option der Abtragungsarbeiten aufgrund ihrer Unwirtschaftlichkeit zurückgewiesen. Seine Idee war, dass für einige wenige Häuser, die kaum 150.000 Mark wert seien, Abtragungsarbeiten, die weitaus höhere Kosten verursachen würden, unmöglich gerechtfertigt werden könnten.²⁵⁴ Dies änderte sich erst 1875, nachdem eine Zunahme der Gefährdungslage festgestellt worden war. Nun erklärte der Landrat:

Da die durch den Bergrutsch gefährdeten Gebäude nach Maßgabe des Versicherungspotentials einen Werth von 233.700 Mark repräsentieren, die Kosten für die Abtragung der Massen aber nur auf 150.000 Mark veranschlagt sind, so kann meines Erachtens nicht mehr dem vorgeschlagenen Projekt entgegengehalten werden, daß es unwirtschaftlich sei, hohe Summen aufzuwenden, um Vermögenobjecte von geringem Werth zu erhalten.²⁵⁵

Bluhmes Schätzungen hatten sich nur auf sechs Häuser bezogen. Nun wurden 18 Gebäude und Nebengebäude in der Kalkulation berücksichtigt und es gab konkrete Angaben über die Kosten der Abtragungsarbeiten. Die Logik dieser Gewichtung ökonomischer Investitionen blieb in der Debatte erhalten. So hatte Innenminister Eulenburg die Zusage der Staatsmittel für die Abtragungsarbeiten, wie oben erwähnt, an die Bereitschaft der königlichen Rheinstrombaudirektion und der Direktion der Nassauischen Eisenbahn geknüpft, das anfallende Gestein kostenlos zu übernehmen. Er stellte diese Bedingung vor dem Hintergrund, dass der Kostenvoranschlag in Höhe von

²⁵³ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 73.

²⁵⁴ Ebd., Oberbergrat Bluhme, Blt. 5 ff.

²⁵⁵ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 89.

150.000 Mark auf dieser Annahme basierte. Falls die Kosten für die Wegschaffung des Gesteins von der Gemeinde selbst getragen werden müssten, befürchtete der Innenminister, dass diese sich auf einen höheren Betrag „belaufen würden, als der auf 233,700 Mark geschätzte Werth derjenigen Gebäude, welche durch den Bergsturz der Gefahr der Verschüttung ausgesetzt sind“²⁵⁶. Die vorgenommene Kosten-Nutzen-Relation war merkwürdig kurzsichtig. Es liegt nahe, dass die Gesamtkosten eines Bergrutsches wesentlich höher liegen – und dies sollte sich nach der Katastrophe bewahrheiten. Mögliche Schäden an Straßen und Eisenbahn wurden trotz staatlichen Interesses nicht in die Kalkulation mit aufgenommen. Darüber hinaus wurden die Kosten für die Bewältigung einer möglichen Katastrophe ignoriert. Auf der materiellen Ebene würden aufwendige Aufräumarbeiten anfallen, auf der nicht materiellen Ebene psychologische Folgeschäden, die in der Ökonomie unter „intangible damages“ subsumiert werden.²⁵⁷

Letztlich wurde in die verkürzte Gegenüberstellung die Gefährdung von Menschenleben nicht mit einbezogen. Hätte man alle möglichen Folgeschäden mit einkalkuliert, wäre der Schutz vor dem Bergrutsch keineswegs mehr als unwirtschaftlich erschienen. Allerdings fehlte eine weitere maßgebliche Komponente in der Berechnung: die Eintrittswahrscheinlichkeit des Schadensereignisses. Risiko bezieht sich nämlich, einfach definiert, auf die „combination of two factors: the probability that a potentially harmful event will occur; and the potential damage such an occurrence would cause“²⁵⁸. In einer Pseudogleichung ausgedrückt, heißt das:

$$\text{Risiko} = \text{Schadenshöhe} \times \text{Eintrittswahrscheinlichkeit}^{259}$$

Wahrscheinlichkeitsrechnung war im 17. Jahrhundert durch Mathematiker wie Bernoulli entwickelt worden, um die Ausgänge von Glücksspielen zu systematisieren. In diesem Kontext wurde der Begriff „Risiko“ als objektives Instrument zur Wahrscheinlichkeitsmessung bedeutend.²⁶⁰ Ende des 17. Jahrhunderts entstanden auf dieser Basis die ersten Feuerversicherungen.²⁶¹ Um die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Bergsturzes in Kaub rechnerisch anzugeben, hätte es allerdings statistisch auswertbarer Datenreihen bedurft. Ohne ein Wissen von der relativen Häufigkeit von Bergrutschen konnten keine Schlüsse auf die Wahrscheinlichkeit eines möglichen Bergsturzes gezogen werden. Dass die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit für wichtig

²⁵⁶ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Innenminister Eulenburg, Blt. 70.

²⁵⁷ Zum Beispiel Lekuthai & Vongvisessomjai: Flood.

²⁵⁸ OECD (2003), zitiert in Marshall & Picou: Science, S. 236.

²⁵⁹ Daase: Risikopolitik, S. 12.

²⁶⁰ Douglas: Risk, S. 23.

²⁶¹ Zwierlein: Revolution, S. 235 ff.: In England und Deutschland begann das Nachdenken über Feuerversicherungen um 1680.

erachtet wurde, geht aus den gutachterlichen Schreiben hervor. In jedem Gutachten wurden Angaben über die Größe der Gefährdung gemacht. Da die Gefährdungslage aber nicht durch eindeutige Zahlen (z. B. Eintrittswahrscheinlichkeit = 60 %) objektiviert wurde, erklärte Innenminister Eulenburg nach der Katastrophe, man sei sich 1875 nicht einig gewesen, ob wirklich Gefahr drohe.²⁶² Die Ungewissheit über die Gefährdungslage wurde als Grund zum Nicht-Handeln aufgefasst. Gewissheit gab es lediglich in dem Punkt der Kostenvoranschläge und der Versicherungssummen der Häuser. In der Aufrechnung dieser beiden Summen wird der Anspruch einer objektiven Risikokultur deutlich. Der Staat erkannte damals nicht, dass Abwarten und Nicht-Handeln – in Erwartung einer besseren Entscheidungsgrundlage – auch eine risikobehaftete Entscheidung wäre. Dass einhundert Jahre später die prinzipiellen Methoden zur Kostenanalyse von Naturkatastrophen weiter reichen, kann den Zeitgenossen Ende des 19. Jahrhunderts kaum als Fehler angerechnet werden. Schon damals versuchte man aber, Unsicherheiten durch Risikodenken zu kontrollieren.

Die Feststellung der Wahrscheinlichkeit hatte sich im Falle Kaubs auf die Einschätzungen von Fachleuten beschränkt; die Angabe des potenziellen Schadens war auf unmittelbare Kosten reduziert worden. Selbst wenn ausgefeiltere Methoden zur Risikoberechnung angewendet worden wären, so wäre es diskussionswürdig geblieben, ob dies überhaupt die richtige Vorgehensweise gewesen wäre. Objektives Risiko wird als Instrument problematisch, sobald Menschenleben auf dem Spiel stehen.²⁶³ Da es sich hier um irreversible Schäden handeln würde, scheint die Logik des „precautionary principles“²⁶⁴ angemessen. Dieses Prinzip wurde im Zusammenhang mit der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt und dem damit verbundenen Artensterben prominent. Es besagt, dass im Falle einer Bedrohung, die irreversible Schäden verursacht, wissenschaftliche Ungewissheit nicht zum Anlass genommen werden dürfe, notwendige Schutzmaßnahmen aufzuschieben. Auf diesem Weg würde die Beweislast zugunsten der Bedrohten umverteilt. Marshall und Pigou sehen in diesem Ansatz eine Möglichkeit, bessere Entscheidungen im Lichte von nicht reduzierbaren Unsicherheiten zu treffen.²⁶⁵ Die wirtschaftliche Durchführbarkeit eines solchen Ideals muss jedoch zweifelhaft bleiben. Es wäre wirtschaftlich kaum tragbar gewesen, Ende des 19. Jahrhunderts alle Felsabschnitte am Mittelrhein, geschweige denn im gesamten Reich, von denen eine Gefährdung ausgehen könnte, nachhaltig zu sichern. Es ist deshalb entscheidend, den Moment zu bestimmen, in dem Sicherungsmaßnahmen getroffen werden sollten. Die Entscheidung zu treffen, ab wann Sicherungsmaßnahmen gerechtfertigt erscheinen und welches Maß an Gefährdung zumutbar ist, ist eine

²⁶² Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März, Innenminister Eulenburg.

²⁶³ Douglas: Risk, S. 41

²⁶⁴ Marshall & Picou: Science, S. 242 f.

²⁶⁵ Ebd., S. 241 f.

politische bzw. ethische Frage.²⁶⁶ Konrad Ott hat in seiner ausführlichen Besprechung von Max Webers Werturteilsfreiheitsthese dies deutlich gemacht.²⁶⁷ In diesem Sinne hat das Prinzip der Vorsicht tatsächlich ein demokratieförderndes Potenzial.²⁶⁸ Abgesehen davon schwingt in der Aufforderung, zum „precautionary principle“ zu greifen, aber die Idee mit, man könne, wenn man von wirtschaftlichen Interessen Abstand nehme, eine sicherere Welt schaffen.²⁶⁹ Luhmanns Erkenntnis, dass man immer zwischen verschiedenen Risiken wählen muss und nicht zwischen Risiko und Sicherheit, bleibt hier unerwähnt. Genau dies wird aber anhand der Frage über die Evakuierung der bedrohten Häuser in Kaub noch einmal deutlich.

2.3.4 Die Frage nach der Evakuierung

Im Sommer 1875 war die Gefahr so akut geworden, dass über eine Evakuierung der Häuser nachgedacht werden musste. Bergrat Giebeler stellte fest, dass entweder die Häuser geräumt werden oder aber die Abtragungsarbeiten unverzüglich beginnen müssten.²⁷⁰ Der Landrat gab an den Regierungspräsidenten entsprechend weiter: „Es wird dann auf die dringende Gefahr eines Bergsturzes hingewiesen und wenn nicht sofort Maßregeln zur Abtragung der drohendsten Felsmassen getroffen werden, die Anordnung der Räumung der in der Nähe stehenden Häuser als gerechtfertigt angesehen.“²⁷¹ Der Gemeinderat entschied sich gegen die Evakuierung.²⁷² Diese werde nämlich, so die Auffassung, den finanziellen Ruin der Besitzer dieser Häuser verursachen. Außerdem werde es „äußerst schwer sein“, für die betroffenen Personen „sofort ein Unterkommen zu schaffen“²⁷³, erklärte der Landrat. Der Bürgermeister aus Kaub hatte ihm zuvor mitgeteilt, dass es „ganz außer dem Bereich der Möglichkeit liegt“²⁷⁴, die 211 Menschen aus den bedrohten Häusern auf behördlichen Räumungsbefehl unterzubringen. Nach der Katastrophe kommentierte Innenminister Eulenburg dieses Vorgehen mit den Worten, die Gemeinde hätte „sehr wenig Lust

²⁶⁶ Beck: Gegengifte; Douglas: Risk.

²⁶⁷ Ott: Facto, S. 138 ff.

²⁶⁸ Marshall & Picou: Science.

²⁶⁹ Beispielsweise erscheint die Formel als prinzipielle Lösung für das Problem des Biodiversitätsverlustes. Aufgrund eines zu geringen wissenschaftlichen Wissens wäre es demnach unverantwortlich, eine Pflanzenart aussterben zu lassen, weil diese Pflanze möglicherweise in Zukunft als Grundlage für wichtige Medikamente entdeckt werden könnte. Luhmanns Logik würde an dieser Stelle insofern greifen, als die durch das „precautionary principle“ erhaltene Pflanze genauso ein Risiko für die Zukunft darstellen könnte und beispielsweise als Grundlage eines biologischen oder chemischen Kampfstoffes Verwendung finden könnte. Die Entscheidung ist also nicht in der Dichotomie Risiko *versus* Sicherheit verankert.

²⁷⁰ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt.59.

²⁷¹ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 88.

²⁷² Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 59.

²⁷³ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 90.

²⁷⁴ Ebd., Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt. 102.

gezeigt, die Leute hinauszutreiben²⁷⁵. Bergrat Giebeler hatte die Entscheidung der Gemeinde als Sachverständiger mitgetragen: „Nach meiner Ansicht ist eine Sperrung der durch den Bergsturz betroffenen Häuser und Straßen nicht geboten, wenn die von mir getroffenen Anordnungen sofort befolgt werden“.²⁷⁶ Da die Inangriffnahme der Abtragungsarbeiten sich aber weiter verzögerte, drängte Giebeler Anfang Oktober noch einmal darauf, „bei Zeiten die geeigneten polizeilichen Verfügungen“²⁷⁷ zu erlassen. Er wusste am ehesten, welches Risiko man einging. Die Gemeinde stand vor der Wahl, etwa ein Zehntel ihrer Bewohner auf unbestimmte Zeit aus ihren Häusern auszuweisen – ohne anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten zu sehen – oder die Bewohner in der unbestimmten Gefahrenlage schweben zu lassen. Da das Terrain regelmäßig beobachtet wurde, glaubte man erst bei der „dringste[n] Gefahr“ evakuieren zu müssen.

Evakuierungen anzuordnen, ist keine einfache Angelegenheit. Um noch einmal Luhmanns Einsichten zu bemühen: Die Entscheidung Evakuierung *versus* Nicht-Evakuierung ist keine Entscheidung zwischen Sicherheit und Risiko. Es ist eine Entscheidung zwischen verschiedenen Risiken. Bis heute sind die Bedingungen, unter denen evakuiert werden sollte, nur unzureichend verstanden. Prinzipiell übernimmt die Verwaltung die Verantwortung für die Schäden, die aus einer Evakuierung resultieren.²⁷⁸ Dazu gehören auch „problems with housing and food where the people are relocated“²⁷⁹. Genau dies war für die Gemeinde Kaub ein zu hoher Kostenpunkt. Sie konnte es sich nicht leisten, 10 % der Einwohner zu versorgen und unterzubringen. „A decision to evacuate under uncertainty must balance the costs of a false positive (evacuation when it isn’t needed) against the costs of a false negative (not evacuating when warranted).“²⁸⁰ Weil die Bürgermeisterei Kaub die Evakuierung außerhalb des praktisch Möglichkeiten sah, wurden die Kosten für eine „false positive“ als zu hoch eingeschätzt. Deshalb ging man aktiv das Risiko ein, die Bewohner im Gefahrenbereich zu belassen. Den Bewohnern selbst stand es natürlich jederzeit frei, ihre Häuser zu räumen. Aber wie auch vor dem Bergsturz von Goldau (1806) zogen die Bewohner es vor, im Gefahrenbereich zu bleiben.²⁸¹ Die Gründe dafür, warum Einwohner ihre Häuser nicht aufgeben wollen, sind vielseitig. Sicherlich spielten wirtschaftliche und identitätsstiftende Momente (Heimat) eine wichtige Rolle. Aus perceptionsgeografischer Perspektive kann zudem davon ausgegangen werden, dass die Einwohner das Risiko unterschätzten. In ihrer Wahrnehmung war die Gefahr weniger

²⁷⁵ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März, Innenminister Eulenburg.

²⁷⁶ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt.106.

²⁷⁷ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 72.

²⁷⁸ Lave & Apt: Disasters, S. 127.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Ebd. Es wurden schon Evakuierungen angeordnet, die nicht nötig waren und schwere Folgen hatten. So starben im Zuge der Evakuierung von 3,7 Millionen Texanern in Anbetracht von Hurrikan Rita 60 Menschen, obwohl Rita die Region letztlich nicht traf.

²⁸¹ Summermatter: Bergsturz, S. 122.

akut, weil es keine Präzedenzfälle im Bewusstsein der Bevölkerung für so ein Unglück gab.²⁸² Der Bergsturz von Goldau hatte in der fernen Schweiz etwa zwei Generationen früher stattgefunden. Im Gegensatz zu regelmäßig wiederkehrenden Katastrophen (z. B. Sturmfluten an der Nordseeküste) ist der Eintritt einer solchen einmaligen Katastrophe nur schwer vorstellbar. Hinzu kommt die Tatsache, dass trotz sachverständiger Warnungen erst einmal über Jahre hinweg kein Unglück eintrat und man sich an das Leben in der Gefahr gewöhnt hatte.²⁸³

Die Staatsregierung hütete sich davor, in dieser Frage in den Verantwortungsbereich der Gemeinde einzudringen. Im Nachhinein verkaufte Innenminister Eulenburg seine Anfrage, ob man die Häuser nicht sperren lassen sollte, als vor- und weitsichtige Warnung. Es erschien ihm schon damals gefährlich, über den Häusern eine „solche Gefahr schweben zu lassen“²⁸⁴. Damit befand er sich wieder in der Risikologik des oben genannten Arztes, der Abwägungsmöglichkeiten aufzeigt, aber keine Ratschläge gibt. Seine Rhetorik im Landtag spiegelte im Nachhinein die Kenntnis über die richtige Entscheidung wider, die doch scheinbar Sicherheit garantiert hätte. Dass die Gemeinde Kaub wusste, wie gefährlich es war, nicht zu evakuieren, und die Evakuierung trotzdem unterließ, hatte gute Gründe. Es ist darüber hinaus erstaunlich, wie derselbe Innenminister, der die bürokratischen Hürden für die Bewilligung staatlicher Mittel zur Abwendung der Gefahr nicht gerade absenkte, plötzlich von der akuten Gefahr für die Bewohner sprach. Im Vergleich zur Anschuldigung einer versäumten Evakuierung, wie sie auch vom Abgeordneten Petri im Landtag angesprochen wurde, war der Vorwurf des „Zu spät“ vor dem Hintergrund der obigen Analyse zutreffender.

Eine gewichtige Erkenntnis bleibt, nämlich dass die Entscheidung zur Nicht-Evakuierung keine Entscheidung zugunsten der „Unsicherheit“ war, sondern dass wie in allen Sicherheitsfragen komplexe Entscheidungsprozesse zur Auswahl unter verschiedenen Risiken führen müssen.²⁸⁵ Mary Douglas argumentiert dafür vor dem Hintergrund eines wissenschaftlichen Risikodenkens, nicht die soziale Seite dieser Prozesse auszublenden. Nach ihrer Auffassung würden Sicherheitsfragen durch soziale Interaktion, durch Beratung und Austausch miteinander getroffen. Politischer Konsens würde nur durch Diskurse gebildet, nicht aber aufgrund von Fakten. Auch heutige Ökonomen stimmen ihr darin weitgehend zu. Zwar plädieren sie dafür, mittels Kosten-Nutzen-Analysen die Entscheidungsmöglichkeiten genauer darzustellen.²⁸⁶ Sie wollen

²⁸² Vgl. Geipel: Naturrisiken, und Weichselgartner: Naturgefahren.

²⁸³ Man vergleiche die Situation mit derjenigen, in der sich die ungarischen Juden vor dem Einmarsch der Deutschen im Zweiten Weltkrieg befanden. Auch hier stellt sich im Nachhinein die Frage, warum sie nicht geflohen sind. Die Antwort lautet: Die Katastrophe, die folgte, war zu diesem Zeitpunkt schlichtweg unvorstellbar gewesen.

²⁸⁴ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März, Innenminister Eulenburg.

²⁸⁵ Douglas: Risk.

²⁸⁶ Lave & Apt: Disasters.

aber nicht – wie Mary Douglas dem objektiven „Risikowissenschaftler“ unterstellt hat – die Entscheidung von jeglichem politischen Schmutz reinwaschen.²⁸⁷ So glauben Lave und Apt, dass „community discussion is needed to lay out the alternatives and have people decide on the best alternative“²⁸⁸. Wie die Anthropologin halten auch sie dies für notwendig, weil eine rein ökonomische Abwägung hier unangebracht erscheint angesichts der Tatsache, dass Menschenleben auf dem Spiel stehen. Zu Recht nehmen sie an, dass die Bevölkerung es nicht gut heißen würde, wenn die Regierung den frühzeitigen Tod einer Person durch einen Betrag von 5 Mio. US-\$ in die Kosten-Nutzen-Relation mit aufnehmen würde.²⁸⁹

2.3.5 Staatsinteressen und private Risiken

In der gesamten Vorgeschichte wurde zudem deutlich, dass auch naturwissenschaftliche Fakten nicht zu politischen Entscheidungen führten. Dass der Berg eine bestimmte Strecke in einer bestimmten Zeit abgerutscht war, ließ keinen direkten Schluss darauf zu, wie gefährlich die Lage nun war bzw. ob sie zu einem gewissen Zeitpunkt gefährlich genug war, um erhebliche Kosten für Schutzmaßnahmen aufzuwenden. Diese Frage wurde politisch auf allen Ebenen verhandelt. Objektivierbare Fakten bergbautechnischer und finanzieller Art wurden dazu von Sachverständigen als Entscheidungshilfe ermittelt. Welche Entscheidung aber wann getroffen wurde, hing auch von den Verwaltungsstrukturen und den Interessen der politischen Vertreter der jeweiligen Verwaltungsebene ab. Insbesondere Interessenkonflikte zwischen der preußischen Staatsregierung und lokalen Ansprüchen spielten eine wichtige Rolle. Oberflächlich betrachtet, handelte es sich um einen Interessenkonflikt um finanzielle Mittel. Die Gemeinde erbat Geld, um der Gefahr vorzubeugen, und die Staatsregierung hatte dagegen, das Geld zur Verfügung zu stellen, Vorbehalte. Bemerkenswert ist, dass eine „Blücher-Rhetorik“ diesen finanziellen Verhandlungen vollkommen fehlte. Anstelle von symbolischer Aufladung im preußisch-nationalen Sinne wurde vonseiten der Staatsministerien kühl abgewogen. Innen- und Handelsministerium fühlten sich erst zuständig, als auch staatliche die Infrastruktur für gefährdet erklärt worden war.

Schon 1873 drehten sich die Diskussionen darum, ob nur einige Privathäuser bedroht seien oder auch öffentliche Wege. Im Sommer dieses Jahres stellten Bergrat Giebeler und Regierungsrat Hilbey fest, dass entgegen dem Gutachten des Oberbergrates Bluhme aus dem März „ein größerer Theil der Stadt Caub, ferner der Verkehr der am Fuße gelegenen Straße und der Eisenbahnkörper gefährdet“²⁹⁰ seien. Der Handelsminister

²⁸⁷ Douglas: Risk, S. 11.

²⁸⁸ Lave & Apt: Disasters, S. 127.

²⁸⁹ Ebd.

²⁹⁰ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler und Regierungsrat Halbey, Blt. 19 f.

ordnete daraufhin eine erneute Untersuchung an.²⁹¹ Die Sachverständigen des Oberbergamtes wiederholten ihre Ansicht in ihrem Gutachten vom 24. Oktober: „daß eine drohende Gefahr für die unterliegende Eisenbahn nicht vorliegt“.²⁹² Anfang 1875 ließ der Handelsminister nochmals feststellen, ob „eine den öffentlichen Interessen nachtheilige Gefahr (Schädigung der Eisenbahn, der Rheinschiffahrt, Bedrohung eines großen Theiles der Stadt)“²⁹³ vorliege. Solange es sich lediglich um die Bedrohung einiger Häuser handelte, hatte man sich als Staat nicht für zuständig gehalten. Im Frühjahr 1875 wurde von einer größeren Kommission, der auch Vertreter der Eisenbahndirektion und der Strombaugesellschaft angehörten, konstatiert, dass „die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Schuttmassen bis an die längs des Rheins reichende Eisenbahn vorgeschoben werden“²⁹⁴. Dem Innenministerium erschien es nun geboten, „daß der Staat unmittelbar zur Abwendung der drohenden Gefahren erforderliche Maßregeln ergreift“.²⁹⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Gutachten aus dem Oberbergamt in Bonn, die diese Gefahr bis 1875 nicht sahen, als verbindlich gegolten, und lokalpolizeiliche Maßregeln waren deshalb ausreichend erschienen.

Die Interessen der betroffenen Kauber Bürger standen auf der Prioritätenliste der Staatsministerien ganz unten, wenn sie überhaupt berücksichtigt wurden: zuerst die Eisenbahn, dann die Rheinschiffahrt und zuletzt ein Großteil der Stadt, so die Reihenfolge des Handelsministers in der Strukturierung des öffentlichen Interesses (s.o.). Deshalb wurde von staatlicher Seite auch keine Veranlassung gesehen, Maßnahmen zu ergreifen, bevor die Infrastruktur nicht für bedroht erklärt worden war. Der Staat als Inhaber des Sicherheitsversprechens²⁹⁶ für alle seine Bürger tritt hier nicht in Erscheinung. Dabei merkte der Abgeordnete Petri nach der Katastrophe treffend an, dass „wenn der zunächst Verpflichtete nicht leistungsfähig ist, die Gesamtheit einzutreten hat. Deshalb gründen ja die Menschen Staaten, um die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, zu verstärken [...]“²⁹⁷. Die Privatleute, die hier in der Pflicht standen, sich zu schützen, wandten sich an die Gemeinde, und die Gemeinde selbst hatte auch keine Mittel, um effektiv zu helfen, und wandte sich an den Staat. Das Staatsministerium sah sich nicht für private Belange zuständig, sondern lediglich für öffentliche. Bis zum Frühjahr 1875 hatte das Oberbergamt Bonn, entgegen anderslautenden Gutachten, eine Gefahr für die öffentliche Infrastruktur ausgeschlossen. Dann wurde von einer gemischten Kommission erklärt, dass eine

²⁹¹ Ebd., Handelsminister Achenbach, Blt. 11.

²⁹² Ebd., Oberbergat Bluhme, Blt. 24.

²⁹³ Ebd., Handelsminister Achenbach, Blt. 42.

²⁹⁴ Ebd., Bergat Giebeler, Blt. 58.

²⁹⁵ Ebd., Innenminister Eulenburg, Blt. 44. Die wichtige Bedeutung von durch Hangrutschungen gefährdeter Infrastruktur am Ende des 19. Jahrhunderts deuten auch Dix und Röhrs an (Dix & Röhrs: Vergangenheit, S. 229).

²⁹⁶ Vgl. Daase: Risikopolitik.

²⁹⁷ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März 1876, Abgeordneter Petri.

solche Gefahr nicht mehr auszuschließen sei. Während die positive Affirmation einer Gefahr für die Privathäuser es nicht vermocht hatte, den Staat in Bewegung zu setzen, genügte im Hinblick auf öffentliche Güter wie Bahnlinie und Straße die Abwesenheit der Unmöglichkeit einer Gefahr, um die Forderungen von Hilfsleistungen durchzusetzen.

2.3.6 Risiko und Verantwortung

In Kaub wusste man, dass starke Niederschläge zu einer verstärkten Bewegung des Berges führten, bevor die Katastrophe eintrat. Deshalb ist die Tatsache, dass die außergewöhnlichen Niederschläge im Winter und Frühjahr 1876 letztlich den Bergsturz auslösten, wenig überraschend. Das Hochwasser am Mittelrhein hatte genau zu dieser Zeit, also im März 1876, seinen Höhepunkt erreicht.²⁹⁸ Die Frage nach einem Versäumnis in Bezug auf die Abwendung der Gefahr lag folglich nicht fern. Sie kam dann auch konkret in einer Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft zur Sprache. Vier Tage nach dem Unglück empfing die königliche Regierung in Wiesbaden ein Schreiben, die „Untersuchung wegen der Ursache des Todes der bei dem Bergsturze in Caub am 10. dieses Monats verunglückten Personen und Feststellung eines etwaigen deßselbigen strafbaren Verschuldens betreffend“²⁹⁹. Am 12. März hatte der Staatsanwalt den Unglücksort selbst besichtigt.³⁰⁰

Dieses Vorgehen ist charakteristisch für den modernen Umgang mit Gefahren. Die Schuldfrage wird „entpolitisiert“ als kriminalistische Frage gestellt. Objektive Gründe werden mit wissenschaftlichen Methoden gesucht, um das Eintreten der Katastrophe zu erklären.³⁰¹ Die Grenzen dieser Vorgehensweise werden aber schnell deutlich. Michael Farrenkopf hat im Zusammenhang mit Grubenkatastrophen des 19. Jahrhunderts hervorgehoben, dass eine „eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeit im juristischen Prozess“³⁰² im Nachhinein fast nie möglich war. Die Juristen waren auf die sachverständigen Gutachten von bergbaulichen „Fachkadern“ angewiesen. Diese lieferten aber widersprüchliche Versionen, und zwar nicht, weil die Ereignisse gezielt verschleiert werden sollten, sondern aufgrund der mit rationalen Mitteln zutage geförderten Komplexität. In der Regel sei es deshalb zu einem Freispruch der Angeklagten gekommen.³⁰³ Diese Verhältnisse spiegeln nicht nur eine Wirklichkeit

²⁹⁸ Die Koinzidenz von Überschwemmungen und Berggrutschen ist vor diesem Hintergrund einleuchtend. Auch kann der Kontext bei der Recherche solcher Rutschungsereignisse im Archiv hilfreiche Dienste leisten, wie Dix und Röhrs (Vergangenheit, S. 222) festgestellt haben. Indem man nach Überlieferungen von Überschwemmungen sucht, findet man mitunter Berichte zu Berg- bzw. Hangrutschungen.

²⁹⁹ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Staatsanwaltschaft Wiesbaden, Blt. 32.

³⁰⁰ Frankfurter Zeitung, 29.3.1876.

³⁰¹ Douglas: Risk, S. 9.

³⁰² Farrenkopf: Explosionsrisiko, S. 23.

³⁰³ Ebd.

Ende des 19. Jahrhunderts wider, sondern sind noch immer aktuell. Die Felsstürze am österreichischen Eiblschrofen (1999) zogen zwar nur eine Evakuierung nach sich und keine Katastrophe. Aber die Frage nach den Schuldigen war trotzdem umkämpft und ist bis heute nicht entschieden. Auf der einen Seite stehen Gutachten, die den Bergbau als anthropogene Ursache in der Verantwortung sehen. Auf der anderen Seite behaupten geologische Gutachten, dass heftige Regenfälle und tektonische Ereignisse in den Vortagen des Ereignisses die Auslöser gewesen wären.

Mary Douglas konstatiert, das System der Schuldzuweisung in modernen westlichen Gesellschaften sei „almost ready to treat every death as chargeable to someone’s account, every accident as caused by someone’s criminal negligence [...]“³⁰⁴. Die Kluft, die zwischen dem Anspruch liegt, jeden Unfall einem kriminellen Fehlverhalten zuzuschreiben, und der Unmöglichkeit, dies zu tun, wurde auch im Falle von Kaub deutlich.³⁰⁵ Der Staatsanwalt hatte sich nach den Personen erkundigt, die mit der Anordnung und Ausführung der Schutzbauten betraut waren.³⁰⁶ Soweit sich rekonstruieren lässt, wurde letztlich niemand für schuldig befunden.³⁰⁷ Jedenfalls blieben die technischen Sachverständigen und auch der Bürgermeister von Kaub in ihren Positionen.

Besonders die Anwesenheit von vier Sachverständigen (Oberbergrat Fabricius, Regierungsrat Cuno, Bergrat Giebler und Bergverwalter Haeusing) nur einen Tag vor dem Bergsturz war erklärungsbedürftig. Warum hatten die Experten bei ihrer Besichtigung die unmittelbare Gefahr nicht festgestellt?³⁰⁸ Fabricius verwies auf die großen unterirdischen Wasseransammlungen, deren „Vorhandensein in solchen Mengen völlig unerkant gewesen war“³⁰⁹. Die Zusammenhänge zwischen der Wasserproblematik und dem Bergrutsch waren zwar bekannt gewesen, aber man hatte die Ausmaße nicht erkannt, so lautete letztlich die Erklärung des ranghöchsten Sachverständigen. Er hob in seiner Erklärung weiterhin hervor, dass er lediglich aus Interesse und freiwillig an der Besichtigung teilgenommen habe und dass der mit den Arbeiten beauftragte Bergverwalter Haeusing „als ein tüchtiger und zuverlässiger Bergtechniker allgemein geschätzt wird“³¹⁰. Neben der Tatsache, dass er Bergverwalter Haeusing durch die Anerkennung dessen fachlicher Fähigkeiten in Schutz nahm, kam hier ein wichtiger Punkt zur Sprache, nämlich die Frage der Verantwortlichkeit.

³⁰⁴ Douglas: Risk, S. 15.

³⁰⁵ Diese Kluft drückt sich in Mary Douglas’ Zitat durch das Wörtchen „almost“ aus.

³⁰⁶ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Staatsanwaltschaft Wiesbaden, Blt. 32. Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Staatsanwaltschaft Wiesbaden, Blt. 32.

³⁰⁷ Entsprechende Aufzeichnungen über den juristischen Fall {nach} Kaub sind leider nicht mehr vorhanden.

³⁰⁸ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Handelsminister Achenbach, Blt. 83.

³⁰⁹ Ebd., Blt. 96.

³¹⁰ Ebd., Oberbergrat Fabricius, Blt. 93.

Fabricius betonte, dass er das Terrain lediglich zufällig und auf der Durchreise besichtigt habe und entsprechend nicht für die Ereignisse verantwortlich sein könne. Dass er als Fachmann vor Ort war und nichts bemerkte, bedurfte natürlich trotzdem einer Erklärung. Aber formal war er demnach der Verantwortung enthoben. Auch auf höheren Verwaltungsebenen wurde jegliche Übernahme von Verantwortung geflissentlich vermieden. Innenminister Eulenburg hatte im September 1875 die Unterstützung mit Staatsmitteln daran gekoppelt, dass die Maßnahmen auf die Gefährdung der Stadtgemeinde Kaub hin durchgeführt würden.³¹¹ Die Verantwortung für die gefährliche Angelegenheit lag also offiziell bei der Gemeinde. Dies wurde besonders deutlich in der Frage, inwiefern das Urteil des Bergrates Giebeler gegen die Auflage einer alleinigen Verantwortung der Gemeinde widersprach. Landrat Fonck musste den Bergrat erst davon überzeugen, dass sein fachmännisches Urteil überhaupt erlaubt war:

Der Umstand, daß höheren Ortes angeordnet wurde, es sei jede staatliche Einwirkung auf die Bergrutsch-Arbeiten zu vermeiden, wird der Ertheilung des in Rede stehenden Auftrages an den Bergmeister-Giebeler nicht im Wege stehen können. Die Gemeinde Caub hat die fraglichen Arbeiten übernommen, sie führt dieselben auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortlichkeit aus.³¹²

Die Klausel, an die Minister Eulenburg die Staatshilfe vorsorglich gekoppelt hatte, hob dieser auch in der Landtagsdebatte vier Tage nach der Katastrophe hervor. Dort erklärte er wörtlich, „daß die Stadt [...] die Arbeiten auf ihre Kosten und ihre Gefahr übernehme. Auf diese Bedingung ist die Stadt eingegangen“.³¹³ In derselben Sitzung und vor dem gleichen Hintergrund befreite Handelsminister Achenbach das Oberbergamt in Bonn, seine ehemalige Arbeitsstelle, zu der er nach wie vor gute Beziehungen pflegte, von jeglicher Verantwortung. Sein erster Satz lautete: „Die Bergbehörde ist bei der vorliegenden Angelegenheit seit dem letzten Jahre nicht mehr offiziell beteiligt; die Stadt Caub hat selbst die Arbeiten übernommen, welche nothwendig waren, um den Bergsturz zu vermeiden [...]“.³¹⁴ Trotzdem sei aber direkt nach dem Unglück ein Oberbergrat vom Berghauptmann an Ort und Stelle gesandt worden, „um wenigstens als Sachverständiger behilflich zu sein“.³¹⁵ Dass Oberbergrat Fabricius auch schon am 9. März den Bergrutsch in Kaub in Augenschein genommen hatte, übergang Achenbach an dieser Stelle. Durch den Hinweis darauf, dass das Oberbergamt seit 1875 nicht mehr offiziell beteiligt sei, konnte er darauf mangels Relevanz verzichten. (Man muss sich hier vor Augen halten, dass Minister Achenbach

³¹¹ Ebd., Innenminister Eulenburg, Blt. 71.

³¹² Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonck, Blt. 22.

³¹³ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung, 15. März, Innenminister Eulenburg.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Ebd.

noch im Juni 1875 das Oberbergamt mit einer Untersuchung des Terrains beauftragt hatte.) Die Frage des Abgeordneten Petri, ob „nichts von den mit der Aufsicht der auszuführenden Arbeiten betrauten Behörden [...] versäumt worden“³¹⁶ sei, deutet nach den Erklärungen des Innen- sowie des Handelsministers nur noch in Richtung der betroffenen Gemeinde Kaub.

Das Alibi, die Natur sei schuld, ist nur noch bedingt einsetzbar.³¹⁷ Deshalb ist für den modernen Umgang mit Risiken die vorsorgliche Ablehnung möglicher Verantwortung typisch. Mary Douglas hat dies am Beispiel medizinischer Beratung deutlich gemacht. Um als Arzt nicht im Nachhinein für medizinische Fehler verklagt werden zu können, muss der Patient selbst die Entscheidung über die Behandlungsmethode treffen. Er bekommt lediglich Informationen zu objektiven Wahrscheinlichkeiten, nicht aber einen Ratschlag.³¹⁸ Im Falle des Risikopatienten Kaub leistete der Staat zwar objektive Unterstützung, ließ aber die Verantwortung für die Behandlung in den Händen der gefährdeten Gemeinde. Dabei ging es den Staatsvertretern nicht darum, die betroffene Gemeinde zu belasten. Minister Eulenberg hatte in der Landtagsverhandlung die Ansicht geäußert, dass die Gemeinde „es nicht an demjenigen [hat] fehlen lassen, was [ihr] als Pflicht oblag“³¹⁹. Es ging vielmehr darum, selbst im Nachhinein nicht belastet werden zu können. Der Staatsanwalt musste sich zwangsläufig an die formalen Vereinbarungen zwischen Staat und Gemeinde halten. Falls also überhaupt jemand beschuldigt werden konnte, so musste dies auf Gemeindeebene stattfinden. Die Schwierigkeiten des Staates im Spannungsfeld von individualistischer (und objektiver) Risikokultur und Gemeinwohlversprechen drücken sich hier in vornehmer Zurückhaltung aus. Schuldzuweisungen an marginale Gruppen oder politische Gegner zu richten, entspräche dem klassischen (vormodernen) Muster, das der Aufrechterhaltung sozialer Grenzen dient. Gefahren wurden, so Mary Douglas in Anlehnung an Emile Durkheim, an bestimmte Handlungen gebunden – im christlichen Kontext zumeist Sünden – um den moralischen Rahmen der Gesellschaft zu schützen. „Disasters that befoul the air and soil and poison the water are generally turned to political account: someone already unpopular is blamed for it.“³²⁰ Nach der Katastrophe von Kaub fand man auf staatlicher Seite aber eher das Muster der Entschuldigung – im wörtlichen Sinne – als das der Beschuldigung. Obwohl er für das Gemeinwohl zuständig war, ließ der Staat gut gerüstet jegliche Anschuldigung von sich abprallen. Formal (und deshalb faktisch und objektiv) war die Gemeinde in der Verantwortung gewesen. Das konnte bewiesen werden. Um einer inhaltlichen Debatte um Verantwortlichkeit aus dem Wege zu gehen, taten die staatlichen Vertreter gut daran,

³¹⁶ Ebd.

³¹⁷ Walter: Katastrophen, S. 184 ff.

³¹⁸ Douglas: Risk, S. 14 f.

³¹⁹ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung, 15. März, Innenminister Eulenburg.

³²⁰ Douglas: Risk, S. 5 f.; Douglas: Purity.

die Gemeinde selbst nicht zu beschuldigen, sondern sich auf die formalen Vereinbarungen zurückzuziehen. Die Sachverständigen aus dem Oberbergamt in Bonn ließen schon eher das Beschuldigungsmuster durchscheinen. Oberbergat Fabricius hatte in seinem ersten Bericht nach der Katastrophe auf den „mangelhaften baulichen Zustand“ der betroffenen Häuser verwiesen; und Oberbergat Bluhme hatte in seinem ersten Gutachten 1873 erklärt, die ansässige Weinbergskultur trage „eine nicht unerhebliche Schuld an den Rutschungen“. Dabei verbirgt sich hinter diesen objektiven Attesten ein Konflikt zwischen lokalem Wissen und Expertenkultur.

2.3.7 Expertenwissen in der Kritik

Die Problematik differierender Gutachten wurde vom Staat unter Rückgriff auf die hierarchischen Strukturen pragmatisch gelöst. Bergrat Giebelers Wort konnte von Oberbergat Bluhme übertrumpft werden, niemals aber umgekehrt. Solche Konflikte um Wissen traten aber nicht nur zwischen den Sachverständigen auf, sondern auch zwischen Experten und Anwohnern. Das größte Konfliktpotenzial barg augenscheinlich die falsche Einschätzung des letztlich entscheidenden Risikos. Noch am 9. März, also einen Tag vor dem Unglück, war eine Gruppe von Sachverständigen vor Ort gewesen, ohne die Dringlichkeit der Lage zu erkennen. Handelsminister Achenbach verlangte vor diesem Hintergrund eine Rechtfertigung vom Oberbergamt. „Unmittelbar vor dem Unglücksfall bei Kaub soll eine Besichtigung durch Bergtechniker stattgefunden haben, ohne dass von diesen die bevorstehende Gefahr festgestellt worden ist. Ich wünsche sofortigen Bericht über Sachlage.“³²¹ Oberbergat Fabricius konnte schlecht abstreiten, dass er tatsächlich zusammen mit Bergrat Giebeler und Bergverwalter Haeusing das Gebiet besichtigt hatte. Die Gefahr sei für die Sachverständigen nicht wahrnehmbar gewesen, erklärte er deshalb.³²²

Im Bericht des evangelischen Pfarrers von Kaub wurde dagegen bestätigt, dass eine Bewohnerin der gefährdeten Häuser, die Frau des Heinrich Pfaff, die große Gefahr ahnte. Sie war darauf vorbereitet, mit ihrer Familie am 11. März auszuziehen. Am Abend der Katastrophe hatte sie Bürgermeister Herberich aus einer Zusammenkunft im Gasthaus gerufen. Sie führte ihn in ihre Scheune, die in den Berg hineingebaut war, um ihn von der Gefährlichkeit der Situation zu überzeugen. Der Bürgermeister konnte während seiner Anwesenheit nichts Verdächtiges feststellen, gab aber den Rat, so schnell wie möglich auszuziehen. „Im Vertrauen auf das Urteil der Techniker [ebenjene, die noch am Tag zuvor dagewesen waren] legte sich am Abend alles ruhig zu Bett, nur Frau Pfaff blieb wach, unterhielt Licht und rief noch um 11 Uhr den Nachtwächter

³²¹ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Handelsminter Achenbach, Blt. 83.

³²² Ebd., Oberbergat Fabricius, Blt. 93-96.

herbei, um auf das Knistern in ihrer Scheune zu achten“³²³. Durch ihre Wachsamkeit sah sie den Bergrutsch kommen und konnte durch ihre Warnrufe noch ihren Mann und Sohn retten.

Als die Ehefrau Pfaff gerade mit dem Nachtwächter aus der Wohnung getreten war und sich noch mit ihm über das zeitweise Knacken und Knistern in Haus und Scheune unterhiehl, begannen plötzlich [...] die Nachbarhäuser zu wanken, zu krachen und einzustürzen. [...] Frau Pfaff stürzte hilferufend in die Hauptstraße, ihr Mann und Sohn waren noch in dem stürzenden Haus zurück.³²⁴

Durch die Hilferufe war das junge Ehepaar Pfaff rechtzeitig alarmiert worden und zum Fenster des ersten Stockwerkes hinaus auf die Seitenstraße gesprungen.³²⁵ Die Initiative von Frau Pfaff, die den Experten nicht blind vertraute, konnte so einigen ihrer Angehörigen in letzter Minute das Leben retten.

In diesem Fall erscheint lokales Laienwissen dem offiziellen Expertenwissen überlegen. Eine mögliche Erklärung für dieses Missverhältnis liefern Marshall und Picou. Demnach seien konventionelle Wissenschaftler so ausgebildet, dass sie eher den Fehler begehen würden, eine tatsächlich existierende Beziehung zu übersehen („Type I error“), als eine Beziehung zu finden, die eigentlich gar nicht existiert („Type II error“).³²⁶ Für eine gefährdete Kommune wäre eine umgekehrte Hierarchie wünschenswert.³²⁷ An den Verhandlungen zum Bergsturz hatten auch Gemeindevertreter teilgenommen. Die Experten schotteten sich folglich nicht gegen andere Meinungen ab. In den Ergebnissen der jeweiligen Verhandlungen spiegelte sich häufig jedoch die angenommene Wissenshierarchie wider. Dann hieß es in den amtlichen Korrespondenzen entweder, die Bürgermeisterei sehe keine Notwendigkeit, etwas zu unternehmen (Sommer 1873), oder sie folge den Expertenweisungen bereitwillig (Sommer 1875). Im ersten Fall las sich der Bericht von Oberbergrat Bluhme so, als nehme die Gemeinde den guten Rat nicht ausreichend an. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass die höheren Verwaltungsebenen im Entscheidungsprozess lediglich auf die Expertenmeinungen zurückgriffen.

Auch bezüglich der Ursachen der Bewegung des Berghanges gab es konfligierende Ansichten. „Nachdem eine darüber gelegene Quelle [...] in Folge eines Erdbebens verschwunden war und sich das Wasser einen Weg in die Tiefe gesucht hatte, wurde ein rasches Sinken des Bergtheiles bemerkt und in den letzten Jahren durch genaue

³²³ Anthes: Bericht, S. 293. „Schon gestern Abend sollen Erschütterungen an einzelnen Scheunen bemerkt worden sein [...]“, berichtete der Rheinische Kurier am 12. März 1876.

³²⁴ Cauber Nachrichten: Bergrutsch, S. 302.

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Marshall & Picou: Science, S. 235.

³²⁷ Ebd.

Beobachtungen festgestellt“,³²⁸ schrieb der Rheinische Kurier am 21. Oktober 1875. Es liegt nahe, dass diese Informationen aus der lokalen Bevölkerung stammten. Bergrat Giebeler hielt als Vertreter der Experten diese Angaben jedenfalls für falsch. Zwar wusste er von den bei Kaub stattgefundenen Erdbeben von 1846 und 1870, das Versiegen der infrage kommenden Quelle stehe damit aber nicht in Zusammenhang.³²⁹ Seine Argumente bezogen sich auf eine periodische Quelle namens Pulverborn, die allerdings nicht notwendigerweise mit der gemeinten Quelle übereinstimmen muss. Die Ex-post-Erklärung der Katastrophe durch die Sachverständigen bezog sich auf ihnen unbekannte Wassermassen im Innern des Berges. Dies könnte dafür sprechen, dass die lokalen Stimmen, die in dem Zeitungsbericht zu Wort kamen, nicht vollkommen falsch lagen und den Sachverständigen ein „Type I error“ unterlaufen war, nämlich einen Zusammenhang zwischen versiegter Quelle und Bergrutsch zu übersehen, obwohl dieser tatsächlich existierte. Darüber hinaus spiegelt der Konflikt die Problematik aufklärerischer Einflüsse auf lokale Wissenskulturen wider, wie ihn aus umwelthistorischer Perspektive Dix und Röhrs beschrieben haben. In Bezug auf Hangrutschungen am Trauf der Schwäbischen Alb erklären sie:

Indem das Wissen der Bauern uneingeschränkt verworfen und als unhinterfragtes Halbwissen, als Unwissenheit oder Aberglaube abgetan wurde, – *das unterirdische Höhlen- und Fluss-System der Alb, von dem die Landbevölkerung zu berichten weiß, wird z. B. als „Sage“ bezeichnet* –, ging diese lokale, bäuerliche Naturwahrnehmung und Risikokultur sukzessive, als ‚rückständig‘ diffamiert, verloren.³³⁰

Offensichtlich war sie aber in Kaub bis zum Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht vollständig verlorengegangen. In aktuellen Diskussionen wurde die Problematik zwischen lokalem und Expertenwissen auf die Entwicklungsländerproblematik fokussiert. Es wird in Anlehnung an Edward Said kritisiert, dass die Länder des Südens als besonders anfällig für Naturkatastrophen angesehen und mit westlicher Expertise behandelt würden.³³¹ In diesem Zusammenhang wurde Expertenwissen problematisiert und die Stärken von lokalem Wissen hervorgehoben.³³² Dass ähnliche Prozesse innerhalb der westlichen Welt abgelaufen sind und Zentralisierungsprozesse auch hier lokale Wissenskulturen verdrängt haben, wird in solchen Debatten weitgehend

³²⁸ Rheinischer Kurier, 21.10.1875.

³²⁹ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergrat Giebeler, Blt. 67 ff. „Die fragliche Quelle genannte Pulverborn“ ist nach den von mir gemachten Erhebungen und Erkundigungen keineswegs in folge der in den Jahren 1846 und 1870 bei Caub verspürten Erdbeben versiegt, sondern sie ist eine periodische Quelle, welche jedes Jahr nach längerer trockener Witterung verschwindet, nach längerem Regenwetter aber wieder ausfließt [...] Sollte aber der Pulverborn in früheren Jahren wirklich einen ständigen Ausfluß gehabt und stets eine größere Wassermenge geliefert haben, so ist es viel wahrscheinlicher [...]“.

³³⁰ Dix & Röhrs: Vergangenheit, S.228, Hervorhebung P. M.

³³¹ Bankoff: Cultures.

³³² Hewitt: Regions.

ausgeblendet. Dabei ist die Marginalisierung von Laienwissen ein Merkmal der Produktion von „objektivem“ Wissen durch die klassische Wissenschaft.³³³ Aber gerade wenn Fakten unsicher und mögliche Kosten (*stakes*) hoch sind und Entscheidungen drängen, reichen normale wissenschaftliche Methoden nicht mehr aus. In solchen Fällen verkehrt sich der klassische Kontrast zwischen harter Wissenschaft und „weichen“ Werten in sein Gegenteil: wo harte wertbezogene Politikentscheidungen notwendig sind, während die wissenschaftlichen Erkenntnisse relativ „weich“ sind. Für diese Szenarien haben die Risikowissenschaftler Funtowicz und Ravetz vorgeschlagen, neben Experten alle Betroffenen an der Entscheidungsfindung im Sinne einer postnormalen Wissenschaft zu beteiligen.³³⁴

2.3.8 Ursachenklärung nach Aristoteles

In Anbetracht der Situation erscheint eine multikausale Ursachenerklärung in Anlehnung an eine aristotelische Konzeption angebracht. Die Erklärungen für den eigentlichen Bergsturz sind zunächst das herabfallende Gestein (*causa materialis*), dann die Faktoren, die zur Bewegung des Gesteins geführt haben, also Niederschläge und Wassereinwirkung, sowie eine mögliche Hohlraumbildung durch alte Steinbrüche im Berg und vorangegangene Erdbeben (*causa efficiens*). Weiterhin wurde das als gefährlich betrachtete Gestein nicht rechtzeitig abgetragen: Der Zweck, den Bergsturz zu verhindern, wurde also nicht erfüllt (*causa finalis*). Die Ursache dafür kann auf naturwissenschaftlicher Ebene in dem Fehltrick der Sachverständigen Bergtechniker bezüglich der Planung gesehen werden (*causa formalis*). Alle diese Gründe antworten zwar auch auf die Frage, warum Menschenleben verloren wurden und es zur Katastrophe kam, sie genügen aber im Falle von Kaub nicht. Das Phänomen enthält tiefere ursächliche Zusammenhänge. An der Basis der *causa finalis* stand die ungenügende ökonomische Situation der Gemeinde. Aufgrund ihrer Armut konnte sie Sicherheitsmaßnahmen nicht durchführen (*causa oeconomica*). Durch den Aufbau der Verwaltung im preußischen Staat und dessen Prioritäten wurden notwendige Gelder erst zu spät zur Verfügung gestellt (*causa politica*). Die gefährdeten Bürger selbst wollten ihr Heim trotz des drohenden Bergsturzes nicht verlassen (*causa privata*). Dies hatte sicherlich ökonomische, aber auch emotionale Hintergründe (Identifizierung mit der Heimat). Außerdem spielte hier die Frage der Risikowahrnehmung eine wichtige Rolle.

2.4 Nach der Katastrophe ist vor der Katastrophe

In Kaub hatte der Bergsturz in der Nacht vom 10. auf den 11. März 1876 die lang befürchtete Katastrophe gebracht. Dieses Unglück war aber – trotz seiner Tragik – nicht

³³³ Marshall & Picou: Science, S. 235.

³³⁴ Funtowicz & Ravetz: Risk.

das Ende der Gefährdung. Im Gegenteil: Im Anschluss an die Katastrophe drohte ein weitaus schlimmerer Bergsturz, der die übrigen zwölf der 18 Häuser sowie Straße und Eisenbahn verschütten würde. Außerdem wurde nun auch ein Seitental als gefährdet eingestuft, und die ansässigen Bewohner (etwa 100 Menschen) wurden evakuiert.

In diesem Sinne erklärte Handelsminister Achenbach im Landtag, „dass der gegenwärtige Bergrutsch im Verhältniß zu demjenigen, welcher möglicherweise noch nachfolgen kann, als ein geringer bezeichnet werden muss“³³⁵. Deshalb solle, so der Minister, die Abtragung des Bergkegels nun „mit aller Energie“ und „in kürzester Zeit“³³⁶ durchgeführt werden. Die Katastrophe hatte also kein Ende mit Schrecken gebracht. Das Problem bestand nach wie vor, nur die Gefährdungslage hatte sich nun noch verschärft. Sachverständige wurden erneut angefordert, um einzuschätzen, ob die „Fristen der zur Beseitigung der Gefahren des Bergrutsches ausgeführten Arbeiten ihrem Zwecke entsprechen“³³⁷.

Im Juni wurde in der Notstandsvorlage der „Provinzial-Correspondenz“ erläutert: „Durch diesen ersten Absturz von Gebirgsmassen ist die Gefahr für die Stadt Caub in keiner Weise beseitigt worden, im Gegentheile erfordern die durch dieses Ereignis neu geschaffenen Verhältnisse eine schleunige und energische Ausführung fernerer Schutzmaßregeln“. Die für diese Maßnahmen aufzubringenden Geldmittel wurden weiter begründet:

[...] denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Bergrutsch bei Caub, wie er sich gegenwärtig darstellt, nicht blos die noch stehen gebliebenen Häuser am Abhänge des Berges, sondern auch die Fahrstraße am Rhein und den nur 30 Meter vom Fuß des Berghanges entfernten Eisenbahndamm, ja selbst das Rheinbett mit Verschüttung bedroht.³³⁸

Wenn der Verkehr an dieser schmalen Stelle unterbrochen würde, würde die „Landverbindung aufhören“ und das „Gemeinwohl“ geschädigt.³³⁹ Landrat Fonk warnte in einem Schreiben Anfang April 1876 die Nassauische Eisenbahndirektion persönlich vor der drohenden Gefahr.³⁴⁰ Dieses Hauptargument für staatliches Engagement ist kaum aus den Debatten sowohl vor als auch nach dem Bergsturz wegzudenken. Verkehrswege waren ein Gradmesser für wirtschaftlichen Wohlstand.³⁴¹ Auf Basis der genannten Gründe und der Anerkennung eines erhöhten Gefahrenpotenzials wurde in der Notstandsvorlage vom Juni 1876 eine Staatshilfe in Höhe von 485.000 Mark veranschlagt. Darüber hinaus wurden die 40.000 Mark, die bereits für den Staatshauhalt

³³⁵ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März 1875, Handelsminister Achenbach.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 51.

³³⁸ Notstandsvorlage 1876.

³³⁹ Ebd.

³⁴⁰ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 66 f.

³⁴¹ Milereit: Wirtschafts- und Sozialentwicklung, S. 229.

von 1876 vorgesehen waren, sowie der Eigenkostenanteil der Stadt Kaub in Höhe von 15.000 Mark berücksichtigt, sodass der für nötig erachtete Betrag von 540.000 Mark gedeckt wurde.³⁴² Gegenüber der ursprünglichen Gewährung von 135.000 Mark aus Staatsmitteln (vor dem Bergsturz), hatte sich diese Summe nun fast vervierfacht (auf 525.000 Mark).

Dieses Verhältnis entspricht der Feststellung des Politikwissenschaftlers Roger Noll. Er hat auch für die heutige Katastrophenpolitik die Tendenz erkannt, „to underinvest in protection and overinvest in response“³⁴³. Wie bei normalen Bürgern, so löse auch bei Politikern ein fatales Ereignis altruistische Motive aus. Die relativ großen Anstrengungen, die im Zuge von Katastrophenhilfe geleistet würden, dienten darüber hinaus der öffentlichen Anerkennung der verantwortlichen Politiker. Vor dem Hintergrund einer Kosten-Nutzen-Kalkulation werde zu wenig vor der Katastrophe unternommen und zu viel danach.³⁴⁴ Tatsächlich hätten durch die rechtzeitige Investition von 150.000 Mark (im Jahr 1873) sämtliche Schäden an Gebäuden und jeglicher Verlust von Menschenleben abgewendet werden können. Stattdessen erreichten die staatlichen Aufwendungen nun einen Betrag von 525.000 Mark. Zur Versorgung der evakuierten Bewohner wurden darüber hinaus 10.000 Mark von der königlichen Regierung in Wiesbaden gestiftet.³⁴⁵ Ebenso reagierten auch normale Bürger auf die Katastrophe. Anstelle einer Unterstützung im Vorfeld der Katastrophe löste erst die Katastrophe selbst Spendenbereitschaft aus: „Ordinary citizens respond to these circumstances by increasing charitable contributions and taking significant risks to help neighbors.“³⁴⁶ In Sammlungen wurden in kurzer Zeit durch ein Komitee 25.000 Mark an Spendengeldern eingenommen.³⁴⁷ Darunter waren eine Spende des Kaisers in Höhe von 2.000 Mark und eine Spende der Kaiserin in Höhe von 500 Mark.³⁴⁸ Darüber hinaus leisteten Bürger aktiv Nachbarschaftshilfe, indem Zimmer oder Hintergebäude zur Unterbringung der Obdachlosen zur Verfügung gestellt wurden.³⁴⁹ Bei den unmittelbaren Rettungsarbeiten setzten die Mitbürger ihr Leben aufs Spiel und die Gartenlaube konstatierte, dass „hier die Menschenliebe in wahrhaft edler, heldenmüthiger Weise sich besthätigte; das eigene Leben einsetzend, war nur von dem Gedanken an die Rettung Anderer beseelt“³⁵⁰.

³⁴² Nothstandsvorlage 1876.

³⁴³ Noll: Politics, S. 141.

³⁴⁴ Ebd., S. 142.

³⁴⁵ Wiesbaden, HStA, Abt. 436, Nr. 6 (nicht paginiert).

³⁴⁶ Noll: Politics, S. 142.

³⁴⁷ Anthes: Bericht, S. 295. Eugen Anthes war Mitglied des Spendenkomitees gewesen und entsprechend informiert über die Aufwendungen.

³⁴⁸ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Landrat Fonk, Blt. 39.

³⁴⁹ Ebd., Abt. 436, Nr. 6 (nicht paginiert).

³⁵⁰ Kruse: Bergsturz, S.253.

Die ökonomischen Konsequenzen dieser Verhaltensweisen hat Kunreuther bereits in den 1960er-Jahren beschrieben. Er sprach vor dem Hintergrund besonderer soziologischer und psychologischer Faktoren von „peculiar economics of disaster“³⁵¹. Während Kunreuther keine Bewertung dieser Ergebnisse vornahm, unterstreicht Noll, dass es sich um „kognitive Pathologien“ handele, die den Umgang mit Risiko leiteten. Entsprechend fordert er eine (ökonomische) Rationalisierung der Katastrophenpolitik.³⁵² Dabei ist ihm bewusst, dass eine Politik der „verweigerten Hilfe“ negative Langzeitwirkungen auf politische Regime hat.³⁵³ Hier liegt tatsächlich ein Problem. Während die Regierung sich in weiser Voraussicht von der Verantwortung für die Katastrophe befreien konnte, indem sie der Gemeinde die volle Verantwortung übertrug, musste sie nach der eingetretenen Katastrophe die Rettungsarbeiten mit voller Energie unterstützen. Andernfalls hätte man sie wegen unterlassener Hilfeleistung (zumindest moralisch) beschuldigen können. Nach der Katastrophe bekam die Gemeinde Kaub den Generalerlass, dass sie alle zu den Rettungsarbeiten benötigten Materialien und Geräte von den staatlichen Steinkohlegruben bei Saarbrücken umsonst beziehen könne,³⁵⁴ was vor der Katastrophe nicht einmal zur Diskussion stand. Die Gemeinde Kaub hatte in ihrem Bittschreiben an den Staat vor der Katastrophe an die „moralische Verpflichtung“ zur Hilfe gegen ein „unverschuldetes Elementarereignis“³⁵⁵ appelliert. Der Staat hatte seine Entscheidung aber auf Basis einer objektivierbaren Kosten-Nutzen-Abwägung getroffen, während von Moral nicht die Rede war. Ganz anders nach der Katastrophe. Die Gefährdungslage nach der Katastrophe war im Prinzip unverändert geblieben, aber die objektiv gewordene Katastrophe setzte die moralischen Motive frei, die sich vor dem Bergsturz kaum bemerkbar gemacht hatten. Eine Welle altruistischer Energien fand in Form von Kollekten und staatlichen Zuwendungen auf mehreren Verwaltungsebenen den Weg ins Katastrophengebiet. Nun da die Geschehnisse im Mittelpunkt der Medienöffentlichkeit standen, wurden die Zuwendungen stärker gewürdigt, als es im Vorfeld des Unglücks der Fall war. Im Bewusstwerden gesellschaftlicher Unsicherheit schloss sich die Gesellschaft gegen die Bedrohung zusammen und zog vom Nachbarn bis zum Innenministerium auf einmal am gleichen Strang.³⁵⁶

³⁵¹ Kunreuther: Economics.

³⁵² Noll: Politics, S. 143.

³⁵³ Ebd., S. 144.

³⁵⁴ Es wurden schon am 12. März Güter im Wert von 5.000 Mark nach Kaub geliefert. Siehe Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergwerksdirektion Saarbrücken, Blt. 138.

³⁵⁵ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bürgermeister Herberich und Gemeinderat, Blt. 102.

³⁵⁶ Vor diesem Hintergrund erscheint das ökonomische Kalkül, im Nachhinein viermal soviel Geld auszugeben, nicht mehr ganz so schlecht investiert. Dies bedeutet natürlich nicht, dass irgendein Akteur vor der Katastrophe eine solche Intention gehegt hätte. Vor der Katastrophe herrschte Amoral, nicht Unmoral.

Die historische Bedeutung, die Kaub durch den Rheinübergang Feldmarschall Blüchers erlangt hatte, spielte bei den Verhandlungen vor der Katastrophe keine Rolle für die Entscheidungsfindung. Nicht einmal die Gemeindeverwaltung appellierte in ihrer Supplikation an das Nationalgefühl, indem sie an historische Taten erinnerte. Erst nach der Katastrophe fanden diese Ereignisse Eingang in den Narrativ. Der Abgeordnete Petri leitete die Landtagsversammlung wie folgt ein: „Inzwischen sind nähere Nachrichten über den schweren Unfall eingetroffen, der jenen Ort betroffen hat, dessen Bewohner in jener denkwürdigen Neujahrsnacht 1814, als der alte Blücher die deutschen Waffen über den Rhein trug, tatkräftige Beihilfe geleistet haben.“³⁵⁷ Ob diese Anrufung eines solidarischen Gefühls durch die lobenswerte Erwähnung der Kauber Bürger in historischer Zeit tatsächlich einen Einfluss auf die Entscheidungen von Handels- und Innenministerium gehabt hatte, bleibt dennoch zweifelhaft. Der Anspruch an die Objektivität von Entscheidungen, die lediglich auf Basis von naturwissenschaftlichen und ökonomischen Fakten getroffen werden sollen, erscheint gegenüber eher symbolischen Argumenten zu dominant. Vermutlich blieb der Übergang Blüchers ein schmückendes Beiwerk in dem Katastrophennarrativ von Kaub, das zwar der Popularisierung der Katastrophe durch Zeitschriften wie z. B. der Gartenlaube half, nicht aber politische Wirkung entfaltete.³⁵⁸

Weil das „Nach-der-Katastrophe“ in Kaub aber auch gleichzeitig wieder ein „Vor-der-Katastrophe“ war, griff auch diese Logik wieder. Zum einen wurde die Verantwortung für die durchzuführenden Arbeiten wieder auf die Gemeinde abgeschoben (auf „eigene Gefahr und Rechnung“³⁵⁹). Zum anderen sollte schon Ende März den Kauber Requisitionen in Saarbrücken nur noch unter besonderen Umständen entsprochen werden. Eine Anfrage des Bürgermeisters Herberich wegen der Zusendung von Arbeitern und Utensilien im Wert von 9.000 Mark wurde nur zwei Wochen nach der Katastrophe von Minister Achenbach zurückwiesen.³⁶⁰

Im Umgang mit der Katastrophe wurde zunächst durch die Entschuldigung des preußischen Verwaltungssystems die staatliche Stabilität gesichert. Die offizielle Ursache für den Bergrutsch wurde rein naturwissenschaftlich gehalten: „Wassermassen, die sich im Innern des Berges gesammelt hatten“,³⁶¹ übten einen Druck nach außen aus. Man könnte diese Erklärung im Sinne von Mary Douglas in einen Akt der Beschuldigung umdeuten.³⁶² In ihrem System würde dies bedeuten, dass gleichsam (wie

³⁵⁷ Landtagsverhandlungen, 27. Sitzung am 15. März 1876, Abgeordneter Petri.

³⁵⁸ Kruse: Bergsturz, S. 252. Der Brockhaus, 14. Auflage 1893.

³⁵⁹ Provinzial-Correspondenz, 14. Jg., Nr. 23. 7. Juni 1876. Notstandsvorlage 1876.

³⁶⁰ Düsseldorf, HStA, OBA, Nr. 1535, Bergwerksdirektion Saarbrücken, Blt. 138-141. Handelsminister Achenbach, Blt. 155-156.

³⁶¹ Provinzial-Correspondenz, 14. Jg., Nr. 23. 7. Juni 1876. Notstandsvorlage 1876.

³⁶² Zugegebenermaßen gab es im Anschluss an den Bergsturz keinerlei Rhetorik der Beschuldigung der Natur. Sie lässt sich deshalb nur indirekt ableiten.

die Beschuldigung eines politischen Opponenten oder einer sozialen Minderheit) der Akt der Beschuldigung der Natur die Aufrechterhaltung sozialer Grenzen sichert.³⁶³ In diesem Fall wären dies die Grenzen des Kulturstaates Preußen-Deutschland samt seiner Industrien, Technik und Wissenschaft gegenüber einer unberechenbaren Natur. Diese Erklärung passt insofern ins Bild, als der Status quo der modernen Kultur tatsächlich erhalten wurde. Probleme der politischen Entscheidungsfindung wurden – geleitet von ökonomistischem und naturwissenschaftlichem Denken – in Anbetracht von Gefahren und Risiken ignoriert.

Dies zeigt sich besonders deutlich im weiteren Umgang mit dem Bergsturz, der eine genaue Replikation des Umgangs mit der Problematik vor der Katastrophe ist. Dieselben Sachverständigen schickten dieselben Schreiben an dieselben Ministerien. Nach den heftigen Regenfällen im Winter 1882/83 fragte der preußische Innenminister in Wiesbaden an, ob in Kaub Erdrutschgefahr bestehe. Seit 1880 war eine Stelle durch Bergrat Giebeler als gefährlich beschrieben worden.³⁶⁴ Im Sommer 1881 wurde die Notwendigkeit einer Evakuierung erneut diskutiert.³⁶⁵ Erst als 1883 Oberbergrat Fabricius auf die neuerliche Gefahr aufmerksam machte, wurde sie ernst genommen. Der Bereich wurde erneut unter Beobachtung gestellt. Am 26. Juni 1883 sandte Bergmeister Giebeler aus Wiesbaden ein „Gutachten über die gefährliche Spaltenbildung in der in Bewegung befindlichen Felsmasse im Rutschgebiet zu Caub“³⁶⁶ an das Regierungspräsidium. Der Inhalt der Gutachten glich strukturell jenen, die fast eine Dekade zuvor von Giebeler verfasst worden waren, und ein erneuter Bergsturz hätte niemanden überraschen dürfen. Auch Bürgermeister Herberich stand weiterhin in der Pflicht, von der Regierung Unterstützung anzufordern.³⁶⁷ Die Staatsunterstützung war bis zum Jahr 1881 aufgebraucht worden.³⁶⁸ Die einzige grundsätzlich neue Maßnahme, die sich nach der Katastrophe feststellen ließ, war ein Verbot des Wiederaufbaus von Hinterhäusern bzw. Scheunen im Gefahrenbereich.³⁶⁹

Im November 1879 verhandelte die Gemeinde Kaub, wie auch schon vor der Katastrophe, mit der Rheinstrombauverwaltung um die Abnahme der verbliebenen Gesteinsmassen. Die Rheinstrombauverwaltung erklärte sich bereit, weitere 20.000 Kubikmeter Gestein zur Verschüttung des Rheinufers oder als Senk- und Pflastersteine abzunehmen. Pro Kubikmeter entschädigte sie die Gemeinde dafür mit einer Mark. Innerhalb von einem halben Jahr war die Arbeit vollendet. Das Gestein, das der

³⁶³ Douglas: Purity.

³⁶⁴ Wiesbaden, HStA, Abt. 405, Nr. 4329, Bergrat Giebeler, Blt. 166.

³⁶⁵ Ebd., Blt. 136 f.

³⁶⁶ Ebd., Blt. 171.

³⁶⁷ Ebd., Blt. 194.

³⁶⁸ Ebd., Abt. 436, Nr. 6 (nicht paginiert).

³⁶⁹ Ebd., Abt. 405, Nr. 4329, Innenminister und Minister der öffentlichen Arbeiten, Blt. 198.

Gemeinde Kaub so viele Sorgen bereitet hatte, wurde also für das große Flussbauprojekt am Mittelrhein verwendet.

Das Ereignis traf auf die Strukturen einer modernen Risikokultur, die, wenngleich sie noch nicht das Wort „Risiko“ benutzte³⁷⁰, feste Mechanismen des Umgangs vorsah. Mit Risikokultur ist hier nicht eine besonders risikofreudige (im Gegensatz zu einer sicherheitsbedürftigen) Gesellschaftsform gemeint. Sie bezeichnet vielmehr eine bestimmte Art des Umgangs mit Unsicherheit, der für die Moderne typisch ist – ein Umgang, der historisch und geografisch also nicht universell ist.³⁷¹ Um es in den Worten Francois Walters auszudrücken: „[...] das Risikokzept beruht auf rationaler Mentalität“³⁷². Entscheidungsabhängigkeit und Machbarkeitsansprüche spielen hier eine besondere Rolle.³⁷³ Im Idealfall sind Risiken und ihre Eintrittswahrscheinlichkeit berechenbar. Mangels statistischer Daten zu historischen Bergstürzen blieb als einzige Form der Kalkulation die Messung des voranschreitenden Berges. Die wissenschaftliche Beobachtung des Berges versprach Kontrolle und Kontrollierbarkeit.³⁷⁴ Zwar wurden schon zwischen 1873 und 1875 Messungen durchgeführt, die Bemühungen in diese Richtung wurden nach dem Bergsturz allerdings erheblich intensiviert. Wie akkurat diese Beobachtungen durchgeführt wurden, zeigt eine Übersicht, die die Bewegungen eines Berghanges im Nachbarort von Kaub und in Kaub selbst für das Frühjahr 1881 minutiös (auf einen halben Zentimeter genau) dokumentiert. Das Vorgehen erinnert an die tägliche Aufzeichnung von Pegelständen.

Beobachtungen über den Bergsturz zu Lorch			
	bestimmter	bestimmter	bestimmter
26. Mai	2 1/2	2 1/2	2
26. Mai	2 1/2	2 1/2	2
27. Mai	3	3	3
28. Mai	4	4 1/2	4 1/2
29. Mai	4 1/2	5	4
30. Mai	4 1/2	4	4 1/2
31. Mai	3	3	2
1. Juni	3	3	2 1/2
2. Juni	3	3	2 1/2
3. Juni	2	2 1/2	1
4. Juni	2	2	1
5. Juni	1	2	1 1/2
6. Juni	2	2	1 1/2
7. Juni	1 1/2	1 1/2	1

Hilffs-Beob. über den Bergsturz zu Lorch
Hilffs-Beob. über den Bergsturz zu Lorch
Hilffs-Beob. über den Bergsturz zu Lorch

Abbildung 6: Beobachtungen über das Vorgehen des Berg-rutsches zu Lorch 1881¹

³⁷⁰ Ein Begriff wie „Risiko“ ist immer mehr als nur das bloße Wort. Deshalb ist es kein Widerspruch, eine „Risikokultur“ festzustellen, die nicht das Wort „Risiko“ gebraucht.

³⁷¹ Vgl. Douglas: Risk.

³⁷² Walter: Katastrophen, S. 210.

³⁷³ Luhmann: Risiko.

³⁷⁴ Auch Beobachtungen von Hochwasserpegeln, Erdbebenscheinungen etc. waren fester Bestandteil dieser Kultur.

Blieben auch die gutachterliche Praxis durch Experten nach dem Bergsturz unhinterfragt, so wurde doch die wissenschaftliche Methode durch das Unglück offenkundig weiterentwickelt. Durch exaktere Messungen versprach man sich einen besseren Zugang zur tatsächlichen Risikosituation.

Genaue Kostenvoranschläge über mögliche Verluste und zu ergreifende Schutzmaßnahmen komplettierten die Mittel objektiver Risikobewältigung. Die Verwaltungshierarchien waren unantastbar und machten einen erheblichen bürokratischen Aufwand nötig, um zu geregelten Resultaten zu kommen. Das Ereignis des Bergsturzes war auf die Struktur einer objektiven Risikokultur gestoßen. Es konnte nur als Ereignis wahrgenommen werden, indem es von der Norm abwich (Berge bewegen sich normalerweise nicht) und wurde dann innerhalb der Deutungsspielräume dieser Kultur interpretiert. Sogar die geometrische Rutschbahn, die auf einer Fotografie nach der Katastrophe festgehalten wurde, spiegelt die geordnete Aufnahme dieses Ereignisses im modernen Preußen-Deutschland wider.

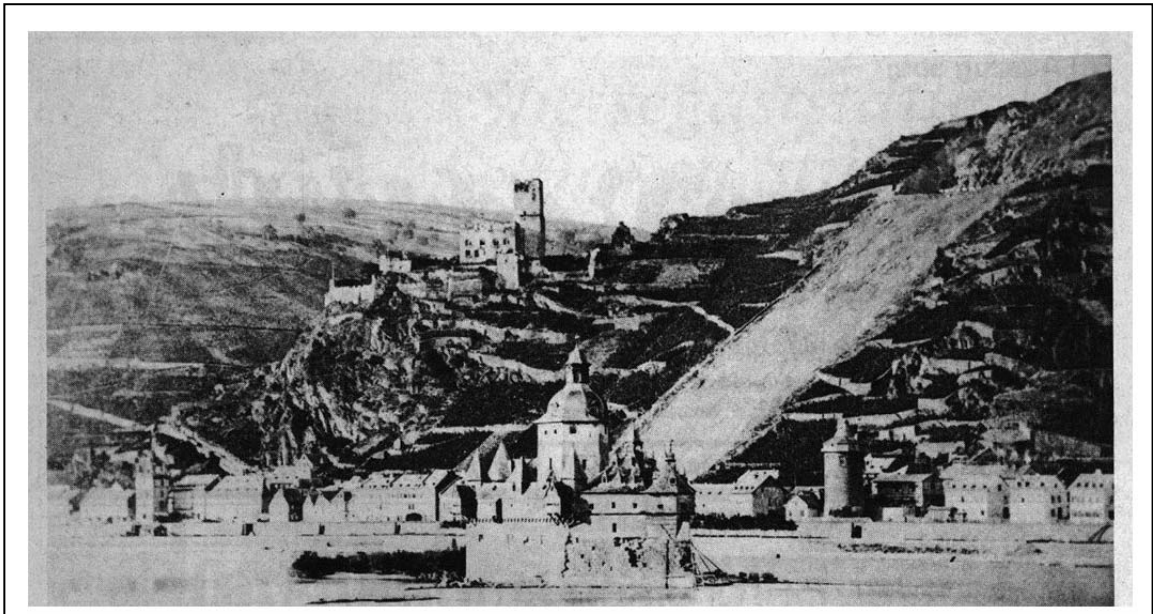


Abbildung 7: Photographie des Bergrutschgebietes kurz nach der Katastrophe³⁷⁵

Hier ist kein Einbruch in die kulturelle Ordnung zu erkennen, keine wilde Natur und keine unberechenbaren Elementarkräfte. Das Bild einer objektiv erfassbaren Welt hatte keine Risse erlitten. Durch die Absenz von Personen auf dem Foto erscheint es von der menschlichen Seite der Katastrophe wie bereinigt. Auch die Erklärung für das Geschehene wurde noch immer mit sauberem naturwissenschaftlichem Anspruch gegeben. Wissenschaft, Technik und Ökonomie blieben nicht nur die Essenz der staatlichen Antwort auf Naturgefahren, Bemühungen in diese Richtung wurden trotz des Fehlschlages weiter entwickelt und intensiviert. Die große staatliche Furcht davor, dass

³⁷⁵ Reproduziert mit freundlicher Genehmigung des Hessischen Landesarchivs in Wiesbaden.

der Eisenbahnverkehr zum Erliegen kommen könne, hatte sich nicht bewahrheitet. In dem Holzstich, der den Katastrophennarrativ in der Gartenlaube illustriert, wird die Funktionsfähigkeit der Normalität akzentuiert (Abb. 8). Wegen alledem handelte es sich auch um kein „Ereignis“ im Sewell’schen Sinne: Ansonsten hätte das Ereignis nämlich auch die kulturelle Struktur, in der es selbst als Ereignis gedeutet wurde, modifizieren müssen.³⁷⁶



Abbildung 8: Darstellung des Katastrophengebietes³⁷⁷

Die Spuren der Katastrophe sind zwar erkennbar, aber die Eisenbahn dampft pittoresk in der Bildmitte (links). Die Häuser in der Rheinstraße und in der Hochstraße scheinen unversehrt und wohnlich. Die Straße ist frequentiert, und der Rhein windet sich mit geometrischer Genauigkeit am befestigten Ufer entlang. In Wirklichkeit beginnt die abgebildete rechtwinkelige Kurve erst drei Kilometer hinter dem Ortsausgang. Der Ausschnitt der dunklen und wilden Bergnatur (dargestellt durch die welken Pflanzen im Vordergrund) dient lediglich als Kontrastfolie für die eigentlich harmonisch funktionierende Alltagswelt von Kaub.

³⁷⁶ Sewell: Struktur.

³⁷⁷ Holzstich eines Laien; Quelle: Kruse: Bergsturz, S. 254.

Nur an einzelnen Stellen schimmert wie im Scheinwerferlicht des Rutschgebietes ein Stückchen Unkontrollierbarkeit und Unsicherheit durch die geistige Bedeckung kühlen Risikodenkens hindurch. Wenn die Gutachter während der wissenschaftlichen Beobachtung zugeben mussten, dass einzelne Messstangen von dem in Bewegung befindlichen Berg umgerissen worden waren, wenn widersprüchliche Angaben zu den Zahlen der Opfer der Katastrophe gemacht wurden, oder wenn Experten im Angesicht der Katastrophe krank wurden, blitzten Momente jenseits objektiver Kontrollierbarkeit auf.

Die Welt war zwar nicht aus den Fugen geraten, und auch in Kaub war irgendwann wieder Normalität eingekehrt, doch die Erinnerung an den Bergsturz blieb. Zum einen fand der Bergsturz als wissenschaftliches Faktum Eingang in Erdkundebücher und Lexika (Brockhaus).³⁷⁸ In beiden Fällen wurde das Ereignis von Kaub mehr oder weniger als Anhängsel des wesentlich größeren Bergsturzes von Elm (1881) aufgeführt. Mit einer offiziellen Zahl von 26 Opfern erscheint die Katastrophe wenig bemerkenswert. Und doch gibt es in Deutschland bis dato kein vergleichbares Ereignis. Zwar gab es durchaus weitere Schadensereignisse, z. B. in Mühlheim 1897 und 1906,³⁷⁹ aber Todesfälle konnten in der Regel verhindert werden. Daher ist auch die Aufnahme in die Liste „historischer Bergstürze“ im Online-Lexikon „Wikipedia“³⁸⁰ nicht verwunderlich. Die Erstellung einer historischen Chronologie von Bergstürzen gehört mit zum Programm einer Risikokultur, die auf objektivierbare Daten zurückgreifen möchte.³⁸¹ Jenseits der wissenschaftlichen Erinnerung steht die Erinnerung der Katastrophe in Kaub selbst. Hier findet sich ein Denkmal für die Opfer der Katastrophe, das der Kulturverein bis heute pflegt. Christian Pfister hat erklärt, dass die Größe einer Katastrophe auch die Deutlichkeit ihrer kulturellen Spuren bestimme.³⁸² Trotz aller Vorbehalte ist dieser Aussage insofern zuzustimmen, als der Maßstab, anhand dessen die Größe bestimmt wird, auch mit einbezogen wird. Für deutsche Maßstäbe war Kaub „groß“, die „größte“ Bergsturzkatastrophe der erinnerten jüngeren Geschichte – und für die Gemeinde Kaub selbst sowieso.

³⁷⁸ Ule: Grundriss. Brockhaus 1897.

³⁷⁹ Henrichs: Mühlheim-Kärlich, S. 165 ff. Beim ersten Bergrutsch auf der Ludwigshöhe bei Mühlheim wurden 22 Häuser in Mitleidenschaft gezogen bzw. zerstört, beim zweiten über 100 Häuser, ohne dass Menschen zu Schaden gekommen wären.

³⁸⁰ Stand April 2010.

³⁸¹ Dies gilt, obgleich solche „Datensammlungen“ auch in theologisch geprägten Gesellschaften durchgeführt wurden.

³⁸² Pfister & Brändli: Rodungen, S. 301.

3 Am Wendepunkt: Hungerkrise in der Eifel

„The history of hunger is for the most part unwritten. The hungry rarely write history, and historians are rarely hungry.“³⁸³ Diese Einsicht trifft natürlich auch für die Geschichte der Eifel zu. Dass die Hungernden selbst keine schriftlichen Zeugnisse hinterlassen, erschwert es dem satten Historiker ein vollständiges Bild der Situation zu entwerfen. Jenseits von Verwaltung, Presse und politischen Debatten wird die Quellenlage schnell ungenügend. Lediglich von Priestern oder aufmerksamen zeitgenössischen Beobachtern, die selber nicht betroffen waren, sind einige Stellungnahmen an die Öffentlichkeit gelangt. Die armen Eifelbauern selbst, die dem Hunger gegenüber standen, hinterließen nicht einmal Supplikationen.

Dass die Geschichte nicht von Hungernden geschrieben wird, sondern von den gesellschaftlichen Gewinnern, hat vielfach dazu geführt, dass Hungerkrisen in der Historiographie marginalisiert wurden. Insbesondere in der fortschrittsstolzen Zeit Ende des 19. Jahrhunderts, als den westlichen Mächten die Welt zu Füßen zu liegen schien, konnten Hungersnöte nur Überbleibsel einer vormodernen Zeit und damit unliebsame Hindernisse auf dem Weg in eine bessere Zukunft darstellen. Erst in jüngerer Zeit wurde beispielsweise auf das dunkle Kapitel von Hungersnöten in der englischen Kolonialgeschichte in Indien aufmerksam gemacht.³⁸⁴ Es ist deshalb kein Wunder, dass die Geschichtsschreibung den ungleich kleineren Fall der Hungerprobleme in der Eifel in den 1870er und 1880er Jahren bislang unbeachtet gelassen hat. Im gesellschaftlichen Bewusstsein enden die Hungersnöte in Deutschland mit dem Vormärz. Als Extrempunkte des Pauperismus sind die Hungersnöte von 1816/17 und 1846/47 bis heute im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert. Dies liegt mitunter daran, dass diese überregionalen Phänomene ein deutlicheres Echo als lokal begrenzte Hungerkrisen erzeugten. So wird die Hungersnot von 1816/17 als die „letzte große Hungerkatastrophe in ganz Mitteleuropa“ betrachtet.³⁸⁵ In Schlesien und Westfalen war der Hungertyphus ausgebrochen.³⁸⁶ Im Gegensatz zu den finanziellen Krisen des Industriezeitalters seien die Hungerkrisen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch durch die Krisen des Erntezyklus bedingt. Damit gehörten sie, laut dem Wirtschaftshistoriker Abel, zu den letzten Krisen vom „type ancien“.³⁸⁷ Missernten führten zu Teuerungen und diese wiederum zu Hungersnöten.³⁸⁸ Erst seit den 1860er Jahren habe die industrielle

³⁸³ Millman & Kates: Hunger, S. 22.

³⁸⁴ Davis: Holocausts.

³⁸⁵ Wischermann: Hungerkrisen, S. 128.

³⁸⁶ Abel: Massenarmut, S. 54.

³⁸⁷ Ebd., S. 56 ff.

³⁸⁸ Abel: Agrarkrisen.

Entwicklung in Preußen diesen Rhythmus durchbrochen.³⁸⁹ Dass die fortschreitende Industrialisierung nicht bloß Wohlstand zur Folge hatte, ist gemeinhin bekannt.

Suppenküchen, Wärmestuben, Sparvereine, Kartoffelverkauf zu Vorzugpreisen, Brotvereine; [...] permanentes Angewiesensein auf öffentliche Arbeitsbeschaffung – alles dies waren Winter für Winter wiederkehrende Krisenerfahrungen, die das kärgliche Leben der unteren Schichten über Jahre hinweg bestimmten.³⁹⁰

Diese Schilderung des Pauperismus erinnert stark an die Notlage in der Eifel der 1870er und 1880er Jahre. In der Eifel handelte es sich allerdings kaum um eine Frage sozialer Schicht, sondern die Krisen betrafen fast die gesamte Bevölkerung. Zu Hungerprotesten kam es hier aber nicht. Die proletarischen Hungererfahrungen sind von den Subsistenzkrisen der Eifelbauern in dieser Beziehung grundlegend verschieden.³⁹¹ Die Verarmung des Proletariats ist durch die Reaktion einer antikapitalistischen Ideologie bis heute aktuell. Karl Marx hatte aber in einer frühen Artikelserie (1843) zunächst auf das soziale Problem der Kleinbauern an der Mosel hingewiesen.³⁹² Die Industrialisierung produzierte nämlich durchaus auch in ländlichen Regionen Verlierer. Hierzu gehörten Regionen wie die Eifel und Schlesien. Durch die Ausgrenzung aus dem Marktgeschehen entstanden hier vormittelalterliche Situationen. Man sprach in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von chronischem Notstand in der Eifel, die mit dem aussagekräftigen Kosenamen „Preußisch Sibirien“ adressiert wurde. Die Auswandererzahl aus der armen Mittelgebirgsregion erreichte im 19. Jahrhundert Spitzenwerte und erst als 1883 eine akute Hungersnot drohte, schien der Staat auf die Lage ernstlich zu reagieren. Im Folgenden soll die Krisensituation in der Eifel als prominenter Vertreter ausgegrenzter Regionen im Deutschen Reich geschildert werden. Anschließend werden Gründe für die Hungerkrise diskutiert sowie Reaktionen auf den Notstand erläutert. Die eingenommene Perspektive würde man heute eine entwicklungspolitische nennen.

3.1 Missernte und Notstand in „Preußisch Sibirien“

Schon 1829 wurde in einem „Handbuch für Schule und Haus“ die Eifel als „die unfruchtbarste und ärmste Gegend in ganz Rheinpreußen“ beschrieben.³⁹³ Die Eindrücke sind von felsigen Tälern, reißenden Bergströmen und trauriger Birke geprägt. Die Landschaft sei kahl und leer und der Mensch sei „oft mit allem Schauer der Wildnis [...] umgeben“³⁹⁴. In der Umgebung der Dörfer erkenne man zwar „Menschenfleiß“,

³⁸⁹ Abel: Massenarmut, S. 56.

³⁹⁰ Bass: Hungerkrisen, S. 198.

³⁹¹ Vgl. z. B. Tanner: Industrialisierung.

³⁹² Kastner & Torunsky: Rheinische Geschichte, S. 16.

³⁹³ Diesterweg: Rheinprovinzen, Kap. 30.

³⁹⁴ Ebd.

aber an der „kümmerlichen Vegetation“ sehe man sofort, „daß der Bewohner hier gegen eiserne, feindliche Gewalten zu kämpfen habe, um ihnen sein tägliches Brot mühsam zu entreißen“³⁹⁵. Die Waldungen waren zu dieser Zeit größtenteils abgeholzt; einerseits um den Bedarf an Holzkohle zu decken andererseits zur Gewinnung von kargem Kulturland.³⁹⁶ Die Stilisierung zum preußischen Sibirien lag von dort aus nicht mehr fern.³⁹⁷ Bis in die 1870er Jahre wurden hier noch Wölfe erlegt.³⁹⁸

Zwar hatte die preußische Regierung seit Mitte des 19. Jahrhunderts Aufforstungsmaßnahmen ergriffen, doch zeigten diese zunächst keine positive Wirkung.³⁹⁹ Auch die Gründung eines Landwirtschaftlichen Vereins für die Rheinprovinz zur Förderung der bäuerlichen Interessen brachte für die Eifel nicht den Aufschwung, den die Landwirtschaft im übrigen Rheinland nahm. Die Verbesserung der Bodenkultur durch Kunstdünger, die Bildung ländlicher Genossenschaften und vor allem auch die Weiterbildung von Landwirten waren erfolgreiche Maßnahmen, die in der Eifel bis 1883 nicht angekommen waren.⁴⁰⁰ Aufgrund der praktizierten Realteilung der Höfe existierten in der Eifel hauptsächlich kleine und kleinste Betriebe. Im Kreis Schleiden zählte man beispielweise für das Jahr 1882 knapp 4000 landwirtschaftliche Betriebe mit einem eigenen Landbesitz von unter zwei Hektar (genauso viele wie über zwei Hektar). Größere Städte fehlten in der Region völlig. Aufgrund der fehlenden Marktintegration waren die Bauern auf ihre eigenen Subsistenzprodukte angewiesen. Hauptnahrungsmittel bildeten Kartoffel und Hafermehl. Sobald die Ernteerträge schlecht ausfielen wie in den 1870er und 1880er Jahren waren die Bewohner „an der Linie angekommen, wo die Hungersnot beginnt oder schon vorherrscht“⁴⁰¹.

Im Jahr 1882 wurde nun nach einigen schweren Jahren (besonders 1879/80) eine ertragreiche Ernte erwartet. Im Frühsommer ließ der Stand der Früchte auf ein ausgezeichnetes Ergebnis hoffen. Durch die andauernden heftigen Niederschläge im Sommer und Herbst wurde nicht nur die Hoffnung auf eine gute Ernte zu Nichte gemacht, sondern sie führten zu einer Missernte. Im Regierungsbezirk Trier waren

³⁹⁵ Ebd.

³⁹⁶ Renn: Eifel, S. 151.

³⁹⁷ Kastner & Torunsky: Rheinische Geschichte, S. 17. „Die Eifel, damals weithin ohne Wald, bestehend aus kahler Heide und Ödland, hieß bezeichnenderweise das „Sibirien“ der Rheinprovinz.“

³⁹⁸ Frentzen: Landkreise, S. 52; z. B. im Kreis Prüm: noch 1871: 3 Nestwölfe gefangen; zwischen 1817 und 1871: 313 erlegte Wölfe.

³⁹⁹ Renn: Eifel, S. 151 f. Zwischen 1854 und 1866 stellte der Staat jährlich 10.000 Taler für Neu-Anpflanzungen bereit.

⁴⁰⁰ Vgl. Kastner & Torunsky: Rheinische Geschichte, S. 18. In dieser Darstellung wurde die Eifel und ihre spezielle Rolle übergangen. Typisch für solche Geschichtsübersichten ist die Idee des allgemeinen Aufschwungs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

⁴⁰¹ Renn: Eifel, S. 148.

besonders die Kreise Prüm und Daun sowie einzelne Bezirke der angrenzenden Kreise betroffen (siehe Abb. 9).⁴⁰²

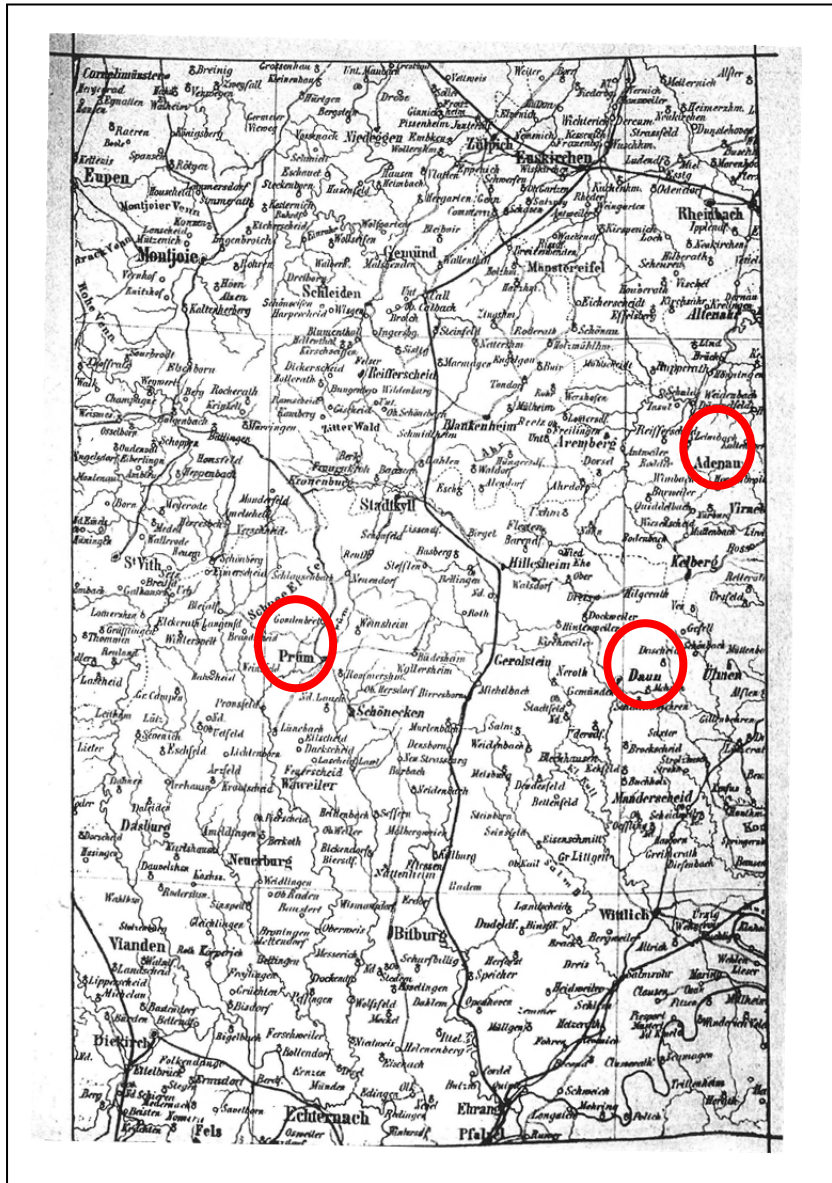


Abbildung 9: Die geographische Lage der Kreisstädte, der besonders stark betroffenen Eifelkreise⁴⁰³

Über den „drohenden Nothstand“ in Daun berichtete der Landratsamtsverwalter schon im Herbst der Bezirksregierung.⁴⁰⁴ Bei der „übergroßen Mehrzahl der Gemeinden“ würden „dem Nothstande ähnliche Verhältnisse gegen Beginn des Frühjahres hervortreten [...], da die Ernte im Ganzen genommen mißrathen ist.“⁴⁰⁵ Das Getreide sei

⁴⁰² Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 525. Promemoria betreffend den Nothstand in der Eifel.

⁴⁰³ Kartengrundlage: Thomas: Nothstand, Anhang.

⁴⁰⁴ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 202. Landratsamt Daun an die Bezirksregierung Trier am 23. Oktober 1882.

⁴⁰⁵ Ebd., Blt. 200 f.

auf dem Felde verfault oder ganz nass geerntet worden. Die Kartoffeln hätten in den nassen und schweren Böden gar keine Erträge gebracht, in den sandigen Böden nur mittelmäßige. In einzelnen Gemeinden sei auch der Hafer verfault oder ausgewachsen. Wo keine Kartoffeln und kein Hafer geerntet werden konnten, seien die Bauern auf die angebauten Gartenfrüchte angewiesen. Diese würden aber „bald aufgezehrt sein“. In der Bürgermeisterei Sarmersbach würde die Not deshalb schon zu Beginn des Winters ausbrechen.⁴⁰⁶ Ähnliches berichtete der Landratsamtsverwalter des Kreises Prüm. Der Ertrag der Körnerfrüchte sei „kaum 50% einer Mittelernte“ gewesen.⁴⁰⁷ Darüber hinaus sei das Getreide durch die „andauernden Regengüsse“ sehr geschädigt.⁴⁰⁸ Die Gemeinden hätten entweder gar keine Kartoffeln ernten können, oder höchstens ein Viertel der Mittelernte. Die meisten Kartoffeln seien in der Erde verfault und die wenigen guten würden höchstens bis in den Februar ausreichen. In den östlichen Teilen des Kreises werde die Lage dadurch erschwert, dass das Militär dort auf Manöver ist, und einen „großen Theil der Lebensmittel absorbierte“⁴⁰⁹. Ohne Hilfe von Außen könnten die Menschen nicht durch den Winter kommen, geschweige denn im folgenden Jahr erneut aussäen.⁴¹⁰ Die Berichte waren mit Anträgen zur Unterstützung aus Provinzialfonds zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten versehen. Nur durch zusätzliche Verdienstmöglichkeit könne die Not der Bevölkerung abgewandt werden. Der Regierungspräsident Nasse in Trier fasste die eingegangenen Berichte und Unterstützungsanträge aus den Kreisen zusammen und übermittelte sie dem Landesdirektor der Rheinprovinz, Freiherr von Landsberg, mit dem Hinweis „daß wir leider wieder in der Lage sind, wie 1879/80 Nothstands-Verhältnisse in einem Theile unseres Bezirkes constatiren zu müssen, die bei unseren Anträgen auf Wegebau-Unterstützungen von wesentlichem Gewicht sind“⁴¹¹.

Vergleichbare Zustände zeigten sich in einigen Kreisen des Regierungsbezirkes Koblenz. Die Erträge von Hafer und Kartoffel seien für die Bewohner der Eifel, die allein auf die Landwirtschaft angewiesen sind, existentiell; die Kartoffel als Hauptnahrungsmittel und der Hafer als „Geldfrucht“ (cash-crop). „Gerade die Ernte dieser beiden Früchte aber ist [...] in den Gebirgskreisen der Eifel so ungünstig ausgefallen, daß dieselbe [...] theils als eine vollständige Mißernte zu bezeichnen ist. Am meisten und härtesten sind davon die Kreise Adenau, Mayen, Cochem und

⁴⁰⁶ Ebd.

⁴⁰⁷ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 212. Landratsamt Prüm an die Bezirksregierung Trier am 15. November 1882.

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ Ebd., Blt. 213.

⁴¹⁰ Ebd.

⁴¹¹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 224 [223-237]. Bezirksregierung Trier an den Landesdirektor der Rheinprovinz in Düsseldorf am 23. November 1882.

Simmern betroffen⁴¹². Im Kreis Adenau habe die Kartoffelernte höchstens ein Viertel der Mittelernte erreicht, im Kreis Cochem nur etwa ein Zehntel. Die geernteten Kartoffeln seien zudem „wässrig und faulen schnell“⁴¹³. Der Ertrag wird für den Winter ausreichen und im Frühjahr werde es an Setzkartoffeln und Saathafer fehlen.

Noch lebt der Landmann [...] von dem geringen Vorrath der dem Boden abgenommenen Früchte. Aber bald wird dieser Vorrath erschöpft und bei den theuren Preisen der Kartoffel der letzte Sparpfennig ausgegeben sein, und darum blickt er mit banger Sorge schon der nächsten Zukunft entgegen, rathlos der Frage gegenüberstehend, wie und auf welche Weise er sich und den Seinen den Winter über Nahrung beschaffen, woher er das zur Bestellung seiner Felder nothwendige Saatgut entnehmen soll⁴¹⁴.

Land und Vieh müssen zur Deckung der nötigsten Bedürfnisse verkauft werden. Die Anträge um Unterstützung richteten sich zunächst auf die Schaffung von Verdienstmöglichkeiten für die Betroffenen. Im Vordergrund standen dabei die Anlage von Wegen und Straßen, sowie Eisenbahnlinien.

Im ersten Moment mag diese Antragspraxis merkwürdig anmuten. Warum ersuchte man nicht einfach um finanzielle Unterstützung oder Nahrungsmittellieferungen? Warum diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

3.1.1 Exkurs: Malthusianische Moralvorstellungen

Die Auffassung der moralischen Ökonomie der Zeit war noch stark von malthusianischen Annahmen geprägt. Malthus selbst war ein starker Gegner der Armenfürsorge in England gewesen. In dem 1798 veröffentlichten Essay „On the principle of population“, der ihn weltberühmt gemacht hat, erklärt er, weshalb eine staatlichen Unterstützung der Armen eher schade als nütze. Das erste Argument steht in engem Zusammenhang mit seiner Bevölkerungstheorie: es lautet, dass durch Armenfürsorge die Bevölkerung vermehrt werde, ohne dass auch die entsprechend nötigen Nahrungsmittel vermehrt würden. Wenn sich die Armen auf den Staat in der Not verlassen können, würden sie heiraten und Kinder bekommen ohne für ihre Familie sorgen zu können. Da nun die gleiche Menge von Nahrungsmitteln für eine größere Bevölkerung ausreichen muss, nehme die Armut auf diese Weise insgesamt zu. Weiterhin glaubte Malthus, dass die arbeitende Bevölkerung durch staatliche Fürsorge den Anreiz zum sparen verlöre. Wenn der normale Arbeiter sich nicht auf Unterstützung verlassen könnte, würde er besser für die Familie vorsorgen anstatt seinen Lohn in den

⁴¹² Berlin, GStAPK, I. HA, Rep. 87 D, Nr. 117, Blt. 136. Bezirksregierung Coblenz an den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Lucius, in Berlin am 22. Dezember 1882.

⁴¹³ Ebd., Blt. 137.

⁴¹⁴ Ebd., Blt. 140.

Bierwirtschaften zu lassen.⁴¹⁵ Insgesamt würden die Armengesetze, so Malthus, die wichtigste Barriere „to idleness and dissipation“ entfernen.⁴¹⁶ Nur für extreme Unglücksfälle sollten „county workhouses“ etabliert werden, wo die Lebensbedingungen sehr hart sein müssten. Anstelle der Armengesetze sah Malthus zwei Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Zum einen die Liberalisierung der Arbeitsmärkte und zum anderen die Schaffung von Anreizen zur Kultivierung von neuem Land. Der Landwirtschaft müssten unbedingt Wettbewerbsvorteile im Vergleich mit der Industrie zugesichert werden. Solange die Industriearbeiter besser gestellt wären, als die Landarbeiter, könnte ein Land niemals eine angemessene Menge von Nahrungsmitteln produzieren.⁴¹⁷ Diese malthusianischen Prinzipien leiteten bis ins späte 19. Jahrhundert den Umgang Englands mit Hungersnöten.

Besonders im kolonialen Indien hatte diese Politik erschreckende Folgen. In der großen Hungersnot in den späten 1870er Jahren führte die harte Linie des Gouverneurs von Bombay, Sir Richard Temple, in eine Katastrophe, die der Historiker Mike Davis auf eine Ebene mit dem Holocaust stellt.⁴¹⁸ Während der Gouverneur auf Malthus Schlüsselbegriffen von „dependency“, „demoralization“, „the bread of idleness“ und „the resources of the state“ verwies, verhungerten fünf Millionen Menschen.⁴¹⁹ Die Ideologie, die zu dieser Hungerkatastrophe geführt hatte, konnte keinen Sinn darin sehen die Armen vor Hunger und Krankheit zu schützen. Im Gegenteil, wenn ihre Zahl nicht minimiert würde „by an abnormal morality, they must end up eating every other class in the community“⁴²⁰. Auch wenn diese Position in einem Memorandum von 1881 zu finden war, hatte die große Katastrophe der späten 1870er Jahre zu einem nachhaltigen Bewusstseinswandel geführt. Die „Indian Famine Codes“ wurden 1880 verfasst und 1881 verabschiedet. Sie enthielten Anordnungen um die Armen vor dem Hungertod zu bewahren. Als geeignete Maßnahmen hierfür wurden die Einrichtung von Suppenküchen und die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten betrachtet. „Public works, providing employment at low wages in infrastructural projects, were central, allied with adequate medical care“⁴²¹. Zwar gehörten diese zentralen Maßnahmen schon lange zum politischen Maßnahmenkatalog während Hungerkrisen, aber die Ideologie

⁴¹⁵ Malthus: Population, S. 32 ff.

⁴¹⁶ Ebd., S. 34.

⁴¹⁷ Ebd., S. 36 f.

⁴¹⁸ Davis: Victorian Holocausts. O’Grada: Famine, S. 205.

⁴¹⁹ O’Grada: Famine, S. 206. Die genaue Angabe von Opferzahlen ist bei Hungersnöten grundsätzlich schwierig. Die Gesamtzahlen für die Opfer der indischen Hungersnot von 1876-79 schwanken zwischen 7 Millionen (O’Grada: Famine, S. 23) und 24, 6 Millionen (Davis: Victorian Holocausts, S. 7).

⁴²⁰ O’Grada: Famine, S. 206.

⁴²¹ Ebd., S. 207 f.

Menschenleben von nun an zu schützen, hatte sich – zumindest im englischen Kolonialgebiet – erst jetzt durchgesetzt.⁴²²

Nicht nur in England, sondern auch in Preußen wurden bei der Hungersnot von 1816/17 Arbeitsprogramme geschaffen. Bei weiteren Hungerkrisen, so 1830/31 und 1846/47, wurden zinslose Kredite für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor allem beim Wegebau zur Verfügung gestellt.⁴²³ Auch 1883 gehörten Arbeitsprogramme noch zu den Standardantworten auf eine drohende Hungersnot. Die moralische Richtigkeit dieser Maßnahme war ungebrochen. So erklärte der Abgeordnete Knebel im preußischen Abgeordnetenhaus – nachdem er die Notverhältnisse in der Eifel geschildert hatte –, dass er der „Hauptwerth“ auf Arbeitsbeschaffung lege, „da nur durch die Arbeit auch moralisch die Bevölkerung wieder gehoben werden kann [...]“⁴²⁴. In der Gewährung von finanzieller Unterstützung ohne Rückzahlungsverpflichtung (*à fonds perdu*) sah der Innenminister im Malthus'schen Duktus „die moralische Kraft der Bevölkerung“ zu Grunde gehen.⁴²⁵ Keine Abhängigkeiten vom Staat zu schaffen, war Priorität. Unterstützung dürfe die Bevölkerung nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie die Verpflichtung hat „tüchtig und kräftig zu arbeiten“⁴²⁶. Lediglich die Erhaltung im Haus- und Nahrungsstande war das Ziel der Regierung im Falle eines Notstandes. Damit stand man im Einklang mit den Indian Famine Codes, die nicht mehr Unterstützung vorsahen, als „what is required to maintain life and health“⁴²⁷. Preußen wollte es sicherlich nicht zulassen dass Teile der Bevölkerung in Friedenszeiten verhungern mussten. Das war unter anderem eine Frage des Prestiges.

3.1.2 Arbeitsprogramme

Vor dem Hintergrund dieser Ansichten wird verständlich, weshalb der Präsident der Bezirksregierung Trier in seinem Antrag auf Unterstützung für Wegebauarbeiten zu Anfang betont, dass man vonseiten der Behörden alles getan habe, um bei der Bevölkerung nicht die Hoffnung auf „außergewöhnliche Hilfsmaßregeln“ aufkommen zu lassen. So sollte der Wille der Bevölkerung „zur Ueberwindung der hervortretenden Schwierigkeiten aus eigener Kraft“ nicht vermindert werden.⁴²⁸ Schon in dem Antrag von 20. November 1882 ist aber klar, dass ohne auswärtige Hilfe, eine Katastrophe droht. Es gibt neben der ideologischen Komponente zwei weitere Gründe dafür, warum

⁴²² Ebd., S. 20.

⁴²³ Wischermann: Hungerkrisen, S. 132-138.

⁴²⁴ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Knebel, S. 467.

⁴²⁵ Ebd., Puttkamer, S. 460.

⁴²⁶ Ebd.

⁴²⁷ O'Grada: Famine, S. 207.

⁴²⁸ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 178. Bezirksregierung Trier an den Landesdirektor der Rheinprovinz, Freiherr von Landsberg in Düsseldorf am 20. November 1882.

zunächst „Beihülfen zu Communalwegebauten“ beim Provinziallandtag beantragt wurden.

Erstens wurden Wegebauten nicht nur als Nothilfeprogramm verstanden, sondern gleichzeitig als Programm für nachhaltige Entwicklung. Die Verkehrserschließung eines Gebietes galt als Gradmesser für wirtschaftlichen Wohlstand.⁴²⁹ Die Schaffung von Infrastruktur wurde also als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum gesehen. Dies betraf zum einen die lokale Verbesserung der Wege zu Gunsten der Land- und auch Forstwirtschaft, zum anderen die Anbindung an überregionale Märkte, insbesondere durch den Bau von Eisenbahnlinien.

Zweitens trafen sich in den Bereichen Wege- und Straßenbau und Notstandshilfe zentrale Aufgabenfelder des Provinziallandtages. Als Überbleibsel aus einer absolutistischen Zeit ragte der Landtag in das moderne Parlamentssystem hinein. Er trat 1826 das erste Mal zusammen und bestand aus vier Kurien. Neben fünf reichsunmittelbaren Fürsten und 25 Vertretern der Ritterschaft, gehörten je 25 Vertreter der Landgemeinden und der Städte dazu. Den Vorsitz des adligen Landtagsmarschalls, hatte 1883 der Fürst zu Wied. Zunächst waren die Aufgaben des in Düsseldorf tagenden Landtages stark begrenzt. Durch die Übernahme neuer Verantwortungsbereiche seit den 1860er Jahren wurde er für die Selbstverwaltung der Provinz zunehmend bedeutsamer. Neben der Verkehrserschließung der Provinz und der Sorge um Notstände, waren Landesverbesserung (Meliorationsmaßnahmen etc.), Feuerversicherung und die Verwaltung von Armen- und Irrenhäusern Tätigkeitsbereiche des Landtages.⁴³⁰ Meliorations- und Wegebauarbeiten waren von der Provinz sowieso schon für die Eifelkreise vorgesehen. Es ging nun darum Mittel für Wegebauarbeiten zu besseren Konditionen (ohne Bedingung der Gegenleistung seitens der Gemeinden)⁴³¹, ohne lange Wartezeiten (bis spätestens Februar)⁴³² und in größerem Umfang als ursprünglich vorgesehen, zu erhalten. Der Landrat aus Daun bezeichnete es als „Gebot der eisernen Nothwendigkeit, besondere Beihülfe zu Wegebauten behufs Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu gewähren“, um einen drohenden Notstand abzuwenden.⁴³³ Es sei das „einzige Mittel, den armen Leuten Nahrung zu verschaffen“⁴³⁴.

Wie reagierte nun der Provinziallandtag auf diese Anträge? Zunächst schien er die Anträge nicht im vollen Umfang bewilligen zu wollen. Jedenfalls lauteten so die

⁴²⁹ Milereit: Wirtschafts- und Sozialentwicklung, S. 229.

⁴³⁰ Vgl. Kastner & Torunsky: Rheinische Geschichte, S. 14 ff.; Janssen: Rheinische Geschichte, S. 368.

⁴³¹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 201. Landratsamt Daun an die Bezirksregierung Trier am 23. Oktober 1882.

⁴³² Ebd., Blt. 190. Bezirksregierung Trier an den Landesdirektor der Rheinprovinz am 20. November 1882.

⁴³³ Ebd., Blt. 201. Landratsamt Daun an die Bezirksregierung Trier am 23. Oktober 1882.

⁴³⁴ Ebd.

Nachrichten die Präsident Nasse in Trier von befreundeter Seite zugetragen wurden. Deshalb verfasste Nasse Anfang Dezember ein erneutes Schreiben, indem er etwaige Bedenken bezüglich negativer Folgen der avisierten Arbeitsprogramme ausräumte. Er betonte zudem noch einmal den Ernst der Lage, die noch schlimmer sei als im Winter 1879/80. In mehreren Gemeinden des Kreises Daun mussten bereits Nahrungsmittel eingeführt werden. In einigen Bürgermeistereien Prüms habe lediglich die Hälfte der Bevölkerung genügend Lebensmittel, um den Winter zu überstehen. Die Situation sei in den vorangegangenen Berichten „eher zu vortheilhaft, als zu schwarz geschildert“ worden.⁴³⁵ Der Präsident der Rheinprovinz, Bardeleben, hatte schon Ende November dem Provinziallandtag nachdrücklich die Bewilligung der Mittel empfohlen. Wenn nicht Gelegenheit zum Arbeitsverdienst geschaffen werde, sei ein wirklicher Notstand sicher.⁴³⁶

Die Sorgen von Nasse über die Bewilligung waren vermutlich unbegründet. Jedenfalls hatten die Beratungen des Provinzialverwaltungsrates zwischen dem 4. und 9. Dezember der möglichst baldigen Bewilligung von Wegebaubehilfen ohne jede Gegenleistung der Gemeinden entsprochen.⁴³⁷ Letztendlich wurden auf der Landtagssitzung am 13. Dezember 1882 Beschlüsse gefasst, die eine Annahme der Anträge möglich machen sollten. Aus verschiedenen Fonds wurden einstimmig Gelder bewilligt, die zumeist als zinsgünstige Darlehen, den von „elementaren Schäden heimgesuchten Gemeinden“ zu gewähren.⁴³⁸ Mit dieser komplizierten Formulierung sollte die Möglichkeit offen gehalten werden Gelder, sowohl für die von den Überschwemmungen betroffenen Rheinanwohner, als auch für den Notstand in der Eifel zu verwenden.⁴³⁹ Aus verschiedenen Gründen entschloss sich die Provinzialverwaltung letztendlich dazu die ausgehobenen finanziellen Mittel von etwa einer Million Mark fast vollständig der Abwendung einer drohenden Hungersnot in den Gebirgsgegenden der Rheinprovinz zu widmen. Die Hilfsbedürftigkeit der Bewohner in den Flusstälern sei gegenüber dem Grade der Not in den Gebirgsgegenden „völlig in den Schatten“ getreten.⁴⁴⁰ Die Unterstützung der Rheinanlieger durch öffentliche und private Mittel war erheblich gewesen, obwohl man sich darüber einig war, dass die grundsätzliche Notlage in der Eifel erheblich schlimmer war.

⁴³⁵ Koblenz, LHA, Best. 442, Nr. 6537, ohne Blt. Bezirksregierung Trier an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz am 7. Dezember 1882.

⁴³⁶ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 193. Provinzialregierung in Koblenz an den Landesdirektor in Düsseldorf am 28. November 1882.

⁴³⁷ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 4, Referat des Provinzial-Verwaltungsraths, 9. Dezember 1882, Fürst zu Wied, S. 46 f.

⁴³⁸ Rheinischer Provinziallandtag, 3. Sitzung am 13. Dezember 1882, S. 132.

⁴³⁹ Ebd., S. 132-138.

⁴⁴⁰ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, 26. November 1883, Fürst zu Wied, S. 245.

Selbst die verhältnismäßig günstig situierten Klassen der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Gebirgsgegenden der Eifel leben aber nicht allein in Nothjahren, sondern auch in Mittel- und guten Jahren permanent in einem Zustande, welchen der rheinische Tagelöhner als den einer unerträglichen Noth und Entbehrung bezeichnen würde. Bei der Armuth fast der ganzen Bevölkerung können die etwas besser Gestellten den gänzlich Mittellosen keine wirksame Hülfe gewähren.⁴⁴¹

Von einem absoluten Nahrungsmangel oder gar Hunger könne in den Überschwemmungsgebieten in keinem einzigen Fall die Rede sein. Auch im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die Ansicht vertreten, dass eigentlicher Hunger am Rhein nicht auftreten könne, weil die nachbarschaftliche Hilfe funktionstüchtig sei.⁴⁴² Trotzdem hatte die private Wohltätigkeit den Überschwemmten sehr viel mehr Unterstützung zukommen lassen, als den Eifelbewohnern. Ursache hierfür war die ungleich breitere Rezeption der Überschwemmung in der Öffentlichkeit.⁴⁴³ Diese Situation wurde aus der Eifel selbst mit einer gewissen Bitterkeit aufgenommen, da die gesamte Privatwohltätigkeit schon aufgebraucht zu sein schien, bevor der dortige Notstand wahrgenommen wurde.⁴⁴⁴ Wie weiter unten deutlich werden wird, war die Sorge der Eifeler nicht begründet, da noch erhebliche Summen aus den Privatsammlungen an sie umgeleitet wurden. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notlage und der relativen Benachteiligung gegenüber den Überschwemmten am Rhein gewährte der Provinziallandtag mit gut 200.000 Mark Wegebau-Beihilfen fast den vollen beantragten Umfang (Abb. 10). Er wurde sofort zahlbar gemacht. Um jedoch allen Anträgen zu entsprechen, reichten die Mittel nicht aus.⁴⁴⁵

Die Gewährung der Wegebaubeihilfen war allerdings auch kein Allheilmittel. Sie mussten um erfolgreich zu sein einige grundlegende Bedingungen erfüllen: einmal mussten sie an allen Orten, wo Notstand herrschte, durchgeführt werden können. Außerdem mussten es Arbeiten sein, die keine besondere Qualifikation erforderlich machten. Aus Sicht der Regierung mussten es darüber hinaus Arbeiten sein, die die wirtschaftliche Lage der Bewohner verbessern würden.⁴⁴⁶ Der Mangel an

⁴⁴¹ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, 27. Juni 1883, Landesdirektor Düsseldorf, S. 250.

⁴⁴² Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Knebel, S. 467.

⁴⁴³ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, 26. November 1883, Fürst zu Wied, S. 245.

⁴⁴⁴ Siehe Brief des Bürgermeisters von Blumenthal (Kreis Schleiden). Im Westfälischen Merkur vom 17. Februar 1882 abgedruckt. „Alle Privatfonds sind an die Ueberschwemmten abgegangen und ist daher von öffentlichen Aufrufen kein Erfolg mehr zu versprechen [...]“.

⁴⁴⁵ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, 26. November 1883, Fürst zu Wied, S. 244-247.

⁴⁴⁶ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 531 f. Promemoria betreffend den Nothstand in der Eifel.

Nahrungsmitteln hatte auch eine körperliche Schwächung potentieller Arbeiter zur Folge. Ob dies der Grund für die relative Unterbezahlung war, wie der Abgeordnete Knebel schlussfolgerte, oder ob die Unterbezahlung in der Natur der Sache zu suchen war, sei einmal dahingestellt.⁴⁴⁷ Die Arbeiter die im Rahmen einer Maßnahme sich am Bau der Sekundärbahn beteiligten, erhielten jedenfalls nur einen Tagessatz von 1,40 Mark, während auswärtige Arbeiter mit Akkordsätzen 5 Mark pro Tag verdienten.⁴⁴⁸ Das bedeutendste Problem aber stellte das Wetter dar. Bei winterlichen Temperaturen noch im März mussten die Arbeiten häufig eingestellt werden und die Verdienstmöglichkeit für die Eifeler war wieder verschwunden. Am ersten März war im Kreis Prüm überall mit Wegebauarbeiten begonnen worden, doch schon am 12. März musste der Landrat konstatieren, dass bei Minusgraden alle Arbeiten unterbrochen wurden „und die Männer sitzen wieder ohne Verdienst in ihren Häusern“⁴⁴⁹. Die Notlage verschärfte sich entsprechend.⁴⁵⁰ Im Kreis Daun war die Situation etwas besser, da schon Anfang Februar mit den Arbeitseinsätzen begonnen worden war und der Bevölkerung nach Angaben des dortigen Landrates „ein ausreichender Verdienst zugeflossen“ war.⁴⁵¹ Ob die Verhältnisse in Einzelfällen so schlimm waren, wie sie O’Grada für die Arbeitsprogramme bei der großen irischen Hungersnot beschreibt, kann aufgrund der schlechten Quellenlage nicht mit Gewissheit gesagt werden. Damals mussten in Irland unterernährte, schlecht gekleidete Menschen bei eisigen Temperaturen Arbeiten ausführen, die über ihre Kräfte hinaus gingen und noch dazu unterbezahlt waren.⁴⁵² Immerhin wurden die Arbeiten in der Eifel bei anhaltendem Schneewetter eingestellt. Dies barg aber gleichzeitig die Gefahr in sich, dass bei anhaltend schlechter Witterung, noch einmal wirklicher Hunger ausbrechen würde.⁴⁵³

3.1.3 Suppenküchen und Saatgut

Wie bereits gesagt, war trotz dem Relikt malthusianischer Moralvorstellungen, die Verhinderung von Hungertoten ein Ziel der Regierung. Für die stark betroffenen Kreise Daun und Prüm war es deshalb mit der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten nicht getan. Die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Kapital waren hier⁴⁵⁴, ebenso wie im Kreis Adenau des Regierungsbezirks Koblenz, nötig, um eine Hungertote zu verhindern. Schon im November war man sich darüber bewusst, dass der größte Teil

⁴⁴⁷ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Knebel, S. 466.

⁴⁴⁸ Ebd., S. 467. Man ist beinahe an heutige 1-Euro Jobs erinnert.

⁴⁴⁹ Koblenz, LHA, Best. 442, Nr. 6537, ohne Blt. Landratsamt Prüm an Bezirksregierung Trier am 12. März 1883.

⁴⁵⁰ Ebd.

⁴⁵¹ Ebd. Landratsamt Daun an Bezirksregierung Trier am 13. März 1883.

⁴⁵² O’Grada: *Famine*, S. 215.

⁴⁵³ Koblenz, LHA, Best. 442, Nr. 6537, ohne Blt. Landratsamt Daun an Bezirksregierung Trier am 13. März 1883.

⁴⁵⁴ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt177-191. Bezirksregierung Trier an den Landesdirektor in Düsseldorf am 20. November 1882.

des Saatgutes im Kreis Daun von außerhalb bezogen werden musste.⁴⁵⁵ In den anderen stark betroffenen Kreisen war die Lage nicht besser. Im Kreis Adenau wurde durch eine Reise des Vize-Regierungspräsident der Rheinprovinz der Grad der Bedürftigkeit festgestellt. Demgemäß waren Mitte März 1883 von 21.725 Einwohnern, 9878 hilfsbedürftig. Zur Unterstützung der Betroffenen bis zur nächsten Ernte wurde ein Satz von 2 Mark pro Kopf und Monat angenommen und auf insgesamt 99.000 Mark angesetzt. Der Bedarf für Setzkartoffeln und Saathafer wurde mit 100.000 Mark allein für diesen Kreis angegeben. Der Reisebericht schloss mit einer deutlichen Vertrauensbekundung gegenüber den Gewährsleuten und den Vertretern des Kreis-Comites, die für Angaben und Verteilung von Unterstützungsleistungen zuständig waren.⁴⁵⁶ Im Kreis Prüm wurden 81 Suppenstationen eingerichtet, um ein Umgreifen des Hungers zu verhindern.⁴⁵⁷ Die Anzahl der Bedürftigen belief sich Ende Dezember auf fast 9000 und erhöhte sich bis zum Februar auf knapp 15.000.⁴⁵⁸ In den Suppenküchen wurden diese unentgeltlich mit warmer Suppe versorgt; im Falle von Einkünften durch Arbeitsverdienst wurde ein kleiner Beitrag erhoben.⁴⁵⁹ Die Versorgung schien allerdings nicht vollkommen befriedigend zu sein. So erhielten in Wetteldorf-Schöncken (2200 Einwohner) im Kreis Prüm die Bedürftigen alle drei Tage 200 Portionen Suppe; „keine einzige Familie erhält für alle ihre Glieder“, hieß es aus der Gemeinde und wovon man sich in den übrigen vier Tagen der Woche ernähren solle, wisse man nicht.⁴⁶⁰

Die erheblichen Summen, die zur Unterstützung der Eifeler erforderlich waren, speisten sich aus mehreren Quellen. Zunächst spielte die Provinzialverwaltung eine bedeutende Rolle. Sie hatte immerhin fast 1 Million Mark aus verschiedenen Fonds zum Ankauf von Lebensmitteln und Saatgut zur Verfügung gestellt.⁴⁶¹ Neben den 200.000 Mark für Wegearbeiten blieben Darlehen und Fonds perdu in Höhe von 746.160 Mark. Hiervon gingen 484.900 Mark an den Regierungsbezirk Trier und davon wiederum die Hälfte an die Kreise Prüm und Daun.

⁴⁵⁵ Ebd., Blt. 178.

⁴⁵⁶ Berlin, GStAPK, I. HA, Rep. 77, Ministerium des Innern, Tot. 215 b; Nr. 7, Bd.2, ohne Blt. Reisebericht vom Vizeregierungspräsidenten der Rheinprovinz an Berlin am 1. April 1883.

⁴⁵⁷ Thomas: Nothstand, S. 6.

⁴⁵⁸ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Bachem, S. 454, Broekmann, S. 468.

⁴⁵⁹ Thomas: Nothstand, S. 6.

⁴⁶⁰ Ebd., S. 12.

⁴⁶¹ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 4, Fürst zu Wied, 9. Dezember 1882, S. 46.

Rekapitulation der Bewilligungen.								
Nr.		Bewilligungen:					Gesamt- Bewilli- gung.	Summe der Regierungs- bezirke.
		a. Darlehen aus dem Fonds			Summe der Darlehen.	b. Unter- stützung à fonds perdu IV.		
		I.	II.	III.				
		M	M	M	M	M	M	
Regierungsbezirk Trier.								
1	Kreis Malmedy	—	28 605	—	28 605	6 000	34 605	
2	" Montjoie	—	23 655	—	23 655	4 000	27 655	
3	" Schleiden	—	64 700	—	64 700	11 000	75 700	
Regierungsbezirk Koblenz.								
1	Kreis Aidenau	—	10 000	—	10 000	4 000	14 000	
2	" Neuwied	—	9 100	—	9 100	2 500	11 600	
3	" Stöcken	—	10 000	—	10 000	—	10 000	
4	" Mayen	2 200	10 000	—	12 200	—	12 200	
5	" Kreuznach	—	—	60 000	60 000	—	60 000	
6	" Alfkenkirchen	—	7 000	—	7 000	—	7 000	
Regierungsbezirk Köln.								
1	Kreis Walbroel	—	2 000	—	2 000	6 500	8 500	
Regierungsbezirk Trier.								
1	Kreis Merzig	12 000	—	—	12 000	—	12 000	
2	" Prüm	—	—	83 700	83 700	30 000	113 700	
3	" Daun	—	—	75 000	75 000	46 000	121 000	
4	" Berncastel	—	—	80 000	80 000	—	80 000	
5	" Trier, Land	—	—	60 000	60 000	10 000	70 000	
6	" Wittburg	—	23 200	60 000	83 200	—	83 200	
7	" Saarburg	—	5 000	—	5 000	—	5 000	
Summe		14 200	193 260	418 700	626 160	120 000	746 160	

Abbildung 10: Übersicht der Bewilligungen der Provinzialverwaltung für die Eifel 1883

Abgesehen davon flossen staatliche Mittel zur Verbesserung bzw. Ausweitung der Forstkulturen. Drittens wurden erhebliche Mengen von Privatpenden zur Verfügung gestellt. Die anteilmäßige Verteilung der unterschiedlichen Unterstützungsmittel zeigt sich gut am Beispiel des Kreises Prüm. Die Provinzialverwaltung hatte hier 47.800 Mark zur Schaffung von Arbeitsverdienstmöglichkeiten und 30.000 Mark zur Beschaffung von Saatgut zur Verfügung gestellt. Aus staatlicher Hand kamen 30.831 Mark „für außerordentliche Forstkulturen“ hinzu. Ein wichtiger Anteil wurde allerdings mit über 60.000 Mark aus privaten Wohltätigkeitsfonds rekuriert.⁴⁶²

Wie der Bürgermeister von Blumental richtig festgestellt hatte, waren große Teile privater Wohltätigkeit bereits durch die Unterstützung der Überschwemmten am Rhein vereinnahmt worden.⁴⁶³ Nach dem Hochwasser des Rheins „zeigten sich überall hilfsbereite Hände, was bei der nur von Wenigen gekannten Eifel in weit geringerem

⁴⁶² Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7659, Blt. 179 f. Bezirksregierung Trier an Innenminister und Finanzminister in Berlin am 27. März 1883.

⁴⁶³ Westfälischer Merkur, 17.2.1883.

Maße der Fall ist“, resümierte Franz Thomas in seinem Bericht über den Notstand auf der Eifel.⁴⁶⁴ Woher kamen dann die beachtlichen Spenden von über 60.000 Mark?

Zwar war die Überschwemmung am Rhein tatsächlich wesentlich publikumswirksamer gewesen, als der Notstand in der Eifel, aber das brachte für die Bedürftigen in der Eifel auch Vorteile. Zunächst lieferte der immense Umfang privater Wohltätigkeit für die Rheinanwohner einen wichtigen Anhaltspunkt für die Forderung nach Unterstützungen. Wie bereits gesagt, war man sich insgesamt – ob in Medien und Politik – einig, dass der Notstand in der Eifel „weit schlimmer“ war, als die Probleme der „überschwemmten Landstriche am Rhein“.⁴⁶⁵ Dass trotzdem so viele Gaben an den Rhein geflossen waren, war ein starkes Argument dafür, dass ein Anspruch auf eine mindestens ebenso hohe Unterstützung in der Eifel nur gerechtfertigt war. Zweitens schuf die Überschwemmungskatastrophe am Rhein eine Öffentlichkeit, an die Hilfsaufrufe zu Gunsten der Eifel leichter herantreten konnten. Darüber hinaus wurden institutionelle Strukturen, wie das „Central-Provinzial-Comite zur Unterstützung der Ueberschwemmten in der Rheinprovinz“, kurzerhand auch für die Belange in der Eifel tätig.⁴⁶⁶ Insbesondere die großzügigen Spenden aus dem Ausland (vor allem Amerika), die im Reichstag eingingen, wurden teilweise in die betroffenen Eifelregionen umgeleitet. Auf diese Weise hatte manch ein Auswanderer aus der Eifel sein Geld zurück in die Heimat gesandt – ohne dies vielleicht zu wissen. Die im Reichstag eingegangenen Spenden schienen sich problemlos zweckentfremden zu lassen. So schrieb der Präsident des Reichstages an die Bezirksregierung Trier, dass aus den ihm „überwiesenen Liebesgaben“ ein „namhafter Betrag der in Noth gerathenen Bewohner der Eifel [...]“ gestiftet würde, weil „diese ihm „rücksichtlich der Vertheilung weitere Schranken lassen“⁴⁶⁷. Aus den Reichstagsprotokollen geht nicht hervor, dass Rücksprache mit Vertretern der Spendern in Amerika über die Mittelumwidmung gehalten wurde.

Jedenfalls erhielt Regierungspräsident Nasse in Trier Anfang Februar aus diesen Spenden 35.000 Mark zur Einrichtung von Suppenanstalten und Beschaffung von Saatgut und Nahrungsmitteln.⁴⁶⁸ Ende Februar änderte sich diese Praxis. Der Reichstag übertrug die Mittel nicht mehr direkt an die Bezirksregierung, sondern an das Zentralhilfskomitee der Rheinprovinz. Dieses sollte dann selbstständig den Anteil für

⁴⁶⁴ Thomas: Nothstand, S. 6.

⁴⁶⁵ Ebd., S. 6.

⁴⁶⁶ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 401. Nachweisung des Comites. „[...] so mußte es seine Thätigkeit später auch auf die durch Mißernte fast sämtlicher Feldfrüchte in schweren Nothstand versetzten Gebirgsgegenden der Provinz, insbesondere das Eifel-Gebiet, ausdehnen [...]“

⁴⁶⁷ Koblenz, LHA, Best. 442, Nr. 6537, ohne Blt. Präsident des Reichstages an Bezirksregierung Trier am 7. Februar 1883.

⁴⁶⁸ Ebd.

die Eifel Bewohner bestimmen.⁴⁶⁹ Vielleicht konnte man auf die Weise das Problem der Umwidmung der eingegangenen Spenden besser verschleiern. Die Funktion des Zentralprovinzialkomitees wurde in diesem Zuge auch insgesamt auf die Unterstützung der Eifel ausgedehnt. So bat die Kölnische Zeitung, dass die Zusendung von Spenden für die Eifel an das Zentralcomitee zu richten sei, weil es sonst zu Schwierigkeiten bezüglich einer gerechten Verteilung käme.⁴⁷⁰ Im letzten der sieben veröffentlichten Spendenverzeichnisse des Zentralprovinzialkomitees wird der ursprüngliche Zweck der „Unterstützung der hilfbedürftigen Ueberschwemnten in der Rheinprovinz“ mit der Unterstützung der „Nothleidenden in den Eifelkreisen“ gekoppelt.⁴⁷¹ Dadurch war es dem Zentralkomitee möglich die bis Anfang April zugesandten 274.000 Mark⁴⁷² beliebig für den einen oder anderen Zweck zu verwenden, ohne dass der einzelne Spender noch einen Einfluss darauf hatte, wofür seine Spende gebraucht wurde.

Betrachtet man die Aufschlüsselung der Ausgaben in Höhe von 1.357.000 Mark des Zentralprovinzialkomitees so zeigt sich recht deutlich, dass die Eifelregion in bestimmten Belangen wesentlich bedürftiger war, als die Rheinanlieger.

Tabelle 2: Übersicht der Ausgaben des Zentralprovinzialkomitees⁴⁷³

Regierungs- bezirk	Überschwem- mungsschäden	Nahrungsmittel, Kleidung, Suppenanstalten	Heizung, Desinfektions- mittel	Saatgut	Wegebau, Arbeitsverdienst	Gemeinde- schäden
<i>Aachen</i>	1.050	759	-	44.005	29.894	-
<i>Koblenz</i>	180.716	4.300	2.755	96.570	58.500	29.460
<i>Köln</i>	129.504	8.000	20.562	44.600	-	83.200
<i>Düsseldorf</i>	161.173	18.775	8.947	97.146	-	70.250
<i>Trier</i>	36.113	58.605	6.498	76.895	28.907	9.442
<i>Summe</i>	508.557	85.481	38.762	358.117	116.801	192.352

Rund 740.000 Mark wurden zum Ausgleich von Hochwasserschäden an Gemeinde- und Privateigentum bereitgestellt. In dieser Beziehung konnte die Eifelregion keine Berücksichtigung finden. Betrachtet man aber die Ausgaben zur Beschaffung von Nahrungsmitteln und Saatgut, sowie zur Ausführung von Wegearbeiten zur Schaffung von Verdienstmöglichkeiten, so wird klar, dass die Notlage in der Eifel von fundamentalerer Art war. Von den vier Kreisen, die mit Spitzenzuwendungen von über

⁴⁶⁹ Ebd., Präsident des Reichstages an Oberpräsident der Rheinprovinz am 27. Februar 1883.

⁴⁷⁰ Ebd., ohne Blt. Zeitungsartikel aus der Kölnischen Zeitung.

⁴⁷¹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 469 f. Spendenverzeichnis VII.

⁴⁷² Ebd.

⁴⁷³ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 401 f. Nachweisung des Zentralprovinzialkomitees. Zu diesen Ausgaben kommen noch sonstige Ausgaben hinzu (z. B. zur Unterstützung der Frauenvereine).

20.000 Mark zur Beschaffung von Saatgut, bedacht worden waren, waren drei Eifelkreise (Schleiden, Adenau und Prüm). In der Verteilung von Geldern zur Beschaffung von Nahrungsmitteln und zur Einrichtung von Suppenstationen werden die Verhältnisse noch deutlicher. Der Regierungsbezirk Trier erhielt mit 58.600 Mark knapp 70 % aller Zuwendungen. Ebenso stand der Regierungsbezirk Trier, was die Nahrungsmittelspenden betraf, mit knapp 30 Tonnen Getreide an erster Stelle. Auch die 116.000 Mark zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten gingen fast ausschließlich in die Eifelkreise. Mit insgesamt 31.000 Mark wurden darüber hinaus die Bezirksvereine des Vaterländischen Frauenvereins zur Linderung der Not in der Eifel ausgestattet.⁴⁷⁴ Auf diese Weise glich man die Schwierigkeiten aus, erneut Extrasammlungen für die Eifelbewohner durchzuführen.⁴⁷⁵ In etwa ergaben die Aufwendungen für die Eifelbewohner den gesamten Sammelertrag zwischen dem 24. Februar und dem 9. April von 274.000 Mark. De facto hatte sich das Zentralprovinzialkomitee zur Unterstützung der Überschwemmten ab Ende Februar also in ein Komitee zur Unterstützung der Eifelkreise verwandelt. In diesem Sinne waren die Sammlungen für die Überschwemmten zu einem Vorteil für die Eifelbewohner geworden.

Auch das allgegenwärtige Problem, dass die Eifel unbekannt war und es entsprechend schwierig war, eine Anteil nehmende Öffentlichkeit für sie zu gewinnen, wurde durch die Sammlungen für die Überschwemmten Rheinbewohner erleichtert. In den Zeitungen konnte man an dieses aktuelle Thema ohne große Umstände anknüpfen. Ein Aufruf in der Kölnischen Volkszeitung vom 12. Februar begann zum Beispiel folgendermaßen:

In hochherziger Weise hat die öffentliche Mildthätigkeit sich bestrebt, das Elend zu lindern, welches die letzten Ueberschwemmungen über die Rheinprovinz gebracht haben; aber der laute Jammerruf der Bewohner des Rheinthales darf nicht die leise und doch so schmerzliche Klage übertönen, welche von den Höhen der Eifel zu uns dringt.⁴⁷⁶

Auch die Schrift von Franz Thomas über den Eifelnostand – deren Verkaufserlös selbst zur Hälfte gespendet wird – erwähnte die Hilfsbereitschaft gegenüber den Rheinbewohner als Ermutigung um nun auch der weniger bekannten Eifel zu helfen.⁴⁷⁷ In den Hilfsgesuchen wurde zunächst an das Mitleid der Bevölkerung appelliert. Dazu waren emotional aufgeladene Begriffe wie Hunger oder Hungersnot gut geeignet.⁴⁷⁸ So hieß es in dem eben zitierten Aufruf der Kölnischen Volkszeitung: „eine förmliche Hungersnoth steht vor der Thüre“ und man solle die armen Landsleute nicht dem

⁴⁷⁴ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 401 f. Nachweisung des Zentralprovinzialkomitees.

⁴⁷⁵ Trotzdem waren die Frauenvereine mit aktiven Aufrufen zur Stelle. Z. B. Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 428. Aufruf des Zweigvereins des Vaterländischen Frauenvereins in Schleiden.

⁴⁷⁶ Kölnische Volkszeitung, 12. Februar 1883.

⁴⁷⁷ Thomas: Nothstand, S. 1 und 6.

⁴⁷⁸ Vgl. O'Grada: Famine, S. 6.

„Hunger und Kummer“ überlassen.⁴⁷⁹ In dem Aufruf eines Eifeler Hilfskomitees vom 21. März 1883 wurde verkündet: „Elend und Hungersnoth herrschen in der Eifel“⁴⁸⁰; und der Bürgermeister von Blumenthal erklärte: „Es herrscht hier in den allermeisten Familien der bittere und schwarze Hunger“; und wenn ihm nicht eine Unterstützung des Regierungspräsidenten (in Höhe von 2000 Mark) zugekommen wäre, würden viele Familien „thatsächlich verhungert sein“.⁴⁸¹ Auch Franz Thomas zeichnete ein dunkles Bild der Verhältnisse. In seiner Einleitung erklärte er: „Schon oft hat Nothstand unter den armen Eifelbewohnern geherrscht, hat sich der grausame Hunger in Häusern und Hütten eingestellt und der Tod seine Beute erhalten. Dasselbe ist wiederum der Fall“⁴⁸².

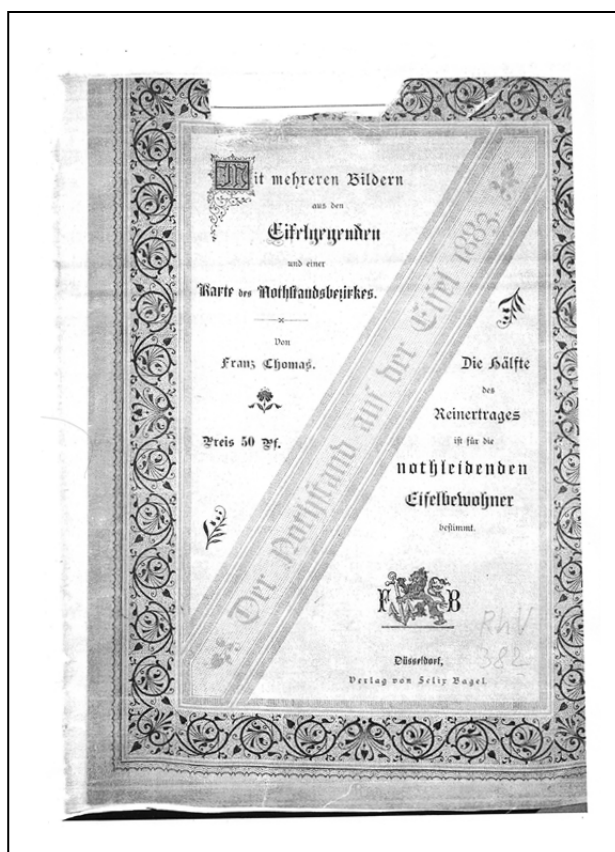


Abbildung 11: Titelseite von Franz Thomas Notstandsbericht

Dass der Hunger in den Haushalten vieler Eifelbewohner Einzug gehalten hatte, belegen viele Berichte. Aus Wißfeld im Kreis Malmedy hieß es, dass die Bevölkerung weder Kartoffeln noch Brot habe. In Losheim, einer Gemeinde im gleichen Kreis, dass 192

⁴⁷⁹ Kölnische Volkszeitung, 12. Februar 1883.

⁴⁸⁰ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7659, Blt. 19. Aufruf aus einer unbestimmten Zeitung (gedruckt).

⁴⁸¹ Westfälischer Merkur, 17. Februar 1883. Der Zeitungsartikel wurde vom Innenministerium in Berlin wahrgenommen und an den Regierungspräsident in Aachen weitergeleitet; Berlin, GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 215 b, Nr. 7, Bd. 2, Blt. 10.

⁴⁸² Thomas: Nothstand, S. 1.

Haushalte mit 900 Personen „nicht mehr die geringsten Lebensmittel“ besitzen.⁴⁸³ Ein Pfarrer aus Hallschlag in der Schneeeifel berichtete wie „alle Lust und Munterkeit“ im Januar bei den Schulkindern verschwunden war. „Die Ursache hiervon war der bittere Hunger, wie sich jetzt klar herausstellt...“.⁴⁸⁴ Selbst gut situierte Familienväter wendeten sich an den Pastor, um Nahrungsmittel zu erhalten. Ein Pfarrer aus dem Kreis Prüm lobte die Einrichtung der Suppenanstalten als segensreich, wies aber darauf hin, dass sie „im Verhältniß zu der Ausdehnung der – ich kann wohl sagen – Hungersnoth“ nicht ausreicht.⁴⁸⁵ Ein Professor Zöller schrieb in der Kölnischen Rundschau, dass die Entwicklung der jungen Leute so zurückgeblieben sei, dass „sie in den ersten Jahren der Bestellung zum Militärdienst durchweg zurückgewiesen werden. Sie seien gut gewachsen, aber mager wie Christus am Kreuz“⁴⁸⁶. Der Abgeordnete Broekamm aus der Eifel sprach im Preußischen Abgeordnetenhaus von „fast irische[n] Zustände[n]“.⁴⁸⁷ Die Berichte bezeugen, dass Hunger – also eine unzureichende Versorgung mit Kalorien – tatsächlich verbreitet war.⁴⁸⁸

Da Armut und Not das Leben der Eifelbevölkerung über Jahre hinweg bestimmt hatten⁴⁸⁹, war die Unterernährung nicht nur ein kurzfristiges Ereignis. Typische Merkmale, die als „effect of sustained hunger“⁴⁹⁰ betrachtet werden, nämlich Lethargie oder Apathie wurden den Eifelbewohnern häufig attestiert.⁴⁹¹ Wählt man einen breiten definitiven Rahmen, so kann man hier von einer „Hungersnot“ sprechen. Im engeren Sinne konnte eine Hungersnot (famine), als „the upper end of a continuum whose average is ‚hunger‘“⁴⁹² in der Eifel durch öffentliche Maßnahmen letztlich abgewendet und eine „major mortality crisis“ verhindert werden.⁴⁹³ Zur begrifflichen Trennung bietet es sich an von einer Hungerkrise zu sprechen, solange ein Anstieg der täglichen Todesraten nicht zu verzeichnen ist.⁴⁹⁴

Man hatte eine „Hungersnot“ an die Tür pochen hören und reagierte, so dass der Tod nicht Einzug in den Hütten hielt. Durch die Einrichtung von Suppenküchen und die

⁴⁸³ Ebd., S. 12.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 11.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 13.

⁴⁸⁶ Kölnische Rundschau, 13.2.1883. Zit. In: Renn: Eifel, S. 150.

⁴⁸⁷ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Broekmann, S. 468.

⁴⁸⁸ Millman & Kates: Hunger, S. 15.

⁴⁸⁹ Vgl. z. B. Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, Landesdirektor der Rheinprovinz am 27. Juni 1883, S. 250.

⁴⁹⁰ Ebd., S. 16.

⁴⁹¹ Siehe Saarbrücker Anzeiger, 6.9.1883. „[...] Allgemein wurde über die Apathie der Bevölkerung geklagt“. Der Abgeordnete Knebel charakterisierte die Eifelbewohner beispielsweise als „indolent und gleichgültig gegen ihre Lage geworden“. Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Knebel, S. 466.

⁴⁹² O’Grada: Famine, S. 6.

⁴⁹³ Vgl. Ebd.

⁴⁹⁴ Vgl. Ebd., S. 4.

Schaffung von Verdienstmöglichkeiten konnte „some minimal level of entitlement for those who might otherwise be pushed into food poverty“⁴⁹⁵ gesichert werden.

Die meisten Todesfälle, die in Zusammenhang mit Hunger auftreten, werden allerdings durch Krankheiten verursacht – nicht durch das Verhungern. Schwere Unterernährung führt zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie Tuberkulose oder Typhus.⁴⁹⁶ Die Berichte aus den Eifelkreisen zur „gesundheitsgefährlichen Einwirkung des nassen Jahres 1882 auf die Bevölkerung“ zeigen einhellig, dass es kein Auftreten von solchen Infektionskrankheiten gegeben hatte.⁴⁹⁷ Aus dem Landkreis Daun hieß es zum Beispiel in einem Schreiben vom 26. Juni 1883: „Zunächst muß ich constatieren, daß durch Nothstand verursachte Infections-Krankheiten im diesseitigen Kreise nicht herrschen und auch während der ganzen Nothstandszeit nicht geherrscht haben.“⁴⁹⁸ Der Landrat des Kreises Berncastel bestätigte, dass eine „nachtheilige Beeinflussung der Gesundheitsverhältnisse durch mangelhafte Ernährung im Allgemeinen nicht zu befürchten ist“⁴⁹⁹. Franz Thomas Einleitung, die dem Tod seine Beute zusprach (s.o.), war also eine Stilisierung, die Mitleid und Spendenbereitschaft fördern sollte.⁵⁰⁰ Die Situation in der Eifel damals war vergleichbar mit den Folgen heutiger Missernten in Afrika. Durch Nahrungsmittelhilfe und öffentliche Unterstützung blieben hungerbezogene Todesfälle selten.⁵⁰¹ Stabile politische Systeme und Frieden waren und sind die strukturellen Bedingungen, um niedrige Sterberaten bei Nahrungsmittelknappheit zu gewährleisten.⁵⁰² Als Innenminister Puttkamer im Sommer eine Rundreise in den am stärksten betroffenen Eifelkreisen durchführte, um sich über die Verhältnisse zu informieren, waren die „akuten Nothstandserscheinungen“ behoben und die folgende Ernte versprach eine bessere Zukunft.⁵⁰³

Auch wenn die Nothhilfemaßnahmen vor diesem Hintergrund als Erfolg zu sehen sind, so waren sie doch nicht völlig frei von Problemen. Väter, die auf Suppenküchen angewiesen waren, um ihre Familie zu versorgen, verloren Vertrauen und Selbstachtung.⁵⁰⁴ Die Reaktionen gegenüber Wohltätigkeit reichten von Scham⁵⁰⁵ bis zur strikten Ablehnung. So wurde durch einen Kaplan Martin bekannt, dass die Bauern

⁴⁹⁵ Millman & Kates: Hunger, S. 21.

⁴⁹⁶ Ebd., S. 15 f.

⁴⁹⁷ Koblenz, LHA, Abt. 403, Nr. 7660, Blt. 150-210.

⁴⁹⁸ Ebd., Blt. 195. Landratsamt Daun an Oberpräsidium in Koblenz am 26. Juni 1883.

⁴⁹⁹ Ebd., Blt. 191. Landratsamt Berncastel an Oberpräsidium in Koblenz am 7. Juli 1883.

⁵⁰⁰ Thomas: Nothstand, S. 1.

⁵⁰¹ O'Grada: Famine, S. 10. Als Beispiele nennt O'Grada die Missernten im südlichen Afrika 2002 und im Niger 2005.

⁵⁰² Ebd., S.11, 13.

⁵⁰³ Provinzial-Correspondenz, 21. Jg. Nr. 30, 25.7.1883. *Die Reise des Ministers von Puttkamer in die Eifelgegend.

⁵⁰⁴ Millman & Kates: Hunger, S. 18.

⁵⁰⁵ Thomas: Nothstand, S. 11. „Um Gottes willen, Herr Pastor, verschaffen Sie mir und meinen Kindern doch auch etwas, ich schäme mich, zu Ihnen zu kommen [...]“.

ihren Kindern verbieten in die Speiseanstalt zu gehen. Sie hungern sich lieber „fluchend“ mit Weib und Kind durch, als „die Schande zu ertragen [...]“⁵⁰⁶. Im Gegensatz zu solchen Berichten wo die Bauern zu tugendhaften Duldern stilisiert wurden, stehen Artikel, die den Eifelern Vergnügungssucht und Faulheit attestierten. Die jungen Männer saßen bis „spät in die Nacht hinein beim Branntwein. Zu Fleiß und angestrenzter Thätigkeit sind die Leute von Jugend auf nur wenig angespornt worden“⁵⁰⁷. In einem anderen Artikel, der nachweislich auf unhaltbaren Gerüchten beruht, würden die Eifeler Kirmes feiern und Unterstützung kassieren, während in anderen unfruchtbaren Gegenden die Bauern „vom ersten Hahnenschrei bis zur vollen Nacht“ unablässig arbeiteten⁵⁰⁸. Drittens tauchten Probleme in Bezug auf die relativen Ansprüche auf Unterstützung auf. Wenn eine Gemeinde mehr Mittel bekommen hatte als die Nachbargemeinde, oder Kreis A weniger als Kreis B tauchten Unzufriedenheit und Neid auf.⁵⁰⁹ So erschien dem Regierungsvizepräsidenten Berlepsch der konstatierte Notstand im Kreis Adenau (Regierungsbezirk Koblenz) als eine Folge der Zeitungsnachrichten über die reichen Spenden, die in die Regierungsbezirke Trier und Aachen geflossen seien.⁵¹⁰ Um dieses Problem zu entschärfen und zumindest „doppelte Spenden“ an Gemeinden, die „Neid und Hass“ hervorriefen, zu vermeiden, wurde die Sammlung und Verteilung dann durch das Zentralprovinzialkomitee übernommen.⁵¹¹ Auf diese Weise erhielt dann auch der Kreis Adenau umfangreichere Summen.

Das Hauptproblem der gesamten Nothilfeaktion war allerdings ein anderes. Wie konnte man es schaffen den ständig wiederkehrenden Notstand langfristig zu bekämpfen? Besonders die Provinzialverwaltung war an einer nachhaltigen Lösung interessiert, da die Aufbringung erheblicher Finanzmittel für ihren Haushalt einer kleinen Katastrophe gleich kam.

3.2 Strukturelle Ursachen der Hungerkrise

Auf allen Verwaltungsebenen war man sich während der Hungerkrise 1882/83 völlig darüber bewusst, dass ihre Ursachen struktureller Natur waren. Die schlechte Witterung, die die Ernte stark beeinträchtigt hatte, war nur ein Faktor, der auf viele andere traf, um einen Notstand zu verursachen. Die Bevölkerung in der Eifel befand sich dauernd an

⁵⁰⁶ Kölnische Zeitung, 15.6.1883. *Vom Hochwald.

⁵⁰⁷ Kölnische Zeitung, Ausschnitt in: Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 608.

⁵⁰⁸ Koblenz, LHA, Best. 442, Nr. 6538, ohne Blt. Artikel aus dem Saarbrücker Anzeiger vom 6.9.1883. Die Verwaltung geht dem Artikel auf den Grund und findet nach Rücksprache mit dem verantwortlichen Journalisten heraus, dass die Sache auf „Klatsch“ beruhte (in den Akten findet sich ein entsprechendes Schreiben des Journalisten an die Bezirksregierung Trier).

⁵⁰⁹ Vgl. Koblenz, LHA, Best. 442, Nr. 6537, ohne Blt. Landratsamt Bitburg an Bezirksregierung in Trier am 13. März 1883.

⁵¹⁰ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7659, Blt. 22 f. Vizepräsident Berlepsch an Oberpräsident Bardeleben in Koblenz am 15. März 1883.

⁵¹¹ Ebd. Artikelausschnitt aus der Kölnischen Zeitung.

der Grenze zum Nothstand, „und sie verfällt demselben unrettbar nach jeder Mißernte wie die des vorigen Jahres, weil Reservefonds, welche darüber hinweghelfen nicht vorhanden sind“⁵¹². Im Januar 1883 sah sich die Regierung einer „an die Thüre pochenden Hungersnoth“ gegenübergestellt.⁵¹³ Schon in den Wintern 1870/71 und 1879/80 sei der „wirkliche Hunger und der Typhus“ nur durch das Einschreiten des Staates verhindert worden. Jetzt seien die Verhältnisse „vielleicht noch schlimmer, wie im Nothwinter 1879/80“⁵¹⁴.

Eine aufeinanderfolgende Reihe von Missernten verstärkt das Risiko von Hungerkrisen erheblich. Wenn Bauern in einer Notlage gezwungen sind Saatgut, Vieh und Land zu verkaufen, um die aktuelle Versorgung zu gewährleisten, werden Bedingungen geschaffen, die eine Hungerkrise in der Zukunft begünstigen.⁵¹⁵ O’Grada konstatiert vor diesem Hintergrund, dass die schlimmsten Hungerkrisen der Geschichte „due to back-to-back harvest failures“ entstanden sind.⁵¹⁶ Selbst die ärmsten Gesellschaften könnten einmalige Ernteaufschläge verkraften.⁵¹⁷ Die Zustände in der Eifel waren einer der Gründe, warum es gerechtfertigt erscheint, wie Kocka, vom 19. Jahrhundert als einem „Jahrhundert der Not“ zu sprechen⁵¹⁸. Seit dem ersten Drittel des Jahrhunderts habe sich die Situation der Eifel kontinuierlich verschlechtert, so das Urteil von „Lokalkundigen“⁵¹⁹.

3.2.1 Demographie und Auswanderung

Eine der auffälligsten Erscheinungsformen dieser andauernden Notlage war die Auswanderungsbewegung nach Übersee. Mit 159.600 Deutschen, die sich zwischen 1880 und 1884 nach Amerika auf den Weg machten, hatte die Auswanderungswelle ihren absoluten Höhepunkt erreicht. Sogar die transatlantische Migration Mitte des Jahrhunderts blieb dahinter zurück.⁵²⁰ Dabei war die „überwiegende Mehrheit der Auswanderungsentscheidungen [...] ökonomisch motiviert: als Ausweg aus einer wirtschaftlich bedrückenden oder doch nicht mehr akzeptierten Situation der Enge, der

⁵¹² Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 526. Promemoria betreffend den Nothstand in der Eifel.

⁵¹³ Ebd., Blt. 527.

⁵¹⁴ Ebd., Blt. 263. Regierungspräsident Nasse zu Trier an den Oberpräsidenten Bardeleben in Koblenz am 19. Dezember 1882.

⁵¹⁵ Millman & Kates: Hunger, S. 22.

⁵¹⁶ O’Grada: Famine, S. 31.

⁵¹⁷ Ebd.

⁵¹⁸ Kocka: 19. Jahrhundert, S. 73.

⁵¹⁹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 272. Bezirksregierung Trier an Oberpräsidium in Koblenz am 19. Dezember 1882.

⁵²⁰ Kocka: 19. Jahrhundert, S. 69. Hochzeiten der Auswanderung nach Amerika: 1850-1854=130.800; 1865-69=103.900; 1870-1874= 90.200; 1885-1889=90.500; 1890-1894=85.700.

Not und Beschäftigungslosigkeit, des Hungers [...]“⁵²¹. Mit einer Auswanderungsquote von 74.000 Menschen zwischen 1842 und 1886 lag der Regierungsbezirk Trier an der Spitze der Rheinprovinz. In den Eifelkreisen wurde über Jahre der Geburtenüberschuss absorbiert.⁵²² Im Landkreis Daun stagnierte die Bevölkerungsentwicklung beispielsweise während in anderen Kreisen der Rheinprovinz ein starkes Wachstum zu verzeichnen war.⁵²³ Im Kreis Adenau war die demographische Entwicklung zwischen 1846 und 1871 sogar deutlich rückläufig.⁵²⁴ Diese Entwicklung ist umso beachtlicher, als sich die Bevölkerung in der Rheinprovinz von 1816 bis 1871 auf 3,5 Millionen Einwohner verdoppelte.⁵²⁵ Trotz dieser bestechenden Werte bleibt die Eifel in überregionalen Arbeiten zur deutschen Auswanderung merkwürdig unterbelichtet.⁵²⁶ Für die erste Zeit werden der deutsche Südwesten (besonders Württemberg) und später dann die Agrarregionen des Ostens herausgestellt.⁵²⁷ Dies liegt vermutlich daran, dass die Rheinprovinz insgesamt als wohlhabende und wirtschaftlich florierende Region betrachtet wird. Lokale Sonderstandorte wie die Eifel werden lediglich in Spezialstudien behandelt.⁵²⁸

Fokussiert man die Bevölkerungsverhältnisse zur Zeit der Hungerkrise in der Eifel, so scheiden malthusianische Erklärungsmuster aus.⁵²⁹ Für Malthus waren Hungersnöte eine logische Folge von Bevölkerungswachstum bei gleichbleibendem Nahrungsangebot gewesen.⁵³⁰ Weder hatte aber eine Bevölkerungszunahme stattgefunden noch war die Bevölkerungsdichte hoch. Während in der gesamten Rheinprovinz 151 Menschen pro Quadratkilometer lebten, war die Bevölkerungsdichte in der Eifel die niedrigste des ganzen Deutschen Reiches. Die von der Hungerkrise betroffenen Kreise wiesen folgende Werte auf (Einwohner/km²): Malmédy 38, Montjoie 48, Schleiden 61, Adenau 39, Daun 45 und Prüm 37. Auf einer Gesamtfläche von 6220 km² (ein Viertel der Rheinprovinz) lebten nur 315.500 Menschen. Damit war die Eifel dünner bevölkert als Pommern.⁵³¹

⁵²¹ Ebd., S. 72.

⁵²² Milereit: Wirtschafts- und Sozialentwicklung, S. 207.

⁵²³ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistik, S. 82. LK Daun: 1835/46=34095 und 1871=37350. Dag. Zum Beispiel der Kreis Bad Kreuznach an der Nahe: 1835/46=67418 und 1871=87339.

⁵²⁴ Ebd. Adenau: 1835/46=9766 und 1871=8547.

⁵²⁵ Kastner & Torunsky: Rheinische Geschichte, S. 37.

⁵²⁶ Siehe Brunner: Deutsche Auswanderung. Kocka: 19. Jahrhundert, S. 72 f.

⁵²⁷ Brunner: Deutsche Auswanderung.

⁵²⁸ Pracht: Eifeler Auswanderung.

⁵²⁹ Nach heutiger Auffassung trifft Malthus These kaum zu. Mit Ausnahme von Teilen Afrikas sei die Zunahme der Nahrungsmittelproduktion mindestens vergleichbar mit dem Bevölkerungswachstum (Sen: Poverty, S. 7).

⁵³⁰ Malthus: Principle, S. 5 ff.

⁵³¹ Kölnische Zeitung, 28.4.1883. *Aus der Eifel.

Welche Erklärungen gab es aber dann für die unaufhörliche Reihe von Notjahren in der Eifel? Waren es die Bewohner am Ende selber schuld? Oder lag es an den widrigen natürlichen Verhältnissen des Landstriches?

3.2.2 Innere und äußere Natur

Der Spitzname „Preußisch Sibirien“ deutete eigentlich schon darauf hin: die Eifel erschien als Landstrich mit kargen Böden und einem rauen unwirtlichen Klima. Die Kombination aus beidem führte dazu, dass jede Erntesaison mit großen Risiken behaftet war.

So standen jährlich nach harter Arbeit auf den kargen Feldern Bangen und Hoffen der Bauern im Vordergrund, ob die erwartete und erwünschte Ernte auch eingefahren werden kann, oder ob Regen, Hagel, Sturm und Kälteeinbrüche die Frucht vernichten würden“, erklärt Hans-Peter Pracht.⁵³²

Der Präsident Nasse aus Trier fasste die Problematik so zusammen:

Das Vorhandensein der großen Oedflächen ist die Ursache und zugleich die Wirkung von der Rauheit des Klimas, welche durch zerstören der Spät- und Frühfröste, durch verderbliche kalte Winde selbst mitten im Sommer die Vegetation und den Fruchtbau verkümmert; dasselbe ist zugleich die Folge davon, daß aller schwerer Boden in der Eifel an störender Nässe leidet.⁵³³

Als eine Folge dieser Verhältnisse wurden die Eifelbewohner als „lässig“ und „mutlos“ charakterisiert.⁵³⁴ Abgesehen von dem ein oder anderen feindlichen Zeitungsartikel, die den Mangel an gutem Willen und Fleiß herausstellten⁵³⁵, war es Konsens, dass die Schwierigkeiten der Eifeler keine selbst verschuldeten waren. Der Abgeordnete Knebel erklärte beispielsweise im preußischen Abgeordnetenhaus, dass man die Situation „der Bevölkerung nicht wird zum Vorwurf machen können“⁵³⁶. Symptomatisch für Notlagen erkenne der Betroffene nicht mehr die Möglichkeit seine Lage zu verbessern.⁵³⁷ Eine ähnliche Erklärung lieferte ein Eifeler Landrath im Jahre 1860: „man versetze den ruhigsten Menschen hilflos in dieselbe Lage und er wird bald den Mut verlieren und in dieselbe Lethargie versinken. Sein Elend ist daher kein selbstverschuldetes“⁵³⁸. In der Kölnischen Zeitung wurde dieser Punkt hervorgehoben, weil man andernfalls keine

⁵³² Pracht: Eifeler Auswanderung, S. 29.

⁵³³ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 265. Bezirksregierung Trier zum Oberpräsidium in Koblenz am 19. Dezember 1882.

⁵³⁴ Siehe z. B. Pracht: Eifeler Auswanderung, S. 29; Kölnische Rundschau, 13.2.1883.

⁵³⁵ Saarbrücker Anzeiger, 6.9.1883. (Klatschartikel) „Die Eifeler sollten nur einmal sehen, wie unablässig die Bauern in anderen nicht fruchtbaren Gegenden arbeiten [...]“, hieß es dort vorwurfsvoll.

⁵³⁶ Z. B. Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Knebel, S. 466.

⁵³⁷ Ebd.

⁵³⁸ Zitiert in: Pracht: Eifeler Auswanderung, S. 29.

Hilfsaufrufe zugelassen hätte.⁵³⁹ Die innere Natur der Eifelbauern ergab sich aus den Verhältnissen der äußeren Natur und wurde entweder negativ mit Apathie und Lässigkeit beschrieben, oder positiv mit Genügsamkeit und Unbeugsamkeit.⁵⁴⁰

Gleichwohl war man sich einig, dass die Probleme „nur zum Theil in der Rauheit des Klimas, welches bei entwaldeten Höhen und versumpften Thälern durch heftige Winde und kalte Nebel sich kennzeichnet“ ihre Ursache haben.⁵⁴¹ In früheren Jahrhunderten hätte es bei gleichen klimatischen Verhältnissen einen sehr viel höheren Wohlstand in der Eifel gegeben. Dieser sei der Industrie zu verdanken gewesen.⁵⁴²

3.2.3 Fehlende Märkte und Industrien

Die meisten Hungersnöte hat es durch Missernten in rückständigen Ökonomien gegeben. Im Rückblick zeigt sich, dass „[F]amines have nearly always been a hallmark of economic backwardness“⁵⁴³. Durch das Zusammenspiel von ökonomischer Schwäche und Ernteausfällen entstehen Hungerkrisen. In der Eifel wurde das Eintreten von tatsächlichen Hungersnöten durch die Aufwendung von durchschnittlich 250.000 Mark jährlichen Unterstützungsmittel von außen zwar verhindert, die strukturellen Schwächen blieben aber bestehen.⁵⁴⁴ Die Zeitgenossen waren sich wohl über das Problem der wirtschaftlichen Rückständigkeit bewusst. Fehlende Industrie und Infrastruktur trugen dazu maßgeblich bei. „Bei dem Mangel einer irgendwie nennenswerthen Industrie und der bisher noch zum großen Theil isolierten von den Haupt-Verkehrsadern abgeschnittenen Lage“, sei die Bevölkerung ausschließlich auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft angewiesen.⁵⁴⁵ Während das Eisenbahnnetz in der Rheinprovinz ausgebaut wurde und schon früh zu einem der dichtesten in ganz Deutschland gehörte, setzte die Erschließung der Eifel durch die Eisenbahn erst Ende des 19. Jahrhunderts ein. Auch die industrielle Entwicklung im Ruhr- und Saargebiet lief völlig an der Eifel

⁵³⁹ Kölnische Zeitung, 28.4.1883, 3. Blatt. *Aus der Eifel. „Wir haben uns daher erst entschlossen, in diesem Blatte von der Eifel als einem Notstandsgebiet zu reden, als wir uns mit eigenen Augen davon überzeugt hatten, daß ein Teil der Bevölkerung in der Hocheifel nicht bloß wirklich Not litt, sondern auch, weil *ohne eigenes Verschulden* Not leidend, der Hülfe würdig war“ (Hervorhebung P.M.).

⁵⁴⁰ Kölnische Zeitung, 15.6.1883, 3. Blatt. *Vom Hochwald III. LHA, Koblenz, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 228. Bezirksregierung Trier an Landesdirektor in Düsseldorf am 23. November 1882. „Die Bewohner der Eifel sind genügsam, an ein arbeitsvolles Leben gewöhnte Leute [...]“.

⁵⁴¹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 297. Bezirksregierung Trier an die Landratsamtsverwalter am 22. Januar 1883.

⁵⁴² Kölnische Zeitung, 27.2.1883. *Aus der Eifel.

⁵⁴³ O’Grada: *Famine*, S. 9.

⁵⁴⁴ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7660, Blt. 149. Denkschrift betreffend die Ursachen des Rückganges und die im Land- und Wald-Bau gegebenen Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den Eifelkreisen des Regierungs-Bezirks Trier, Nasse.

⁵⁴⁵ Berlin, GStAPK, I.HA, Rep. 87 D, Nr. 117, Blt. 135. Bezirksregierung Koblenz an Innenministerium in Berlin am 22. Dezember 1882.

vorbei. Krupps Stahlwerke stiegen zum Weltkonzern auf und die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet verzehnfachte sich zwischen 1870 und 1913. Hochindustrialisierung, gepaart mit Bevölkerungswachstum und Verstädterung waren die charakteristischen Merkmale des Deutschen Kaiserreiches.⁵⁴⁶ Nur vergaß man bei dieser Charakterisierung, dass Gebiete wie die Eifel von dieser Entwicklung nicht profitieren konnten, ganz im Gegenteil.

Im Kreise Schleiden und andern Teilen der Eifel vermochte die seit römischer und wahrscheinlich vorrömischer Zeit, seit beinahe zwei Jahrtausenden fortblühende, auf den zahlreichen Fundorten mittelguter Eisenerze und den ausgedehnten, eine vortreffliche Holzkohle liefernden Buchenwäldungen begründete Eisenindustrie seit dem Aufkommen der Eisenbahnen und der Coaks-Hochöfen nicht länger mehr mit anderen Gegenden zu wetteifern.⁵⁴⁷

Die alteingesessene Eisen- und Kleineisenindustrie wanderte ab und die Konkurrenz von Agrarprodukten auf den Märkten wurde durch bessere Transportmöglichkeiten verstärkt.⁵⁴⁸ Billig eingeführtes Getreide aus Russland und Amerika machte den Bauern, dessen einzige Geldfrucht der Hafer war, das Leben schwer.⁵⁴⁹ Montjoie, Hauptstadt des gleichnamigen Kreises, war ein Industriestädtchen gewesen, in dem Tuch, Kunststolle und Garn produziert wurden. Die Industrie war aber seit Mitte des Jahrhunderts dem Niedergang unterworfen.⁵⁵⁰ Im Kreis Malmedy war „die früher sehr entwickelte Industrie ebenfalls schwer gesunken“⁵⁵¹. Was fehlte waren Eisenbahnverbindungen, um am Marktgeschehen teilnehmen zu können.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die beschleunigte Entwicklung der Rheinprovinz im Deutschen Kaiserreich, die Eifel und andere Mittelgebirgsregionen nicht nur hinter sich zurückgelassen hatte: sie warf die Wirtschaft der Eifel noch weiter zurück. Die Kleinindustrien konnten mit der Großindustrie ebenso wenig konkurrieren, wie die Landwirtschaft mit den Produkten auf dem entstehenden Weltmarkt. Die Delokalisierung des Nahrungssystems wie sie im 19. Jahrhundert in Verbindung mit Urbanisierung und Revolutionierung der Transportmittel stattfand, hatte die Lebensbedingungen nicht nur in den Kolonien verschlimmert⁵⁵², sondern auch in unterentwickelten Regionen wie der Eifel. Folge war der Niedergang der Industrie und zunehmende wirtschaftliche Not in der bäuerlichen Bevölkerung.

⁵⁴⁶ Janssen: Rheinische Geschichte, 344 ff.; Kastner & Torunsky: Rheinische Geschichte, S. 20, 41.

⁵⁴⁷ Kölnische Zeitung, 17.2.1883. *Aus der Eifel.

⁵⁴⁸ Milereit: Wirtschafts- und Sozialentwicklung, S. 207.

⁵⁴⁹ Kölnische Zeitung, 17.2.1883. *Aus der Eifel.

⁵⁵⁰ Thomas: Nothstand, S. 8.

⁵⁵¹ Ebd., S. 10.

⁵⁵² Montanari: Hunger, S. 189.

3.2.4 Erbrecht und Landwirtschaftliches System

Einzig auf die Erträge der Landwirtschaft angewiesen, zeigte sich das landwirtschaftliche System der Eifel als wenig tragfähig. Als großes strukturelles Problem wurde insbesondere die „unbegrenzte Naturaltheilung des Grund und Bodens“ gesehen, die im Erbrecht verankert war.⁵⁵³ Mit dem Code Napoleon galt in der Eifel Realteilung; d. h. der Grundbesitz wurde unter den männlichen Nachkommen aufgeteilt. Auf diese Weise fand über die Generationen eine unwirtschaftliche Zersplitterung landwirtschaftlicher Parzellen statt.⁵⁵⁴ Gerade Klein- und Kleinstbetriebe sind aber anfällig für wirtschaftliche Krisen.⁵⁵⁵ Darüber hinaus betrieb man trotz der kleinen Ackerflächen

nur einen rohen und extensiven Ackerbau mit ausgedehntem Weidgange und Schiffel-Cultur [...] Bei Vernachlässigung der natürlichen Wiesen und bei unzureichendem Futterbau fehlt es an Nahrung für das Vieh, welches auf dem Weidegang den Dünger nutzlos verträgt; beim Mangel an Dünger und an ausreichendem Zugvieh kann weder die vorhandene Ackerflur intensiv bewirtschaftet, noch können die ausgedehnten Theile der Oedflächen, welche nach Entfernung der stauenden Nässe und bei gehöriger Bearbeitung kulturfähig sind, ertragreich gemacht werden.⁵⁵⁶

Erst die Kombination von Viehhaltung und Landwirtschaft hatte die europäische Landwirtschaft so erfolgreich gemacht.⁵⁵⁷ In der Eifel wurden diese Vorteile offenbar nicht ausreichend genutzt. Man betrieb Brandrodungsfeldbau (Schiffelkultur), der höchst ineffizient war. Durch das Abbrennen von Ödlandflächen wurden Kulturflächen für einige Jahre nutzbar gemacht, lagen danach aber wieder lange Zeit brach. Diese „irrationale“ Bewirtschaftung – heute würde man von *shifting cultivation* sprechen – wurde als eine Hauptursache für die Armut in der Eifel aufgefasst. Durch die Kultivierung von Wiesen- und Futteranbau hätte die Viehhaltung intensiviert werden können; und durch die Ausbringung des Düngers auf den Feldern der Ackerbau.⁵⁵⁸

Darüber hinaus wurde der weiträumige Anbau von Getreide aufgrund der klimatischen und pedologischen Verhältnisse als wenig effizient angesehen. Die Erträge würden nur selten die aufgewandte Arbeit rechtfertigen.⁵⁵⁹ Die Landwirtschaft läge „noch in weiten

⁵⁵³ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 526. Promemoria betreffend der Nothstand in der Eifel.

⁵⁵⁴ Ebd.

⁵⁵⁵ Vgl. Abel: Agrarkrisen, S. 24.

⁵⁵⁶ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 297. Bezirksregierung Trier. Fragebogen für Verbesserungsvorschläge am 22. Januar 1883.

⁵⁵⁷ z. B. Radkau mdl. Mittlg.

⁵⁵⁸ Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, Düsseldorf, Landesdirektor der Rheinprovinz, den 27. Juni 1883, S. 250.

⁵⁵⁹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 529. Promemoria betreffend der Nothstand in der Eifel.

Distrikten [...] darnieder“, hieß es in einer Denkschrift.⁵⁶⁰ Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse wurde deshalb zu dem Hauptziel einer nachhaltigen Entwicklung der Eifelregion seit 1883.

3.3 Vom preußischen Sibirien zum preußischen Entwicklungsland

Die strukturellen Probleme in der Eifel hatten dazu geführt, dass die Bevölkerung nicht genügend „exchange entitlements“ besaß, um sich selbstständig versorgen zu können.⁵⁶¹ Voraussetzung für jede Hungerkrise ist Armut;⁵⁶² und Armut herrschte in der Eifel zweifellos. Sowohl Gemeinden als auch Privathaushalte waren hoch verschuldet. Die Einkommenslage war zudem sehr schlecht. Der Landesdirektor stellte fest:

Bei der Armuth der fast ganzen Bevölkerung können die etwas besser Gestellten den gänzlich Mittellosen keine wirksame Hülfe gewähren. Die Einsichtnahme in die Staatssteuerrollen läßt erkennen, wie außerordentlich gering das Einkommen der Bevölkerung ganzer Gemeinden, Bürgermeisterien und Kreise ist, und erschreckend hoch erscheint die Summe der Zuschläge, welche die armen Bewohner zu communalen Zwecken aufbringen müssen.⁵⁶³

Im Kreis Prüm betrug die Verschuldung allein 5 Millionen Mark, von denen noch nicht einmal mehr die Zinsen zurückbezahlt werden konnten.⁵⁶⁴ In den drei Notstandswintern 1870/71, 1879/80 und 1882/83 hatte man jeweils rund eine Million Mark aufwenden müssen, um eine Hungersnot in der Eifel abzuwenden. In Amartya Sens Terminologie handelte es hierbei um „non-entitlement transfers“, also Zuwendungen, die ohne Gegenleistung verteilt wurden.⁵⁶⁵ Das entsprach einem Jahresdurchschnitt von 250.000 Mark. Da diese Mittel zum großen Teil für Nahrung und Saatgut und damit unproduktiv verausgabt wurden, räsionierte Präsident Nasse in Trier, wäre es allein vom finanziellen Gesichtspunkte aus geboten, eine „etwas höhere[n] Summe“ aufzuwenden, um „die

⁵⁶⁰ Rheinischer Provinziallandtag, 1883, Drucksachen Nr. 46, Anlage D, Denkschrift, betreffend der Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Eifelgebiet.

⁵⁶¹ Sen: Poverty, S. 3. „In a market economy, a person can exchange what he owns for another collections of commodities. He can do this exchange either through trading, or through production, or through a combination of the two. The set of all alternative bundles of commodities that he can acquire in exchange for what he owns may be called the ‘exchange entitlement’ of what he owns.”

⁵⁶² Ebd., S. 39. „Starvation [...] does imply poverty“.

⁵⁶³ Siehe z. B. Rheinischer Provinziallandtag, Drucksachen, Nr. 45, Düsseldorf, den 27. Juni 1883, Landesdirektor. Konkrete Angaben in dieser Beziehung für den Kreis Prüm finden sich in: Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 175 ff. Bezirksregierung Trier an Innenministerium in Berlin am 27. März 1883.

⁵⁶⁴ LHA, Koblenz, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 530. Promemoria betreffend den Nothstand in der Eifel.

⁵⁶⁵ Ebd.

wirtschaftliche Lage der Eifel dauernd zu verbessern und dadurch die Ursachen jener Last zu beseitigen⁵⁶⁶.

Neben der Bezirksregierung hatte besonders die Provinzialverwaltung ein Interesse daran, eine dauerhafte Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Eifel herbeizuführen. Sie war zuständig für die Behebung von Notständen und war darum durch den chronisch gewordenen Notstand in der Eifel erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Man sah „die Kräfte der Provinz erschöpft und deren Thätigkeit zu anderen gemeinnützigen Zwecken auf Jahre hinaus lahmgelegt, wenn nicht gar den Ruin ihrer Finanz-Verwaltung“⁵⁶⁷. Nach Auffassung des Provinzialverwaltungsrates war der Staat in der Pflicht die wirtschaftliche Gesamtsituation zu verbessern.⁵⁶⁸ Nach einigen Debatten um Zuständigkeiten, wurde letztlich eine Zusammenarbeit zwischen Provinzialverwaltungsrat und dem preußischen Innenministerium beschlossen.⁵⁶⁹ Mit einer jährlichen Zahlung von 300.000 Mark Entwicklungshilfe sollte in der Eifel vor allem Land- und Forstwirtschaft verbessert werden.⁵⁷⁰ Zwei Drittel davon trug der Staat, ein Drittel die Provinzialverwaltung.⁵⁷¹ Damit war der Eifelfond geboren, der in den nächsten Jahrzehnten wichtige Dienste leisten sollte.

3.3.1 Meliorationsmaßnahmen

Gemäß den festgestellten Unzulänglichkeiten des landwirtschaftlichen Systems wurden entsprechende Maßnahmen avisiert. Zunächst sollte eine Zusammenlegung der zersplitterten landwirtschaftlichen Parzellen durch das sogenannte „Konsolidierungsgesetz“ erfolgen (heute würde man von Flurbereinigung sprechen). Weiterhin strebten die staatlichen Institutionen eine Ausweitung der Viehwirtschaft durch intensive Futterproduktion an. Durch eine Regulierung der Wasserläufe und Drainierung von Sümpfen sollte neues Wiesenland urbar gemacht werden. Der gewonnene Dünger könnte dann für den Ackerbau gewinnbringend Verwendung finden. Neben materieller Unterstützung sollten die Eifelbauern Schulungen durchlaufen, um Vorurteile zu beseitigen.

⁵⁶⁶ LHA, Koblenz, Best. 403, Nr. 7660, Blt. 149. Denkschrift betreffend die Ursachen des Rückganges und die im Land- und Wald-Bau gegebenen Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den Eifelkreisen des Regierungs-Bezirks Trier.

⁵⁶⁷ Rheinische Provinzialverwaltung, Drucksachen, Nr. 45, Düsseldorf, den 27. Juni 1883, Landesdirektor, S. 248.

⁵⁶⁸ Ebd., S. 250.

⁵⁶⁹ Siehe hierzu Rheinische Provinzialverwaltung, Drucksachen, Nr. 45, S. 252 ff.

⁵⁷⁰ Der Betrag entsprach den Vorschlägen von Präsident Nasse aus Trier, der einen Betrag von etwas mehr als den 250.000 Mark, die man für den Notstand aufwandte, gefordert hatte.

⁵⁷¹ Bericht des Rheinischen Provinzial-Verwaltungsraths über die Ergebnisse der provinzialständischen Verwaltung 1883/84, S. 79. Allerdings sollten die 100.000 Mark Anteil der Provinzialverwaltung auch anderen Mittelgebirgsregionen (Hunsrück, Westerwald, Hochwald) zu Gute kommen.

Darüber hinaus sollten den Eifelern neue Verdienstmöglichkeiten durch den Anbau von „Geldfrüchten“ und der Einrichtung von Hausindustrien gegeben werden. Dazu kamen Produkte wie Obst, Flachs und Korbweiden in Betracht.⁵⁷² Regierungspräsident Nasse (Trier) fasste die Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in fünf Punkten zusammen:

- „Die Verbesserung und Ausdehnung der natürlichen Wiesen
- Die Drainage der nassen Ackerländereien und der nach Entfernung der Staunässe zur Ackerkultur geeigneten Oedländereien
- Die Einführung des Feldgrasbaues, insbesondere auf dem bisherigen Oedlande
- Die Förderung der Erzeugung von Handels-Produkten
- Die Vermehrung des natürlichen Düngers (Torfstreu)⁵⁷³

Alle Maßnahmen in diese Richtung wurden dann tatsächlich auch vom Provinzialverwaltungsrat und durch den Eifelfond zur Umsetzung gebracht.⁵⁷⁴ 1885 trat das Konsolidierungsgesetz zur Zusammenlegung des Kulturlandes in Kraft. Wie von Nasse vorausgesehen war die Umsetzung des Gesetzes ein sehr schleppender Prozess.⁵⁷⁵ Nach einem Jahrzehnt hatten erst 34 Eifelgemeinden eine „Konsolidation“ durchgeführt; bis zum ersten Weltkrieg waren es erst einhundert.⁵⁷⁶

In Meliorationsmaßnahmen, insbesondere in die Ent- und Bewässerung von Wiesen, sowie den Feldgrasbau wurde nun verstärkt investiert. Eine Obstbauschule wurde in Bitburg gegründet. Man förderte Korbweidenkultur und Flachsbau und prämierte Düngerstätten. Außerdem wurden Wanderlehrer zur landwirtschaftlichen Grundbildung der Eifelbauern angestellt.⁵⁷⁷

In Verbindung mit der Bildung von zahlreichen Drainagegenossenschaften⁵⁷⁸ entstanden in der Eifel rund 9.000 Hektar neues Grünland.⁵⁷⁹ Zwar waren auch vor 1883 schon Maßnahmen zur Verbesserung der Landwirtschaft durch den Meliorationsfond der Provinzialverwaltung durchgeführt wurden; durch die staatlichen Zuschüsse wurden

⁵⁷² Rheinische Provinzialverwaltung, Drucksachen, Nr. 45, Düsseldorf den 27. Juni 1883, Landesdirektor, S. 250 f.; Ebd., Anlage D, Denkschrift betreffend die Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Eifelgebiet, S. 269 ff.

⁵⁷³ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7660, Blt. 139. Denkschrift betreffend die Ursachen des Rückganges und die in Land- und Wald-Bau gegebenen Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den Eifelkreisen des Regierungs-Bezirks Trier.

⁵⁷⁴ Rheinische Provinzialverwaltung, Bericht des Rheinischen Provinzial-Verwaltungsraths über die Ergebnisse der provinzialständischen Verwaltung, 1883/84.

⁵⁷⁵ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7660, Blt. 139. Denkschrift betreffend die Ursachen des Rückganges und die in Land- und Wald-Bau gegebenen Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den Eifelkreisen des Regierungs-Bezirks Trier.

⁵⁷⁶ Renn: Eifel, S. 153.

⁵⁷⁷ Rheinische Provinzialverwaltung, Bericht des Rheinischen Provinzial-Verwaltungsraths über die Ergebnisse der provinzialständischen Verwaltung, 1884/85, S. 94 ff.

⁵⁷⁸ Ebd., 1885/86, S. 88 ff.

⁵⁷⁹ Renn: Eifel, S. 154.

diese Bemühungen aber nun erheblich verstärkt. Auch die Notwendigkeit zur Ausbildung der Eifelbauern sowie der Einführung von Obstbau und Hausindustrien waren schon zuvor gesehen worden;⁵⁸⁰ den Anstoß zu effektiver Durchführung gab aber erst die Hungerkrise von 1882/83 und die daran anschließenden Bemühungen vonseiten der Bezirksregierung und der Provinzialverwaltung. Mit der Verbesserung der Landwirtschaft waren die Probleme entsprechend der Vielzahl der strukturellen Ursachen jedoch noch nicht behoben.

3.3.2 Aufforstung mit „Preußisch Holz“

Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die preußischen Behörden entschieden die ausgedehnten Ödlandflächen in der Eifel aufzuforsten.⁵⁸¹ Wegen ihres schnellen Wachstums wurde dazu die in der Eifel bis dahin nicht vorkommende Fichte ausgewählt und mit staatlichen Mitteln angepflanzt. Bei den Bauern stieß diese Initiative zunächst auf Widerstand, unter anderem, weil durch die Forstkulturen ihre Weiden eingeschränkt werden sollten. Teilweise wurden die Forstkulturen sabotiert, indem man Bäumchen ausriss oder den Samen von vornherein im Backofen die Keimkraft nahm.⁵⁸² Die Fichtensamen wurden als „Teufelsdreck“ bezeichnet und an manchen Orten mussten die frisch angelegten Waldungen militärisch bewacht werden, um Sabotageakte zu verhindern.⁵⁸³

Der Widerstand war in gewisser Weise wohl auch gerechtfertigt, bedenkt man, dass die Erträge der Forstkulturen eine langfristige Investition waren. Erst in 50-100 Jahren würden sie für die Gemeinden rentabel werden, mutmaßte Präsident Nasse. Der Kleinbauer, der auf seine kärglichen Erträge angewiesen ist, könne aber so lange nicht warten. Neben dem Widerstand durch die Gemeinden, fanden die ersten Forstkulturen einen Gegner in der Beschaffenheit der Böden. Sie gediehen nur langsam und schlecht und mussten wiederholt erneuert werden. „15-20 jährige Fichten-Kulturen, bei denen die Pflanzen kaum 1-2 Fuß hoch und noch nicht in Schuß gekommen sind, bilden keine Seltenheit“⁵⁸⁴, erklärte Nasse. Die Gemeinden müssten so erhebliche Arbeitskräfte aufwenden, die an anderer Stelle fehlten. In Zeitungsberichten wurde konstatiert, dass die erstgepflanzten Fichten auf den armen Böden noch fast verkümmern. Die dritte

⁵⁸⁰ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 556 ff. Bericht auf das Rescript des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an das Präsidium des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen vom 21. Juni 1882.

⁵⁸¹ Die Geschichte der Waldpolitik in der Eifel des 18. Jahrhunderts findet sich ausführlich bei Ernst: Wald.

⁵⁸² Renn: Eifel, S. 152.

⁵⁸³ Kaufmann: Geschichte, S. 120. Man ist hier an zentralafrikanische Verhältnisse erinnert. Hier müssen Waldelefanten und Gorillas mit militärischer Unterstützung geschützt werden.

⁵⁸⁴ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 270. Bezirksregierung Trier an Oberpräsidium in Koblenz am 19. Dezember 1882.

Pflanzung dagegen „ließ nichts mehr zu wünschen übrig“⁵⁸⁵. Eine erfolgreiche Bewaldung der Eifel wie sie Innenminister Puttkamer in Anbetracht des Hochwassers von 1882 anführte, orientierte sich lediglich an Planungsidealen ohne die praktischen Schwierigkeiten mit einzubeziehen.⁵⁸⁶ Wenn man dem Hochwaldideal nach zwanzig jährigen Bemühungen 60 cm hohe Bäumchen gegenüberstellte, wurde die Diskrepanz deutlich.

Der Grund dafür warum 1883 Bewaldung als wichtiges Mittel zur nachhaltigen Entwicklung der Region gesehen wurde, überwog aber die praktischen Bedenken. Man versprach sich nämlich von der Aufforstung eine „Verbesserung des Klimas“⁵⁸⁷. Diese Idee gehörte zum Allgemeinwissen⁵⁸⁸ und wurde von den verschiedensten politischen Vertretern geäußert.⁵⁸⁹ Die Diskussion um die Rolle des Waldes auf das Klima hatte nach dem Umwelthistoriker Grove in den 1860er Jahren internationale Dimensionen erreicht. Ursprünglich war sie im Kontext kolonialer Erfahrungen im 18. Jahrhundert entstanden. Auf Mauritius hatten französische Wissenschaftlicher die negativen klimatischen Auswirkungen von großflächigen Rodungen feststellen können. Problematisch erschienen das Ausbleiben von Niederschlägen und die Austrocknung von entwaldeten Gebieten.⁵⁹⁰

Für die Eifel wurde nicht genau bestimmt inwiefern die Ökosystemfunktionen des Waldes das Klima beeinflussen sollten. Die Umwandlung von Ödland in Forstkulturen erschien jedenfalls als Inbegriff der Urbarmachung. Es war nicht nur die Idee des direkten ökonomischen Nutzens, die hier eine Rolle spielte. Der „landschaftliche[n] und culturelle[n] Einfluß der Bewaldung“ wurde zu einem moralischen Ideal stilisiert. Im Kreis Prüm, der unter der Entwaldung stark gelitten hatte, prägten „kahle, trostlose Bergkuppen, versumpfte Wiesen und stagnierende Wälder“ das Bild. Den Kreis Schleiden dagegen charakterisierte man nach der Aufforstung des Venns durch „anmutige Wald- und Wiesenthäler“⁵⁹¹. Diese umfassende positive Besetzung des Waldes fand ihren besten, weil allgemeinsten, Ausdruck in der Verbesserung des Klimas.

Die einzige konkrete Funktion des Waldes in Bezug auf das Klima zeigte sich in der Anlage von Waldstreifen zum Schutz vor Stürmen und Schneetreiben. Dort wo die Aussaaten auf den Hochebenen „scharfen Winden“ und Frost, sowie im Sommer durch

⁵⁸⁵ Kölnische Zeitung, 17.2.1883. *Aus der Eifel.

⁵⁸⁶ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Puttkamer, S. 459.

⁵⁸⁷ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 270. Bezirksregierung Trier an Oberpräsidium in Koblenz am 19. Dezember 1882.

⁵⁸⁸ Anonymus 1883: Hochwasser, S. 5. „Wir wissen, daß die Kulturart des Landes, daß insbesondere die Wälder einen großen Einfluß auf das Klima ausüben“.

⁵⁸⁹ Rheinische Provinzialverwaltung, Drucksachen, Nr. 45, Düsseldorf, den 27. Juni 1883, Landesdirektor, S. 252.

⁵⁹⁰ Grove: Umweltbewusstsein, 78 ff.

⁵⁹¹ Kölnische Zeitung, 27.2.1883.

Ausdörren „auf das Aeüßersten geschädigt werden“, sollten schmale Waldstreifen an den höchsten Stellen der Bergketten angelegt werden.⁵⁹²

Vor dem Hintergrund des Waldschutzgesetzes sei es in dieser Beziehung empfehlenswert, dass die öffentliche Hand für die Aufforstungsmaßnahmen aufkommt, konstatierte Nasse.⁵⁹³ Entsprechend dieser Haltung wurde die Aufforstung von Oedländereien zu einem Hauptanliegen in der Verwendung des Eifelfonds.⁵⁹⁴ Während die Beihilfen der Provinzialregierung sich auf Meliorationsmaßnahmen und eine Förderung der Landwirtschaft fokussierten, wurden Aufforstungsmaßnahmen fast ausschließlich aus staatlichen Mitteln gefördert.⁵⁹⁵ Im Rückblick wurde und wird die Bewaldung der Eifel trotz anfänglicher Widerstände als „Grundlage zu einem späteren zeitweiligen Wohlstand“ gesehen.⁵⁹⁶ Im Laufe des 19. Jahrhunderts waren immerhin fast 40.000 ha Gemeindeland aufgeforstet worden. Erst nach 1883 wurden die Konditionen für die Gemeinde aber so angepasst, dass die Maßnahmen keine untragbare wirtschaftliche Belastung mehr darstellten. Zu einem besseren Gelingen trug auch die gleichzeitige Intensivierung und Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzung bei.

3.3.3 Wasserversorgung und Gesundheit

Auch im Bereich der Wasserversorgung wurde die Hungerkrise von 1883 zum Anlass staatlicher Entwicklungsmaßnahmen. Zwar wurden in Folge des Nahrungsmangels bei der Bevölkerung keine gesundheitlichen Schäden festgestellt, wohl sah man aber eine Gefährdung der Gesundheit in der schlechten Wasserversorgung vieler Gemeinden begründet. So schrieb der Landrat aus Bitburg von einer Gemeinde, in der „trübes Wasser aus Erdbächen geschöpft“ werden müsste.⁵⁹⁷ Entsprechend hielt er den Bau von Brunnen für „wünschenswert“⁵⁹⁸. Ähnliche Verhältnisse fanden sich in der Gemeinde Aremberg, in der zur Verbesserung der Gesundheitszustände die Anlegung eines abessynischen Brunnens vom Staat gefördert wurde.⁵⁹⁹

⁵⁹² Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 272. Bezirksregierung Trier an Oberpräsidium in Koblenz am 19. Dezember 1882

⁵⁹³ Ebd.

⁵⁹⁴ Rheinische Provinzialverwaltung, Drucksachen, Nr. 46, Anlage A, Koblenz, den 10. November 1883, Oberpräsidium der Rheinprovinz, S. 265. „Bei der Vertheilung dieses Fonds, welcher in der Hauptsache zur Aufforstung von Oedländereien [...]“.

⁵⁹⁵ z. B. Rheinische Provinzialverwaltung, Bericht des Rheinischen Provinzial-Verwaltungsraths über die Ergebnisse der provinzialständischen Verwaltung, 1885/86, S. 96. Für den Etat 1885/86 verausgabte der Staat rund 40.000 Mark für Forstzwecke.

⁵⁹⁶ Renn: Eifel, S. 152. Kaufmann: Geschichte, S. 120.

⁵⁹⁷ Koblenz, Best. 403, Nr. 7660, Blt. 208. Landratsamt Bitburg an Oberpräsidium in Koblenz am 5. Juli 1883.

⁵⁹⁸ Ebd.

⁵⁹⁹ Ebd., Blt. 167. Ministerium für geistliche Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten an Oberpräsidium Koblenz am 9. August 1883. Eine ausführliche Behandlung des Falles Aremberg findet sich in dieser Akte.

Auch aus den anderen Kreisen wurden die Untersuchungen zum Gesundheitszustand zum Anlass genommen auf die schlechten sanitären Zustände hinzuweisen. Das Landratsamt Daun verhandelte ebenso wie das Landratsamt Berncastel über die Anlage einer Wasserleitung für eine Reihe von Gemeinden.⁶⁰⁰ Auf diese Weise wurde versucht Mittel, die ursprünglich zur Trocknung und Desinfektion von überschwemmten Wohnungen am Rhein bereitgestellt worden waren, zur grundlegenden Entwicklung der Eifel zu verwenden. Tatsächlich waren diese Anträge aber nicht erfolgreich. Wasserleitungen wurden im größeren Umfang erst seit der Jahrhundertwende in der Eifel gebaut.⁶⁰¹ Es wäre wohl auch als ungerechtfertigter Luxus erschienen, wenn die ärmsten Eifelgemeinden mit einer modernen Wasserversorgung ausgestattet wäre, während die Provinzhauptstadt Koblenz ihren hauptsächlichen Wasserbedarf noch aus mehr als zwanzig städtischen Brunnen deckte.⁶⁰² Brunnenbau dagegen wurde zur Sicherung grundlegendster hygienischer Standards durchaus unterstützt.

3.3.4 Der Bau der Eisenbahn

Die verkehrstechnische Erschließung der Eifel war lange Zeit völlig ungenügend. Auf die negativen Folgen für die Eifelwirtschaft durch fehlende Marktanbindung wurde bereits hingewiesen.⁶⁰³ Die einzige Eisenbahnlinie, die zur Zeit der Hungerkrisen durch die Eifel hindurch führte, verlief von Köln über Gerolstein nach Trier. Sie war Mitte der 1870er Jahre durch die Rheinische Eisenbahngesellschaft in Betrieb genommen worden. Pläne zum Ausbau eines Eisenbahnnetzes in der Eifel waren immer wieder – zumeist aus wirtschaftlichen Gründen – von der privaten Eisenbahngesellschaft verworfen worden. Erst mit der Übernahme des Eisenbahnnetzes durch den Staat, im Jahre 1876, begannen für die Eifel bessere Zeiten. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht die verkehrsarmen Gebirgsteile mit Nebenbahnen zu erschließen. Auch die armen Kreisstädte Prüm und Daun wurden mit der Nord-Süd-Strecke verbunden. Die Strecke Gerolstein-Prüm war 1887 fertiggestellt, die Strecke Gerolstein-Daun 1895.⁶⁰⁴ Der Ausbau der Strecken dauerte bis 1917 und wurde zuletzt von militärischen Zwecken bestimmt.

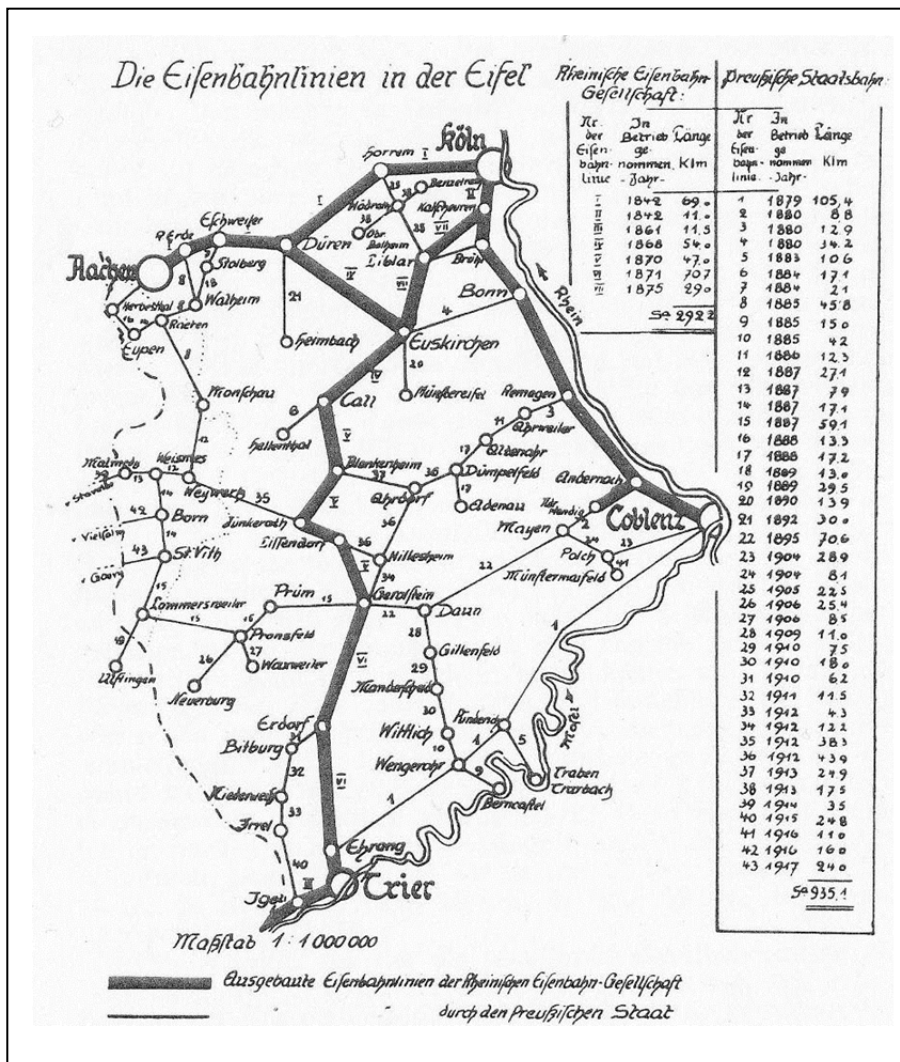
⁶⁰⁰ Ebd., Blt. 191 Landratsamt Berncastel und Blt. 195. Landratsamt Daun.

⁶⁰¹ Kaufmann: Geschichte, S. 120. Die Kosten für den Bau der Wasserleitungen wurden aus den Erlösen der Waldwirtschaft getragen.

⁶⁰² Herres: Koblenz, S. 58. Es gab zwar eine Wasserleitung die von Metternich nach Koblenz führte; von dieser wurde aber nur ein kleiner Teil der Stadt versorgt.

⁶⁰³ Welche positiven Auswirkungen der Eisenbahnanschluss haben konnte, zeigt die Stadt Aachen. Hier wuchs die Bevölkerung in nur 20 Jahren nach dem Eisenbahnbau von knapp 50.000 auf 72.000 Einwohner (Kaufmann: Geschichte, S. 110).

⁶⁰⁴ Kaufmann: Geschichte, S. 111.

Abbildung 12: Die Eisenbahnlinien der Eifel⁶⁰⁵

Die Prümer Strecke war zur Zeit der 1883er Hungerkrise gerade im Bau. Dies hatte für den Kreis zunächst nicht nur positive Folgen. Zwar wurden Arbeitskräfte benötigt, aber die Gemeinden waren durch die gestellten Forderungen zum Grundbesitzerwerb für den Bahnbau zusätzlich belastet. Für die Schaffung von Arbeitsmöglichkeit während des Notstandes war das Bahnprojekt nur bedingt geeignet. Zum einen würden viele Betroffene zu entfernt wohnen und zum anderen würden viele Hilfsbedürftige zu solchen Arbeiten gar nicht mehr in der Lage sein.⁶⁰⁶ Gleichwohl wurde der Ausbau der Eisenbahn in der Eifel innerhalb des Entwicklungsplanes seit 1883 als großer Vorteil angesehen:

Seit der Verstaatlichung der rheinischen Eisenbahnen ist der Anschluß der Eifelkreise an die benachbarten großen Eisenbahnlinien und der Ausbau eines Sekundärnetzes durch das Eifelgebiet mit Energie in

⁶⁰⁵ Quelle: Kaufmann: Geschichte, S. 111.

⁶⁰⁶ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 216. Landratsamt Prüm an Bezirksregierung Trier am 15. November 1882.

Angriff genommen und in der Ausführung begriffen, so daß in dieser Richtung hin Wandel geschaffen ist und gehofft werden darf, in Folge des Verkehrs-An- und Aufschlusses die niedergegangenen Industriezweige allmählich wieder aufblühen und vielleicht hier und dort neue Industrien aufkommen zu sehen.

Das Problem der isolierten Lage und des Ausschlusses aus dem Marktgeschehen war in Auflösung begriffen. So konnten sich Provinzialverwaltung und Staat auf die Förderung der Land- und Forstwirtschaft konzentrieren.

3.3.5 Die Eifel als Erholungsgebiet

Unabhängig von politischer Vertretung und Verwaltung wurde auf einen weiteren Baustein zur nachhaltigen Entwicklung in der Eifel von der Presse hingedeutet. Die Mittelgebirgsgegend mit ihren Maaren und ihrer langen Geschichte wurde als Ziel für den Tourismus nominiert. Durch die Hungerkrise hatte man die öffentliche Aufmerksamkeit und nutzte die Gelegenheit, um die Eifel bekannt zu machen und ihr Image zu verbessern. So widmete Franz Thomas in seinem Notstandsbericht, der zugunsten der Eifelbewohner verkauft wurde, einen einleitenden Teil der „Natur der Eifel“. Geologie und Geographie standen hier im Mittelpunkt: „Die Eifel ist wahrscheinlich eine der ersten und ältesten Bildungen der deutschen Oberfläche“, schrieb er. Neben diesem leisen Anklingen einer ‚patriotischen Geomorphologie‘, blieben auch landschaftliche Schönheiten nicht unerwähnt. Man fände „zum Theil schöne Buchenwälder, welche der Gegend einen reichen Schmuck gewähren“⁶⁰⁷. Zwar wurde auch auf die Tristesse der Landschaft eingegangen, jedoch in einer schauerlich ansprechenden Art und Weise. Wildnis, Moore und dichte Nebel, sowie schwarze Kreuze zum Andenken an in der Irre Umgekommener vermitteln eine emotional ansprechende Landschaft.⁶⁰⁸

Der Eindruck einer heilen, beinahe romantischen Eifelwelt wurde durch Abbildungen verstärkt. Von den fünf illustrierenden Holzstichen in dem Notstandsbericht zeigen drei Ausschnitte aus netten Städtchen, einer die Nürnberg bei Adenau und einer einen Eifelmaar. Von Hungersnot keine Spur. In der Stadt Aachen hatte man auch nichts von den Auswirkungen gespürt. Auf keiner Abbildung sind arme Menschen oder Menschen, die offenbar in Not waren, zu sehen (siehe Abb. 13). Dies ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass die Broschüre gleichzeitig als Spendenaufruf fungierte.⁶⁰⁹ Die Welt der Betroffenen, nämlich der Bauern, tritt hier deutlich in den Hintergrund. Der Grund für dieses Vorgehen könnte darin bestehen, dass das Hauptanliegen des Autors eine nachhaltige Entwicklung der Eifel motivieren wollte; und zu diesem Zweck schien ihm

⁶⁰⁷ Thomas: Nothstand, S. 3.

⁶⁰⁸ Ebd.

⁶⁰⁹ Thomas: Nothstand.

die Bekanntheit in der Öffentlichkeit von großer Bedeutung. Er erklärte in diesem Sinne: „Hoffen wollen wir, daß der jetzige traurige Nothstand auf der Eifel insofern zum Guten führt, als die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Eifel gelenkt wurde und man einsehen lernt, wie viel dort vernachlässigt wurde“⁶¹⁰. Neben dem Aufruf für private Spenden, verstand Thomas seine Schrift nämlich als Aufforderung an den Staat.⁶¹¹

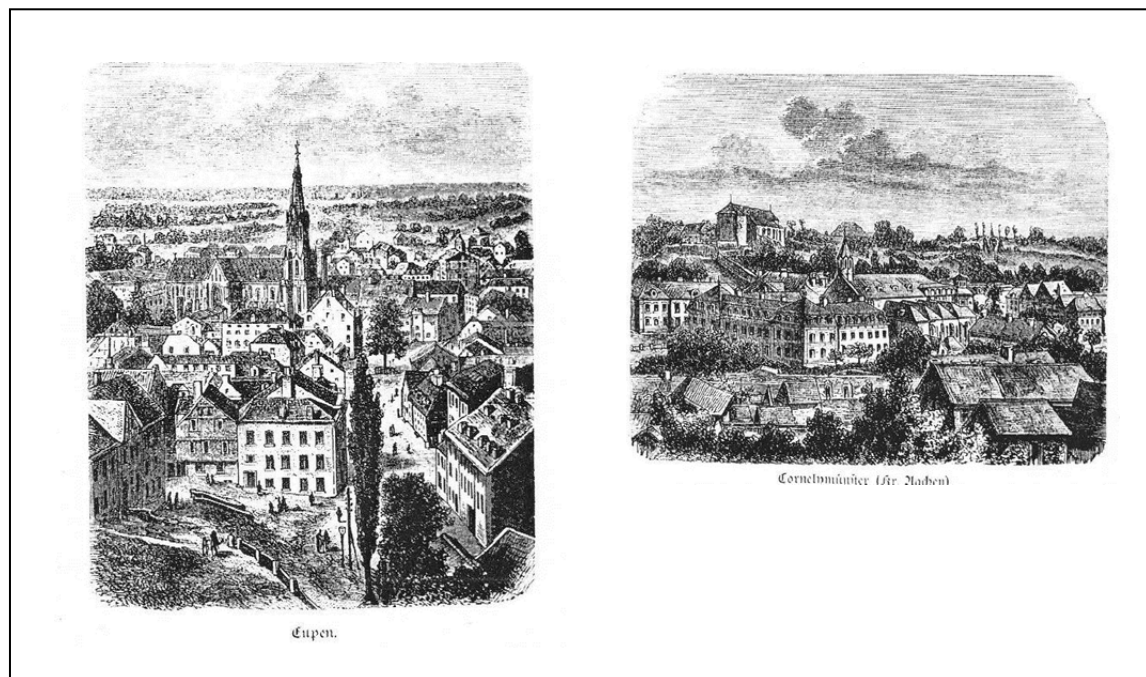


Abbildung 13: Holzstiche aus Franz Thomas Broschüre zum Notstand in der Eifel 1883

Der Hauptteil der Spezialberichterstattung aus der Eifel in der Kölnischen Zeitung wies in eine ähnliche Richtung. Kreis für Kreis wurden Geschichte, Kultur und Geographie, wie in einer Landeskunde, den Lesern vorgestellt. Da wurde von den Raubrittern von Kerpen oder von Marlborough in der Eifel berichtet, von den Jagdschlössern der Frankenkönige und der römischen Herrschaft und vielem mehr. Neben Vulkanismus und Maaren wurde auf aktuelle Kultur und Wirtschaft ausführlich eingegangen. Schulwesen, Kirmes, Verkehr, Hochzeitsbräuche und Mundarten standen in ebenso losem Zusammenhang mit dem Notstandproblem wie die antike oder geologische Geschichte.⁶¹² Die Unterrichtung des Zeitungspublikums in der Landeskunde der Eifel kulminierte dann im April in der konkreten Werbung für Touristen. Zwar sei die Eifel seit dem Bau der Bahnverbindung von Köln nach Trier in das Standardreiseprogramm des Bädikers („Rheinlande“) endlich aufgenommen, aber noch würde der Tourismus nur kleine Teile erreichen. Die Eifel verdiente es aufgrund ihrer Naturschönheiten, dass

⁶¹⁰ Ebd., S. 10.

⁶¹¹ Ebd.

⁶¹² Kölnische Zeitung, Februar und März 1883.

„der große Strom der Touristen auch einmal hierher gelenkt würde“⁶¹³. Während andernorts Heimatschützer wie Ernst Rudorff versuchten den Strom der Touristen aufzuhalten (z. B. am Drachenfels), wurde hier eindringlich darum geworben. Das Gebirgsland könnte „würdig dem Schwarzwald oder dem Thüringerwald an die Seite gestellt werden“⁶¹⁴. Reizende Flusstälchen, hübsche Burgruinen, gute Wandergelegenheit, landschaftliche Vielfalt waren einige der Vorzüge, mit denen die Eifel dem Touristen schmackhaft gemacht werden sollte. Auch an praktischen Hinweisen zur Durchführung der Reise mangelte es nicht. Es wurden Erreichbarkeit und Anreisemöglichkeiten vorgestellt sowie Unterbringung und Verpflegung (inklusive Preisen) in Gasthöfen zur „Ferien-Ausspannung“ positiv hervorgehoben.

Diese ersten Bemühungen um den Tourismus wurden 1888 mit der Gründung des Eifelvereins professionalisiert. Der Verein förderte von da an die landschaftliche und wissenschaftliche Erschließung der Eifel und hat ihr „durch andauernde Aufklärung in Wort und Schrift [...] einen Fremden- und Wanderverkehr zugeführt, der ihre Nahrungsquellen beträchtlich vermehrt“⁶¹⁵. Sicherlich entsprach seine Gründung dem Geist der Zeit; die Bemühungen um den Aufschwung nach der Hungerkrise 1883 hatten aber wohl auch ihren Anteil daran.⁶¹⁶ Jedenfalls wurde durch eine Förderung des Tourismus die Grundlage für eine wichtige Einnahmequelle der Region geschaffen.

3.3.6 Katastrophe oder inszenierter Hunger?

Die strukturellen Bedingungen und sich wiederholenden Missernten führten 1883 in eine ausgewachsene Hungerkrise für die Eifeler Bevölkerung. Von einer „Katastrophe“ kann man in dreierlei Hinsicht sprechen. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hatte im Sommer 1882 den gänzlichen Ruin der Region voraus gesehen. Falls keine erforderlichen Maßnahmen ergriffen würden, wäre die „Katastrophe“ nur noch eine Frage der Zeit. Tatsächlich traf sie schon mehrere Monate später ein.⁶¹⁷ In den 1920er Jahren sprach der langjährige Vorsitzende des Eifelvereins, Kaufmann, rückblickend auf den Winter 1882/83 von einer „Katastrophe“, die vollkommen vergleichbar mit den Hungerjahren Anfang des 19. Jahrhunderts gewesen sei. Ohne umfangreiche Hilfe von Außen wäre eine Hungersnot notwendige Folge gewesen. Drittens kann man an die Etymologie der Katastrophe bzw. den Gebrauch des Begriffes in der Theatersprache des 19. Jahrhunderts anknüpfend, die Hungerkrise von 1883 als „Wendepunkt“ begreifen.

⁶¹³ Kölnische Zeitung, 28.4.1883. *Aus der Eifel.

⁶¹⁴ Ebd.

⁶¹⁵ Kaufmann: Geschichte, S. 126.

⁶¹⁶ Ebd.

⁶¹⁷ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 7658, Blt. 556. Bericht auf das Rescript des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an das Präsidium des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen.

Durch die Hungerkrise ausgelöst, setzte eine umfassende Entwicklung der Region ein. Zwar waren zahlreiche Pläne zur Förderung der Eifel schon vorher vorhanden gewesen, doch den Anstoß zu einer weitreichenden Umsetzung gab erst der Winter 1882/83. In vielen Punkten ist man an heutige entwicklungspolitische Zusammenhänge erinnert. Nach der Hungerkrise wurden Brunnen gebohrt, aufgeforstet und die Landwirtschaft verbessert. Kleine Entwicklungsprojekte wie die Gründung einer Obstbauschule bei Bitburg waren keine Seltenheit. Die Infrastruktur wurde ausgebaut und der Tourismussektor angekurbelt. Wirtschaftliche Entwicklung anstelle von kurzfristiger Katastrophenhilfe war das Motto, das auch heute noch auf der entwicklungspolitischen Agenda ganz oben steht.⁶¹⁸ Wie schwierig die Entwicklung einer Region auch unter stabilen politischen Verhältnissen sein kann, zeigt die Eifel im 19. Jahrhundert nachdrücklich. Manchmal scheint es erst einer Katastrophe zu bedürfen, um eine nachhaltige Wende zu vollziehen.

Vor dem Hintergrund dieser umfassenden Entwicklungshilfe für die Eifel kann man der Frage nicht ausweichen, ob der Hunger vielleicht „inszeniert“ worden war. Der Redakteur Mükke hat mit einem Artikel in „Die Zeit“ 2003 auf diese Problematik aufmerksam gemacht. In seinem Aufsehen erregenden Bericht beschrieb er, wie Entwicklungshilfeorganisationen der Welt eine Dürrekatastrophe in Äthiopien verkauften, die gar nicht vorhanden war. Man wollte Gelder akquirieren.⁶¹⁹ Für die Verwaltungsinstitutionen der Eifel auf Kreis und Bezirksebene war die Hungerkrise, wie sich in der Folge zeigte, eine ausgesprochen gute Möglichkeit um Unterstützung einzuwerben. Gleichwohl finden sich keinerlei Hinweise darauf, dass falsche oder übertriebene Angaben gemacht wurden. Regelmäßige Kontrollen durch Visitationen verhinderten vermutlich schon im Vorfeld solche Täuschungsversuche. Zusätzlich wollten die verantwortlichen Beamten (z. B. die Landräte), ihren Verwaltungsbereich nicht zu schlecht aussehen lassen, da die Verhältnisse auch auf ihre Arbeit zurückfallen würden.

⁶¹⁸ Vgl. O’Grada: Famine, S. 1.

⁶¹⁹ Mükke: Hunger.

4 Wissenschaft, Politik und Katastrophenmoral: Das Hochwasser am Rhein im Winter 1882/83

Es war eine unvergessliche Wanderung. Der Rhein hatte großes Hochwasser mit Eisgang. Die Landstraße von Bonn nach Koblenz stand an vielen Stellen unter Wasser, die Rheindörfer waren derart überschwemmt, daß in den niederen Gassen nur noch die Dächer aus der Flut aufragten. Ich mußte häufig durch Felder und Weinberge weit seitab gehen und an den Bergvorsprüngen hinaufklettern, um vorwärts zu kommen. Ein gewaltiger Sturm brauste anfangs, und als er sich legte, fiel dicker Nebel ein. So war ich unter schweren Mühen bis zur einbrechenden Dunkelheit nur etwas über Andernach gekommen. Begegnende warnten mich, weiterzugehen, da die ganze Niederung gegen Koblenz überschwemmt sei. Das kümmerte mich nicht; ich glaubte das Wasser auch diesmal wieder umgehen zu können. Allein schon bei der Mündung der Nette sah ich mich plötzlich durch die Fluten umringt, die dieses sonst so harmlose Flößchen zum Rhein wälzte, wo der Abfluß durch Eismassen gestaut wurde. Es war stichdunkel geworden. Ich erreichte eine niedere Gartenmauer, die ich erstieg; allein auch sie war bald überschwemmt; da gelang es mir noch, einen nebenan stehenden Nußbaum zu erklettern. Dort saß ich hilfesuchend stundenlang, während die Wasser immer gewaltiger heranbrausten. Endlich wurden meine Rufe auf die Nettemühle gehört. Ein braver Mühlknecht drang mit einem Kahn zu mir herüber und befreite mich. Ich verbrachte den Rest der Nacht in der Mühle, aber mit Tagesgrauen war ich schon wieder auf den Beinen und setzte meinen Marsch bis Koblenz fort.⁶²⁰

Wilhelm Heinrich Riehl hat seine Wanderung durch das überschwemmte Mittelrheintal im März 1844 in seiner Novelle „Meister Martin Hildebrand“ literarisch verarbeitet.⁶²¹ Er erzählt uns anschaulich von zersprengten Fässern in den Kellern, wo sich der Rheinwein mit Rheinwasser vermischte; von einem toten Kind, das in seiner Wiege angespült wurde; von einem Kahn, der von der reißenden Wogen herumgewirbelt wurde; von Betroffenen, die ihre Kühe auf den Speicher schleppen mussten; von Obdachlosen, von deren Häusern jetzt nur noch „der Dachfirst einen Fuß hoch über die Wellen ragte“, und vermittelt ein detailliertes Bild von den möglichen Auswirkungen eines Hochwassers am Rhein.⁶²² Im Laufe des 19. Jahrhunderts war der Rhein zu einer vielfach genutzten Quelle literarischer Betrachtungen geworden; die Beschreibung eines Hochwassers wie bei Riehl gehört aber zu den absoluten Ausnahmen.⁶²³ Sie vermittelt

⁶²⁰ Riehl: Land, S. 201-241. Der Marsch ist verarbeitet in Kapitel 5: Hohe Fluth.

⁶²¹ Geramb: Wilhelm Heinrich Riehl, S. 127 f. Riehl: Land, S. 201-241. Der Marsch ist verarbeitet in Kapitel 5: Hohe Fluth.

⁶²² Ebd., 228 f.

⁶²³ Literarische Betrachtungen sind zumeist auf idyllischen Reisen („Grand Tour“) und im Zusammenhang mit der Rheinromantik entstanden. Siehe z. B. Rover: Vater Rhein. Eine Zusammenschau von Werken bedeutender Schriftsteller findet sich in: Schneider: Rhein. Lite-

einen für den Historiker wertvollen Eindruck über die Lebenssituation im Hochwassergebiet, der sich aus technischen Gutachten oder politischen Verordnungen kaum erschließt. Im Folgenden wird zunächst die Geschichte der bedeutendsten Rheinüberschwemmung des 19. Jahrhunderts auf der Basis von archivalischen Quellen und Zeitungsberichten dargestellt (4.1). Darüber hinaus steht die Frage im Vordergrund, wie Gesellschaft, Politik und Wissenschaft mit diesem Jahrhunderthochwasser umgingen (4.2 und 4.3).

4.1 Eine Sintflut im Herzen Deutschlands

In der preußischen Rheinprovinz, am Mittelrhein und oberen Niederrhein wurden Ende November 1882 die höchsten Wasserstände des 19. Jahrhunderts erreicht. Ende Dezember und Anfang Januar folgte ein zweites Hochwasser, das wieder für Schäden in Millionenhöhe sorgte, diesmal aber den Oberrhein (Hessen, Baden, Lothringen und Bayrische Pfalz) am schlimmsten traf. Zehntausende mussten während der Überschwemmungen ihre Häuser und Wohnungen verlassen. Teilweise wurden ganze Gemeinden evakuiert. Viele Gebäude wurden von den Fluten zerstört und Verluste von Menschenleben waren zu beklagen. Das größte Unglück passierte, als ein zur Rettung ausgesandter Kahn bei Oppau kenterte und über dreißig Insassen ertranken.⁶²⁴ Die Organisation der Hilfe wurde von Behörden und karitativen Einrichtungen geleistet.

4.1.1 Hydrologischer Hintergrund

Der bis dahin höchste Wasserstand des Jahrhunderts – nämlich der des Jahres 1845 – wurde am Koblenzer Pegel am 28. November bei einem Wasserstand von 9,20m um 10cm, am Kölner Pegel am 29. November bei einem Wasserstand von 9,52cm⁶²⁵ um 18cm, und bei Düsseldorf am 29. November bei einem Wasserstand von 8,93m um 42cm überschritten.

rarische Texte zu Hochwasserereignissen sind sehr selten. Eine Beschreibung von Vincenz von Zuccalmaglio über den Eisgang des Rheins bei Köln im Jahre 1784 und des Bonner Schriftstellers Helmut Schmidt über einen Eisgang Ende des 19. Jahrhunderts – neben dem zitierten Text von Riehl - die einzigen dahingehenden Darstellungen (siehe in: Cepl-Kaufmann & Johanning: Mythos, S. 147 ff.). Darüber hinaus gibt es ein längeres Gedicht (43! Strophen) von Clemens Brentano zu einem Eisgang an der Mosel im Februar 1830 (Herdes: Mosel-Eisgangs-Lied, S. 168 ff.).

⁶²⁴ Siehe z. B. Kölnische Volkszeitung, 4.1.1883, *Mannheim.

⁶²⁵ An den neuen Kölner Pegel angeglichen wären es entsprechend 10,52 m (vgl. Tab. 8).

Tabelle 3: Verlauf des Rheinhochwassers im November 1882 von Worms bis Emmerich⁶²⁶

	Rheinhochwasser Ende November 1882			
Pegelstandort	27. Nov	28. Nov	29. Nov	30. Nov
<i>Worms</i>	5,19m			
<i>Mainz</i>		5,95m		
<i>Bingen</i>		6,20m		
<i>Koblenz</i>		9,20m		
<i>Köln</i>			9,52m	
<i>Düsseldorf</i>			8,93m	
<i>Ruhrort</i>				8,96m
<i>Wesel</i>				7,90m
<i>Emmerich</i>				7,41m

Während am Oberrhein ein schweres Hochwasser ausblieb, waren die Gebiete der preußischen Rheinprovinz von Koblenz bis zur Ruhr besonders stark betroffen. Am Niederrhein, von der Ruhr rheinabwärts, war die Überschwemmung weniger bedeutend. Alle größeren Nebenflüsse im Bereich des Mittelrheins, also der Main, die Nahe, die Mosel und die Lahn führten auch Hochwasser⁶²⁷.



Abbildung 14: Wasserstandsmarken an einem Wohnhaus am Rheinufer von Urmitz (bei Koblenz) [Aufnahme Sept. 2008]. Die runde Marke (oben Mitte) erinnert an das extreme Hochwasser von 1882.

⁶²⁶ Quelle: Anweisung zur Verbreitung von Nachrichten über Hochwasserstände und Eisgang am Rhein und dessen Nebenflüssen in den Regierungsbezirken Trier, Coblenz, Cöln und Düsseldorf (Berlin 1886). Hervorgehoben sind die jeweiligen Pegelhöchststände.

⁶²⁷ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 3 f.

Das Wasser ging sehr schnell wieder zurück und stand am Koblenzer Pegel am 30. November 1882 nur noch bei 7,87 m. Durch eine plötzlich einsetzende Schneeschmelze Ende Dezember wurde ein erneutes Hochwasser ausgelöst. Diesmal wurde der Oberrhein von der Überschwemmung am schwersten getroffen. Wenngleich die höchsten Pegelstände des Jahrhunderts in Maxau und Mannheim nicht erreicht wurden, waren Deichbrüche mit katastrophalen Auswirkungen die Folge.

In Köln lag der Wasserstand am 1. Januar mit 8,94 m 58 cm unter jenem des November-Hochwassers, in Koblenz mit 8,34 m fast 86 cm darunter. Auch an Mosel und Main erreichte das Hochwasser nicht die Ausmaße wie noch im November. Die folgende Graphik zeigt den Verlauf der beiden Hochwasser entlang des Rheins in Relation zu den vorangegangenen Hochwasserereignissen entlang der Pegel von Konstanz bis Emmerich.

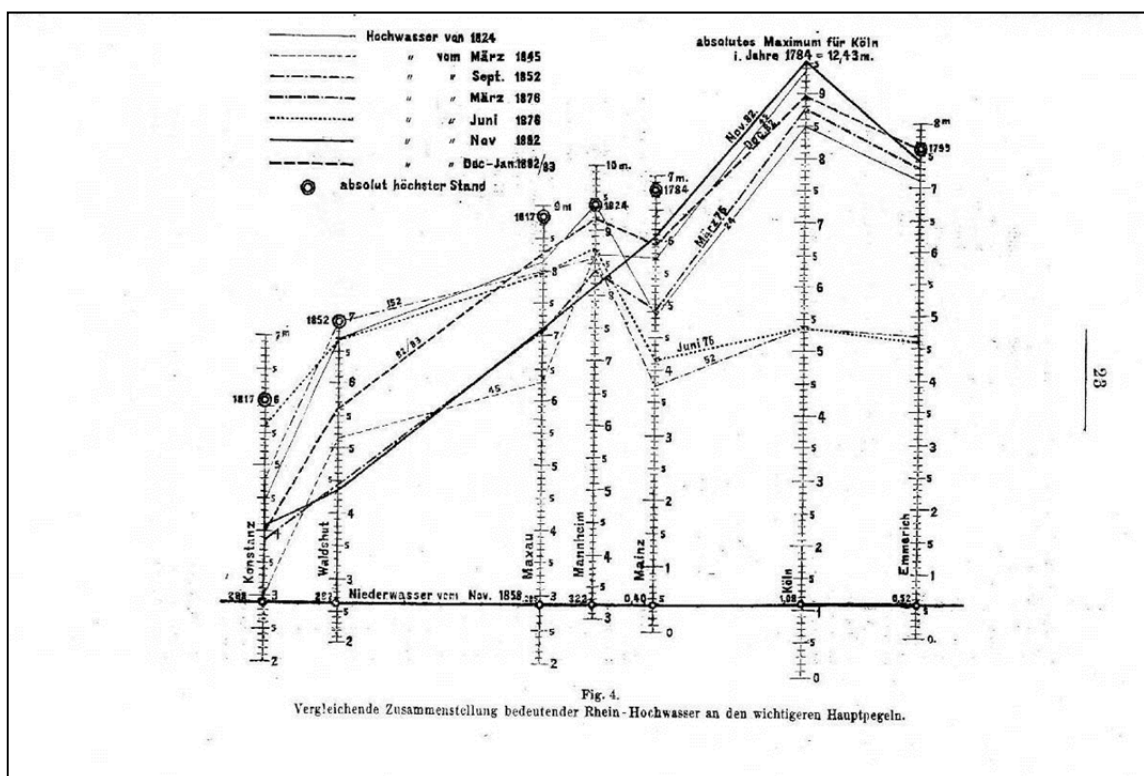


Abbildung 15: Hydrologischer Verlauf bedeutender Rheinhochwasser im 19. Jahrhundert⁶²⁸

Während das Novemberhochwasser zwischen Mainz und Köln das höchste des Jahrhunderts war, kann man bei dem Hochwasser zum Jahreswechsel von 1882/83 lediglich in der Summierung aller Pegeldaten von Waldshut bis Köln von einem Jahrhunderthochwasser sprechen.⁶²⁹ In historischen Dimensionen mag das Hochwasser

⁶²⁸ Quelle: Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 23.

⁶²⁹ Ebd., S. 24.

nicht zu den verheerendsten Katastrophen gehören, seine Auswirkungen waren aber dennoch schwerwiegend.

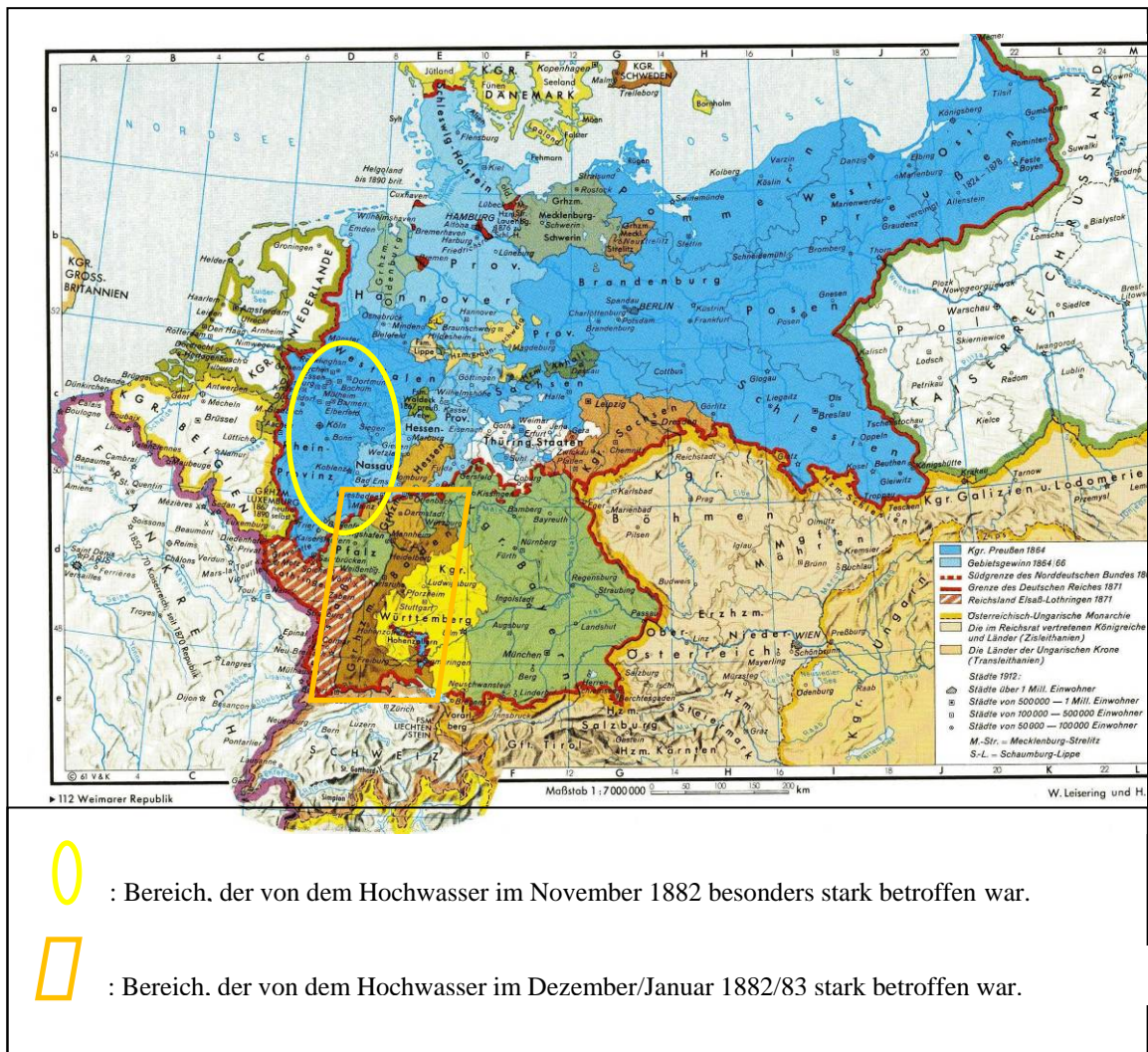


Abbildung 16: Das Territorium des Deutschen Kaiserreichs. Hervorgehoben sind die Regionen am Mittelrhein (Preußische Rheinprovinz, Hessen-Nassau) bzw. am Oberrhein (Baden, Elsaß, Pfalz, Hessen) die 1882/83 von den Hochwassern betroffen waren.⁶³⁰

4.1.2 Eindrücke aus dem Überschwemmungsgebiet

Und jetzt, Welch eine Wandlung voll Grauen und Entsetzen! Von Mainz und weiter hinauf bis hinunter nach Düsseldorf und weiter hinab ist der schöne friedliche Strom ein *wildbrausendes Meer* geworden. [...] Die letzte Novemberwoche 1882 wird in die Annalen der Rheinlande auf langehin mit Schreckensbuchstaben verzeichnet stehen – aus Millionen Herzen stieg empor: gebe Gott, auf

⁶³⁰ Kartengrundlage: Leising: Weltatlas, S. 93.

Nimmerwiederkehr. [...] Die Verheerung war freilich fürchterlich und spottet jeder Beschreibung⁶³¹,

hieß es in der Gartenlaube. Bei „tausend“ Familien sei die Sorge um das tägliche Brot eingezogen.⁶³² Wie auch schon nach dem Jahrhunderthochwasser von 1565⁶³³ wurde auch in anderen populären Schriften das Hochwassergebiet als Meer beschrieben: „Von Rastatt bis Mainz gleicht das Rheinthale [...] einem Meere“⁶³⁴; es war als ob eine „Sündfluth“ am Rhein stattfinden würde.⁶³⁵ In Mainz wurden vom bischöflichen Ordinariat Bittandachten für die „Abwendung der Wassernoth“ in den betroffenen Pfarreien angeordnet.⁶³⁶ Die kleinen Rheininseln wie Niederwerth bei Koblenz gingen in diesem Meer fast vollständig unter. In einem Visitationsbericht wurden die Zustände auf der Insel detailliert beschrieben:

An mehreren Tagen war ich persönlich auf der Insel und habe die Verwüstungen und Verheerungen mitangesehen. Nur noch sieben Häuser waren wasserfrei, die tiefer gelegenen Häuser standen bis zur 1. Etage vollständig unter Wasser und das Mobiliar schwamm in den Wohnungen herum. Das Vieh wurde anfänglich in Nothstätten auf höher gelegenen Punkten untergebracht, aber bei dem stets steigenden Wasser und der immer größer werdenden Fütterungsnoth blieb der beklagenswerthen Einwohnerschaft schließlich nichts mehr übrig, als das Vieh zu schlachten, um es nicht verhungern zu lassen. Viel Federvieh ist ertrunken und auch verschiedene Schweine umgekommen, die wegen des steigenden Wassers ohne Lebensgefahr nicht mehr zu retten waren. Wie sah es aber auf der Insel selber aus? Nur ein verschwindend kleiner Theil war wasserfrei aller Dünger weggeschwemmt, die Saaten zerstört und die Wiesen und Felder mit Schlamm und Unrath überdeckt.⁶³⁷

Der Ortsvorsteher Johann Kesselheim wurde, als wieder Normalität eingekehrt war, mit dem allgemeinen Ehrenzeichen für seine Verdienste während des Hochwassers

⁶³¹ Ebeling: Wassernoth, S. 50 f.

⁶³² Ebd., S. 51.

⁶³³ „Zwischen Köln und Nordsee war alles ein Meer“ hieß es nach dem Hochwasser von 1565 (Vereinigung Deutscher Gewässerschutz: Hochwasser).

⁶³⁴ Klausner: Erinnerungsblätter, S. 1.

⁶³⁵ Kölnische Zeitung, 30.11.1882; *Aus Erbach; (aus einem „Germania“ Artikel zitiert).

⁶³⁶ Kölnische Volkszeitung, 30.11.1882 und 7.1.1883, *Mainz. Nach dem zweiten Hochwasser wurde eine achttägige Bittandacht für alle Pfarrkirchen angeordnet. „Die durch die Ueberschwemmungen und die schlimmen Witterungsverhältnisse herbeigeführte und noch befürchtete Noth fordert uns dringend zum gemeinsamen öffentlichen Gebete auf“, hieß es in dem Schreiben des Ordinariats.

⁶³⁷ Koblenz, LHA, Best. 418, Nr. 739. Auszug aus einem Brief des Bürgermeisteramtes Valendar an die Rheinstrom-Bau-Verwaltung vom 1. Dezember 1882.

ausgezeichnet.⁶³⁸ Vom Staat bekam die Gemeinde ein Darlehen in Höhe von 2.500 Mark zur Behebung der Schäden.⁶³⁹

Die wirtschaftlichen Schäden, die durch das Hochwasser verursacht wurden, seien ganz erheblich, erklärte der Abgeordnete Bachem am 29. November.⁶⁴⁰ Gleichwohl war es fast unmöglich, die Höhe der Schäden, wie von der Administration gewünscht, konkret abzuschätzen. In diesem Sinne lautete ein Bericht aus St. Goar:

Die Größe der durch die Überschwemmungen angerichtete Schaden läßt sich zur Zeit nicht übersehen, alle Nachrichten aber lauten übereinstimmend dahin, daß die Verheerungen an Gebäuden, Feldern, Vorräthen und Geräthschaften ungeheure sind. Dazu sind Weinernte und Kartoffelernte, die Haupteinkommensquellen der Bewohner unserer Flußthäler, völlig mißraten, und der Winter steht vor der Tür!⁶⁴¹

Das Vieh musste mancherorts in den höher gelegenen Kirchen untergebracht werden.



Abbildung 17: Vieh in der Kirche⁶⁴²

Innenminister Puttkammer erklärte nach seiner Inspektionsreise in den Überschwemmungsgebieten, dass Ortschaften, bei denen Dammbüche stattgefunden

⁶³⁸ Berlin, GStAPK, I. HA, Rep. Geheimes Zivilkabinett jüngere Periode, Nr. 29367 (nicht paginiert); Puttkamer und Lucius an den Kaiser.

⁶³⁹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6661, Blt. 606.

⁶⁴⁰ Coblenzer Zeitung, 29.12.1882.

⁶⁴¹ Koblenz, LHA, Best. 638, Nr. 903. Auszug aus einem Brief der Bürgermeisterei St. Goar an die Regierung der Rheinprovinz vom 3. Dezember 1882.

⁶⁴² Klausner: Erinnerungsblätter, Anhang.

haben, im Allgemeinen schlimmer betroffen seien, weil die Flut dort rapide einsetzte. Zwar waren auch hier keine Menschen Opfer der Flut geworden⁶⁴³, aber es wurden Straßen, Brücken und Kommunikationswege unterbrochen. Insgesamt waren zwischen 120.000 und 150.000 Menschen von Wohnungsnot betroffen⁶⁴⁴. In Düsseldorf standen die Regierungsgebäude lange Zeit unter Wasser, was den Verwaltungsbetrieb dort erheblich behinderte.⁶⁴⁵ Auch einige Fabriken wie die „Rheinische Actien-Zuckerfabrik“ und die Baumwollspinnerei bei Köln mussten die Arbeit vorübergehend einstellen.⁶⁴⁶

4.1.3 Die Organisation von Hilfe

Selbst wenn die Schäden des Hochwassers kaum abschätzbar waren, wurde auf der Besichtigungsreise von Innenminister Puttkamer ein vorläufiger Dispositionsfond von 500.000 Mark der Rheinprovinz zur Verfügung gestellt. Diese Summe entsprach ungefähr 0,05 % der jährlichen Ausgaben des preußischen Staates.⁶⁴⁷ Im anteilmäßigen Vergleich müsste die Bundesregierung dafür heute 500 Millionen Euro aufbringen.⁶⁴⁸ Damit sollte die dringendste Not beseitigt werden. Ein entsprechendes Telegramm traf am Morgen des 1. Dezember im Präsidium der Rheinprovinz ein.⁶⁴⁹ Die Summe wurde ohne die Auflage der Rückzahlung zur Verfügung gestellt, um für Ernährung, Unterkunft, Bekleidung und Reinigung und Desinfektion der überschwemmten Wohnungen zu sorgen. In dem gleichen Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn von Bardeleben zu Koblenz, wurde diesem von Innenminister und Finanzminister nahe gelegt, auf eine „kräftige Beteiligung“ des Provinzialverbandes hin zu wirken, da die „bezügliche finanzielle Mitwirkung des Staates doch immer nur eine aushülfweise wird sein können“⁶⁵⁰. Tatsächlich erklärte sich der Provinzialverband in der Folge dazu bereit, eine Summe von 150.000 Mark sowie günstige Gemeindegeldkredite zur Verfügung zu stellen. Am 21. Januar 1883 wurde von der preußischen Regierung dann zusätzlich ein Gesetz verabschiedet, das drei Millionen Mark für die von der Überschwemmung Betroffenen zur Verfügung stellte.⁶⁵¹ Dieses Gesetz „betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der im Stromgebiete des Rheins durch die Hochwasser herbeigeführten Verheerungen“ hatte drei Ziele: Zum einen die

⁶⁴³ Erst bei dem zweiten Hochwasser war der Verlust von Menschenleben zu beklagen.

⁶⁴⁴ Berlin, GStAPK, Rep. 87 F, Nr. 2820. Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums vom 8. Dezember 1882.

⁶⁴⁵ Berlin, GStAPK, Rep. 87 F, Nr. 2820. Lucius an Puttkamer und Scholz.

⁶⁴⁶ Kölnische Volkszeitung, 2.12.1882, *Provinzielles.

⁶⁴⁷ Königliches Statistisches Bureau: Statistik, S. 154 f.

⁶⁴⁸ Siehe www.destatis.de. Die jährlichen Staatsausgaben liegen heutzutage um den Faktor 1.000 höher.

⁶⁴⁹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6645, Blt. 227. „Mit allerhöchster Genehmigung werden Ihnen morgen durch besondere Verfügung eine halbe Million zur Abhülfe der Noth überwiesen werden.“

⁶⁵⁰ Ebd., Blt. 183 f.

⁶⁵¹ Preußisches Abgeordnetenhaus, Drucksachen, Nr. 54, 1883, S. 827.

Erhaltung der betroffenen Personen im Haus- und Nahrungsstande; zweitens die Wiederherstellung der beschädigten Gemeindeanlagen und drittens die Rekonstruktion von Deichen und Uferschutzwerken.⁶⁵² Der größte Teil dieser Gelder wurde für die Erhaltung im Haus- und Nahrungsstande verwendet (knapp 1,3 Mio.), wobei nahezu die Hälfte der Gelder nur als Darlehen zur Verfügung gestellt wurde.⁶⁵³

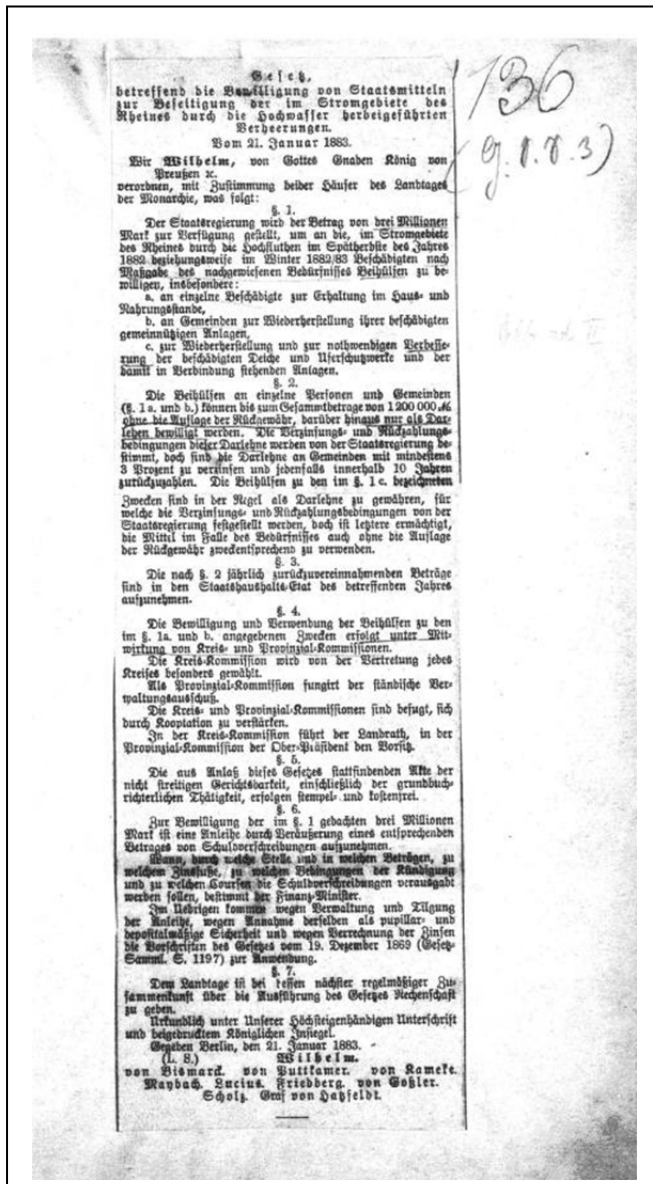


Abbildung 18: Preußisches Gesetz vom 21. Januar 1883⁶⁵⁴

Ein großer Anteil von Hilfsleistungen stammte darüber hinaus aus dem Bereich der privaten Wohltätigkeit. Der Reichstag, verschiedene eingerichtete Hilfskomitees, Frauenvereine, Kirchen, Zeitungen und viele andere sammelten Spenden zum Wohle der Überschwemmten. Einen Überblick über die Vielzahl der Geldquellen, aus denen

⁶⁵² Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6660, Blt. 1-10.

⁶⁵³ Preußisches Abgeordnetenhaus, Drucksachen, Nr. 120, 1883, S. 1660-1673.

⁶⁵⁴ Koblenz, LHA, Best. 441, Nr. 8130, Blt. 136.

nach dem Hochwasser Zuwendungen flossen, geht aus folgender Tabelle aus der Bürgermeisterei Ehrenbreitstein (bei Koblenz) hervor.

Tabelle 4: Spendeneingänge der Bürgermeisterei Ehrenbreitstein nach Fonds (in Reichmark)⁶⁵⁵

Bezeichnung der Fonds	Ehrenbreitstein	Pfaffendorf	Urbar	Zusammen	Anteile der Fonds (%)
<i>Reichsfonds</i>	367	433		800	5,40
<i>Amtsfonds</i>	2.691,23	1.329,71		4.000	27,01
<i>Staatsfonds</i>	530	1.150	150	1.830	12,36
<i>Provinzial-Unterstützungsfonds</i>	1.080	470		1.550	10,47
<i>Ober-Präsidial-Fonds</i>	183	137		310	2,09
<i>Bezirks-Fonds</i>	1.170	390		1.560	17,03
	900	61		961	
<i>Privatfonds</i>	2.893	831,35	40	3.764,35	25,442
<i>Summe</i>	9.815,05	4.802,06	190	1.4807,11	100

Die wichtigste zentrale Sammel- und Verteilungsstelle bildete das vom Oberpräsidenten geführte Zentralprovinzialkomitee der Rheinprovinz. Der größte Teil der dort eingegangenen Spenden, rund zwei Drittel, wurden zur Beseitigung privater Schäden und der Beschaffung von Saatgut verwendet wurde. Kurzfristige Hilfsmaßnahmen die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung sowie die Desinfektion von Wohnungen hatten demgegenüber nur etwa 10 % der Gesamtausgaben ausgemacht. Dieses Verhältnis erklärt sich durch drei Faktoren. Erstens waren die Verluste von Wertsachen unter der wohlhabenden Bevölkerung ungleich höher als unter der armen Bevölkerung. Zweitens erstreckte sich die Verteilung der Spendengelder auf mehr als zweieinhalb Jahre, die Verteilung von Nothilfe aber höchstens auf die ersten drei Monate. Drittens waren erhebliche Mengen an Lebensmitteln und Kleiderspenden eingegangen.

⁶⁵⁵ Koblenz, StA, Best. 655,10, Nr. 881 (nicht paginiert).

Tabelle 5: Verteilung der finanziellen Mittel des Zentralhilfskomitees der Rheinprovinz nach verschiedenen Verwendungszwecken (Angaben in Reichsmark)⁶⁵⁶

Private Schäden	Nahrungsmittel/Kleidung	Desinfektion/Trocknung ⁶⁵⁷	Saatgut	Arbeitsverdienst	Gemeindeanlagen	Summe
508.557	85.431	38.764	358.117	116.801	192.352	1.300.022
39,12%	6,57%	2,98%	27,55%	8,98%	14,80%	100%

Die Quote von 10 % wurde zudem dadurch noch (nach oben) verfälscht, dass die Unterstützung der Hilfsbedürftigen in den Eifelkreisen, die gar nicht von Hochwasser betroffen waren, hier mit eingerechnet worden war. Andernfalls betrüge die Quote nur noch knapp 6 % (davon 2,9 % für Lebensmittel und Kleidung). Im Kreis Trier lag der Anteil von Nahrungsmittelhilfe und der Beschaffung von Saatgut aufgrund der Hungerkrise durch Missernten in den Eifelkreisen bei über 60 %, also rund zehn Mal so hoch (siehe Tab. 6).

Tabelle 6: Verteilung der finanziellen Mittel des Zentralhilfskomitees der Rheinprovinz nach Regierungsbezirken (Angaben in Reichsmark)⁶⁵⁸

Regierungsbezirk	Nahrungsmitteln und Kleidung	Saatgut	Gesamte Beihilfe
<i>Koblenz</i>	4.300	96.570	372.901
<i>Köln</i>	8.000	44.000	285.266
<i>Düsseldorf</i>	18.775	97.146	356.292
<i>Trier</i>	53.605	76.395	210.962

Neben Geldspenden gab es eine riesige Menge von Sachspenden. Zehntausende Zentner Steinkohlen wurden an die notleidenden Ortschaften verteilt; außerdem Lebensmittel und Kleidung. Zumeist wurden die Waren über Unterstützungs-Komitees verteilt, teilweise gingen sie aber auch direkt von Spendern an betroffene Ortschaften. Im Großherzogtum Baden waren hauptsächlich Mehl, Getreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchte beim Landes- und bei den Bezirksunterstützungskomitees eingegangen. Außerdem wurden auch Reis, Graupen, Kaffee, Kekse, Schmalz, Brotfrucht, Tee, Zichorie, Brot, Fleisch, Rollgerste, Speck, Gelbrüben, Rotwein, Branntwein und Dickrüben gespendet.⁶⁵⁹ Die Bezirksunterstützungskomitees im Großherzogtum Baden

⁶⁵⁶ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr.6656, Blt. 401 f. Zusammenstellung der Unterstützungen durch das Central-Provinzial-Comite. Gedruckt in der Coblenzer Zeitung vom 26. August 1884.

⁶⁵⁷ Dies betraf vorwiegend Privatwohnungen der Geschädigten.

⁶⁵⁸ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr.6656, Blt. 401 f. Zusammenstellung der Unterstützungen durch das Central-Provinzial-Comite. Gedruckt in der Coblenzer Zeitung vom 26. August 1884.

⁶⁵⁹ Landes-Unterstützungs-Comite Großherzogtum Baden: Fürsorge, Beilage 3.

haben allein Brotfrucht, Kartoffeln und Mehl über 40.000 kg an Spenden angenommen und an die Bevölkerung verteilt.

Kleidungsstücke wurden Tausende gespendet: darunter Hemden (über 5.000), Unterhosen, Jacken, Mäntel, Halstücher, Kapuzen, Kleider und Röcke, Herrenhosen und -westen, Kinderkleider, Schuhe, Bettzeug und Bettbezüge, Handtücher, Taschentücher, Schürzen, Nacht- und Unterjacken sowie Hüte und Mützen. Auch Futtermittel und Saatgut wurden zentnerweise gespendet: Im Großherzogtum Hessen besonders Weizenkleie, Palmkuchen, Reismehl, Fleischfuttermehl, Sommerkorn, Sommerweizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Wicken, Mais, Luzerne, Deutscher Rotklee und Esparsette – zusammen im Wert von fast 500.000 Mark⁶⁶⁰.

In den Gabenverzeichnissen des Zentralprovinzialkomitees der Rheinprovinz reichte das Spektrum der eingegangenen Sachspenden von Weizen, Roggen, Erbsen, Gerste, Hafer, Getreide und Kartoffeln über Stroh und Heu, Rindermehl, Wurzeln und Futtermehl bis hin zu Kohlen, Kleidungsstücken, Decken, Teppichen, Schuhen und Wollsachen. Die Verteilung erfolgte an die unterschiedlichsten Institutionen auf allen Ebenen: vom Regierungspräsidium über die Landratsämter und Bürgermeistereien bis hin zu den Frauenvereinen, kirchlichen Einrichtungen (z. B. den Pfarreien, Diakonissen-Schwester oder den Franziskanerinnen) sowie den Hilfskomitees der Regierungsbezirke.⁶⁶¹ Aus den einzelnen Gemeinden kamen Anfragen, die durch die jeweilige Bezirksregierung an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz von Bardeleben – der auch gleichzeitig der Präsident des Zentralhilfskomitee war – weitergeleitet wurden, wie zum Beispiel dieses Telegramm vom 17. Dezember 1882:

Sendung von Kleidung, Woldecken, Getreide erwünscht, An (1) Bürgermeisteramt Lüderich (bei Wesel). Für drei Gemeinden, 60 Familien. (2) Ortsvorsteher Brunig zu Menzelen, 50 Familien, (3) Bürgermeister Schmitz zu Offenbach Lahnhof Rheinberg, 30 Familien, (4) Landrath xy zur Vertheilung an 14 Gemeinden, 400 Familien, (5) Bürgermeisteramt Dorwegen für 57 Familien, (6) Bürgermeisteramt Kriserswerth, 40 Familien.⁶⁶²

Oder dieses vom Präsidenten des Regierungsbezirkes Köln, Bermuth vom 18. Dezember 1882:

„Bitte Getreide in beliebiger Quantität nach Bonn an Landrath von Sandt zu senden“⁶⁶³.

So viele Spenden es auch gab: Die Verteilung lief nicht überall reibungslos ab. Besonders den staatlichen Behörden wurde vorgeworfen, zu lange zu warten bis

⁶⁶⁰ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6654, Blt. 95. Landescomite Großherzogtum Hessen: Rechenschaftsbericht, S. 5 (gedruckt). Anlage B.

⁶⁶¹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 401 f. Zusammenstellung der Unterstützungen durch das Central-Provinzial-Comite. Gedruckt in der Coblenzer Zeitung vom 26. August 1884.

⁶⁶² Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6645, Blt. 763.

⁶⁶³ Ebd., Blt. 761.

Unterstützungsgelder letztlich flossen. In der Kölnischen Zeitung wurde zum Jahresbeginn 1883 in einem Titelseitenartikel auf unverzügliche Hilfe gedrängt. „In zwei Monaten, wenn der betreffende Gesetzentwurf vielleicht fein fertig wäre, könnten die armen Notleidenden erfroren und verhungert sein. Sonst ist man ja im Ueberschreiten der Credite nicht immer grade übertrieben ängstlich.“⁶⁶⁴ Es sei fünf Wochen her, dass der Innenminister persönliches Engagement durch seinen Besuch bewiesen habe, seitdem habe man aus Berlin nichts mehr gehört. Nur durch die Privatwohlthätigkeit sei das schlimmste Elend und die Ausbreitung von Seuchen verhindert worden.⁶⁶⁵ Dieser „gehässige Artikel“ wurde in einer vertraulichen Besprechung des Staatsministeriums thematisiert, obgleich eine Richtigstellung in der Kölnischen Zeitung schon am nächsten Tag erschienen war.⁶⁶⁶ Gleichwohl wurden noch im Sommer 1883 bittere Klagen laut, dass die versprochenen Entschädigungen ausblieben. „Es ist unbegreiflich“, hieß es in einem Zeitungsartikel, „daß nun nach einem halben Jahre diese Hilfe noch nicht thatsächlich geleistet wurde.“⁶⁶⁷ Es wurde an die schnelle Bewilligung von Fonds durch den Kaiser erinnert, die letztendlich zu wenig geführt hatte. Für diejenigen, die auf dieses Geld vergeblich warteten, erhöhe sich mit jedem Tag die Chance „Wucherern und Halsabschneidern“ in die Hände zu fallen.⁶⁶⁸ Die starke Bürokratisierung der Verteilung von Hilfsgeldern, vor allem aus staatlicher Hand, forderte den Preis der langen Ausgabezeiten. Da überall erst einmal Schäden festgestellt sein und beantragt sein wollten, verging oft schon die erste schwierige Zeit ohne Zuwendungen. Das Vorgehen des Lokalkomitees in der Kreisstadt Bensheim machte in dieser Beziehung Schlagzeilen. Es hatte ein Magazin für die „eingehenden Liebesgaben“ angelegt und dasselbe war schön geordnet und verwaltet worden, während in den „überschwemmten Gemeinden bittere Noth herrschte“⁶⁶⁹. Darüber hinaus war für das Magazin ein Verwalter mit einem Tagessatz von 8 Mark eingestellt worden. Die Kölnische Volkszeitung quittierte die Vorgänge mit dem Ausruf: „Es lebe die Bureaukratie im Kreise Bensheim“⁶⁷⁰. Im Übrigen war für die Notversorgung mit Lebensmitteln allerdings durchweg gesorgt. In den ersten Notzeiten schien es häufig schwieriger, die gewährten Fonds auch auszugeben. Innerhalb von kurzen Fristen mussten Gemeinden Vorschläge erbringen, wer in besonders hilfsbedürftiger Lage sei und für eine Unterstützung in Frage komme.⁶⁷¹ Wer sich rechtzeitig meldete, konnte mit

⁶⁶⁴ Kölnische Zeitung, 2.1.1883, 2. Blatt.

⁶⁶⁵ Ebd.

⁶⁶⁶ Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Acta Borussica, S. 122. Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 4.1.1883.

⁶⁶⁷ Berlin, GStAPK, Rep. 87 f., Nr. 2820, Artikel „Die Politik“ aus dem Börsen Courier vom 17. Juli.

⁶⁶⁸ Ebd.

⁶⁶⁹ Kölnische Volkszeitung, 12.2.1883, *Aus Hessen.

⁶⁷⁰ Ebd.

⁶⁷¹ Stadtarchiv Koblenz, Rep. 655, 10 Nr. 881. Schreiben des Regierungspräsidenten vom 19. Dezember 1882 an den Landrat.

der zeitnahen Ausgabe der Hilfsgüter rechnen. In Capellen (Mosel) hatte man es zum Beispiel nicht für nötig befunden einen öffentlichen Hilferuf erfolgen zu lassen. Man vertraute auf die Behörden und wurde nicht enttäuscht. In einem Schreiben vom 14. Februar (also sechs Wochen nach dem zweiten Hochwasser) sprach man sich dahingehend aus, dass die Erwartungen, die an die Behörden gestellt waren „im reichen Maßstabe erfüllt wurden. Herr Bürgermeister v. Brandt hat sich den Dank der ganzen Gemeinde Capellen erworben durch die unermüdliche Thätigkeit, mit der er den Schaden festgestellt, sowie durch die reichen Liebesgaben, deren gerechte Verteilung er persönlich überwacht und besorgt hat“⁶⁷².

Nicht alle Hilfsleistungen durchliefen das Verwaltungssystem. Insbesondere informelle Nachbarschaftshilfe in ihren vielen Ausprägungen wurde hier nicht widerspiegelt, obwohl sie eine wichtige Rolle spielte: „Nicht gerechnet [...] sind die überaus zahlreichen Spenden Einzelner an einzelne Geschädigte, sei es in Geld, sei es in Naturalien, nicht gerechnet ist der Aufwand an persönlicher freiwilliger Thätigkeit, die in so segenreicher Wirksamkeit sich entfaltet“, kommentierte das Landeskomitee zur Unterstützung der vom Hochwasser Betroffenen im Großherzogtum Hessen die offiziellen Spendenzahlen.⁶⁷³



Abbildung 19: Helfer im Einsatz bei Mainz⁶⁷⁴

4.1.4 Findige Händler

Jedoch war selbstlose Hilfsleistung nicht überall verbreitet. So finden sich auch Fälle, in denen einzelne die allgemeine Not zu ihrem Vorteil auszunutzen versuchten. Die

⁶⁷² Koblenz, LHA, Best. 441, Nr. 8125, Blt. 231.

⁶⁷³ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6654, Blt. 95. Landescomite Großherzogtum Hessen: Rechenschaftsbericht, S. 5 (gedruckt), S. 5.

⁶⁷⁴ Ebeling: Wassernoth, S. 48.

verstärkte Werbung für Wasserpumpen und -spritzen kann den Unternehmern allerdings kaum vorgehalten werden.⁶⁷⁵ Es wurde für Wasserstrahlpumpen von einer Actien-Gesellschaft Schäfer und Walcker aus Berlin geworben; für Kellerpumpen zum Preise von 40-135 Mark von der Maschinenfabrik und Eisengießerei A. Döring in Sinn. Ein Maschinenfabrikant aus Hannover warb für leistungsstarke und leicht handhabbare Rotations-Pumpen und California-Pumpen.⁶⁷⁶ Moralisch fragwürdiger war das Verhalten eines englischen Unternehmens, das Wasserschwammfilter in Anbetracht von verseuchtem Trinkwasser zu vertreiben versuchte. Mit dem Hinweis auf die vorhandene Typhusepidemie (die es eigentlich nicht gab!) bot die Londoner Firma in einer Werbeannonce einen besonderen Eisenschwammfilter ein. Dies sei „das einzige bekannte Mittel, solchen Krankheiten vorzubeugen“⁶⁷⁷. Aus Rücksicht auf den Notstand liefere man in die ganzen Rheinlande diese Filter gegen Barzahlung zu „hiesigen Preisen“⁶⁷⁸.

Manch eine der Werbeaktionen lud eher zu einem Augenzwinkern ein, als dass sie tatsächlich auf eine Gefährdung der Solidarität hinweist. So berichtete die Neuwieder Zeitung am 15. Januar 1883 von einem Berliner Kaufmann, der der Stadt Neuwied 1.000 Töpfchen Pomade zum halben Preis anbot. Durch diese „eigene Art der Wohltätigkeit“ könne die Stadt 500 Mark durch Weiterverkauf der Pomade erzielen.⁶⁷⁹

Problematisch war auch die Betreibung der Nachen zu Verkehrszwecken. Hier hatte man aus den Erfahrungen des Hochwassers von 1876 schon gelernt. Von Seiten der Kahnführer seien „vielfach Prellereien“ vorgekommen⁶⁸⁰. Der gewerbsmäßige Verkehr mit Nachen wurde deshalb innerhalb der Stadt Neuwied während des Hochwassers 1882/83 durch eine aus 16 Paragraphen bestehende Polizeiordnung geregelt. Darin waren alle Fahrpreise für bestimmte Strecken, Zeiten und Personenzahl angegeben.⁶⁸¹ Ein Auftreten von Zuwiderhandlungen ist aus den Quellen nicht zu erschließen.

Am Oberrhein in der Gegend von Worms benutzten Viehhändler die Gelegenheit, um ihre Bestände günstig aufzustocken, indem sie von in Not geratenen Besitzern das Vieh aufkauften. Als Reaktion darauf ließ Bürgermeister Küchler (Worms) „große Plakate an den Straßenecken aufschlagen, worin er die Bedrängten darauf aufmerksam machte,

⁶⁷⁵ So schrieb zum Beispiel die Firma Adolf Pieper die Bürgermeisterei Neuwied an, um ihr Angebot von Pumpen vorzustellen. Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1153 (nicht paginiert): „Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir meinen Catalog über fahrbare Wasserpumpen und Spritzen zu übersenden für den fall daß sich solche Instrumente durch das viele Wasser der letzten Zeit erwünschenswerth machen sollten.“ Außerdem gab es viele Werbeannoncen in den Zeitungen.

⁶⁷⁶ Coblenzer Zeitung vom 4. Dezember und 7. Januar.

⁶⁷⁷ Annonce in der Coblenzer Zeitung vom 11.12.1882.

⁶⁷⁸ Ebd.

⁶⁷⁹ Neuwieder Zeitung, 15.1.1883.

⁶⁸⁰ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1150. Notiz vom 29. März 1876.

⁶⁸¹ Neuwieder Zeitung, 29.12.1882.

dass ein richtiger Viehstand ein Haupterfordernis ihres Hauswesens sei, und das gerettete Vieh unentgeltlich gepflegt würde“⁶⁸². Darüber hinaus wurden darin die Viehhändler vor „betrügerischem Ankauf“ durch die „Hyänen des Unglücks“⁶⁸³ gewarnt. Bei Missachtung drohten gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen. Die Polizei wurde angewiesen „den Aufkauf von Vieh auf’s genaueste zu überwachen und überall da, wo derselbe sich als Ausbeutung der Nothlage charakterisirt, Anzeige zu erstatten, damit wo möglich Bestrafung der Schuldigen veranlaßt werden kann“⁶⁸⁴.

Auch Kartoffelhändlerinnen hatten auf dem Markt in Worms die Preise in „ungerechtfertigter“ Weise erhöht. Indem aus höher gelegenen Dörfern große Mengen von Kartoffeln auf die Märkte geliefert wurden, konnten diese Händlerinnen ihre Wucherpreise nicht aufrecht erhalten.⁶⁸⁵ Solche Preiserhöhungen wären zwar unter „normalen“ Knappheitsbedingungen die ökonomische Regel, in Notzeiten werden sie aber sozial nicht geduldet. Der amerikanische Ökonom Kunreuther hält hier soziale und psychologische Faktoren für maßgeblich: “to eliminate a source of demand for some commodities, thereby tending to keep prices lower than they would be if the same conditions of scarcity arose in a more normal impersonal market situation”⁶⁸⁶. Dies geschieht vornehmlich durch Unterstützung von außen; im Beispiel also durch die Kartoffellieferungen aus den umliegenden Dörfern. Außerdem erhöhen Händler in der Regel nicht die Preise – wohl aus moralischen Gründen⁶⁸⁷. Die staatlichen Organe waren nicht nur in dieser Richtung wachsam. Auch unsichtbaren Gefahren, wie der Ausbreitung von Seuchen, wurden staatliche Verordnungen entgegen gesetzt.

4.1.5 Seuchenprävention und Hygiene

„Die Gefahr der Entstehung und Verbreitung des Typhus“ sei eine „öffentliche und gemeinsame“, hieß es in einem Artikel der Kölnischen Volkszeitung.⁶⁸⁸ Am 5. Dezember wurde in der Coblenzer Zeitung konstatiert, dass die schlimmste Folge des Hochwassers die Gefährdung der Gesundheit in den überschwemmten Wohnungen sei. Konkret wurde der gelbe Schlamm, der sich in den Wohnungen abgelagert hatte, sowie

⁶⁸² Wiener: Rhein, S. 145. Der Hinweis auf dieses ordnende Eingreifen von Seiten des Bürgermeisters ist wohl Beleg genug dafür, dass es tatsächlich Viehhändler gab, die versuchten die Situation auszunutzen. Lediglich die stark abfällige Beurteilung des Autors, der sie als „Hyänen des Unglücks“ bezeichnet, scheint in ihrer Verallgemeinerung übertrieben wertend.

⁶⁸³ Ebd.

⁶⁸⁴ Kölnische Volkszeitung, 9.1.1883.

⁶⁸⁵ Wiener: Rhein, S. 145-146.

⁶⁸⁶ Kunreuther: *Economis*, S. 79.

⁶⁸⁷ Ebd., S. 79 f. Diese Zusammenhänge gelten im Notfall für alle kritischen Güter: wenn beispielsweise Wohnmöglichkeiten werden, wird der Druck von der Ressource genommen, indem die Leute bei Verwandten, Bekannten oder Nachbarn aufgenommen werden. Grundsätzlich setzt in der Katastrophenzeit die *ökonomische Funktion von Angebot und Nachfrage* aus.

⁶⁸⁸ Kölnische Volkszeitung, 31.12.1882, *Ueber Versicherung gegen Wasserschaden.

die Benutzung feuchter Schlafräume als gesundheitsschädlich angesehen. Damit also nicht ein Heer von Krankheiten als „Begleiter jeden Nothstandes“ sich verbreiten würde, wurden entschiedene Maßnahmen ergriffen.

Hauptziel waren die Trocknung und Desinfektion der überschwemmten Wohnungen. Jene wurden durch extra eingerichtete Sanitätskommissionen kontrolliert. Um die Sanitätskommissionen zu unterstützen, sollten Lokal- und Bezirkskommissionen eingesetzt werden. Die Finanzierung der Gesundheitskontrolle wurde durch das geplante Gesetz zur Beseitigung der Hochwasserschäden übernommen. Insbesondere sollten Krankheiten wie Typhus, Ruhr und Diphtherie gemeldet werden.

In einer polizeilichen Bekanntmachung der Coblenzer Zeitung vom 3. Dezember 1882 wurde darauf hingewiesen, dass Wohn- und Schlafräume erst nach vorheriger Reinigung und Austrocknung benutzt werden dürfen. Wie dieser Reinigungs- und Trocknungsprozess von statten gehen soll, wurde genau erklärt. Zunächst müssten die Wohnungen und Fußbodendielen mit klarem, heißen Wasser und Chlorkalk abgerieben werden, das feuchte Fußbodenmaterial unter den Dielen sollte dann durch trockenen Boden (am besten Sand) ersetzt werden. Zwecks Trocknung sollte dann die Wohnung bei offenen Fenstern durchgeheizt werden. Falls in Ausnahmefällen Wohnungen vor vollständiger Austrocknung genutzt werden, wurde darauf hingewiesen, nicht in feuchten Räumen zu schlafen. War man jedoch auf die Nutzung der Räumlichkeiten zwingend angewiesen, sollte man sich durch Laken und Bretter vor der Feuchtigkeit zu schützen.⁶⁸⁹ Zur Trocknung der Wohnungen wurden eiserne Körbe empfohlen, in denen Koks verbrannt werden. Die Körbe sollten auf eine Schicht Sand am Boden gestellt werden und von Zeit zu Zeit an den Wänden weitergerückt werden. Der Sand erhitzte sich und fördere die Austrocknung. Allerdings bestehe bei dieser Methode die Gefahr von Kohlenoxydvergiftungen. Deshalb sollte die Anwendung unter polizeilicher Aufsicht und nur tagsüber durchgeführt werden.⁶⁹⁰ Um Viehseuchen zu verhindern, seien darüber hinaus die Stallungen auf die gleiche Weise wie die Wohnungen zu reinigen und zu lüften. Außerdem sollte das nass gewordene Futter ausgetauscht werden. Ferner mussten Plätze, Straßen, Keller und Brunnen, nachdem das Wasser entfernt worden war, gereinigt werden.⁶⁹¹

Die vom Niederrheinischen Verein für öffentliche Gesundheitspflege zur Desinfektion der Keller empfohlene Karbolsäure hatte einige Probleme verursacht, weil der Karbolgeruch Lebensmittel und Futtermittel ungenießbar machte. In Beuel, Combahn, Rheindorf und Geusen sowie Geislar und Limerich führte die Abneigung der Bewohner

⁶⁸⁹ Preußisches Abgeordnetenhaus, Drucksachen, Nr. 54, 1883, S. 827-841. Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der im Stromgebiete des Rheines durch die Hochwasser herbeigeführten Verheerungen und Begründung desselben.

⁶⁹⁰ Ebd.

⁶⁹¹ Coblenzer Zeitung, 3.12.1882. Bekanntmachung des königlichen Landraths und Polizeidirector Frhr. von Frentz.

gegen die Desinfektion der Wohnungen mit roher Karbolsäure zu direktem Widerstand. In diesen Orten konnten von vierhundert überschwemmt gewesenen Häusern nur 218 durch die Sanitätskommission desinfiziert werden. Besser geeignet sei die von Sanitätskommissionen eingesetzte Lösung von Chlorkalk und Eisenvitriol. Im Regierungsbezirk Köln waren insgesamt 1.351 Häuser auf diese Weise renoviert worden.⁶⁹²

Der „Minister der geistigen Angelegenheiten“ (Gesundheitsminister) berichtete dem Kaiser ausführlich über die Arbeit der eingerichteten Sanitätskommissionen. Jene hätten alle Wohnungen einzeln geprüft, um in bedrohten Bezirken deren Räumung zu veranlassen.

Durchgehends bezogen sich die in dieser Richtung getroffenen sanitären polizeilichen Maßregeln auf das ausputzen, resp. Ausschöpfen der Keller auf Wegschaffung des angesammelten Schlammes, Austrocknung und Desinfection[...]. Bei größeren Reparaturen oder bei Baufähigkeit der Häuser ist wegen Räumung der Wohnungen dem augenblicklichen Wohnungsmangel durch Errichtung von Baracken oder ähnlichen Notheinrichtungen abgeholfen worden.⁶⁹³

So mussten in Mülheim und Worringen viele Familien in provisorisch errichteten Holzbaracken untergebracht werden.⁶⁹⁴

Zur Aufrechterhaltung der Versorgung mit sauberem Trinkwasser wurden entsprechende Wasserleitungen gelegt. In Koblenz waren die Brunnen aufgrund chemischer Untersuchungen Mitte Dezember geschlossen worden.⁶⁹⁵ Sogar die Idee von „Miasmen“ war in dem General-Bericht zum öffentlichen Gesundheitswesen im Regierungsbezirk Köln zu finden.⁶⁹⁶ So warnte ein Dr. Brühl, dass die Überschwemmungen im Siegkreise Tümpel und Lachen zurückgelassen hätten, in denen sich „im Laufe des Frühjahres [...] Miasmen bilden und die in diesen Niederungen die Felder bearbeitenden Bewohner befallen werden.“⁶⁹⁷ Dies zeigt, dass die bahnbrechenden Ergebnisse der Forschungen Robert Kochs, der in diesem Jahr die Cholera-Bakterien identifiziert hatte, noch nicht überall anerkannt waren.

Weiterhin wurde bemerkt, dass die Bewohner in häufig überschwemmten Ortschaften die gesundheitlichen Gefahren unterschätzen, weil sie sich an die Schäden gewöhnt haben. Von offizieller Seite aus war man sich „über Dringlichkeit und Größe dieser

⁶⁹² Schwarz: General-Bericht, S. 38.

⁶⁹³ Berlin, GStAPK, I.HA, Rep. Geheimes Zivilkabinett jüngere Periode; Nr. 29367. Brief des Ministers für geistliche Angelegenheiten an den Kaiser.

⁶⁹⁴ Schwarz: General-Bericht, S. 36.

⁶⁹⁵ Coblenzer Zeitung, 14.12.1882.

⁶⁹⁶ Ackerkencht: Geschichte, S. 24.

⁶⁹⁷ Schwarz: General-Bericht, S. 39.

Gefahr“⁶⁹⁸ nicht einig. Allerdings wurde konstatiert, dass es auch bei größeren Überschwemmungen am Rhein in der Vergangenheit nicht zu Epidemien gekommen ist.⁶⁹⁹ In einer Studie für Nordamerika bestätigt sich diese Auffassung tendenziell. Demnach standen zwischen 1920 und 1936 lediglich 2 % der Typhusausbrüche mit Überschwemmungen in Zusammenhang.⁷⁰⁰ Vor diesem Hintergrund erscheinen die getroffenen Hygienemaßnahmen ausgesprochen penibel und erinnern in ihrer Rigorosität an die alttestamentarischen Vorschriften zum Aussatz an Häusern.⁷⁰¹

Durch die ausreichende Versorgung von Hilfsbedürftigen mit Nahrungsmitteln durch Suppenküchen etc. seien auch bei der ärmeren Bevölkerung nirgendwo typhusartige Krankheiten aufgetreten. Die Gesundheitslage sei laut ärztlichen Berichten in Ordnung. „Einzelne akute Erkrankungen waren allgemeine und keineswegs auf die überschwemmt gewesenen Ortschaften beschränkt“⁷⁰². Dies wurde als großer Erfolg und „als das Ergebnis der energischen Durchführung der prophylaktischen Maßregeln seitens der Behörden“ gepriesen. Auch die staatliche und private Fürsorge wurde hier positiv erwähnt. Durch die Einrichtung von Suppenanstalten seien Speisen auch an die ärmere Bevölkerung verteilt worden, so dass sich auch hier „nirgends typhöse Krankheiten entwickelten, wie sie unter ähnlichen Verhältnissen oft bei unzulänglicher Ernährung hervortreten“⁷⁰³. Einem „eigentlichen Nothstande“ unter Betroffenen sei so wirksam vorgebeugt worden.⁷⁰⁴

Um einen detaillierteren Eindruck aus dem riesigen Überschwemmungsgebiet zu bekommen, werden nachfolgend zwei betroffene Orte am Mittel- und Niederrhein fokussiert. Sowohl Neuwied (bei Koblenz) wie auch Longerich (bei Köln) waren durch das Hochwasser in einen Ausnahmezustand versetzt worden. Während in Neuwied nahezu alle Häuser überschwemmt worden waren, ohne dass ein Deichbruch stattgefunden hatte, brachen in der Bürgermeisterei Longerich die Deiche und viele Familien mussten evakuiert werden.

⁶⁹⁸ Haus der Abgeordneten, Drucksachen, Nr. 54, 1883, S. 841 (Anlage C). Brief vom 1. Januar 1883 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, von Bardeleben; unterzeichnet von Goßler. (Der Brief ist in der Coblenzer Zeitung am 9. Januar 1883 vollständig abgedruckt worden.)

⁶⁹⁹ Ebd.

⁷⁰⁰ White: Human Adjustment, S. 64.

⁷⁰¹ siehe A.T., Lev.14,33-14,57, „Der Aussatz an Häusern“. Auch hier werden die Räumung von unreinen Häusern, regelmäßige Inspektion (durch den Priester) und gründliche Reinigung vorgesehen. Möglicherweise spielte die Erinnerung an die Choleraepidemien von 1866 und 1871 eine Rolle in der Sensibilisierung (Ackerknecht: Geschichte, S. 24).

⁷⁰² Haus der Abgeordneten, Drucksachen, Nr. 54, 1883, S. 841 (Anlage C). Brief vom 1. Januar 1883. Siehe auch Neueste Mittheilungen, Nr. 59, 30. Mai 1883, S.3: „Im Januar und Februar fanden zwar Erkrankungen an Typhus in den Kreisen des Koblenzer Regierungsbezirks Altenkirchen, Neuwied, Kreuznach und Simmern statt. Aber diese Fälle blieben vereinzelt und waren auch nicht auf die Ueberschwemmungen zurückzuführen.“

⁷⁰³ Ebd.

⁷⁰⁴ Ebd.

4.1.6 Zum Beispiel: Neuwied

„Rhein und Mosel haben den höchsten Wasserstand dieses Jahrhunderts erreicht. Neuwied steht unter Wasser. Pioniere sind zur Rettung dahin, Unglücksfälle bisher nicht gemeldet!“⁷⁰⁵, lautete ein Telegramm des Präsidenten der Rheinprovinz nach Berlin.



Abbildung 20: Zeitgenössische Postkarte

In Neuwied hatte zwar kein Dambruch stattgefunden, von 9.600 Einwohnern waren aber nur einige hundert nicht vom Hochwasser betroffen.⁷⁰⁶ Deshalb wurde der Ort in vielen Beschreibungen als besonders schwer betroffen hervorgehoben.⁷⁰⁷ Die gesamten unteren Geschosse standen unter Wasser und sogar die Bewohner der ersten Etage mussten, wenn möglich, in die zweite Etage ausweichen. Viele Geschäftsleute und Viehbesitzer hatten rechtzeitig ihre Wertgegenstände und Tiere in höher gelegene Räume und Ställe retten können.⁷⁰⁸ Gleichwohl waren die Schäden in den Warenauslagen der Geschäfte erheblich.⁷⁰⁹ Teilweise waren Bewohner im Schlaf überrascht worden und mussten, als sie morgens aufstehen wollten, „das

⁷⁰⁵ Neuwieder Zeitung, 2.12.1882, *Die Wassernoth in Neuwied.

⁷⁰⁶ Z. B. Provinzial-Correspondenz, 20. Jahrgang, 6. Dezember 1882, No. 49: „Die Noth in den von Ueberschwemmungen heimgesuchten Gegenden (Aus der Rede des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Dezember)“.

⁷⁰⁷ Z. B. Illustrierte Zeitung, Januar 1883.

⁷⁰⁸ Neuwieder Zeitung, 2.12.1882.

⁷⁰⁹ Ebd., 4.12.1882.

unbeschreibliche Vergnügen eines Bades im Rheine [...] genießen“⁷¹⁰. Der Fürst zu Wied hatte eine Pionierabteilung aus Koblenz angefordert, die tatkräftige Hilfe leistete. „Wäre das Kommando der Pioniere aus Coblenz nicht nach Neuwied gegangen, so wäre es wahrscheinlich, ohne daß Menschenleben zu beklagen gewesen wären, nicht abgegangen sein“, mutmaßte Innenminister Puttkamer nach seiner Visitation.⁷¹¹ Etwa 200 Menschen wurden von dem Pionierkommando aus baufälligen Häusern gerettet.⁷¹² Noch am 8. Dezember wurden einzelne Häuser wegen Einsturzgefahr polizeilich abgesperrt.⁷¹³ Der Schulunterricht wurde erst zwei Wochen nach dem Hochwasser wieder aufgenommen.⁷¹⁴ Auch die Kranken mussten in höhere Stockwerke verlegt werden und die ärztlichen Besuche wurden mit Kahn und Leiter abgehalten. Kähne fuhren durch die überschwemmten Straßen von Haus zu Haus und verteilten Lebensmittel aus fürstlichen und städtischen Spenden. Brot, Kartoffeln, Fleisch und Kaffee wurden umsonst für die Bedürftigen gegeben. Der persönliche Einsatz von Bürgermeister Waldeyer, Landrat von Runkel und des Fürsten zu Wied war in diesen Tagen vorbildlich.⁷¹⁵ Bürgermeister Waldeyer erhielt Ende des Jahres eine Anerkennung für seine Verdienste (Königlicher Kronen Orden 4. Klasse).⁷¹⁶ Viele Bewohner waren in ihren Wohnungen gefangen und bedurften der Hilfe von außen. So erreichte beispielsweise ein Schreiben aus einem Hinterhaus in der Rheinstraße den Bürgermeister, um auf die Notlage der Bewohner aufmerksam zu machen, weil man der Unterstützung bedurfte und nur wenige Nachen vorbeikamen.⁷¹⁷ Neben dem Verkehr in der Stadt, war auch die rechtsrheinische Eisenbahnstrecke zwischen Troisdorf und Niederlahnstein wegen dem Hochwasser gesperrt worden.

Das Wasser aus den Pumpbrunnen konnte als Trinkwasser nur noch bedingt nach vormaligem Abkochen verwendet werden.⁷¹⁸ Den Ausfall der städtischen Gasbeleuchtung mussten die Hausbesitzer durch das Anbringen von Laternen kompensieren.⁷¹⁹ Am 3. Dezember wurde eine Hochwasserkommission eingesetzt, die sich insbesondere um Nothilfe und sanitäre Fragen kümmerte.⁷²⁰ Besonders die Situation in den Wohnungen war schwierig. „Hier liegen Haufen verdorbener Waren,

⁷¹⁰ Ebd., 2.12.1882.

⁷¹¹ Z. B. Provinzial-Correspondenz, 20. Jahrgang, 6. Dezember 1882, No.49, *Die Noth in den von Ueberschwemmungen heimgesuchten Gegenden (Aus der Rede des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Dezember).

⁷¹² Coblenzer Zeitung, 29.11.1882.

⁷¹³ Neuwieder Zeitung, 8. Dezember 1882.

⁷¹⁴ Ebd.

⁷¹⁵ Ebd.

⁷¹⁶ Koblenz, GStAPK, I. HA, Rep. Geheimes Zivilkabinett jüngere Periode, Nr. 29367 (nicht paginiert); Puttkamer und Lucius an den Kaiser.

⁷¹⁷ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1153, Blt. 13.

⁷¹⁸ Neuwieder Zeitung, 4.12.1882.

⁷¹⁹ Ebd., 29.12.1882.

⁷²⁰ Ebd., 5.12.1882.

dort hängen Tapeten in Fetzen von den Wänden herunter, hier fehlt eine Thür oder ein Fenster.“⁷²¹ Wohnungen die kürzlich noch bis zur Decke unter Wasser standen, mussten umgehend wieder bezogen werden. Bis eine offizielle Begutachtung der Wohnungen am 20. Dezember stattfand, waren diese noch immer größtenteils in einem schlechten Zustand. Die vom Kultusministerium gesandten Geheimen Medizinalräte Dr. Eulenburg und Dr. Strerozka gaben Hinweise zu Trocknung, Lüftung und Desinfektion der Wohnungen.⁷²² Die entsprechenden Überprüfungen des örtlichen Komitees fanden im Januar nach dem zweiten Hochwasser kaum bessere Zustände vor. Für die Bewohner waren die Verluste von Mobiliar, Nahrungsmittelvorräten, Werkzeugen sowie durch Verdienstaussfälle am schmerzlichsten. Im Dezember, Januar und Februar gingen etliche Supplikationen bei der Bürgermeisterei ein.⁷²³ Größtenteils wurden die Schäden durch eine systematische Begutachtung durch die Hochwasserkommission vor Ort erhoben. Einzelne wurden dabei übergangen, hatten keine Kohlen zum Trocknen der Wohnungen und fühlten sich allein gelassen.⁷²⁴ Häufiger war die Intention der Bittgesuche allerdings die Aussicht auf leichtes Geld.⁷²⁵ So hatte ein Peter Lohr an die Unterstützungskommission geschrieben: „Ferner muß ich entschuldigen ich habe die Wohnung müssen verlassen den ich konnte mit meiner [...] Kräften nicht leisten waß die Nasse Wohnung verlangt um darin zu Wohnen den ich bekam kein Killo Kohlen“; und er erhoffte sich von den reichlichen Spenden aus dem „Deutschen Reich“, auf die er explizit Bezug nahm, etwas zu erhalten. Die unmittelbar durchgeführte Begutachtung fand einen solchen Bedarf nicht bestätigt.⁷²⁶ Für die Ernährung der Betroffenen sorgten seit Anfang Dezember zwei Suppenstationen, die von dem ansässigen Frauenverein eingerichtet worden waren. Pro Tag verteilten sie bis zu 800 Portionen Suppe.⁷²⁷

Neuwied stand zwar fast vollständig unter Wasser, aber ein Dambruch, der unterhalb des Nachbarortes Engers befürchtet worden war, war ausgeblieben.

Am Dienstag den 28. November erreichte die Hochfluth den höchsten Stand des ganzen Jahrhunderts, welcher den des Jahres 1845 um 10 cm überstieg und nur noch um etwa 50 cm unter dem der grausigen Hochfluth des Jahres 1784 zurückblieb.- Das Wasser stand in der unteren Rheinstraße hierselbst bis zum Bertram`schen Hause N 55,

⁷²¹ Kölnische Zeitung, 8.12.1882.

⁷²² Neuwied, StA, Best. I Nr. 1153, Blt. 22.

⁷²³ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1151, Blt. 135-235.

⁷²⁴ Ebd., Blt. 206. Ein Herr Melsbach richtete eine Supplikation an das Hochwasserkomitee, weil die Kommission seine Wohnung bei der Taxierung der Schäden übergangen hatte. Das Problem bestand in der Straßenzugehörigkeit seines Hauses.

⁷²⁵ Ebd., Blt. 232, Peter Lohr.

⁷²⁶ Ebd., Blt. 232, Kommentar: An Bürgermeister Waldeyer mit der ergebensten Mittheilung, daß eine Entschädigung uns nicht angemessen erscheint, nachdem wir uns örtlich überzeugt haben, daß nur unerhebliche Möbelreparaturen in Folge Transportes notwendig scheinen. Die Unterstützungs-Comission“; der Bürgermeister entschied dann gegen eine Unterstützung.

⁷²⁷ Neuwieder Zeitung, 7.12.1882.

und war die – 1 Meter hoch überschwemmt. In dem Rheindamm unterhalb Engers, dessen Krone nur noch etwa 70 bis 80 cm über den Fluthen hervorragte, zeigten sich am 28. November in der Frühe an verschiedenen Stellen in der Länge der Krone fortlaufende Risse resp. Spalten, welche stellenweise bis auf 10 cm klafften, und verursachte die Befürchtung eines Durchbruches allgemein die größte Aufregung. Um die hierdurch drohende Katastrophe, welche besonders für die Stadt Neuwied von den schrecklichen Folgen gewesen wäre, möglichst abzuwenden, wurden seitens der Gemeinde-Behörde alle gebotenen Vorsichtsmaßregeln getroffen, und ein Commando Pioniere, [...] von Coblenz zur ev. Hülfeleistung requiriert. – Glücklicherweise hielt der Damm jedoch Stand und bewährte seine alte schützende Kraft. Am Mittwoch den 29. Nov. begann das Wasser wieder zu fallen [...].⁷²⁸

So hätte es für Neuwied durchaus noch schlimmer kommen können. Der Innenminister erklärte darüber hinaus, wie furchtbar die Katastrophe hätte werden können, wenn Sturm und Wellenschlag das Hochwasser begleitet hätten. Eine erhebliche Anzahl von Gebäuden wäre in einen Trümmerhaufen verwandelt worden.⁷²⁹ Es gab zwar zwei Dämme von Engers bis Neuwied, aber es handelte sich hierbei nicht um einen generellen Hochwasserschutz, sondern lediglich um Schutz vor Eisgang für die Mitte der Stadt und Hochwassertrift der Schleid. Das Rheinufer selbst blieb weiterhin offen. Zwar war schon im Jahre 1873 der Vorschlag gemacht worden, Neuwied auch zur Rheinseite hin einzudämmen, aber dieser Vorschlag wurde erst Ende der 1920er Jahre nach drei kurz aufeinanderfolgenden Hochwasserereignissen in die Tat umgesetzt. Grundstücksstreitigkeiten, finanzielle Engpässe und andere Nöte standen Hochwasserschutzmaßnahmen seit Gründung der Stadt im 17. Jahrhundert immer wieder im Weg.⁷³⁰

Insgesamt waren in Neuwied durch das erste Hochwasser 1.600 Familien betroffen und der Schaden betrug mehrere hunderttausend Mark (es wurden vorläufig 300.000 Mark angenommen). Der ausgefallene Arbeitsverdienst belief sich auf rund 25.000 Mark. Für Lebensmittel waren 5.000 Mark benötigt worden. Weitere 10.000 Mark waren für die Beschaffung von Wohnungen noch erforderlich.⁷³¹ Anfang Januar, kurz nach dem zweiten Hochwasser, wurde eine erneute Aufstellung gemacht. Von 9.000 betroffenen Einwohnern wurden 1.500 als hilfsbedürftig angegeben. Die eingegangenen Unterstützungen wurden auf 26.106 Mark (davon 8.000 Mark aus Staatsmitteln und 18.706 Mark aus Privatpenden) kalkuliert. Davon seien noch 20.816 Mark vorhanden, d. h. erst 5.290 Mark verausgabt.⁷³² Ende Januar erreichte Landrat Runkel ein Brief der

⁷²⁸ Koblenz, LHA, Außenstelle Abtei Rommersdorf, Stadtchronik Engers (ohne Signatur), Jahr 1882.

⁷²⁹ Provinzial Correspondenz, Nr. 49, 6. Dezember 1882, Puttkammer.

⁷³⁰ Meinhardt: Gewässern.

⁷³¹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6645, Blt. 501.

⁷³² Vgl. auch Notiz aus Neuwied (Neuwied, StA, Best.1, Nr. 1153. Ohne Blt.).

Regierung in Koblenz mit der Aufforderung, Angaben zu den verfügbaren Geldern und den bereits getätigten Ausgaben zu machen. Am 30. Januar wurde dieser auch an den Bürgermeister in Neuwied weitergeleitet. Darin wurde angemahnt, dass die Angaben unbedingt zuverlässig sein müssten und der Landrat für unrichtige Angaben, wie sie in der Vergangenheit öfter vorgekommen seien, die Verantwortung übernehmen müsse. Insbesondere sei die Verwendung von Nothilfegeldern für Gemeindezwecke unzulässig⁷³³. Eine Übersicht über die Situation im Landkreis Neuwied liefert nachfolgende Tabelle.

Tabelle 7: Aufstellung von Schäden und Hilfsleistungen im Landkreis Neuwied⁷³⁴

	Betroffene Einwohner (Einwohnerzahl)	Davon hilfsbedürftig	Beschädigte Gebäude (Gebäudezahl)	Betrag der gewährten Unterstützung		Staatsmittel ⁷³⁵	Wohltätigkeit
				Geld	Naturalien		
<i>Neuwied</i>	9.000 (9.656)	1.500 ⁷³⁶	750 (800)	26.106	600	8.000	18.706
<i>Fahr</i>	232 (475)	162	74 (169)	150	100	-	250
<i>Heddendorf</i>	850 (3.290)	386	154 (794)	-	150	-	150
<i>Irlich</i>	330 (1.671)	235	69 (458)	-	100	-	100
<i>Linz</i>	255 (3.233)	70	36 (480)	870	180	-	1.050
<i>Linzhausen</i>	163 (197)	163	39 (40)	910	500	-	1.410
<i>Leubsdorf</i>	46 (950)	46	10 (130)	120	100	-	220
<i>Unkel</i>	114 (645)	68	29 (144)	741	300	-	1.041
<i>Erpel</i>	701 (1.029)	639	138 (184)	1.901	600	-	2.501
<i>Rheinbreitbach</i>	18 (1.319)	10	3 (256)	50	-	-	50
<i>Casbach</i>	10 (83)	-	3 (17)	-	-	-	-
Summe	11.753 (22.548)	3.279	1.310 (3.477)	30.848	2.630	-	25.478

Die Annahme des Bauraths Müller, dass die Privatwohltätigkeit in den Städten besser greift als auf dem Lande, bestätigte sich für den Kreis Neuwied.⁷³⁷ Die Werte reichen

⁷³³ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1151, Blt. 187 f.

⁷³⁴ Koblenz, LHA, Best. 441, Nr. 8124, Blt. 29 f. Stand Anfang Januar 1883.

⁷³⁵ Zu diesem Zeitpunkt war die Verteilung der 8.000 Mark Staatshilfe innerhalb des Kreises noch nicht vollzogen; deshalb wurde hier der Gesamtbetrag bei der Stadt Neuwied verzeichnet.

⁷³⁶ Davon waren 600 Personen durch die Armenpflege versorgt (Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1153. Nachweisung der den durch die Ueberschwemmungen beschädigten Gemeinden bisher zugefloßenen Unterstützungen.

von 38 Pfennig pro Hilfsbedürftigem in Heddesdorf bis hin zu 17,80 Mark pro Hilfsbedürftigem in Neuwied. Dennoch bleibt die Aussagekraft solcher Werte begrenzt, da dabei andere wesentliche Faktoren eine Rolle spielten und die Verteilung durch andere Fonds ausgeglichen werden konnte. Die Anträge auf staatliche Hilfsgelder wurden beispielsweise im Einverständnis der Ortsvorsteher gestellt. So trafen sich auf einer Konferenz am 20. Dezember 1882 alle Bürgermeister des Kreises Neuwied zu einer Absprache über die Schadensermittlung.⁷³⁸ Um staatliche Gelder musste aktiv geworben werden. Deshalb schrieb der Fürst zu Wied im Juli 1883 einen mehrseitigen Brief an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, in dem er erläuterte, dass der Schaden in Neuwied im Vergleich zu anderen Orten, aufgrund von Fehlern des Landrates, zu gering bemessen worden war und versuchte einen Anspruch auf größere Summen aus den Provinzial- und Staatsfonds geltend zu machen.⁷³⁹ Die Frage der Verteilung der Gelder war in jeder Hinsicht problematisch; sie stand zwischen den Polen berechnete und notwendige Beihilfe zu verweigern, und ungerechtfertigten oder erfundenen Anträgen stattzugeben.⁷⁴⁰

Zur Kontrolle der sanitären Zustände waren am 19. Dezember die Geheimen Medizinalräthe Dr. Eulenburg und Dr. Sterozka vom Kultus-Ministerium nach Neuwied gereist. Zusammen mit Mitgliedern der Sanitäts-Kommission besichtigten sie die überschwemmten Häuser. Die von ihnen getroffenen Anordnungen entsprachen weitgehend den oben genannten Maßnahmen.⁷⁴¹ Nach dem Hochwasser Ende Dezember 1882 und Anfang Januar 1883 erließ der Gesundheitsminister die erneute Order, die betroffenen Wohnungen durch die Sanitätskommissionen zu inspizieren.⁷⁴² Überall wurden nasse Wände und Böden vorgefunden. Teilweise fehlten Fußböden und in drei Fällen, waren die Wohnungen in so schlechtem Zustand, dass eine Zwangsräumung erwogen wurde: (1) „Kleine Luisenstraße 9. Eigenthümer Georg Krüll. In dessen Laden und Wohnung sind die Mauern und das Holzwerk voller Pilz und droht die Decke einzustürzen.“ (2) „Die Wohnung des [...] sehr unsauber. Aus dem Strohsack seines Bettes wuchsen junge Gerstepflanzen bereits an 30 mm groß“. (3) „in Zöllers Haus ein

⁷³⁷ Koblenz, LHA, Best. 418 (Wesel), Nr. 742, Blt. 36-39. Schreiben des Bauraths Müller zu den Wasserschäden im IV. Wasserbaubezirk.

⁷³⁸ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1153, Blt. 21.

⁷³⁹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 169-176.

⁷⁴⁰ Nicht umsonst erklärte Freiherr v. Minnengerode im Preußischen Abgeordnetenhaus: „Jedermann, der jemals mit derartigen Vertheilungen zu thun gehabt hat, wird sich wahrscheinlich zu solchen Aufgaben nicht drängen [...] Die Verteilung mag noch so gut erfolgen, eine Unzufriedenheit wird immer zurückbleiben [...]“ (Preußisches Abgeordnetenhaus, 44. Sitzung, am 16. April 1888, S. 1103).

⁷⁴¹ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1153, Blt. 22. Bericht des Landrates Runkel an die königliche Regierung zu Koblenz vom 20. Dezember 1882.

⁷⁴² Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1881. Sitzung des Komitees für Hochwasserangelegenheiten vom 8. Januar 1883.

starker Modergeruch hervorgerufen [...] durch die aufgestapelten Lumpen in der Wohnung rechts...“⁷⁴³.

Die Armenpfleger in Neuwied waren angewiesen worden, dafür zu sorgen, dass „in den Wohnungen der Armen Reinlichkeit und frische Luft vorzufinden sei“⁷⁴⁴. Zur Durchführung aller gedachten Anordnungen wurde in den seltensten Fällen eine Androhung von Sanktionen erforderlich. Mittellosen wurde überall durch die Hilfskomitees eine entsprechende Unterstützung gewährt. Auch Kohlen für die Austrocknung der Wohnräume und Keller wurden vielfach unentgeltlich geliefert.⁷⁴⁵

4.1.7 Zum Beispiel: Longerich

An verschiedenen Rheinabschnitten zwischen Ludwigshafen und Mainz sowie zwischen Bonn und Düsseldorf, gaben die Deiche im Winter 1882/83 am Rhein nach und brachen. Für die am Rheindamm gelegenen Ortschaften Riehl und Niehl (Bürgermeisterei Longerich) stieg die Gefahr einer Überschwemmung in den letzten Novembertagen immer weiter an. Schon am 25. und 26. November mussten in einem Teil von Riehl 60 Familien ihre Wohnungen verlassen. Auch der Zoologische Garten war bereits überschwemmt. In Niehl war man damit beschäftigt den Rheindamm zu erhöhen, um ein Überspülen des Wassers zu verhindern. „Bei dem fortwährenden Steigen des Wassers sank aber bald der Muth. Am 28. November Morgens wurde das Pionier-Bataillon telegraphisch zur Hülfeleistung requirirt, doch war dasselbe in Deutz und Köln notwendig.“⁷⁴⁶

⁷⁴³ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1151, Blt. 12 f.

⁷⁴⁴ Neuwied, StA, Best. 1, Nr. 1881. Sitzung des Komitees für Hochwasserangelegenheiten vom 10. Dezember 1882.

⁷⁴⁵ Berlin, GStAPK, Rep. Geheimes Zivilkabinett jüngere Periode; Nr. 29367; Minister für geistliche Angelegenheiten an den Kaiser: „Die fiskalischen Bergwerke im Regierungsbezirk Trier haben allein 21.600 Centner Kohlen unter die ärmeren Gemeinden verteilt“. Teilweise (z. B. im Regierungsbezirk Wiesbaden) wurden auch Trockenöfen an die Bewohner verteilt.

⁷⁴⁶ Eich: Denkschrift, S. 6.

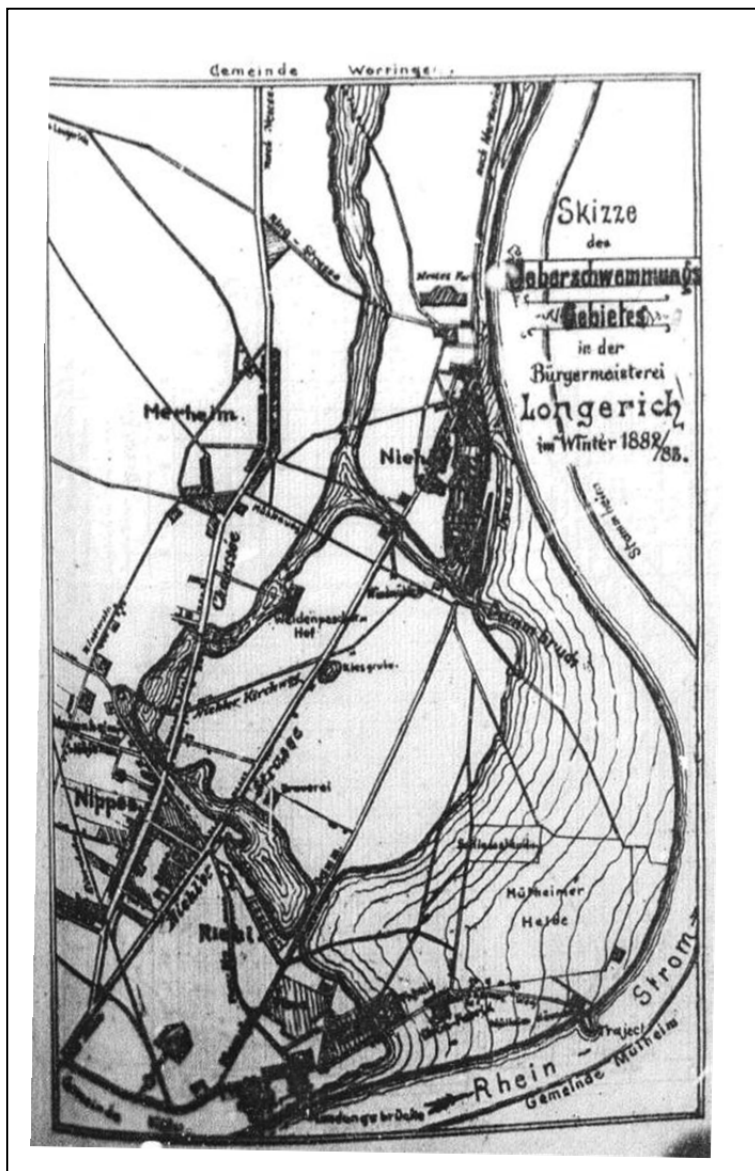


Abbildung 21: Übersichtskarte der Bürgermeisterei Longerich⁷⁴⁷

Statt den Pionieren kam die Freiwillige Feuerwehr aus Nippes-Riehl. Trotzdem trat in der folgenden Nacht „die befürchtete Catastrophe“ ein.⁷⁴⁸ Das Signalhorn ertönte, um die Bewohner zu warnen, als der Damm gegen 2 Uhr brach⁷⁴⁹: „In wenigen Minuten standen 73 Häuser mit 353 Einwohnern 2-3 m, 87 Häuser mit 491 Bewohnern weniger tief im Wasser. 3 Häuser stürzten ein und konnten viele Menschen nur mit Mühe ihr Leben retten. Einige schwammen auf ihren Betten in den Zimmern umher[...]“⁷⁵⁰. Viele Leute mussten mit Kähnen aus ihren Häusern abgeholt werden. 50 Häuser waren wegen

⁷⁴⁷ Quelle: Eich: Denkschrift, S. 17.

⁷⁴⁸ Ebd.

⁷⁴⁹ Kölnische Volkszeitung, 30.11.1882, *Niehl.

⁷⁵⁰ Eich: Denkschrift, S. 6.

der drohenden Gefahr schon im Vorfeld geräumt worden.⁷⁵¹ Ein benachbarter Gutsbesitzer zeichnete sich durch seine Hilfstätigkeit besonders aus.⁷⁵²

Die Kölnische Zeitung lenkte die Schuld für den Dambruch auf das Ausbleiben der Militärmannschaften:

Eine Reihe von Sachverständigen halten es für unerklärlich, daß der Durchbruch des Dammes nicht verhindert worden ist; bei der Nähe der Festung Köln und bei der stets erprobten Bereitwilligkeit der höheren Militärbehörden hätte es doch ein leichtes sein müssen, durch rasches Aufgebot hinreichender militärischer Mannschaft aus der großen Nachbargarnison den Damm so zu stärken und zu befestigen, daß der Durchbruch vereitelt worden wäre.⁷⁵³

Menschenleben waren trotz des Dambruches nicht zu beklagen.⁷⁵⁴ Wo die in der Neuwieder Zeitung veröffentlichte Nachricht über das Ertrinken einer Familie bei Niehl herkommt ist fragwürdig. Zusammen mit der falschen Angabe von 7 eingestürzten Häusern berief man sich auf Aussagen der Kölnischen Zeitung, die sich aber dort so nicht finden.⁷⁵⁵ „Bei allem Unglück ging Gott sei Dank kein Menschenleben zu Grunde“, konstatierte der Bürgermeister in seiner Denkschrift.⁷⁵⁶ Die Obdachlosen wurden in größeren Lokalen und Schulen gemeinschaftlich untergebracht und versorgt. Teilweise wohnten sie bei auch bei anderen Familien. Im Vincenzkloster im Nachbarort Nippes wurde eine Suppenanstalt eingerichtet. Mit Kähnen wurden die in den oberen Stockwerken der Häuser Zurückgebliebenen regelmäßig mit Lebensmitteln und Brennmaterial beliefert. Schon am 30. November trafen die ersten Spenden der Baronin Simon von Oppenheim in Köln (1.000 Mark) und des Frauen-Vereins in Köln (500 Mark) ein. In der Bürgermeisterei wurde ein Lokalkomitee zur Unterstützung der Überschwemmten eingerichtet.⁷⁵⁷

Der nahe gelegene Zoologische Garten wurde am 27. November um 10 Uhr abends von den Fluten überschwemmt. Pioniere waren an den Rettungsaktionen für die Zootiere beteiligt. „Wärter und Soldaten fahren auf kleinen Flößen [...] umher [...], um den in ihren Gelassen von dem Wasser heimgesuchten Tieren Erlösung zu bringen“⁷⁵⁸. Auf diese Weise konnten einige Säugetiere und Vögel gerettet werden. Hirsche, Antilopen,

⁷⁵¹ Kölnische Zeitung, 1.12.1882, *Köln.

⁷⁵² Kölnische Volkszeitung, 30.11.1882, *Niehl.

⁷⁵³ Kölnische Zeitung, 1.12.1882, *Köln.

⁷⁵⁴ Ebd., Kölnische Volkszeitung 30.11.1882, *Niehl.

⁷⁵⁵ Neuwieder Zeitung, 4.12.1882, *Köln. Umgekehrt findet sich in der Kölnischen Zeitung die Nachricht von einem ertrunkenen Jungen aus Neuwied, von dem in Neuwied selbst nichts bekannt ist.

⁷⁵⁶ Eich: Denkschrift, S. 6.

⁷⁵⁷ Ebd., S. 8.

⁷⁵⁸ Kölnische Zeitung, 29.11.1882, *Köln.

Wölfe, Füchse, Schakale und Affen fielen dem Hochwasser aber zum Opfer.⁷⁵⁹ Im Elefantenhaus hat man einen erhöhten Boden hergestellt, um die Insassen auf trockenem Fuße zu erhalten.⁷⁶⁰

Am 12. Dezember war das Wasser am Rhein wieder soweit zurückgegangen, dass mit den Aufräum- und Reparaturarbeiten begonnen wurde. Ende Dezember, als eine erneute Überschwemmung drohte, arbeiteten 1.000 Soldaten aus Köln sowie die Freiwillige Feuerwehr aus Nippes-Riehl, um den Damm zu halten. Da oberhalb von Niehl ein Damm gebrochen war, kam das Wasser bei der zweiten Überschwemmung von dort. Erneut wurden etwa 50 Familien bei Nachbarn und Bekannten aufgenommen.⁷⁶¹ Die Gesamtschäden der Hochwassertage beliefen sich für die Bürgermeisterei auf 272.400 Mark. Fast die Hälfte entfiel auf Schäden an Mobilien etc. (121.600 Mark). Die Einnahmen des Hilfskomitees deckten mit 70.625 Mark nur rund ein Viertel der Gesamtschäden.⁷⁶² Trotzdem erklärte der Bürgermeister zwei Jahre nach den Ereignissen, dass kaum noch Spuren der Überschwemmung zurückgeblieben seien.⁷⁶³

4.1.8 Exkurs: Wieder Jahrhunderthochwasser. Eine Einordnung in die Hochwassergeschichte am Rhein

Natürlich war das Hochwasser von 1882/83 nicht das erste Hochwasser am Rhein, dessen Geschichte ohne seine regelmäßigen Überflutungen kaum zu denken wäre. Ein aktueller Überblick über historische Überschwemmungen im Mittelrheingebiet findet sich bei Glaser.⁷⁶⁴ Demnach hat es in Köln bedeutende Hochwasser am 25. Juli 1342, am 11. Februar 1374, am 3. Februar 1432, am 6. Januar 1497, am 6. März 1565 gegeben; außerdem in den Jahren 1552, 1573, 1595, 1651, 1658, 1682, 1740 und 1784. An einem Duisburger Haus fanden sich darüber hinaus Hochwassermarken der Jahre 1633, 1643, 1700, 1706 und 1709.⁷⁶⁵ Das Hochwasser von 1342 wird als die herausragendste historisch belegbare Überschwemmungskatastrophe angesehen. Höhe und Ausmaß der Flutwelle sind seither in Mitteleuropa nicht mehr dagewesen.⁷⁶⁶ Die zweite hervorstechende Überschwemmungskatastrophe war die von 1784. Sie wird als größte „Umweltkatastrophe“ der Frühen Neuzeit in Mitteleuropa beschrieben. Die vorhandenen Hochwassermarken gehören zu den höchsten, die bis heute erhalten sind.

⁷⁵⁹ Ebd. Der Wert der verlorenen Tiere wurde auf 6.500 Mark geschätzt (Eich: Denkschrift, S. 10).

⁷⁶⁰ Kölnische Volkszeitung, 29.11.1882 und 30.11.1882.

⁷⁶¹ Eich: Denkschrift, S. 9.

⁷⁶² Ebd., S.11, 15.

⁷⁶³ Ebd., S. 16.

⁷⁶⁴ Glaser: Klimageschichte: S. 194 ff.

⁷⁶⁵ Im Vergleich von Glasers Übersicht mit einer Zusammenstellung der höchsten Wasserstände am Pegel von Köln aus dem Jahre 1932, müssten noch die Hochwasser vom 2. Februar 1571 (~9,17 m) und von 1753 (~9,68 m) ergänzt werden (Bräuler: Wasserstandsstatistik, S. 31).

⁷⁶⁶ Glaser: Klimageschichte, S. 200.

Ursache waren laut Glaser außergewöhnlich kühle Klimaverhältnisse, die im Zusammenhang mit Vulkanausbrüchen in Europa und Asien standen.⁷⁶⁷ Eine meterdicke Eisschicht hatte sich auf dem Rhein gebildet, die den Abfluss verstopfte. Als das Eis dann in den letzten Februartagen brach, wurden die Ortschaften zwischen Koblenz und Köln von einer unsagbaren Überschwemmung betroffen. Das Eishochwasser von 1784 diente auch in offiziellen Gutachten Ende des 19. Jahrhunderts als wichtiges Referenzereignis. Der Pegelstand dieses „Jahrtausendhochwassers“ wurde 1883 mit 12,43 m in Köln angegeben⁷⁶⁸, was nach Angleichung des Pegels (+ 1 m) mit heutigen Angaben von einem Wasserstand zwischen 13,50 m und 14,50 m in Köln⁷⁶⁹ und mehr als 14 m in Bonn in etwa übereinstimmt.⁷⁷⁰

Dieses Eishochwasser gab für den Staat und die meisten Ingenieure Ende des 19. Jahrhunderts und noch bis in die 1920er Jahre die Stunde null der Hochwassergeschichte am Rhein an. Aber natürlich reichte diese viel weiter zurück. Dass in offiziellen Gutachten nicht über 1784 hinaus gegangen wurde, mag viele Ursachen haben – z. B. die ungenügende Datengrundlage – nicht aber, dass frühere Ereignisse nicht bekannt waren. Im Zusammenhang mit der Sonnenfleckentheorie von Dr. Reis⁷⁷¹ listete ein preußischer Baurath a. D. bedeutende Hochwasserereignisse in Anlehnung an diesen Professor Reis aus folgenden Jahren auf: „674, 784, 886, 989, 1124, 1234, 1342, 1421, 1424, 1442, 1480, 1564, 1651, 1784“.⁷⁷² Die einzige historische Hochwasserkatastrophe, auf die der Autor dann einging, war die von 1342: „Die größte und verbreitetste eisfreie Ueberschwemmung im Rheingebiete, welche die Geschichte kennt, war die im Juli des Jahres 1342“⁷⁷³. Eishochwasserereignisse, meinte er, könne man vom hydrologischen Standpunkt aus nicht mit eisfreien Hochwassern vergleichen, da die Abflussverhältnisse durch das Eis erheblich verändert werden. Hierin stimmt er mit dem heutigem Wissen überein. Wissenschaftlich wurden diese Angaben aber erst ernst genommen, als in den 1930er Jahren von der Rheinstrombauverwaltung eine Tabelle zu historischen Hochwasserständen am Kölner Pegel erstellt wurde. Seitdem reicht das Hochwasserbewusstsein am Rhein bis ins Mittelalter zurück.

⁷⁶⁷ Ebd., S. 203-206.

⁷⁶⁸ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 23. 1929 wurde in einem Gutachten zu den Ursachen der Rheinhochwasser ein Pegelstand bei Köln von 12,55 m angegeben (Preußischen Landesanstalt für Gewässerkunde: Ursachen, S. 51). Nach Anpassung des Kölner Pegels an die heutige Skalierung bedeutet dies eine Pegelhöhe von etwa 13,50 m.

⁷⁶⁹ Dikau & Weichselgartner: Planet, S.159.

⁷⁷⁰ Schmitz: Hochwasser, S. 10.

⁷⁷¹ In „Die periodische Wiederkehr von Wassernot und Wassermangel im Zusammenhange mit den Sonnenflecken, Nordlichtern und dem Erdmagnetismus“ erklärte Professor Dr. Reis 1883, dass sich alle 110-112 Jahre Wetterextremereignisse wiederholen (Diek: Ueberschwemmungen).

⁷⁷² Diek: Ueberschwemmungen, S. 3.

⁷⁷³ Ebd., S. 6.

Tabelle 8: Hochwasserchronik am Kölner Pegel⁷⁷⁴

Jahr	Pegelstand in Köln	Jahr	Pegelstand in Köln
1342	11,53	1658	10,55
1374	13,30	1682	10,40
1432	11,44	1720	9,21
1497	11,50	1740	10,33
1533	9,64	1751	9,73
1535	9,94	1753	10,68
1552	10,50	1758	8,90
1571	10,17	1764	9,54
1573	9,90	1784	13,63
1595	10,50	1792	8,72
1651	10,28	1799	10,50

Die Angaben vom Kölner Pegel fußen auf Arbeiten der Rheinstrombauverwaltung aus der Zeit um 1930, die dann bei Bräuler veröffentlicht worden sind. Da vor 1800 kein Pegel in Köln eingerichtet war, beruhen alle vorherigen Angaben auf historischen Quellen (z. B. Hochwassermarken, Schriftquellen). Eine Verbesserung der Datenlage im Hinblick auf ihre Genauigkeit steht in Aussicht, da sich aktuelle Forschungen mit der Rekonstruktion des Rheinprofils am Kölner Pegel (ab 1342) beschäftigen.⁷⁷⁵ Die Anbringung von Hochwassermarken selbst hängt aber nicht notwendigerweise mit dem Ausmaß des Hochwassers zusammen. Die höchste Hochwassermarke am Pegelhäuschen in Koblenz stammt weder von 1342 noch von 1372 oder 1784, sondern von 1651. Hieran ist zu erkennen, dass die Auswahl der Hochwassermarken eher sozialen und praktischen als hydrologischen Kriterien entsprach. 1651 handelte es sich wie auch 1784 um ein Eishochwasser.⁷⁷⁶

⁷⁷⁴ Diese Zusammenstellung von Bräuler (: Wasserstandsstatistik) stammt aus einer kritischen Sichtung, die bei der Rheinstrombauverwaltung in Koblenz durch Stuhl und Le Blank um 1930 erfolgt ist. Es bleibt aber letztendlich unklar auf welcher Grundlage diese Statistik erstellt wurde.

⁷⁷⁵ Meurs: Köln.

⁷⁷⁶ Glaser: Klimageschichte, S. 196.



Abbildung 22: Historische Wasserstände am Pegelhäuschen in Koblenz (Eigene Aufnahme 2008)

Bis heute ist das Phänomen Hochwasser am Rhein eine Selbstverständlichkeit. Allein im letzten Jahrhundert hat der Rhein bei Köln einundzwanzig Mal die Neun-Meter-Marke überschritten.⁷⁷⁷ Außergewöhnliche Hochwasser gab es 1926 sowie 1993/94.

4.2 Solidarität im Angesicht der Katastrophe

Angesichts der Notlage von vielen Tausend Menschen, die durch die Überschwemmung am Rhein im Winter 1882/83 obdachlos geworden waren, stellte sich die Frage der Solidarität mit den Betroffenen. Einerseits wurden unter Deutschen im gesamten Reich und in der ganzen Welt Sammlungen von materiellen Gaben angestellt, andererseits waren die betroffenen Regierungen und auch das Deutsche Reich gefordert, ein Zeichen der Hilfsbereitschaft zu setzen. Dass es Solidarität gab, und zwar sowohl „freiwillig-karitative“ als auch „obligatorisch-systematische“⁷⁷⁸, um Stephanie Summermatters Terminologie zu gebrauchen, ist sicherlich bemerkenswert. Darüber hinaus ist allerdings danach zu fragen, inwieweit die Sammlung von materiellen Gaben bestimmte Muster der Zusammengehörigkeit zutage förderte. In einer Zeit, die unter dem Eindruck der globalen Spendensammlungen für die Opfer des Tsunami (2004) in Südostasien steht, wird es vielleicht überraschen, dass auch vor über einhundert Jahren globale Spendenbewegungen nach einer so „gewöhnlichen“ Katastrophe wie einem Rheinhochwasser, stattfanden. Im Hinblick auf die Hilfsleistungen „von oben“ ist diese Frage modifiziert zu stellen: nämlich ob in der Verteilung von Hilfsgeldern bestimmte

⁷⁷⁷ Dikau & Weichselgartner: Planet, S. 158.

⁷⁷⁸ Summermatter: Bewältigung, S. 2.

Muster der Zusammengehörigkeit erkennbar werden. Wurden Naturkatastrophen wie auch in der Schweiz des 19. Jahrhunderts instrumentalisiert, um regionale oder nationale Integration zu schaffen?⁷⁷⁹

4.2.1 Private Solidarität und nationale Identität

Noch bevor das zweite Hochwasser Ende Dezember 1882 einsetzte, waren durch Sammlungen von Hilfskomitees, Frauenvereinen, Kirchenvertretern und Zeitungen sowie auf wohltätigen Veranstaltungen (wie Konzerte und Spielabende) beachtliche Summen aus karitativen Spenden für die Opfer der Überschwemmung eingegangen. Der Berichterstatter der Gartenlaube konstatierte: „[...] viel, unendlich viel ist geschehen und geschieht noch täglich nach allen, allen Richtungen hin zur Linderung, sowohl der augenblicklichen Noth, wie auch der Fürsorge der nächsten Zukunft.“⁷⁸⁰ Neben Geld wurden Kleidung, Lebensmittel sowie Kohlen in großen Mengen zusammengetragen. Die meisten Gaben wurden einer zentralen Sammelstelle zugestellt, dem „Central-Provinzial-Comite für die Überschwemmten der Rheinprovinz“. Von dort aus erfolgte dann die Verteilung. Das Komitee sammelte etwa ein halbes Jahr lang Spendengelder und nahm insgesamt rund 1,6 Mio. Mark ein. Die entsprechenden Komitees der Großherzogtümer Hessen und Baden verzeichneten in diesem Zeitraum Einnahmen in Höhe von etwa 1,2 Mio. bzw. 800.000 Mark.

Betrachtet man allein den Umfang der privaten Wohltätigkeit, so wird die tatsächliche Effektivität dieser Hilfe deutlich. Faktisch wurde das Elend hierdurch deutlich gemindert. Hunger und Krankheit blieben im Überschwemmungsgebiet die Ausnahme. Das freiwillige Geben beinhaltete aber mehr noch als die materielle Beseitigung der Not. Es wurde zu einem Zeichen. Marshall Sahlins schrieb in der Konklusion zu seiner Interpretation „Der Gabe“ (Mauss): “[...] every exchange, as it embodies some coefficient of sociability, cannot be understood in its material terms apart from its social terms.”⁷⁸¹ In diesem Sinne beschrieb ein Reporter der Gartenlaube die Privatwohltätigkeit im Anschluss an die Überschwemmungen als die „herzerfreuende Lichtseite“ der Geschehnisse.⁷⁸² Er reflektierte weiterhin:

Manchmal scheint es wirklich, als ob die Vorsehung in ihren unergründlichen Rathschlüssen große Calamitäten in Form schrecklicher Naturereignisse über ganze Ländereien verhänge, um den Menschen Gelegenheit zu geben, sich von ihrer edelsten und schönsten Seite zu zeigen: in den Werken christlicher Nächstenliebe.⁷⁸³

⁷⁷⁹ Pfister: Naturkatastrophen.

⁷⁸⁰ Ebeling: Wassernoth, S. 51.

⁷⁸¹ Sahlins: Stone-Age, S. 183.

⁷⁸² Ebeling: Wassernoth, S. 51.

⁷⁸³ Ebd.

Im Notstand zeigten sich moralische Beziehungen und Intentionen, die im Alltag nicht geäußert werden konnten. Die Naturkatastrophe bot Gelegenheit, in einer rationalen Welt sozialen Zusammenhalt zu vergegenwärtigen. Neben der materiellen Nützlichkeit der Spenden riefen sie auch freundschaftliche Gefühle bei Betroffenen und Spendern gleichermaßen hervor. Deshalb sah der Autor der Gartenlaube etwas Gutes in der Flut. Auch einer der einflussreichsten Historiker, die sich heute mit den Auswirkungen von Katastrophen beschäftigen, Christian Pfister, schreibt Naturkatastrophen einen „therapeutischen“⁷⁸⁴ Effekt zu. Naturkatastrophen ermöglichten es, vorhandene Solidaritätsbereitschaft in Taten umzusetzen.

Christian Pfister betrachtet die Bewältigung der Katastrophe durch freiwillige Gaben allerdings nicht nur als moralisches Ventil. Er versteht sie zudem als Mittel, um Integrationsprozesse eines Landes oder einer Region zu beschleunigen.⁷⁸⁵ Es werden laut Pfister „sozialpsychologische Integrationsprozesse befördert, durch die sich Personen eines Integrationsraumes als Mitglieder einer verbindlichen Bezugsgruppe wahrnehmen und sich in Solidarität verbunden fühlen [...]“⁷⁸⁶. In der Schweiz wurde beispielsweise im Zusammenhang mit der landesweiten Spendenaktion nach dem Bergsturz von Goldau (1806) von der „Geburt der gesamteidgenössischen Solidarität“⁷⁸⁷ gesprochen. Laut Christian Pfister wurden Katastrophen politisch instrumentalisiert, um den Aufbau der Schweizer Nation im 19. Jahrhundert zu erleichtern.⁷⁸⁸ Solidarität sei mit der Idee der Nation territorialisiert worden, erläutert Pfister.⁷⁸⁹ Die Situation in Deutschland 1883 unterschied sich maßgeblich von derjenigen der Schweiz im Jahr 1806. Mit der Reichsgründung von 1871 gab es schon einen Ausdruck gesamtdeutscher Solidarität. Die Gründung des Deutschen Reiches unter preußischer Führung basierte hauptsächlich auf den gewonnenen Kriegen gegen Österreich (1866) und Frankreich (1870/71).⁷⁹⁰

Auch wenn diese militärischen Erfolge die politische Identität der Deutschen sicherten, so blieb doch die kulturelle Identität des neuen Deutschlands ungeklärt:

Aus jüngerer Vergangenheit besaß es keine gemeinsamen Erinnerungen, aus der älteren kaum mehr als Ressentiments der süddeutschen Länder, die politisch in den Norddeutschen Bund hineinwachsen sollten. Das gelang nur, wenn sie sich eine

⁷⁸⁴ Pfister zitiert in Summermatter: Bewältigung, S. 2.

⁷⁸⁵ Siehe Summermatter: Bewältigung, S. 2.

⁷⁸⁶ Pfister: Naturkatastrophen, S. 284.

⁷⁸⁷ Alois Fässler zitiert in Summermatter: Bewältigung, S. 3.

⁷⁸⁸ Pfister: Naturkatastrophen.

⁷⁸⁹ Ebd., S. 285.

⁷⁹⁰ Pfister: Naturkatastrophen, S. 296. Pfister grenzt den Schweizer Sonderweg zur nationalen Einheit von den „umliegenden Staaten“ ab, weil in jenen „Kriege zu zentralen Mobilisierungsereignissen für die Sache der Nation“ wurden. Die Schweiz hat keine solchen Kriege geführt.

gemeinsame Zukunft einreden ließen, die ihre besondere Vergangenheit respektierte.⁷⁹¹

Deshalb wünschte Bismarck, dass der künftige deutsche Staat statt der nüchternen Titel „Präsidium“ und „Bund“ die klangvollen „Kaiser“ und „Reich“ als Zeichen von Einheit und Zentralität führe.⁷⁹²

Der Rubikon in der Erbfeindschaft mit den Franzosen war stets der Rhein gewesen, der im 19. Jahrhundert zum Symbol der politischen Identität Deutschland avancierte. Durch die aufblühende Rheinromantik war der Rhein bereits zum Mittelpunkt Europas stilisiert worden. Mit Friedrich Schlegels Besuch am Rhein im Frühling 1802 hatte die „Rheinromantik“ ihren Ausgang genommen. Landschaft und Geschichte, Natur und Kultur fügten sich am Rhein zu einem Gemälde zusammen, so Schlegel. Der Rhein künde durch wilde Felsen und Burgen von „menschlicher Heldenzeit“ und „Heldenzeiten der Natur“. Der Strom wurde in Schlegels Lobpreisung zu einem Spiegel „unseres Vaterlandes, unsrer Geschichte und unsers Charakters“ umgedeutet.⁷⁹³

Die Befreiung des Rheins von der napoleonischen Vorherrschaft (versinnbildlicht in Feldmarschall Blüchers Übergang über den Rhein bei Kaub) ließ aus der literarischen eine politische Rheinromantik werden. Patriotische Vorkämpfer, wie Ernst Moritz Arndt, Schenkendorf, Johann Gottlieb Fichte, Wilhelm von Humboldt und insbesondere Karl Freiherr von Stein, gaben dem Vater Rhein nun eine nationale Note. Arndts Weckruf „Der Rhein, Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Gränze“ zeigt die Ursprünge und Anfänge eures Volkes, „die ältesten und heiligsten Erinnerungen des Reiches der Deutschen, die Wiege eurer Bildung, die Städte, wo eure Kaiser gewählt, gekrönt und gesalbt wurden [...]“⁷⁹⁴ am Rhein. Und nach dem Übergang Blüchers über den Rhein in der Neujahrsnacht bei Kaub fragte Leopold Graf zu Stolberg: „Du Grenze? Nein, nicht Grenze, Du alter Rhein! Du Lebensblut, dem Herzen Teutoniens entströmend [...]“⁷⁹⁵

„Im Jubel über seine Befreiung und mit dem Stolz der Sieger über den lange als unüberwindbar geltenden Napoleon wurden der Rhein, seine Schönheit, seine Vaterländische Geschichte allerorten in Deutschland bejubelt. In patriotischer Begeisterung und mit neuem Selbstbewusstsein priesen die Deutschen ihn als uralten Besitz.“⁷⁹⁶ 1840 wurde ein Rheinlied Beckers veröffentlicht, das laut Bismarck die Einigkeitsbestrebungen vorbereitet und erleichtert habe. Dort hieß es: „[...] sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, ob sie wie gierige Raben, sich heiser

⁷⁹¹ Borst: Erwachen, S. 36.

⁷⁹² Ebd., S. 38.

⁷⁹³ Ceppl-Kaufmann & Johanning: Mythos, S. 258.

⁷⁹⁴ Tümmers: Rhein, S. 218.

⁷⁹⁵ Ebd., S. 220.

⁷⁹⁶ Ebd., S. 222.

danach schrein.⁷⁹⁷ Gemeint waren natürlich die Franzosen. Der Rheinpatriotismus, der zunächst eher von Preußen ausgegangen war, schien langsam auch im Rheinland selbst anzukommen (Becker war schließlich aus Bonn).⁷⁹⁸

Beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 wurde der Rhein erneut zum Inbegriff des deutschen Patriotismus. „Die Wacht am Rhein“, ein Lied des Schwaben Max Schneckenburger, wurde von den deutschen Soldaten gesungen, als sie nach Frankreich zogen (und auch im Ersten Weltkrieg gehörte es noch zum festen Repertoire des deutschen Militärs).⁷⁹⁹ In einem Schauspiel von Feodor Wehl (1871) hieß es: „Während sich die Höhle lichtet, erkennen die Recken in der sonnenhellen Rheinlandschaft die deutsche Einigkeit.“⁸⁰⁰ Bismarck selbst war sich der einenden Wirkung von Kriegen durchaus bewusst. Er schrieb in seinen Memoiren: „Trotz allem hoffte ich, dass in Kriegszeiten das Nationalgefühl stets zu der Höhe anschwellen wird, dass es das Lügengewebe zerreisst, in welchem die Fraktionsführer, strebsame Redner und Parteiblätter in Friedenszeiten die Massen zu erhalten wissen.“

Der aggressive „Hurra-Patriotismus“, der in der „Wacht am Rhein“ zum Ausdruck kommt, wurde ferner in der Monumentalarchitektur am Rhein verewigt. Am 28. September 1883 wurde das Niederwalddenkmal eingeweiht. „Am Denkmalsockel begegnen dem zu ständigem Blick in die Höhe gezwungenen Betrachter Vater Rhein und Tochter Mosel, die das Geschäft der Wacht am Rhein und in der Gegend zu bewältigen hatten. Darauf erhebt sich eine martialische Germania [...]“⁸⁰¹ Von nun an wandten sich die Blicke zum Rhein, wenn es um die nationale Identität ging, und der Rhein war mit dem Niederwalddenkmal zu der Mitte geworden, die dem Reich noch fehlte.⁸⁰² Den Vorschlag das Denkmal auf der Loreley zu errichten, hatte der Kaiser abgelehnt. Es sollte nicht mit dem Preußenfeind und Franzosenfreund Heinrich Heine in Verbindung gebracht werden.⁸⁰³

Das Deutsche Reich präsentierte seine politische Identität, die zu einem großen Teil auf dem Antagonismus zu Frankreich beruhte⁸⁰⁴, mithilfe von kolossalen

⁷⁹⁷ Ebd., S. 223.

⁷⁹⁸ Cegl-Kaufmann & Johanning: Mythos, S. 224.

⁷⁹⁹ Tümmers: Rhein, S. 224 f. Liedtext: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall / Wie Schwertgeklirr und Wogenprall: / Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein! / Wer will des Stromes Hüter sein? / Lieb Vaterland, magst ruhig sein: Fest steht und treu die Wacht, die Wacht am Rhein!“

⁸⁰⁰ Borst: Erwachen, S. 41.

⁸⁰¹ Cegl-Kaufmann & Johanning: Mythos, S. 228.

⁸⁰² Ebd., S. 229.

⁸⁰³ Herre: Kaiser Wilhelm I., S. 485. Heines Loreley-Lied: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, dass ich so traurig bin“ schien auch ‚nicht die passende Begleitmusik [...] für eine Manifestation der Reichsmacht und Nationalkraft, an der es nichts zu deuteln gab und die keine Traurigkeit aufkommen lassen dürfte‘.“

⁸⁰⁴ Diese Feindschaft drückt sich nicht nur in militärischen Belangen aus, sondern auch in kulturellen. Besonders der Stand der Provinz Elsaß-Lothringen ist hier beispielhaft. Auf der Titel-

Nationalmonumenten und durch die charismatische Person Wilhelms I. als Kaiser und Reichsgründer.⁸⁰⁵ Gleichwohl war die kulturelle Identität des Deutschen Reiches wenig gefestigt, und so wurde jede Möglichkeit, nationale Einheit zu verkörpern, dankend angenommen. Die bevorstehende Gründung des Kolonialvereins wurde beispielsweise in diesem Sinne verstanden: „Hier haben wir endlich einmal wieder eine nationale Frage, die über den kleinlichen Parteihader des Tages erhaben ist.“⁸⁰⁶ Die Notlage nach dem Rheinhochwasser 1882/83 bot nun eine weitere Möglichkeit, Zusammengehörigkeitsbewusstsein zu entwickeln und zu demonstrieren. Althammer schreibt zur inneren Nationsbildung des Reiches, dass die Nation „stets aufs Neue vergegenwärtigt werden [musste] mittels Erzählungen, Bildern, Ritualen und Symbolen, deren gesellschaftliche Aneignung die Vorstellung von der Nation wiederum mit prägte.“⁸⁰⁷

Der preußische Innenminister Puttkamer erklärte: „Die Naturereignisse im Westen haben ja ein allgemeines brennendes Interesse für die Oeffentlichkeit, für jedes patriotische Herz.“⁸⁰⁸ Im preußischen Abgeordnetenhaus warben dementsprechend die Vertreter der Rheinprovinz für ihre Belange: „Die Größe der Noth erfordert aber zu ihrer Milderung ungewöhnlich bedeutende Mittel und die kräftige Mitwirkung aller Theile des Vaterlandes. [...] Möge unser Aufruf in allen deutschen Herzen einen lebhaften Wiederhall finden. Berlin, den 1. December 1882.“⁸⁰⁹

Auch abseits der Politik, in wesentlich informelleren Kontexten, wurde das nationale Motiv verwendet, um die Spendenbereitschaft zu aktivieren. So wurde ein Aufruf zu einem Spielabend, der in ganz Deutschland stattfinden sollte, in der Zeitschrift „Tribüne“ veröffentlicht: „Das Opfer, welches solch ein Spieleabend fordert, wird *jeder Deutsche* mit Freuden bringen.“⁸¹⁰

Ähnlich orientiert sich die letzte Strophe des Gedichts eines Herrn Frenzel aus Bonn, das in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurde:

Die Noth ist groß / ist doppelt groß / Und wächst noch von Stunde zu
Stunde! / O Deutschland, höre das furchtbare Loos / Und beherz'ge
die traurige Kunde! / Die höchste Fluth! Und die größte Noth! /
Alldeutschland hilf, denn Hülfe thut noth!⁸¹¹

seite der Neuwieder Zeitung (4.12.82) wurde eine Reichstagsentscheidung begrüßt, die die Zulassung des Französischen im elsass-lothringischen Landtag ablehnte. „Wir hoffen von diesem Beschlusse eine Kräftigung des deutsch-nationalen Gedankens.“

⁸⁰⁵ Siehe Herre: Kaiser Wilhelm I.

⁸⁰⁶ Neuwieder Zeitung, 24.11.1882.

⁸⁰⁷ Althammer: Bismarckreich, S. 65.

⁸⁰⁸ Neuwieder Zeitung, 4.12.1882.

⁸⁰⁹ Ebd., 5.12.1882.

⁸¹⁰ Neuwieder Zeitung, 12.12.1882 (Hervorhebung P. M.).

⁸¹¹ Ebd., 4.1.1883.

Diese Beispiele zeigen, dass man versuchte, die Katastrophe als Mittel zu gebrauchen, um nationale Identität und den Zusammenhalt des Reiches zu konsolidieren. Gleichzeitig setzten die einzelnen Spender ein lebendiges Zeichen der Solidarität als moralischer Transaktion. Das Spendenaufkommen ist also zwischen diesen beiden Polen (nationale Stilisierung *versus* private Solidarität), die beide auf ein Gefühl der Zusammengehörigkeit abzielen, zu verstehen. Natürlich diente das patriotische Pathos auch der Aushebung von Spenden. In einem Schreiben des „Comites zur Unterstützung der Wasserbeschädigten der Grossherzoglichen Hessischen Rheinlande“ an den Kaiser wurde dies besonders deutlich:

Eine ganze Reihe blühender Ortschaften ist fast vernichtet. Hier, wo in schweren Zeiten die alte Festung Mainz die Vorburg Deutschlands gegen den äußeren Feind gebildet hat, hier wo die Schönheit des Geländes den Stolz und die Lust Deutschlands ausmachten, hier thut augenblicklich die Hülfe am meisten Noth.⁸¹²

Es reichte nicht, von der Überschwemmung betroffen zu sein. Die Betroffenen mussten dies auch klug kommunizieren, um entsprechend berücksichtigt zu werden. Die patriotische Idee und die Erinnerung an den Erbfeind Frankreich im Westen waren dazu geeignete Mittel. Das Landesunterstützungskomitee des Großherzogtums Baden dankte den Spendern mit einigem Pathos:

[...] das deutsche Volk, vom hochverehrten Reichsoberhaupte bis zu den armen Bewohnern kleiner Dorfschaften ist *wie damals, als der Feind die Ufer des Rheines bedrohte*, so jetzt, da mächtige Elementargewalten die Gestade desselben Stromes gefährdeten, in gemeinsamem Wetteifer zur Hilfe herbeigeeilt.⁸¹³

Das Landeskomitee im Großherzogtum Hessen fand, dass „die Reichhaltigkeit der Gaben, die aus dem ganzen deutschen Vaterland zusammenflossen“, zeige, „wie das deutsche Volk sich als Ein Volk fühlt“⁸¹⁴.

Anhand der tatsächlichen Spendenflüsse kann nun nachvollzogen werden, inwieweit die Hochwasserkatastrophe wirklich das nationale Ereignis war, zu dem es stilisiert worden war. Betrachtet man die Herkunft der Spenden, die bei dem Zentralprovinzial-Komitee der Rheinprovinz eingingen, so zeigen sich deutliche Strukturen. Zwar kamen aus allen Teilen des Reiches Hilfsleistungen, aber über drei Viertel aller Geldspenden waren aus Preußen (siehe Abb. 23). Von diesen rund 76 % kam wiederum die Hälfte (38 %) aus der Rheinprovinz und aus Westfalen. Insbesondere die Kohle- und Industriereviere wie

⁸¹² Coblenzer Zeitung, 3.1.1883.

⁸¹³ Landes-Unterstützungs-Comite Großherzogtum Baden: Fürsorge, S. 25 (Hervorhebung P. M.).

⁸¹⁴ Landescomite Großherzogtum Hessen: Rechenschaftsbericht, S. 5.

das beispielsweise Ruhrgebiet steuerten einen großen Anteil davon bei. Alfred Krupp spendete allein 15.000 Mark.

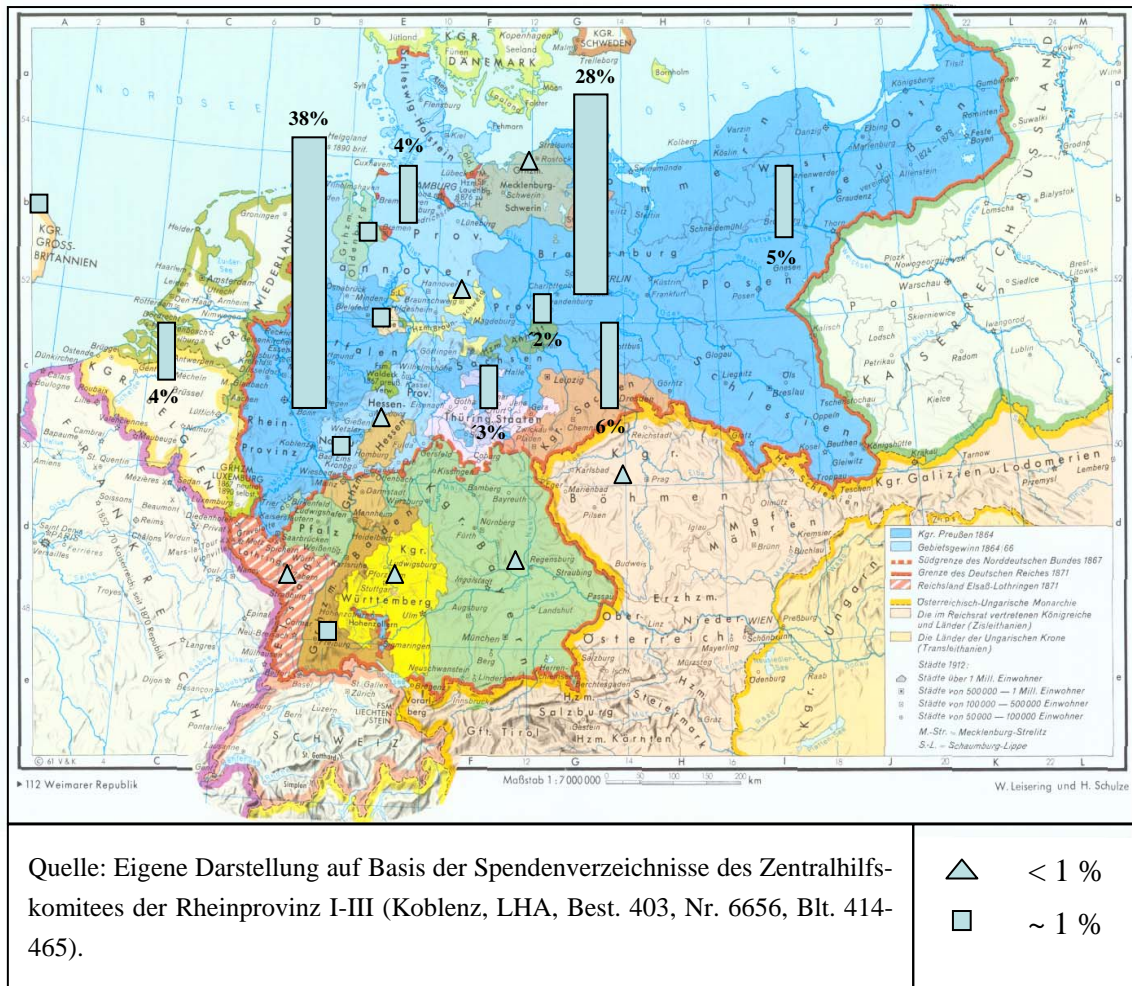


Abbildung 23: Spendenaufkommen für die Rheinprovinz in den ersten Monaten nach dem Rheinhochwasser von 1882/83 nach Regionen⁸¹⁵

Es ergibt sich zunächst ein stark regional geprägtes Muster von Solidaritätsbeziehungen (in der Rheinprovinz und in Westfalen). Die zweitwichtigste Identifizierung, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl ausdrückt, erfolgte mit Preußen. Erst an dritter Stelle stand die Bedeutung des Reiches. Betrachtet man die betroffenen Großherzogtümer Hessen und Baden, so ergeben sich ähnliche Verteilungen. In Hessen stammten etwa 43 % der eingegangenen Spenden aus dem eigenen Land,⁸¹⁶ in Baden 74 % (ohne Berücksichtigung von Reichstags Sammlungen und ausländischer Spenden).⁸¹⁷

⁸¹⁵ Kartengrundlage: Leisering: Weltatlas, S. 93.

⁸¹⁶ Ebd.

⁸¹⁷ Landes-Unterstützungs-Comite Großherzogtum Baden: Fürsorge.

Tabelle 9: Aufstellung der Unterstützungskomitees im Großherzogtum Hessen und Baden über die eingegangenen Spenden (in Reichsmark)⁸¹⁸

	Gesamt	Aus dem übrigen Deutschland	Aus dem eigenen Land	Aus dem eigenen Land (%)
<i>Großherzogtum Hessen</i>	603.250	344.500	258.750	43 %
<i>Großherzogtum Baden</i>	455.700	125.500	330.200	74 %

Die Spendenbereitschaft der Bayern konzentrierte sich entsprechend auf die bayrische Pfalz. Dort waren bis zum 15. Januar schon 450.000 Mark⁸¹⁹ (allein aus Nürnberg 60.000 Mark) eingegangen.⁸²⁰ Deshalb ist es verständlich, dass der Anteil der bayrischen Spenden für die Rheinprovinz weniger als 1 % ausmachte (siehe Abb. 23).

Nach dem zweiten Hochwasser hatten die Schäden in der Rheinprovinz, in Hessen-Nassau, der bayrischen Pfalz, dem Elsass sowie den Großherzogtümern Hessen und Baden solche Dimensionen angenommen, dass die Bemühungen um Spendensammlungen nun auch verstärkt vom Reichstag ausgingen. An einzelne Länder gebundene Solidaritätsmuster traten so zumindest stellenweise in den Hintergrund. Der Kaiser ging mit gutem Beispiel voran, als er 600.000 Mark zur Verfügung stellte. Bismarck verlas die entsprechende kaiserliche Order am 9. Januar im Reichstag:

Auf ihren Bericht vom heutigen Tage will Ich als Beihilfe zur Linderung des augenblicklichen Nothstandes, und um den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß das gesamte Reich einen so schweren Nothstand einzelner Theile seines Gebietes mitempfindet, aus Meinem Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse den Betrag von 600.000 Mark bewilligen [...]⁸²¹

Inwieweit der Reichskanzler den Kaiser aus politischen Gründen zu der Spende bewogen hatte, muss Spekulation bleiben, da der Bericht auf den sich der Kaiser bezieht, nicht dokumentiert ist. Jedenfalls hob Bismarck in seinen weiteren Ausführungen die symbolische Kraft des kaiserlichen Aktes hervor. Die kaiserliche Spende sei im Verhältnis zu dem Schaden „geringfügig“⁸²². Sie könne lediglich dazu dienen, „daß wir alle, daß die gesammte Nation mit derselben Theilnahme wie die nächsten Nachbarn auf dieses Unglück eines Theiles unsere Mitbürger“⁸²³ sehen. Die

⁸¹⁸ Ebd., Beilage 2. Landescomite Großherzogtum Hessen: Rechenschaftsbericht.

⁸¹⁹ Zum Vergleich: Bis zum 18. Januar waren beim Zentralkomitee der Rheinprovinz mit etwa 550.000 Mark nur unwesentlich mehr Spenden eingegangen. Koblenz, LHA, Rep. 403, Nr. 6656, Blt. 414-465. Siehe Spendenverzeichnisse I, II und III.

⁸²⁰ Neuwieder Zeitung, 18.1.1883.

⁸²¹ Reichstag, 29. Sitzung am 9. Januar 1883, S. 819.

⁸²² Ebd.

⁸²³ Ebd.

regionalen Solidaritätsmuster sollten also ausgeweitet werden und das Reich sollte seine soziale Identität unter Beweis stellen.

In der folgenden Reichstagssitzung hob der Zentrumsabgeordnete Dr. Windthorst und Gegenspieler Bismarcks⁸²⁴ diesen Punkt noch einmal hervor. Wie durch ein Wunder schienen über die Wogen des Kulturkampfes hinweg der Reichskanzler und der Katholik einmal einer Meinung zu sein: „Es ist das nicht allein eine Gabe, die unmittelbar wirkt“, erklärte Windthorst dem Kaiser dankend, „sie wird auch einen mächtigen Impuls geben für die Mildthätigkeit des ganzen deutschen Volkes, welches dem Kaiser folgen wird in der Unterstützung dieser Unglücklichen.“⁸²⁵ Während Bismarck wahrscheinlich stärker die Einigkeit des Reiches am Herzen lag, mögen bei Windthorst Motive christlicher Nächstenliebe vorgeherrscht haben. Die Kaiserspende wurde nach Rücksprache mit Landesvertretern anteilsweise auf die betroffenen Länder, einschließlich des Elsasses, verteilt.⁸²⁶ Dabei entfielen je 100.000 Mark auf Preußen, Hessen und die Pfalz, je 40.000 Mark auf Baden, Bayern und das Elsass und 20.000 Mark auf Württemberg zur sofortigen Verteilung. Die übrigen 160.000 Mark blieben als Reserve. Von dem Geld, das Preußen erhielt, gingen 80.000 Mark an das Zentralkomitee nach Koblenz (Rheinprovinz) und 20.000 Mark an das Zentralkomitee nach Wiesbaden (Hessen-Nassau).⁸²⁷ Bis in den Februar wurden auch die eingehenden Spenden nach diesem Muster verteilt, danach nach einem leicht modifizierten Schema.⁸²⁸

4.2.2 Rheinische Verbundenheit

Vergleicht man die Rhetorik der Spendenaufrufe nach dem Rheinhochwasser 1882/83 und den Überschwemmungen im preußischen Kernland 1888, so stellt man keinen Unterschied fest. Auch nach den ausufernden Überschwemmungen an Oder, Weichsel und Nogat wurde die „werkthätige Menschenliebe aller Deutschen“⁸²⁹ gefordert. Beide Ereignisse wurden national aufgeladen, wobei der Hintergrund von Rheinromantik, Wacht am Rhein und allgemein dem Rhein als Nationalsymbol keine besondere Rolle

⁸²⁴ Mann: Geschichte, S. 416. Golo Mann schrieb, Ludwig Windthorst sei „der genialste Parlamentarier, den Deutschland jemals besaß“; an ihm erfahre Bismarck „zum erstenmal die Überlegenheit organisierten Geistes“.

⁸²⁵ Reichstag, 30. Sitzung am 11. Januar 1883, S. 832.

⁸²⁶ Reichstag, 29. Sitzung am 9. Januar 1883, S. 819.

⁸²⁷ Neuwieder Zeitung, 10.1.1883. Die Verteilung der Gelder ist in den Reichstagsprotokollen nicht mehr enthalten. Aus der Zeitung sind die Ergebnisse der abendlichen Unterredung von Bismarck und den Vertretern der Uferstaaten (die von 9 Uhr abends bis Mitternacht dauerte) aber zu erfahren.

⁸²⁸ Reichstag, 33. Sitzung am 18. Januar 1883, S. 893, und 45. Sitzung am 3. Februar 1883, S. 1249.

⁸²⁹ Neueste Mittheilungen, 7. Jg., 29. März 1888.

in dieser Beziehung spielte. Es war nicht so, dass für die Rheinländer mehr Spenden eingingen, weil sie dem Herzen Deutschlands am nächsten wohnten.⁸³⁰

Die Rheinprovinz mit ihrer Landeshauptstadt Koblenz hatte allerdings eine besondere Protektorin. Kaiserin Augusta hatte in den 1850er-Jahren im Koblenzer Schloss residiert und sich dort sehr wohl gefühlt. In der Koblenzer Zeit hatte sich Augustas Nähe zum Katholizismus entwickelt, was ihr im Rheinland große Popularität eintrug.⁸³¹ Sie war im humanitären Bereich seit jeher ausgesprochen engagiert gewesen. Die Idee des Schweizer Dunant, freiwillige Hilfsgesellschaften zu gründen, deren Zweck es wäre, den Verwundeten im Krieg zur Seite zu stehen oder in Friedenszeiten bei ansteckenden Krankheiten und Unglücksfällen, wurde von der Kaiserin Augusta als einer der Ersten aktiv aufgenommen. Schließlich waren es die Gräueltaten des Krieges, die nicht staatliche Organisationen im Namen von Christentum und Menschlichkeit auf den Plan riefen. In Friedenszeiten war für solche Gesellschaften eine beschränkte Aktivität vorgesehen. Sie konnten aber bei Epidemien, Unglücksfällen, Überschwemmungen und Feuer gute Dienste leisten.⁸³² Die Kaiserin war auch eine der ersten Diplomatinen, die der Genfer Konvention (1863) ihre Unterstützung verlieh. Darüber hinaus standen die Rot-Kreuz-Vereine, die sich auf Grundlage der Genfer Konvention entwickelten, unter dem ihrem Protektorat.⁸³³ Von ausgesprochener Relevanz für die Unterstützungsmaßnahmen im Falle von Notständen in Friedenszeiten war aber der Vaterländische Frauenverein. Augusta hatte diesen 1866 am Tag der Dank- und Siegesfeier begründet. Seine Ziele waren: „Ausbildung von Krankenpflegerinnen, Erziehung der Jugend, namentlich der Waisen, Rettung verwaarloster Kinder, Gesundheitspflege und Schaffung von Hausindustrien zur Hebung der Armut und Sittlichkeit.“⁸³⁴ Bereits 1869 bestanden 291 Zweigvereine (1889 schon 715), die sich bei allgemeinen Notständen im großen Stile bewährten. Die Sturmfluten von 1872, der Notstand in Oberschlesien 1879, die Überschwemmung in den Rheinlanden 1882 und andere bewiesen, wie wirkungsvoll freiwillige Vereinigungen in der Not helfen konnten. Die Kaiserin bevorzugte Aktionen auf Grundlage der *boni mores* gegenüber solchen auf Grundlage der *bonae leges*. In den Kriegszeiten 1870/71 verweilte sie bedenkenlos in den Lazaretten bei Freund und Feind und förderte mit allen Mitteln die Arbeit des Roten Kreuzes.⁸³⁵

Zufällig verbrachte nun die Kaiserin, während das Wasser des Rheins im Spätherbst immer weiter anstieg, einige Tage in Koblenz.⁸³⁶ Dies wirkte sich auf den Umgang des

⁸³⁰ Eher noch ist vorstellbar, dass Richard Wagners „Rheingold“ unabsichtlich eine besondere Werbung für den Rhein gemacht hatte.

⁸³¹ Bismarck: Erinnerungen, S. 197. Beispielsweise wurde von einem Graf v. d. Recke-Volmerstein geraten, nicht den König, sondern die Königin zum Dombaufest zu schicken.

⁸³² Schrader: Augusta, S. 47.

⁸³³ Ebd., S. 49 f.

⁸³⁴ Ebd., S. 59.

⁸³⁵ Ebd., S. 60 f.

⁸³⁶ Ebd.

preußischen Staates mit dem Hochwasser spürbar aus. In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 28. November 1882 wurde zunächst ein Telegramm des Oberpräsidenten der Rheinprovinz verlesen. Darin hieß es: „Rhein hat den höchsten Wasserstand dieses Jahrhunderts erreicht.“ Diese Nachricht hatte lediglich eine abwartende Haltung zur Folge. Man sollte sehen, ob das Wasser noch weiter steige, und Puttkammer bat „das hohe Haus, in Ruhe zu warten, wie die Entwicklung sich weiter gestalten wird“⁸³⁷. Im weiteren Verlauf der Debatte nahm der Minister des Innern, Puttkammer, von Neuem das Wort zu folgender Mittheilung:

Ich bin so eben durch Se. Majestät den Kaiser in den Besitz einer allerdings recht betrübend lautenden Nachricht gelangt. (Bewegung.). Aus der Thatsache, dass Se. Majestät die Gnade gehabt hat, mir die betreffende Nachricht in das Haus zu schicken, entnehme ich die allerhöchste Ermächtigung sie dem hohen Hause mitzutheilen. Es ist ein Telegramm Ihrer Majestät der Kaiserin, die sich jetzt in Koblenz aufhält, und lautet folgendermaßen: ‚Sr. Majestät dem Kaiser. Der Rhein ist seit gestern Abend noch um 2 Fuß gestiegen, und von oben wird gemeldet, dass in der Maingegend ein Wolkenbruch stattgefunden hat. (Bewegung.) Das Wasser steht in der Trinkhalle über den Kacheln‘. Die Herren, welche Koblenz kennen, werden sich vergegenwärtigen, welchen Grad der Wassernoth das schon bedeutet. ‚Im Schlossgarten‘ – der wenn ich mich nicht irre, mindestens 12 Fuß über dem gewöhnlichen Sommerwasserstande steht – ‚dringt es jetzt von allen Seiten ein. Die Schiffbrücke ist zur Hälfte fortgerissen. In der Castorgasse soll es ganz schrecklich aussehen. Unsere Orangerie im Generalcommando steht unter Wasser. Es ist kein Ende abzusehen. Der Verkehr kommt immer mehr ins Stocken‘ (die Verlesung des Telegramms wurde vom Hause mit großer Spannung und unter lautloser Stille angehört.) Danach fährt der Minister fort – ist allerdings die Situation eine ernste, und ich werde mich für verpflichtet halten, sofort nach Schluß der Sitzung Se. Majestät zu bitten, mir eine Audienz zu gewähren, um die näheren Befehle entgegenzunehmen. Und sollte es nöthig sein, dass die Reise eines Ministers, sei es meine oder die eines andern, nach dem Rhein stattfindet, und sollte auf mich der Befehl Sr. Majestät fallen, so hoffe ich, dass das hohe Haus die weitere Berathung des Etats des Ministerium des Innern so lange aussetzen wird, bis ich wieder zurück sein werde.⁸³⁸

Als Konsequenz reiste Innenminister Puttkammer am 30. November ins Überschwemmungsgebiet, und eine Nothilfe in Höhe von 500.000 Mark wurde umgehend gewährt.⁸³⁹ Diese Initiative der Kaiserin wurde auch von der betroffenen Bevölkerung gewürdigt. In der Neuwieder Zeitung hieß es beispielsweise:

⁸³⁷ Neuwieder Zeitung, 2.12.82, *Die Wassernoth in Neuwied [Titelseite].

⁸³⁸ Ebd.

⁸³⁹ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6645, Blt. 227. ‚Mit allerhöchster Genehmigung werden Ihnen morgen durch besondere Verfügung eine halbe Million zur Abhülfe der Noth überwie-

Unserer allverehrter Kaiserin gebührt hierbei wiederum das Verdienst, die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaft auf die in Gefahr und Noth befindlichen Unterthanen gelenkt zu haben; durch dankbare Liebe werden die Rheinbewohner diese allerhöchste Fürsorge zu schätzen suchen.⁸⁴⁰

Anfang Januar wurde noch einmal hervorgehoben, dass die Kaiserin den von den „tückischen Fluthen zum ersten Male heimgesuchten Bewohnern des Rheins gedachte und den Impuls zu erfolgreicher Hülfe gab“⁸⁴¹. In der Kölnischen Zeitung wurde berichtet, wie die Kaiserin während ihres Herbstaufenthaltes „das regste Interesse und die huldvollste Theilnahme an der schwer heimgesuchten Provinz bewiesen“⁸⁴² habe. Auch vor Ort kümmerte sich die Kaiserin um die Organisation der Nothilfe. Auf ihre Anregung hin wurde ein Hilfskomitee zur Linderung der Not unter Vorsitz des Regierungspräsidenten gebildet.⁸⁴³

Auch ihr Einfluss „hinter den Kulissen“, also im häuslichen Bereich kann, wenn man Bismarck Glauben schenken darf, nicht überschätzt werden. Während der Kaiser durch nichts einzuschüchtern war und parlamentarische Widerstände seine Entschlossenheit nur stärkten, vermochte es die Kaiserin, einen „unberechenbaren“ Einfluss auf den Kaiser auszuüben. Das Bedürfnis zum häuslichen Frieden ließ den Kaiser dann unsachlich argumentieren. Sie überzeugte ihn durch Zeitungsartikel und ad hoc geschriebene Briefe von einer Sache beim Frühstück und „pflegte ihren Erfolg zu befestigen durch Äußerung von Zweifeln, ob der Kaiser imstande sein werde, die geäußerte Absicht oder Meinung ‚Bismarck gegenüber‘ aufrechtzuerhalten“. Laut Bismarck hat der Kaiser ihn in späteren Jahren um Rat gebeten, wie er den häuslichen Frieden aufrechterhalten könne, ohne Schädigung der Staatsinteressen.⁸⁴⁴ Auch wenn in Bismarcks Memoiren die Kaiserin zu seiner großen Widersacherin stilisiert wurde, so schien ihr Einfluss auf den Kaiser tatsächlich vorhanden gewesen zu sein. Sie mag vor diesem Hintergrund eine Rolle gespielt haben, als der Kaiser die 600.000 Mark aus einem Sonderdispositionsfond zur Verfügung stellte, und vielleicht auch bei der Entstehung des preußischen Gesetzes zur Unterstützung der von den Überschwemmungen Betroffenen Mitte Januar 1883 (in Höhe von 3 Millionen Mark).

Daneben engagierte sich Augusta auch in ihrer Rolle als Gründerin der Frauenvereine. So berichtete sie dem Vorstand des Frauenvereins am 28. November:

Ich bin Zeuge von leider noch steigenden Verheerungen, welche durch die Ueberschwemmungen des Rheins verursacht werden. Von

sen werden“, hieß es in einem Telegramm an den Präsidenten der Rheinprovinz am 1. Dezember 1882.

⁸⁴⁰ Neuwieder Zeitung, 10.12.1882.

⁸⁴¹ Ebd., 3.1.1883, *Zum Jahreswechsel.

⁸⁴² Kölnische Zeitung, 4.12.1882.

⁸⁴³ Kölnische Volkszeitung, 1.12.1882.

⁸⁴⁴ Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen, S. 481-485.

Mannheim bis Köln werden die Spuren dieser ganz anomalen Calamität lange fühlbar bleiben. Dorfschaften und nieder Stadttheile stehen unter Wasser, Wintervorräthe sind zerstört – anderer Schäden nicht zu gedenken. Dies ist einer jener Momente, wo die Thätigkeit der Zweigvereine sich bewähren muß, und ich werde es für angemessen erachten, sofort darauf einzuwirken. Der Koblenzer Zweigverein ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, und ich hoffe, dass überall, wo es Noth thut, die gleiche Theilnahme sich erweisen wird.⁸⁴⁵

Umgehend reagieren der Vaterländische Frauenverein mit einem Aufruf zur Sammlung von Spenden an ihre Zweigvereine⁸⁴⁶. Darüber hinaus ging sie selbst als Spenderin mit gutem Beispiel voran:

Ihre Majestät unsere Allergnädigste Kaiserin Königin haben sofort bei dem ersten Erscheinen der Wassernoth geruth, ein Allerhöchstes Gnadengeschenk von 500 Mark dem Oberbürgermeister für die Bedrängten behändigen zu lassen. Dem erhabenen Vorbilde Ihrer Majestät folgend, sind auch Seitens des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins und Seitens verschiedener anderer Wohlthäter bereits Spenden zu gleichem Zwecke eingegangen.⁸⁴⁷

Bevor die Kaiserin am 7. Dezember wieder nach Berlin abreiste, spendete sie zugunsten der Sammlungen des Frauenvereins aus ihrer Privatschatulle noch einmal 2.000 Mark.⁸⁴⁸

4.2.3 Globale Spendensammlungen und transnationale Solidarität

Die beim Reichstag eingegangenen Spenden unterschieden sich von allen anderen Sammlungen dadurch, dass sie keiner bestimmten Region zuzugingen, sondern auf alle betroffenen Gebiete verteilt wurden. Das heißt, in ihnen kommt eine tatsächlich staatenübergreifende Solidarität zum Ausdruck. Die Reichstagssammlungen liefern allerdings ein überraschendes Ergebnis. Während vom deutschen Reichsterritorium lediglich 46.000 Mark eingingen, kamen aus dem Ausland über eine Million.⁸⁴⁹ Die beschworene Anteilnahme der gesamten Nation hatte insofern keine Früchte getragen, als regionale Solidaritätsmuster innerhalb des Reiches ungleich bedeutsamer waren. Die Spenden, die beim Reichstag aus Deutschland eingingen, machten lediglich 1 % der Gesamtsammlung im Reichstag aus. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Modi der Sammlungen die Reichstagssammlung benachteiligten, so bleibt das Ergebnis deutlich.

Was die Reichstagsinitiative, die erste ihrer Art im 19. Jahrhundert, auszeichnete, war die Wirkung auf die Deutschen im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten

⁸⁴⁵ Coblenzer Zeitung, 30.11.1882.

⁸⁴⁶ Neuwieder Zeitung, 2.12.1882.

⁸⁴⁷ Coblenzer Zeitung, 28.11.1882.

⁸⁴⁸ Ebd., 4.12.1882.

⁸⁴⁹ Reichstag, 55. Sitzung am 16. Februar 1883, S. 1555 f., und 56. Sitzung am 3. April 1883, S. 1600 f. Die Spenden aus deutschem Territorium machten rund 4 % der Gesamtspenden aus.

von Amerika. Aus allen Teilen der Welt liefen 1883 Spendengelder in Berlin ein.⁸⁵⁰ Geografisch betrachtet, entspannte sich ein globales Netzwerk von Hilfsleistungen.

Geldgaben aus allen Kontinenten trafen in Berlin ein: aus Amerika (Kanada, Zentralamerika, Puerto Rico, Brasilien, Argentinien und Chile), Ozeanien (Australien, Neuseeland), Asien (China, Japan) und Afrika (Kaforkolonie, Orange-Freistaat, Südafrika) (siehe Abb. 24), aber natürlich auch aus dem europäischen Raum (Belgien, Großbritannien, Italien, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz und Spanien).

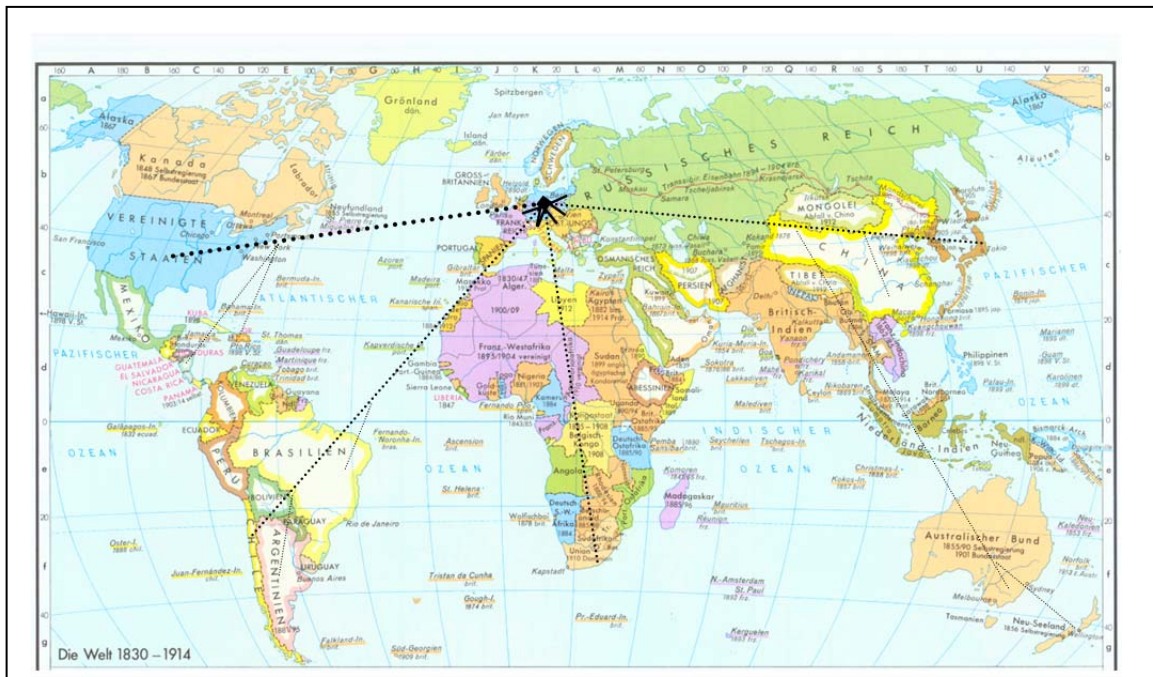


Abbildung 24: Globales Spendenaufkommen für die Überschwemmten am Rhein (1883/84)⁸⁵¹

Im Reichstag sprach der Abgeordnete von Bernuth seinen Dank aus: „Sie haben vernommen, wie aus den verschiedensten Ländern bis zum fernsten Osten und weit bis zum Süden hin diese Beiträge geflossen sind.“⁸⁵²

Hier spiegelt sich Barnett & Lands Erkenntnis wider, dass ein negativer Zusammenhang zwischen „distance“ und „caring“, wie er in der Geografie zunächst angenommen wurde, nicht überall zutrifft⁸⁵³. Die Ausbildung von materiellen und moralischen Netzwerken zwischen Diaspora und Heimat zeige, wie räumliche Distanz zur

⁸⁵⁰ Reichstag, 55. Sitzung am 16. Februar 1883, 56. Sitzung am 3. April 1883, 5. Sitzung am 1. September 1883, S. 107. Sogar bis 1884 liefen noch Spenden ein (11. Sitzung am 24. März 1884, S. 197).

⁸⁵¹ Quelle: Zusammengestellt nach Stenographischen Berichten der Reichstagsverhandlungen (1883 und 1884). Kartengrundlage: Leisering: Weltatlas, S. 105.

⁸⁵² Reichstag, 55. Sitzung am 16. Februar 1883, S. 1556.

⁸⁵³ Barnett & Land: Geographies, S. 1066.

Bedingung für starke Solidarität werden könne.⁸⁵⁴ Während die regionalen Solidaritätsmuster bei deutschen Spendensammlungen eine Korrelation zwischen geografischer Nähe und Anteilnahme aufweist, trifft dies für die Spenden aus dem Ausland nicht mehr zu. Mit der kolonialen Erfahrung und der Eroberung Amerikas ging einher, dass sich zumindest zeitweise emotive Geografien unabhängig von der räumlichen Nähe ausdrückten. Ohne moderne Kommunikationsmöglichkeiten, die sich im 19. Jahrhundert mit der Verlegung transatlantischer Telegrafenkabel erheblich verbesserten, wäre die Aufrechterhaltung solcher Solidarbeziehungen schwierig gewesen. Gleichwohl war die zeitliche Dauer solcher Beziehungen befristet. Schon mit der zweiten Generation wurden die transatlantischen Beziehungen zwischen Expatriierten und Heimat in weiten Teilen aufgegeben.⁸⁵⁵

Der größte Teil internationaler Spenden kam mit über einer Million Mark aus den Vereinigten Staaten von Amerika (rund 90 %). Deutsche Auswanderer, in von Bernuths Worten „Stammesbrüder“⁸⁵⁶, schickten aus New York, Ohio, Iowa, Illinois, Wisconsin, Pennsylvania und vielen anderen Staaten Geld in ihr Heimatland. Auch nach dem Hochwasser von 1868 in der Schweiz hatten Auswanderer aus Nordamerika in die Heimat gespendet.⁸⁵⁷ Die Menge der Spenden fiel aber nicht so stark ins Gewicht wie 1883 in Deutschland, wo sie etwa ein Viertel aller Geldgaben ausmachte.⁸⁵⁸

Im Reichstag wurde diesem reichen Spendenfluss eine patriotische Note verliehen. In der Sitzung vom 18. Januar 1883, als die ersten Spenden aus Amerika eingegangen waren, hielt der Abgeordnete Dr. Kapp eine ausführliche Rede über das nationale Gefühl aller Deutschen, die in der privaten Wohltätigkeit zum Ausdruck käme:

Meine Herren, bei Gelegenheiten wie der gegenwärtigen ist es namentlich wohlthuend und erhebend, zu sehen, daß das nationale Gefühl, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem alten Vaterlande in unseren auswärts wohnenden Landsleuten mit gewissermaßen elementarer Kraft zum Durchbruch gelangt und sich Bahn bricht. Es sind nicht sowohl die Hunderttausende und selbst Millionen Mark, – so schätzenswerth sie auch sind, und so dankbar wir sie annehmen –, welche in meinen Augen am meisten ins Gewicht fallen; nein, es ist in noch viel höherem Grade der moralische Druck, der sich [...] auf jedermann im Volke geltend macht.⁸⁵⁹

⁸⁵⁴ Ebd. Die Analyse von Beziehungen zwischen kroatischen Migranten in Nordamerika und ihren Landsleuten in der Heimat in den 1990er-Jahren zeigte diese Zusammenhänge deutlich (ebd., S. 1074).

⁸⁵⁵ Pfister: Naturkatastrophen, S. 296. Am Beispiel der Schweiz erklärt Pfister, dass die transatlantische Anteilnahme mit der ersten Generation zu Ende ging.

⁸⁵⁶ Ebd.

⁸⁵⁷ Summermatter: Bewältigung, S. 27.

⁸⁵⁸ Ebd., S. 24-27. Die rund 200.000 Franken nordamerikanischer Spender machten 1868 nur etwa 6 % des Gesamtspendenvolumens von 3,63 Mio. Franken aus.

⁸⁵⁹ Reichstag, 33. Sitzung am 18. Januar 1883, S. 894.

Kapp hatte selbst als Jurist einige Jahre in New York gearbeitet und beschäftigte sich seitdem hauptsächlich mit den Beziehungen zwischen den Deutschen in Amerika und im Reich.⁸⁶⁰ Deshalb wurde ihm auch die Verfügung über die Spendeneingänge aus Amerika zugebilligt.

Er hob hervor, dass das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der Auswanderung offenkundig nicht verloren gegangen sei. Die Betroffenen könnten so spüren, dass auch „jenseits des Ozeans Landsleute wohnen, die Sympathie haben mit ihren Leiden und nach besten Kräften bereit sind, denselben abzuhelpen“⁸⁶¹. Windthorst's Hinweis auf mögliche nicht deutsche Spender in Amerika blieb in dieser Sitzung eine Randnotiz, die dem aufflammenden Patriotismus keinen Einhalt gebieten konnte. Die Rhetorik zog sich durch die weiteren Verhandlungen. Der Reichstagspräsident sprach am 3. April würdigend von Gaben der „deutschen Stammesgenossen“ in Amerika, die sich auch durch Überschwemmungen im eigenen Land nicht davon abhielten ließen, für Deutschland zu spenden⁸⁶². Er verlas einen Auszug aus einem diesbezüglichen Schreiben aus Indiana:

Da unsere Stadt am Ohioströme liegt, indessen so glücklich war, durch ihre günstige Lage mit beinahe 40.000 Einwohnern von Ueberschwemmungen verschont zu bleiben, so waren unsere Nachbarn um so unglücklicher, und wir mußten diesen zu Hilfe eilen. Aus diesem Grunde würde diese Einlage schwächer als die erste. Sie dürfen sich indessen versichert halten, daß jede Mark mit Liebe und Freundschaft für das alte Vaterland gegeben wurde.⁸⁶³

Es ist bemerkenswert, wie Auswanderer, die vermutlich die Reichsgründung nicht mehr erlebt haben, von dem „alten Vaterland“ sprechen. Tatsächlich scheint es sich um eine Projektion des Heimatgefühls (das Verbundenheit mit Sprache, Kultur und Landschaft beinhaltet) auf die neu entstandene Nation zu handeln. Die Stilisierung zu „Stammesgenossen“ nahm Motive von Volkszugehörigkeit (Riehl) und Rassenideologie auf und bildete die Grundlage des Zusammengehörigkeitsgefühls. Es ging in dieser Interpretation nicht mehr um den Zusammenhalt der Nation, sondern – noch grundlegender – um den Zusammenhalt eines Volkes als biologisch-kultureller Einheit. Am 9. Mai wurde im Reichstag (abschließend) noch einmal lobend hervorgehoben, wie „das gesammte deutsche Volk, sein Kaiser an der Spitze, und besonders auch alle Deutschredenden im Ausland, zumal die Deutschen in Amerika“⁸⁶⁴, die Not durch Spendensammlungen linderten. Aus der hier getroffenen Unterscheidung zwischen deutschem Volk und Deutsch Sprechenden könnte man ableiten, dass die Deutschen im Ausland nicht mehr zum deutschen Volk im vollen Sinne gehörten, weil sie sich von

⁸⁶⁰ Deutscher Parlaments-Almanach, Bd. 14, 1881, Biographische Notizen, S. 165 f.

⁸⁶¹ Ebd.

⁸⁶² Reichstag, 56. Sitzung am 3. April 1883, S. 1601.

⁸⁶³ Ebd.

⁸⁶⁴ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, Thilenius, S. 2430.

ihrer Heimat losgesagt hatten. Insgesamt stand jedoch der Dank an „die aufopfernde Liebe und [den] patriotischen Brudersinn [der] Stammesgenossen“⁸⁶⁵ im Vordergrund, wie auch das Zentralprovinzialkomitee zur Unterstützung der Überschwemmten in der Rheinprovinz ihn aussprach.

Die nationale Instrumentalisierung und der beschworene Patriotismus verwirklichten sich letztlich nicht innerhalb des Reiches. Deshalb wurde die „Stammesbruderschaft“ mit den Deutschen in Amerika mehr und mehr zum Leitbild, das auch dazu dienen konnte, gesamtdeutsche Solidarität – sogar über territoriale Grenzen hinaus – auszudrücken. In den Worten des Reichstagsabgeordneten Marquardsen kommt dies noch einmal schön zum Ausdruck:

So wie namentlich die Hilfe, welche die Deutschen aus Amerika uns geleistet haben, ein unverwelkliches Lorbeerreis in der Geschichte des Deutschthums in Amerika bleiben wird, [...] ein schönes Beispiel unserer Zusammengehörigkeit, welche über die Meere hinaus zwischen den Angehörigen der deutschen Stämme sich gezeigt hat.⁸⁶⁶

Die Stammesidee wurde auch bei einem Spendenaufruf für die Überschwemmten in Tirol im Herbst 1882 instrumentalisiert. Ein Expatriot schrieb einen Artikel, der auf dem Titelblatt der Neuwieder Zeitung erschien. Die Katastrophen wurden mitfühlend beschrieben, und es wurde zu tatkräftiger Hilfe aufgerufen. Der Autor A. v. Schlemitz monierte, dass sich das Ausland „fast ganz unthätig“ verhalte, und „selbst die Bevölkerung des deutschen Reiches unbeteiligt bleibe; und dies obwohl der ‚Deutsch-Österreicher‘ sich doch durch Stammesgleichheit verbunden weiß und zudem verbunden glaubt durch die Bande warmer Sympathie und Freundschaft [...]“⁸⁶⁷. Auf die hier lebenden Angehörigen des Deutschen Reiches mache diese Wahrnehmung einen „peinlichen, nahezu beschämenden Eindruck“⁸⁶⁸. Neben „Stammesgleichheit“ versuchte der Autor zuletzt auch christliche Werte, wie „Menschliebe, Mitleid und Barmherzigkeit“⁸⁶⁹, zu aktivieren. In Neuwied wurde angesichts des Erfolgs dieses Artikels ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Überschwemmten in Tirol für den 30. November organisiert. Ironischerweise musste es ausfallen, weil die Stadt zu dem Zeitpunkt selbst überschwemmt war. Die Veranstalter verschoben sowohl den Termin als auch den Zweck der karitativen Sammlung. Der Erlös sollte nun den vom Hochwasser am Rhein betroffenen Mitbürgern zugehen.⁸⁷⁰ Die Hierarchie der Solidarität zeigt sich an diesem Beispiel deutlich. In Anlehnung an eine christliche Werteskala, könnte man sagen, erfahren hier die räumlich Nächsten auch die stärkste Nächstenliebe.

⁸⁶⁵ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6656, Blt. 401. Bekanntmachung des Central-Provinzial-Comites (Rheinprovinz).

⁸⁶⁶ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, Marquardsen, S. 2435.

⁸⁶⁷ Neuwieder Zeitung, 22.11.1882.

⁸⁶⁸ Ebd.

⁸⁶⁹ Ebd.

⁸⁷⁰ Neuwieder Zeitung, 5.12.1882.

4.2.4 Exkurs: Internationale Beziehungen

Vereinzelt hatten sich auch Ausländer an den Sammlungen beteiligt. Den Engländern sprach Kaiserin Augusta beispielsweise, neben den Deutschen in England, „im Wohlthun wie in allen edlen Bestrebungen vereint“⁸⁷¹, ihren Dank aus. Dieser Ausdruck des Dankes hatte aber keinerlei Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen zwischen Deutschland und England, sondern war eher als Höflichkeitsformel zu verstehen. Eine offizielle diplomatische Anteilnahme von Regierungen schien erst dann gefordert zu sein, wenn bei Katastrophen eine große Zahl von Todesopfern zu verzeichnen war, wie im Falle des Erdbebens von Ischia (1883) oder der Grubenkatastrophe von Courrières (1906).⁸⁷²

In Courrières hatte sich am 10. März 1906 das schwerste Grubenunglück der europäischen Geschichte zugetragen; durch eine Grubengasexplosion waren über 1.000 Bergleute zu Tode gekommen. Telegramme fast aller europäischen Regierungen, einschließlich der deutschen Staatsregierung, bekundeten der französischen Regierung ihre Solidarität im Unglück. Auf eine solche nationale Tragödie gebot der moralische Kodex internationaler Beziehungen, diplomatisch zu reagieren.⁸⁷³ Trotz zwischenstaatlicher Spannungen kamen Rettungsmannschaften aus den deutschen Bergrevieren in Herne und Gelsenkirchen zu Hilfe. Dieser Akt wurde im Nachhinein als Zeichen der Völkerverständigung und der Nächstenliebe interpretiert. Aber auch national wurden die Helfer als „die deutschen Helden von Courrières“⁸⁷⁴ präsentiert. Obwohl die Hilfsaktion auf persönlicher Initiative eines Bergmeisters beruhte, wurde sie im Nachhinein durch die Presse in den verschiedensten Versionen zu einem Akt nationaler Größe und transnationaler Solidarität stilisiert.

Daneben hatte der deutsche Botschafter in Paris dem französischen Außenminister eine Geldspende in Höhe von 100.000 Mark für die Hinterbliebenen überreicht. Dieses Zeichen darf aber nicht im Sinne einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen interpretiert werden. Vor dem Hintergrund der Geschehnisse von 1914 wäre dies auch nur schwer möglich.⁸⁷⁵ Die Intentionen für die telegrafische Anteilnahme und die Geldzuwendung lagen vermutlich, analog dem Beispiel von Ischia, eher im moralischen und im patriotischen Bereich.

⁸⁷¹ Ebd., 6.1.1883.

⁸⁷² Im internationalen Umgangscodex wurden nur außergewöhnliche Katastrophen (mit vielen Todesopfern) zum Anlass diplomatischen Engagements. Andernfalls wäre die Frequenz von solchen offiziellen Anteilsbekundungen allein zwischen den europäischen Staaten wohl zu hoch geworden und hätte ihre Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit zur Regelung von Beziehungen schnell verbraucht.

⁸⁷³ Friedemann: Erbe, S. 145.

⁸⁷⁴ Ebd., S. 153.

⁸⁷⁵ Ebd., S. 130, 146.

Am 28. und 29. Juli 1883 hatten schwere Erdbeben mehrere Orte auf der italienischen Insel Ischia zerstört und mehr als 2.000 Menschenleben gefordert. In Deutschland wurde zu landesweiter Anteilnahme und zu einer Spendensammlung für das befreundete Land mit seiner wunderbaren Kultur und Natur aufgerufen. „Zwischen beiden national geeinten Mächten bestehen heute die freundschaftlichsten Beziehungen, die durch gemeinsame Interessen des Friedens getragen und bestetigt werden.“⁸⁷⁶ Die besondere Verbundenheit der Deutschen zu Italien drückte sich in den wohlthätigen Hilfssammlungen aus. Neben der besonderen Sympathie für Italien wurde auf den deutschen Nationalstolz rekurriert, um Anteilnahme zu begründen. Nur bei tatkräftiger Unterstützung „wird eine dem Umfange der stattgehabten Zerstörung und der Würde des deutschen Namens entsprechende Beisteuer zu den Unterstützungen gehofft werden dürfen, deren es bedarf“⁸⁷⁷.

Auf königliche Erlasse vom 16. bzw. 26./27. August hin wurden Sammlungen in ganz Deutschland durchgeführt. Im Regierungsbezirk Düsseldorf kamen auf diese Weise allein 18.000 Mark an Spendengeldern zusammen. Viele Spenden wurden direkt nach Italien oder an die Reichsbank überwiesen, sodass der tatsächliche Betrag sehr viel höher zu veranschlagen sei, erklärte der Regierungspräsident in seinem Bericht. Allein der Kommerzienrat Krupp in Essen hatte den Betroffenen 10.000 Francs durch den Vertreter einer italienischen Firma zukommen lassen. In Krefeld hatte ein italienischer Seidenhändler gleich nach der „Katastrophe“ eine Sammlung angeregt „und eine sehr erhebliche Summe zusammengebracht“⁸⁷⁸. Größere Mengen waren folglich an offiziellen Kanälen vorbei gespendet worden.

Auch auf außenpolitischer Ebene wurde Deutschland aktiv. Preußen sandte 25.000 Mark aus einem Dispositionsfond nach Italien.⁸⁷⁹ Der deutsche Kaiser bekundete seine „herzliche Theilnahme wegen des Unglücks von Ischia dem Könige Humbert“⁸⁸⁰ telegrafisch. Der italienische König bedankte sich für die tröstenden Worte und erklärte, dass durch jene die Bande der Bewunderung und Freundschaft zum deutschen Kaiser noch enger würden. Der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin richteten eine Gedenkstunde zum Ausdruck der deutschen Anteilnahme aus.⁸⁸¹

„Das Unglück, durch welches Ischia heimgesucht und ganz Italien in tiefe Trauer versetzt worden ist, hat in Deutschland den schmerzlichsten Eindruck gemacht. Es ist meiner Gemahlin und Mir daher ein Bedürfniß, diesem Gefühle Ausdruck zu verleihen, und hegen Wir den innigen Wunsch, daß dies in einer Unserer Betrübnis würdigen Weise geschehe. Deshalb möchten Wir, von Tausenden

⁸⁷⁶ Neueste Mittheilungen, 2. Jg., Nr. 80, 6. August 1883.

⁸⁷⁷ Provinzial-Correspondenz, 21. Jg., Nr. 32, 8. August 1883.

⁸⁷⁸ Koblenz, LHA, Best. 403, Nr. 6923, Blt. 99-101.

⁸⁷⁹ Berlin, GStAPK, I. HA., Rep. 89, Nr. 13055, Blt. 68-71.

⁸⁸⁰ Neueste Mittheilungen, 2. Jg., Nr. 82, 13. August 1883.

⁸⁸¹ Ebd.

umringt, im Geiste an die Trauerstätte treten‘, erklärte der Kronprinz. Und weiter: ‚Wir sind gewiß, daß das deutsche Volk dem befreundeten Nachbarn im Unglück wird zur Seite stehen wollen und daß es bereits nach Wegen dahin sucht‘.⁸⁸²

Neben der moralischen Pflicht zur Hilfeleistung als Akt der Menschlichkeit tauchte in den Erläuterungen des Kronprinzen an Reichskanzler Bismarck vor allem das Motiv der nationalen Ehre auf. Er sprach darin von der ‚Würde‘ des deutschen Namens und einer ‚nationalen Ehrensache‘.⁸⁸³ In den Neuesten Mittheilungen und der Provinzial-Correspondenz wurde diese Motivik weiter ausgeführt. Das Herrscherhaus zeige, wie hoch es die ‚Pflichten der Freundschaft gerade im Unglück hält‘; und die Konsequenz im Imperativ: ‚[...] möchte Italien die Freundschaft Deutschlands hoch zu schätzen lernen!‘⁸⁸⁴ Das deutsche Volk brauche den Vergleich mit anderen Nationen nicht zu scheuen, wenn es um den ‚Wohlthätigkeitssinn‘ gehe.⁸⁸⁵ Wie im Potlatsch-System archaischer Gesellschaften die Menge der verteilten Güter über die Größe und Anerkennung des Häuptlings entscheidet,⁸⁸⁶ so gab es ein internationales Wettrennen darum, welche Nation die größten Gesten der Menschlichkeit im Augenblick der Katastrophe aufbrachte. Das Geben war also kein rein altruistischer Akt, sondern beinhaltete mit dem Ausdruck des Altruismus eine Aufwertung von Prestige und Anerkennung als ehrenvolle Nation. Der Beweis der Freundschaft als Tugend ist in diesem Sinne zu verstehen.

Die Verpflichtung zur Gegengabe, um als gleichwertiger Partner anerkannt zu werden, kommt auch in der negativen Relation heutiger internationaler Katastrophenhilfe zum Ausdruck. Nach Katastrophen fließen Spenden aus den entwickelten Ländern in die Entwicklungsländer („unreciprocated gifts“ in Sahlins Terminologie⁸⁸⁷). Durch diesen Mangel an Gegenseitigkeit manifestiere sich „the symbolic domination of the West towards the ‚developing‘ world“.⁸⁸⁸ Die Geldflüsse repräsentieren vor diesem Hintergrund soziale Hierarchien und können zur Dominierung des Betroffenen instrumentalisiert werden.⁸⁸⁹ Zwischen gleichwertigen Partnern, wie den Ländern Europas, wurde die Gegengabe damit zur Pflicht, um im internationalen Beziehungsgeflecht Status und Ansehen zu bewahren.

⁸⁸² Provinzial-Correspondenz, 21. Jg., Nr. 33, 15. August 1883.

⁸⁸³ Ebd.

⁸⁸⁴ Neueste Mittheilungen, 2. Jg., Nr. 82, 13. August 1883.

⁸⁸⁵ Provinzial-Correspondenz, 21. Jg., Nr. 32, 8. August 1883.

⁸⁸⁶ Mauss: Gabe, S. 84 ff. „Der [Häuptling] der seinen Reichtum am verschwenderischsten ausgibt, gewinnt an Prestige. Alles gründet auf dem Prinzip des Antagonismus und der Rivalität“ (S. 85).

⁸⁸⁷ Korf: Antinomies, S. 361.

⁸⁸⁸ Ebd., S. 368.

⁸⁸⁹ Ebd.

4.2.5 Gabenaustausch

Marcel Mauss hat hervorgehoben, dass der Tausch in archaischen Gesellschaften ein probates Mittel zur Aufrechterhaltung sozialer Einheit bilde. Während das Geben freiwillig geschehe, sei die Gegengabe aber immer erzwungen. Was sich in Mauss' eigener Interpretation durch ein metaphysisches Konzept erklärte (einem Geist, der den Gaben anhaftete), wurde durch den Anthropologen Marshall Sahlins eher als moralisches Prinzip gedeutet, das die Gegengabe erzwingt: „Withholding goods is immoral [...] and therefore dangerous in the sense the deceiver is open to justifiable attack.“⁸⁹⁰ Besonders die vom Rheinhochwasser betroffenen sollten in Anbetracht der Hilfe, die ihnen zuteil geworden war, ihrerseits für die Betroffenen auf Ischia „mit Freuden und reichlich spenden, um die Noth bei den südlichen Nachbarn zu lindern“⁸⁹¹, hieß es in den Neuesten Mittheilungen. Die Rheinanwohner hatten aus allen Teilen der Welt Hilfe erfahren und sollten diese nun erwidern. Pikanterweise hatten – was der Autor des Artikels „Deutschland und Italien“ in den Neuesten Mittheilungen nicht erwähnte – gerade die Italiener fast gar keine Spenden ins Rheinland geschickt. Aus Italien waren für die Überschwemmten insgesamt nur 81,30 Mark beim Reichstag eingegangen.⁸⁹² Die Aufforderung, die im Zusammenhang mit dem Erdbeben auf Ischia an die Deutschen Rheinländer erging, enthielt etwas von dem moralischen Druck, den eine Gabe nach sich zieht.

Den direkten Beleg von Gabe und Gegengabe zeigte die Spende eines Ungarn nach dem Rheinhochwasser. Er schickte als Gegengabe für die deutsche Unterstützung nach dem Hochwasser von Szegedin an der Theiß (1879) zehn Gulden mitsamt einem Gedicht an den Rhein. Unter dem Titel „Revanche für Szegedin!“ veröffentlichte die Neuwieder Zeitung die Notiz:

⁸⁹⁰ Mauss: Gabe, S. 162.

⁸⁹¹ Neueste Mittheilungen, 2. Jg., Nr. 82, 13. August 1883.

⁸⁹² Reichstag, 5. Sitzung am 1. September 1883, S. 107.

Wie jedermann waiß, hot überschwemmt die Thaiß / vor Jahren ganz
 Szegegin; / und da hot gonz Berlin / Und auch Bruder vom Rhain/ Mit
 Goben schnell gägriffen ein. / Der Ungarmensch hot donkbor Herz /
 Und Färständniß für ohndre Schmerz. / Er schicktz hier zum Bäweiß /
 Von Szege on der Thaiß / Zehn Guldenzettel ein / Für Wassernoth
 am Rhain!⁸⁹³

In Deutschland hatte das Hochwasser, das drei Viertel der Stadt Szegin zerstört hatte, „allseitige Theilnahme hervorgerufen, und überall [wurden] Sammlungen eingeleitet, um den Unglücklichen im befreundeten Nachbarstaate werthätig beizustehen“, hieß es in der Provinzial-Correspondenz am 19. März 1879.

Evans Pritchard schrieb in dem Vorwort zu der berühmten Arbeit, Die Gabe, von Marcel Mauss: „Wir haben viel dadurch verloren, dass wir ein rationales ökonomisches System an die Stelle eines Systems setzten, in welchem der Austausch von Gütern keine mechanische, sondern eine moralische Transaktion war, die menschliche, persönliche Beziehungen zwischen Individuen und zwischen Gruppen herstellte und aufrecht erhielt.“⁸⁹⁴ Die Chance zum moralisch guten Handeln, die der Autor des Rheinhochwasserartikels der Gartenlaube in den Spendensammlungen sah, erhält durch „Die Gabe“ seinen anthropologischen Ritterschlag. Das freiwillige Geben, der archaische Geschenkaustausch, ist in Marcel Mauss’ Verständnis ein „totales gesellschaftliches Phänomen“, das neben der ökonomischen immer auch eine moralische Transaktion darstellt.⁸⁹⁵ Hieran anknüpfend stellt Justin Stagl „ein ständiges Hin und Her von Gaben und Gegengaben, welches die Gemeinschaft zusammenhält“⁸⁹⁶, fest. Der Verlust, auf den Evans Pritchard vor diesem Hintergrund rekurriert, bezieht sich auf das ökonomische System moderner Gesellschaften. Er berücksichtigte aber nicht die Ausnahmesituationen, die der Notstand bietet.

Die zahlreichen Spenden aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Rheinhochwasser blieben nicht unbeantwortet. Die ausgedehnten Überschwemmungen am Ohio-Strom wurden zum Auslöser eines Spendenstroms aus Deutschland zurück über den Ozean. Auch Kaiserin Augusta sandte eine Spende von 1.000 Mark an den Ohio.⁸⁹⁷ Der Austausch von Gaben förderte den Zusammenhalt der fragilen gesellschaftlichen Einheit des deutschen Volkes. Fragil deshalb, weil es sich über die ganze Welt im Zuge der Auswanderungsbewegungen verteilt hatte. Ziel des Tausches (Tauschhandels) ist nach Mauss vor allem ein moralisches: „[...] er soll freundschaftliche Gefühle zwischen den [...] beteiligten Personen hervorrufen [...]“⁸⁹⁸ Zu einer Gabe gehört zur Vervollständigung solcher moralischen Transaktionen auch

⁸⁹³ Neuwieder Zeitung, 3.1.1883.

⁸⁹⁴ Mauss: Gabe, S. 12.

⁸⁹⁵ Ebd., S. 17.

⁸⁹⁶ Stagl: Wissenschaft, S. 137.

⁸⁹⁷ Lübken: Hazards.

⁸⁹⁸ Mauss: Gabe, S. 51.

immer eine Gegengabe.⁸⁹⁹ Was für segmentierte archaische Gesellschaften gilt, kann im Prinzip auch auf das Deutsche Volk übertragen werden. Das Deutsche Reich stellte als territoriale Einheit zwar eine politische Einheit mit Verwaltung und Gesetzgebung dar. Das deutsche Volk lebte aber in den verschiedensten Staaten der Welt unter den unterschiedlichsten Gesetzen. Deshalb war hier die Aufrechterhaltung solidarischer Beziehungen mittels Gabentausch so bedeutsam. Die Notwendigkeit des Austausches war zwar weniger groß als in archaischen Gesellschaften, um den internen Frieden zu gewährleisten, aber er hatte noch immer die Funktion eines „politischen Vertrages“, wie Mauss ihn beschrieb.⁹⁰⁰ Der Gesellschaftsvertrag der „Primitiven“ bildet den Hintergrund für den moralischen Imperativ eines freiwilligen Gabentauschs zwischen Kaiserreich und Expatrioten in Amerika und auf der ganzen Welt. Dieser Prozess ist nicht vergleichbar mit dem Prozess der politischen Identitätsbildung, wie ihn Pfister für den Nationalisierungsprozess der Schweiz beschrieben hat. Die Situation glich vielmehr derjenigen der Nuer (einer Volksgruppe im Sudan), wie sie Evans-Pritchard beschrieben hat. Man könne die Nuer als Nation bezeichnen, „dies jedoch nur in einem kulturellen Sinn, denn es fehlt an einer gemeinsamen politischen Organisation und einer zentralen Verwaltung“⁹⁰¹. Nach dem Rheinhochwasser wurde durch die Solidaritätsbekundung die kulturelle Identität des Deutschseins gefördert. Dabei erschien nach dem Prinzip segmentärer Gesellschaften nun das Deutsche Kaiserreich selbst als Einheit, die mit den Deutschen im Ausland als anderer Einheit Verbundenheit zeigen konnte.⁹⁰² Dies trug mitunter auch zur Identitätsbildung des Deutschen Reiches bei.

Stefanie Summermatter hat festgestellt, dass die reichen Gaben aus deutschen Ländern nach dem Hochwasser von 1868 in der Schweiz die engen wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen widerspiegeln und als Antwort auf die Schweizer Zuwendungen im Krieg von 1866 zu interpretieren sind.⁹⁰³ In dieser Funktion scheinen Naturkatastrophen ähnlich genutzt worden zu sein wie Kriege. Auch der Jurist Dr. Kapp verglich im Reichstag die Spenden aus Amerika nach dem Rheinhochwasser mit jenen aus dem „letzten Krieg“ (1870/71).⁹⁰⁴ Dies bestätigt in gewisser Weise Christian Pfisters Annahme, dass in der Schweiz Naturkatastrophen anstelle von Kriegen zur nationalen Solidarisierung instrumentalisiert worden seien. In diesem Zusammenhang könnte man auch folgende Bemerkung von Levi-Strauss verstehen: „Exchanges are peacefully resolved wars and wars are the result of unsuccessful transactions.“⁹⁰⁵ Anstelle eines Einigungskrieges wurde in der Schweiz eine Solidarität der Gabe zur Basis der Nation. In Deutschland förderte die Überschwemmung von 1882/83 – durch großes

⁸⁹⁹ Ebd., S. 119.

⁹⁰⁰ Sahlins: Stone-Age, S. 169.

⁹⁰¹ Pritchard: Nuer, S. 182.

⁹⁰² Ebd.

⁹⁰³ Summermatter, Bewältigung, S. 27.

⁹⁰⁴ Reichstag, 33. Sitzung am 18. Januar 1883, S. 894.

⁹⁰⁵ Levi-Strauss zitiert in Sahlins, Stone-Age, S. 182.

patriotisches Pathos bei den Hilfsaktionen aufgeladen – eher die transnationale Einheit der Deutschen als die nationale Einheit des Reiches. Gleichwohl konnte dies nicht verhindern, dass die zweite Generation der Deutschen im Ausland ihre Wurzeln mehr und mehr hinter sich ließ.

4.2.6 Resümee

Anhand der Spendensammlungen nach dem Rheinhochwasser im Winter 1882/83 können bestimmte Solidaritätsmuster aufgezeigt werden. Einerseits spielte für die Privatwohlthätigkeit die regionale Zusammengehörigkeit eine entscheidende Rolle. Der Großteil der Spenden, die in die betroffenen Provinzen gesandt wurden, kamen aus den Provinzen selbst. Andererseits wurde anhand der internationalen Spendenbewegungen deutlich, dass die Beziehungen zwischen den deutschen Auswanderern in aller Welt und dem Heimatland durchaus lebendig waren. Insbesondere die Deutschen in der amerikanischen Diaspora trugen wesentlich zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen im Rheinland bei.

Die nationale Instrumentalisierung der Hochwasserereignisse vonseiten der politischen Vertreter läuft an den tatsächlich ausgemachten Solidaritätsmustern etwas vorbei. Eine Identifikation mit dem Reich war lediglich nachgeordnet bzw. sie zeigte sich nur indirekt im internationalen Spendenaufkommen. Eine besondere Verbundenheit mit den Rheinanwohnern aufgrund einer im Bewusstsein verankerten Rheinromantik konnte nicht nachgewiesen werden. Dafür nahm Kaiserin Augusta als Augenzeugin und karitative Protektorin spürbaren Einfluss auf die Notsituation. Ohne ihre Initiative wäre die Reaktion von preußischer Seite vermutlich weniger engagiert ausgefallen.

4.3 Ursachendiskussionen in Politik und Wissenschaft

Das Engagement zur Herstellung der Normalität nach den Überschwemmungen am Rhein war beachtlich. Trotz aller Tatkraft stellte sich aber die Frage, warum es überhaupt so weit gekommen war. Die Gesellschaft suchte nach Erklärungen für das Desaster und nach Möglichkeiten, einen solchen Notstand in Zukunft zu verhindern.

Kurz nachdem der Rhein wieder in geordneten Bahnen floss, wurde am 23. Januar 1883 ein offizieller Antrag von Dr. Thilenius und Genossen an den Reichstag gestellt. Er beinhaltete die Aufforderung, die „derzeitigen Stromverhältnisse des Rheines und der ihm zuströmenden Nebenflüsse, mit Einschluss des Oberlaufs derselben“ zu untersuchen, sowie die Prüfung der Frage, „ob und wieweit die betreffenden Stromverhältnisse auf die in den letzten Jahren sich häufenden und in jüngster Zeit so ungewöhnlich verderblichen Hochfluthen des Rheines von Einfluß gewesen sind“.⁹⁰⁶ In

⁹⁰⁶ Reichstag 1883, Aktenstück Nr. 135, S. 467.

der Reichstagssitzung vom 9. Mai wurde der Antrag nach langer Diskussion mehrheitlich angenommen. Die Frage nach den Hochwasserursachen war also ein Politikum geworden. Beantwortet werden sollte sie von sachverständigen Wasserbauingenieuren. Neben der Untersuchung der Stromverhältnisse (Hydrologie) wurde nach dem Jahrhunderthochwasser am Rhein auch die Frage der Waldverhältnisse und ihres möglichen Einflusses auf Überschwemmungsereignisse ein Thema der Kommission.⁹⁰⁷

4.3.1 Das Abholzungsparadigma⁹⁰⁸ zwischen Wissenschaft und Politik

In Fachkreisen war der Zusammenhang zwischen Entwaldung und Überschwemmungsereignissen seit den 1760er und 1770er Jahren in Europa im Gespräch, wobei die französische *École des Ponts et Chaussées* eine Vorreiterrolle einnahm.⁹⁰⁹ Die Idee hatte ihren Ursprung allerdings schon in der Antike.⁹¹⁰ Nach den schweren Überschwemmungen der Garonne im Jahr 1875, die auf die Entwaldung der Pyrenäenabhänge zurückgeführt wurden, wurde das Thema in der Schweiz, in Frankreich und Österreich von einer breiteren Öffentlichkeit ernst genommen. Ingenieure hatten eine Erklärung für die ungewöhnliche Serie von Überschwemmungen im Pyrenäenraum gesucht. Vor dem Hintergrund der verbreiteten Klagen über Holznot im 18. Jahrhundert stellten sie einen kausalen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Überschwemmungen und der Entwaldung her. Von einem französischen Wasserbauingenieur wurde diese Erkenntnis dann generalisiert. Dies führte zu einem Gesetzeserlass zum Schutz der Wälder durch Napoleon Bonaparte im Jahr 1803.⁹¹¹ Napoleon III. erließ Mitte des 19. Jahrhunderts weitere Gesetze zur Wiederbewaldung der Gebirge.⁹¹² Auch in der Schweiz etablierte sich das Abholzungsparadigma in dieser Zeit. Nach den Überschwemmungen im Schweizer Mittelland im September 1856 versuchte der Forstverein, „das Thema in die Arena der Politik zu tragen, indem er die Überschwemmungen als noch nie dagewesene Ereignisse in apokalyptischen

⁹⁰⁷ Kalsruhe, GLA, Sign. 425, Nr. 3263. Protokolle und Drucksachen der Reichskommission zur Untersuchung der Rheinstromverhältnisse (1885–1891).

⁹⁰⁸ Ich verwende den Begriff hier in Anlehnung an Pfister & Bürgli: *Rodungen*, S. 298 f. Sie benennen mit dem Terminus den Zusammenhang zwischen Rodungen im Gebirge und Überschwemmungen im Tiefland. Durch den Rückgriff auf die Kuhn'sche Bezeichnung wollen sie betonen, dass es sich hierbei nicht um einen objektiven naturwissenschaftlichen Zusammenhang handelt; denn er sei nur in historischem und kulturellem Kontext zu begreifen. In diesem Sinne erscheint der Begriff treffend zu sein, wobei tiefer greifende Analogien zum Paradigmenbegriff (bzw. den Paradigmenbegriffen – Kuhn trifft im Nachwort eine Unterscheidung zwischen zwei Paradigmenbegriffen, die in seinem Text vorkommen) bei Kuhn diskussionswürdig sind (Kuhn: *Struktur*).

⁹⁰⁹ Pfister & Brändli: *Rodungen*, S. 303 f.

⁹¹⁰ Man findet sie zum Beispiel bei Plinius.

⁹¹¹ Pfister & Brändli: *Rodungen*, 303 f.

⁹¹² Ebd., S. 309.

Dimensionen ausmalte“⁹¹³. Nach dem Hochwasser von 1876 hatte „sich das wissenschaftliche Paradigma der Abholzung vollends durchgesetzt. Die Wasserbauer waren in Erklärungsnotstand: trotz unzähliger Verbauungen waren Überschwemmungen wohl nicht aus der Welt zu schaffen“⁹¹⁴, schreibt der Schweizer Historiker Reto Müller. Daraufhin wurden am 10. Juni 1876 eidgenössische Forstgesetze zum Waldschutz erlassen.⁹¹⁵

Die Historiker Pfister und Brändli haben am Beispiel der Schweiz herausgestellt, dass Entwaldung im Gebirge tatsächlich aber gar keinen Einfluss auf die schweren Überschwemmungen des 19. Jahrhunderts gehabt hatte. Schon die meisten zeitgenössischen Experten waren sich nach dem Hochwasser von 1868 einig, dass die extremen Niederschläge als primäre Ursache anzusehen seien, Entwaldung lediglich als eine sekundäre.⁹¹⁶ Der Forstverein nutzte aber die Gelegenheit, das Abholzungsparadigma in der Öffentlichkeit prominent zu machen und letztendlich sogar eine Waldschutzgesetzgebung zu erwirken. Um ihre Interessen durchzusetzen und politisch überzeugend auftreten zu können, vernachlässigten die Forstleute innerwissenschaftliche Debatten und Differenzen.⁹¹⁷ Im Endeffekt konnten die beschlossenen Forstmaßnahmen schwere Hochwasserkatastrophen nicht verhindern, wohl aber auf lokaler Ebene Schäden durch Überschwemmungen, Lawinen, Steinschlag und Erosion minimieren.⁹¹⁸

Die Gesetze zum Waldschutz, die in Frankreich und der Schweiz erlassen worden waren, gaben dem wissenschaftlichen Abholzungsparadigma die nötige Anerkennung, um auch nach Deutschland vorzudringen. 1857 wurde die fortschreitende Abholzung als Ursache für Hochwasser in Franz Müllers Schrift „Die Gebirgsbäche und ihre Verheerungen“⁹¹⁹ prominent gemacht. Nach den Hochwassern von 1876 und 1882/83 wurde die Annahme des Abholzungsparadigmas auf die deutschen Mittelgebirgslagen übertragen. Die Schweizer Gesetze zum Waldschutz von 1876 übten dabei eine Vorbildfunktion aus.⁹²⁰ Allerdings sprachen sich, wie auch in der Schweiz nach dem Hochwasser von 1868, die Experten eher für einen Einfluss der extremen Niederschläge aus. Der Badenser Wasserbauingenieur und Rheinexperte Max Honsell führte recht überzeugend aus, warum Entwaldung für das Rheinhochwasser keine Rolle gespielt habe. Er rekapitulierte die Waldverhältnisse entlang des Flusses und kam zu dem Schluss, dass es in jüngerer Zeit keine einschneidenden Abholzungen gegeben habe.

⁹¹³ Ebd.

⁹¹⁴ Müller: Element, S. 107.

⁹¹⁵ Ebd., S. 112

⁹¹⁶ Pfister & Brändli: Rodungen, S. 310.

⁹¹⁷ Ebd., S. 318.

⁹¹⁸ Ebd., S. 312.

⁹¹⁹ Müller: Gebirgs-Bäche.

⁹²⁰ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Reichensperger, S. 462 f.

„Schwarzwald, Odenwald, das pfälzische Hardtgebirge, Spessart und Fichtelgebirge gehören zu den best bewaldeten Gegenden des deutschen Mittelgebirges [...]. Er [der Wald] untersteht zum größeren Theile forstpolizeilicher Beaufsichtigung“⁹²¹. Gerade der Main und der Neckar seien aber besonders hoch gestiegen, was unmöglich auf eine Entwaldung ihrer Einzugsgebiete zurückgeführt werden könne. Auch in den Quellgebieten in der Schweiz habe es durch Aufforstung und Waldschutzgesetze in den letzten Jahren nur positive Veränderungen gegeben. Ein schlagkräftiges Argument Honsells war, dass es in jüngerer Zeit keine Abholzungsereignisse gegeben habe, die die Serie von Hochwasserereignissen am Rhein seit 1876 hätten erklären können.⁹²² Tatsächlich hatte in Deutschland die letzte große Rodungswelle an der Wende zum 19. Jahrhundert stattgefunden. In den preußischen Gebieten setzte aufgrund des Edikts zur Aufhebung der Rodungsbeschränkungen von 1811 besonders „am Waldrand der Eifel, im Bergischen Land und am Rhein, besonders im Kreis Bonn“⁹²³ eine Rodungswelle ein. In Preußen seien daraufhin viele Landstriche und Gemeinden durch die Vernichtung der Wälder verwüstet worden.⁹²⁴ In der Mitte des Jahrhunderts waren aber erhebliche Anstrengungen zur Aufforstung unternommen worden. Tatsächlich war zum Beispiel in der Eifel in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine beträchtliche Fläche von Ödland aufgeforstet worden (etwa ein Viertel des „Gesamtödlandes“ von 228.578 Morgen).⁹²⁵ Innenminister Puttkamer betonte in diesem Zusammenhang die „Verdienste der Staats- und Kommunalverwaltung der Rheingegend, insbesondere der Eifelgegenden“. „In unserem engeren Vaterlande“ – gemeint ist Preußen –, erklärte Puttkamer, werde man Entwaldung „nur schwerlich als Quelle des Nothstandes nachweisen können“⁹²⁶. Die Aussagen zur erfolgreichen Bewaldung der Eifel sind allerdings unter Vorbehalt zu sehen (siehe Kap. 3.3.2).⁹²⁷ Honsell war in seinen Ausführungen erst gar nicht auf diese Problemzone eingegangen.

Der Abgeordnete Berger (Deutsche Fortschrittspartei) führte an, dass in den vorausgegangenen 30 Jahren, „abgesehen von der geschehenen ganz ansehnlichen Wiederbewaldung, die Abholzung gerade im Stromgebiet des Rheins nur in rationeller Weise stattgefunden“⁹²⁸ habe. Honsells Argumentation war so überzeugend, dass sie

⁹²¹ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 17.

⁹²² Ebd.

⁹²³ Hesmer zitiert in Mantel: Wald, S. 68.

⁹²⁴ Hagen: Verhältnisse, S. 79.

⁹²⁵ Kaufmann: Geschichte, S. 121.

⁹²⁶ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Puttkamer, S. 459.

⁹²⁷ In diesem Sinne ist vielleicht auch eine Zeitungsnotiz in der Neuwieder Zeitung zu verstehen: „Da immerhin auf den Bergen noch ziemlich viel Schnee liegt, so ist wahrscheinlich, daß sich wieder bedeutende Wassermassen dem Rheine zuwälzen“ (Neuwieder Zeitung, 4.12.1882, „Von der hohen Eifel“).

⁹²⁸ Berger, S. 456.

von einem Professor und Forstrat noch 1902 in einem Artikel der Zeitschrift für Gewässerkunde *in extenso* wiedergegeben wurde.⁹²⁹

Dennoch bestritt keiner der Diskutanten die Validität des Abholzungsparadigmas. Honsell schrieb, dass es unzweifelhaft sei, „dass Entwaldungen in grossem Umfange zu namhaften Uebelständen führen: zu Abschwemmungen der Gehänge im Gebirge, zu Bergrutschungen [...], unter Umständen auch vermehrtem Abfluss des Wassers von den Höhen in die Täler“⁹³⁰. An der allgemeinen Anerkennung des Abholzungsparadigmas dockten einige Zeitgenossen an und propagierten den schädlichen Einfluss von Entwaldung – auch am Rhein. Obwohl das Abholzungsparadigma also über keine gesunde wissenschaftliche Basis verfügte, hatte es sich nach Deutschland ausgebreitet, und obwohl am Rhein keine akute Entwaldungsproblematik herrschte, wurde das Abholzungsparadigma im Zusammenhang mit dem Rheinhochwasser als bedeutsam angesehen. Warum das?

Mythos Abholzungsparadigma

Warum der Mythos des Abholzungsparadigmas auch in Deutschland Fuß fasste, erklärt sich zunächst durch seine inhaltlichen Stärken: seine intuitive Einsichtigkeit bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Komplexität. Während Erstere zu seinem Erfolg in der Öffentlichkeit beitrug, gewährleistete Letztere, dass das Paradigma allgemein formuliert kaum zu widerlegen war. Es ist kaum zu missverstehen, dass der Wald wie ein Schwamm wirkt, der Regenwasser aufnehmen kann und es erst langsam wieder abgibt. Karge Böden weisen demgegenüber keine Schwammwirkung auf und sind zudem von Erosion bedroht. Holt man die Bäume ab, erhöht sich folglich die Geschwindigkeit des Wasserabflusses nach atmosphärischen Niederschlägen. Dies erhöht die Häufigkeit und Ausdehnung von Überschwemmungen. Den Reiz, den eine solche scheinbar allgemeingültige Erklärung bietet, zeigte sich nach dem Novemberhochwasser von 1882 am Rhein in den Medien. Die Kölnische Zeitung beschrieb eine „grausige Wassernot“ in „halb Europa“, die auf der „Waldverwüstung der letzten Jahrzehnte“⁹³¹ beruhe. Internationale Waldgesetze wurden zu einer Universallösung gegen Hochwasserprobleme stilisiert.⁹³² Wenn dann noch Bilder der entwaldeten Mittelmeergebiete evoziert wurden, erschien jeder Zweifel schon fast als Blasphemie: „Der Zerstörung der Bergwälder ist das Wachsen der Hochwasser und die Verödung der Länder gefolgt, wie uns viele traurige Beispiele am Mittelmeer zeigen.“⁹³³ Zur imaginativen Unterstützung folgt dann noch eine Belebung von kürzlich

⁹²⁹ Wang: Ursachen, S. 269 ff.

⁹³⁰ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 16.

⁹³¹ Kölnische Zeitung 23.12.1882, *Wassernot und der Wald.

⁹³² Ebd.

⁹³³ Anonymus (1883): Hochwasser, S.12.

stattgefundenen Hochwasserkatastrophen wie im September in Tirol⁹³⁴ oder im Vorjahr am nördlichen Pyrenäenabhang.⁹³⁵

Auf der anderen Seite verhindert die wissenschaftliche Komplexität des Abholzungsparadigmas eine einfache Widerlegung solcher Behauptungen. Auch die Gegenthese kann nämlich räumlich nicht generalisiert werden.⁹³⁶ Ein Zusammenhang zwischen Bewaldung und Hochwasserschutz kann in Abhängigkeit von bestimmten klimatischen, pedologischen, hydrologischen oder sozialen Bedingungen bestehen, muss aber nicht. So stellt in ariden und semiariden Gebieten wie dem Mittelmeerraum Abholung tatsächlich ein ernst zu nehmendes Problem dar.⁹³⁷ Im Alpenraum wurde dagegen neuerdings festgestellt, dass Wälder bei Starkniederschlägen kein zusätzliches Rückhaltevermögen gegenüber Wiesen haben. Wenn nach langen Niederschlagsperioden oder nach der Schneeschmelze die Böden gesättigt sind, „ist der Effekt des Waldes gering“.⁹³⁸ Nach Trockenperioden dagegen kann der Waldboden mehr Wasser speichern und dann durchaus eine wichtige Rolle spielen.⁹³⁹ In diesem Zusammenhang wurde im Rückblick auf die außergewöhnlichen Rheinhochwasser in den 1920er-Jahren in einem Gutachten konstatiert, dass der Wald bei „langdauernden schweren Regenfällen, wie wir sie im Dezember 1925 und im Sommer 1926 gehabt haben“ seine „günstige Wirkung versagt“.⁹⁴⁰ Auch die Durchlässigkeit des Waldbodens ist von entscheidender Bedeutung. Während österreichische Versuche Anfang des 20. Jahrhunderts gezeigt haben, dass an zwei vergleichbaren Bächen der Faktor Bewaldung den Wasserabfluss minimieren kann, brachte eine Studie an Weichselnebenflüssen ein gegenteiliges Ergebnis. Weil hier die walddreichen Gegenden gleichzeitig sandig waren, wies der stärker bewaldete Fluss höhere Abflussraten auf.⁹⁴¹

Tabelle 10: Ergebnisse zeitgenössischer Studien zum Verhältnis von Bewaldung und Hochwasserpotenzial

	Bewaldung (%)	Abfluss (%)
<i>Bistritzka</i>	48	28
<i>Seniza</i>	27	42
<i>Ferse, Drevenz</i>	17,5	27
<i>Brahe, Schwarzwasser</i>	30,1	34,1

⁹³⁴ Ebd., S. 12.

⁹³⁵ Touchon: Wasserverhältnisse, S. 7.

⁹³⁶ Pfister & Bürgli: Rodungen, S. 317.

⁹³⁷ Ebd.

⁹³⁸ Ebd., S. 313.

⁹³⁹ Ebd.

⁹⁴⁰ Preußischen Landesanstalt für Gewässerkunde: Ursachen, S. 6.

⁹⁴¹ Berlin, GStAPK, Rep. 87 f., Nr. 1511, Blt. 209, Meteorologische Abteilung des forstlichen Versuchswesens.

Letztlich muss auch die Waldnutzung als sozialer Faktor in Betracht gezogen werden. Insbesondere die Streunutzung wurde nach dem Rheinhochwasser von 1882/83 diskutiert. Laut dem Abgeordneten Berger hatte nämlich die Entnahme von Streu im Gebiet der Bayrischen Pfalz (am Haardtgebirge) einen unzulässigen Umfang erreicht. Gerade diese Entnahme von trockenem Laub aus den Wäldern sei von sachverständiger Seite als wichtig für das Zurückhalten und Speichern des Wassers festgestellt worden.⁹⁴² An anderer Stelle wurde erklärt, dass in diesen „verwahrlosten, streuberaubten Bergwäldern, aus denen früher zur Regenzeit das Wasser in Wildbächen herabstürzte“, schon viel zur Verbesserung der Verhältnisse geschehen sei.⁹⁴³ Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Faktoren (die sich noch um weitere ergänzen ließen und in Kombination wirksam werden können), ist es kaum verwunderlich, dass sowohl Beispiele für das Abholzungsparadigma als auch solche dagegen gefunden werden können. Die „ideal“ bewaldeten Karpaten oder der „bestgepflegte“ Wiener Wald können beispielsweise nicht verhindern, dass es regelmäßig in den Karpaten und an der Wien zu Hochwassern kommt. Ironischer Weise wurden gerade die „bestbewaldeten“ Gebiete in Österreich Ende des 19. Jahrhunderts von Hochwasserkatastrophen betroffen.⁹⁴⁴ Zwischen 1890 und 1910 wurden in der Zeitschrift für Gewässerkunde einige Artikel zu spezifischen Untersuchungsergebnissen veröffentlicht.⁹⁴⁵ Großräumige empirische Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen Bewaldung und Hochwasser waren und sind kaum durchführbar und könnten, selbst wenn sie praktikabel wären, Extremereignisse nicht mit einbeziehen.⁹⁴⁶ Ergebnislose Versuche in Form landesweiter Erhebungen hat es in Preußen zum Beispiel im Jahr 1893 gegeben.⁹⁴⁷ Ein empirisch so schwer fassbares Phänomen wird dann leicht zum Mythos.

Die Arbeit mit dem Mythos

Ein weiterer Grund für die Bedeutung, die das Abholzungsparadigma im Deutschen Kaiserreich erlangte, lag in seiner Funktion, politische Anliegen im weitesten Sinne leichter transportierbar zu machen. Auf internationaler Ebene wurde neben Waldschutzgesetzen die damals aktuelle Diskussion um Holzzölle am Abholzungsparadigma aufgehängt. Innenpolitisch war besonders die Frage nach Verstaatlichung oder Privatisierung der Wälder brisant. Darüber hinaus wurden auch weltanschaulich-politische Grundsatzdiskussionen mit dem Mythos befeuert.

⁹⁴² Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Berger, S. 456.

⁹⁴³ Anonymus (1883): Hochwasser, S. 15.

⁹⁴⁴ Wang: Ursachen, S. 268 f.

⁹⁴⁵ Das Interesse am Abholzungsparadigma nahm nach 1910 merklich ab.

⁹⁴⁶ Pfister & Brändli, Rodungen, S. 313.

⁹⁴⁷ Berlin, GStAPK, Rep. 87 f., Nr. 1511, Blt. 46, Leitfaden für die Mittheilungen über die Bewaldung des Stromgebietes.

1) In einem kritischen Artikel zu Wissenschaft und Politik der Hochwasservorbeugung, der höchstwahrscheinlich aus dem Umfeld des Wasserbauwesens stammte⁹⁴⁸, schrieb(en) der (die) anonyme(n) Verfasser: Zwar sei man außerstande, „die Menge des vom Himmel niederfallenden Wassers abzuändern“⁹⁴⁹, aber hilfreiche Maßnahmen zur Vermeidung und Einschränkung von Hochwassererzstörungen seien trotzdem möglich. „Wir müssen deswegen unser Streben darauf richten, zu bewirken, daß so große Wassermengen, die in kurzer Zeit herunter fallen, nicht in derselben kurzen Zeit zum Abfluß gelangen, sondern zurückhalten und ganz allmähig im Verlauf längerer Zeiträume an die Flüsse abgegeben werden.“⁹⁵⁰ Zur Verhinderung des oberirdischen Abflusses sei Bewaldung das beste Mittel. Die schweren Hochwasserereignisse in Tirol im September 1882 wurden als Beweis für die schädlichen Folgen der Entwaldung angeführt.⁹⁵¹ Während die Schweiz und Frankreich lobend hervorgehoben wurden, wenn es um Waldschutzgesetze ging, wurden Österreich und Russland angeprangert:

Wir empfinden es als ein uns angethanes Unrecht, daß die Italiener unsere Vögel, die Holländer unsere Lachse wegfangen. Den Schaden aber, den die Österreicher und Russen uns zufügen durch Verwüstung der Wälder in den oberen Gebieten, insbesondere der norddeutschen Flüsse, der Elbe, Oder, Weichsel und Memel, scheint merkwürdiger Weise noch von keiner Seite richtig erkannt worden zu sein.⁹⁵²

Der Bezug zum Rhein ist schon wieder verloren gegangen, aber das ist in der Arbeit mit dem Mythos nicht ungewöhnlich. Wichtig ist die daraus gezogene Konsequenz:

Wir brauchen nur die Ein- und Durchfuhr des österreichischen und russischen Holzes zu verbieten oder mit unerschwinglichen Zöllen zu belasten [...] die Waldverwüstungen werden keinen Gewinn mehr abwerfen und die fremden Regierungen werden bald bereit sein, durch Verträge die Erhaltung der Wälder sicher zu stellen [...].⁹⁵³

Ähnlich wurde in einem Zeitungsartikel argumentiert: „Wird nun endlich, endlich im österreichischen Hochgebirge das neueste noch unabsehbare Unglück [gemeint ist das Rheinhochwasser] die Gesetzgebung und die Bevölkerung zu ähnlicher Thätigkeit treiben?“⁹⁵⁴ Um in Deutschland die „rationelle Aufforstung“ zu fördern, wolle das preußische Staatsministerium für eine Erhöhung der Schutzzölle auf Bau- und Nutzholz eintreten.⁹⁵⁵ Durch die Konkurrenz des „fremden Holzes“ würden den deutschen

⁹⁴⁸ Die differenzierten Kenntnisse über Wasserbauingenieure und wasserbauliche Ausbildung können eigentlich nur intern erworben worden sein.

⁹⁴⁹ Anonymus (1883): Hochwasser, S. 5.

⁹⁵⁰ Ebd.

⁹⁵¹ Ebd., S. 7, 12 f.

⁹⁵² Anonymus (1883): Hochwasser, S. 18.

⁹⁵³ Ebd., S. 19.

⁹⁵⁴ Neuwieder Zeitung 9.12.1882, *Aufforstungsarbeiten.

⁹⁵⁵ Ebd.

Waldbesitzern „schwere finanzielle Verluste“ bereitet.⁹⁵⁶ An die Frage nach Holzzöllen war die Frage nach dem politischen System gebunden. Freihandel gehörte zu den „zentralen Glaubenssätzen“ der Liberalen, während Bismarck seit Ende der 1870er-Jahre bestimmte Zölle befürwortete.⁹⁵⁷ Mit der Verabschiedung des Zolltarifes von 1879 ging ein Bruch Bismarcks mit den Liberalen einher. Konservative und Zentrum bildeten fortan eine neue mächtige Koalition im Reich. Von nun an entwickelte sich eine protektionistische Handelspolitik,⁹⁵⁸ vor deren Hintergrund die Idee zur Einführung von Holzzöllen zu verstehen ist. Auch dass die „Dreikaiser-Abkommen“ von 1873 und 1881, zwischen Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland nicht mehr der „Wirklichkeit“ entsprachen, wie Golo Mann herausstellte,⁹⁵⁹ wurde in der Entwaldungsdebatte deutlich. Der oben beschriebene verbale Angriff auf die beiden Monarchien wegen der Zerstörung ihrer Wälder an den Oberläufen deutscher Flüsse verriet wenig freundschaftliche Gefühle. Er erinnert an die Auseinandersetzung zwischen Indien und Nepal im Jahr 1987, bei der Indien den kleinen Himalaya-Staat beschuldigte, durch die Abholzung der Wälder Überschwemmungen auszulösen. Erst eine von Nepal angeforderte unabhängige wissenschaftliche Untersuchung durch die United Nations University stellte fest, dass es keinen Zusammenhang zwischen den Rodungen in Nepal und den Überschwemmungen im indischen Tiefland gab.⁹⁶⁰

2) Durch die Hochwasserereignisse von 1882/83 und den Mythos von der Abholzung wurde die Diskussion um den Status der Wälder verschärft. Auf der einen Seite standen die Anhänger des Mythos, die auf die Verstaatlichung von Wäldern abzielen, auf der anderen Seite die Befürworter von Privatwald.

In einem wohl eingerichteten Staate sollte durch Gesetze festgestellt werden, welche Flächen im allgemeinen Landesinteresse behufs Regelung des Wasserabflusses dauernd bewaldet gehalten werden müssen, und diese Flächen sollten vom Staate erworben und bewirtschaftet werden, da man von keinem Privatwaldbesitzer verlangen kann, daß er sich ohne besondere Entschädigung den Beschränkungen in der Ausnutzung seines Eigenthums unterwirft, die Mehrausgaben macht, die im Interesse einer guten Wasserwirtschaft nöthig sind.⁹⁶¹

Wenn der Mythos Realität wäre, hätte man es mit einem klassischen umweltökonomischen Problem zu tun: dem Problem von Externalitäten⁹⁶²; das Interesse des Privatmannes an seinem Wald mag dem Interesse der Einwohner des unteren Flussabschnittes (möglicherweise in einem anderen Staat) zuwiderlaufen. Er ist nicht

⁹⁵⁶ Anonymus (1883): Hochwasser, S. 18 f.

⁹⁵⁷ Vgl. Althammer: Bismarckreich, S. 123.

⁹⁵⁸ Ebd., S. 124 f.

⁹⁵⁹ Mann: Geschichte, S. 448.

⁹⁶⁰ Pfister & Brändli: Rodungen, S. 297.

⁹⁶¹ Anonymus (1883): Hochwasser, S. 13.

⁹⁶² z. B. Simmons 1991: History, S. 24. Verhoef: Externalities.

dafür zur Verantwortung zu ziehen. Deshalb erscheint die Forderung nach staatlicher Intervention im konservativ geprägten Reich durchaus nachvollziehbar. „Die Gesamtinteressen ganzer Länder“⁹⁶³ zu wahren, sei Aufgabe des Staates. Weil das Abholzungsparadigma nur ein Mythos ist, verbleibt letztlich nur das Interesse an einer Verstaatlichung von Privatwäldern. Demgegenüber steht eine eher liberale Position, die Eingriffe in den Privatbesitz zu unterbinden versucht. Privatforste unter staatliche Oberaufsicht zu stellen, „geht viel zu weit“⁹⁶⁴, hieß es in einem Zeitungsartikel aus der Deutschen Volkszeitung. Im Götting’schen würden die Privatforste von ihren Besitzern durchweg pfleglich behandelt schon im eigenen wohlverstandenen Interesse und bedürfen in Folge dessen schon „keiner Bevormundung [...]. Flächen von geringer Bodengüte [...] sind hier vielfach aufgeforstet, so wie z. B. die Stadt Göttingen jetzt die früher so kahlen Abhänge ihres berühmten Hainberges mit Wald bebaut“⁹⁶⁵.

Um die Kraft des Abholzungsparadigmas zu brechen, wies der Autor des Artikels darauf hin, dass im Rheinland nicht die Entwaldung, sondern der Weinanbau in Bezug auf die Entstehung von Hochwasser problematisch sei. Auch zehn Jahre später wehrte man sich in den Zeitungen gegen staatliche Eingriffe in Privatwaldungen. Höchstens in Bezug auf Vieheintrieb und die Streuentnahme seien Einschränkungen zu erlassen.⁹⁶⁶ Gleichwohl gab es auch 1892 noch Stimmen, die vehement für eine staatliche Intervention eintraten. „Dem größten Theile der kleinen Waldbesitzer fehlt jedes Verständniß für die Waldcultur; sie suchen während ihrer Lebzeit für sich möglichst viele Vortheile aus dem Walde zu erzielen, ohne an ihre Nachkommen zu denken [...]“⁹⁶⁷ In Österreich und Frankreich bestünden gesetzliche Regelungen zur Waldbewirtschaftung, um die „alten Sünden der Entwaldung“⁹⁶⁸ wieder gut zu machen. In Deutschland bräuchte es mehr als das Gesetz vom 6. Juli 1875 über Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, „welches keinerlei Zwang auferlegt“⁹⁶⁹. Im weiteren Sinne betrifft die Diskussion eine Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen.

Max Honsell hatte sich 1883 in dieser Frage dahingehend geäußert, dass Spekulanten zwar einige Waldungen aufkauften und abholzen ließen, dass der Anteil dieser Flächen aber unerheblich sei.⁹⁷⁰ Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Lucius, teilte dem Kaiser in einem Schreiben mit, dass dem Ankauf von Privatwaldungen durch den Staat aufgrund der finanziellen Situation unmöglich entsprochen werden könne. Die

⁹⁶³ Touchon: Wasserverhältnisse, S. 19.

⁹⁶⁴ Deutsche Volkszeitung vom 12.1.1883, *Ueber die Ursachen der Hochwasser.

⁹⁶⁵ Ebd.

⁹⁶⁶ Kölnische Volkszeitung, 10.11.1892, *Schutzwald und Hochwasser-Gefahr.

⁹⁶⁷ Ebd., 27.10.1892, *Schutzwald und Hochwasser-Gefahr.

⁹⁶⁸ Ebd.

⁹⁶⁹ Ebd.

⁹⁷⁰ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 17.

Staatsverwaltung werde aber fortfahren, „den beklagten Uebelständen durch „Aufforstung von Oedländereien“ und der „Verhinderung von Waldverwüstungen [...] mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten“⁹⁷¹. Keiner der erwähnten Artikel kann sich der Macht des Abholzungsparadigmas entziehen. Überall werden bestimmte Aspekte noch einmal diskutiert, hervorgehoben und lokale Abgrenzungen gezogen. Die Verstaatlichung von Privatwald wurde allerdings nicht erreicht. Ebenso wurde in einer Abstimmung des Reichstags 1883 die Einführung von Holzzöllen verworfen.⁹⁷²

3) Auch die katholische Kirche machte sich das Abholzungsparadigma zu Eigen. Im christlich-okzidentalen Denken weisen Fragen nach Wetter- und Naturereignissen ursprünglich auf Gott zurück. „Hat der Regen einen Vater [...]?“⁹⁷³, fragt Gott in seiner Rede an Ijob rhetorisch.⁹⁷³ Gott fragte Ijob, ob der Regen einen Vater habe, nicht aber, ob der Wald der Vater der Flut sei. Die Idee der Entwaldung war zunächst eine naturwissenschaftliche und widersprach in gewisser Weise christlichen Annahmen von einer gottgesandten Katastrophe im Bild der Sintflut. Gleichwohl wurde die Idee der Entwaldung von der Kirche in ihre Auslegungen des Hochwassers prominent mit eingearbeitet. Dies geschah, indem die naturwissenschaftliche Idee der Entwaldung in eine moralische Idee verwandelt wurde.

Eine solche Deutung lieferte der Bericht eines Wormser Pfarrers über das Rheinhochwasser. Die Ursache des Hochwassers bestehe demnach nicht in einem naturwissenschaftlichen Mechanismus, sondern in einem Akt Gottes, der versuche, den Menschen aus seiner Selbstsucht zu befreien. Das Anliegen des Pfarrers Wiener war es, Gottes Wirken in der Katastrophe zu betonen. „Und wenn sie in guten Zeiten *stromaufwärts die Wälder selbstüchtig abgeholzt*, und bei der Einengung des Strombettes bloß an die eigenen Interessen gedacht hatten, so wurde ihnen nun in der Noth und Gefahr ein Wink der göttlichen Liebe zu theil.“⁹⁷⁴ Selbstsucht und Eigennutz würden von Gott durch das Hochwasser bestraft. Gottes Hand „brach die Wehr und zeigte den Leuten, wie wir mit allen Mitteln, die wir zur Beherrschung der ‚Natur‘ gewonnen haben, in einer fortschrittsstolzen Zeit mit dem persönlichen Gott zu rechnen haben“⁹⁷⁵.

Vor dem Hintergrund des Kulturkampfes wurde diese allgemeine moralische Kritik an gesellschaftlichem Handeln weiter zugespitzt. In der katholisch geprägten Coblenzer Volkszeitung wurden die Überschwemmungskatastrophen in Tirol, Spanien und

⁹⁷¹ Berlin, GStAPK, Acta, I.HA, Rep. Geheimes Zivilkabinet, Nr. 29367, Brief vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Lucius an Kaiser Wilhelm I. (1. Mai 1883).

⁹⁷² Reichstag, 82. Sitzung am 8. Mai 1883.

⁹⁷³ Ijob 38, 28.

⁹⁷⁴ Wiener: Rhein, S. 140, Hervorhebung PM.

⁹⁷⁵ Ebd.

Südfrankreich wie auch am Rhein auf die „Ausrottung der Wälder“⁹⁷⁶ zurückgeführt. Die Entwaldung wiederum „trat zugleich mit dem Manchesterthum auf und war eine folge der liberalen Volkswirtschaft [...]“⁹⁷⁷. Politisch gewendet, wurde aus der Erkenntnis dieses Zusammenhangs eine Kritik an der kapitalistischen Ökonomie laut – allerdings nicht zugunsten sozialistischer Ideen, sondern um „Körperschaften“ wie die Dorfgemeinde und die Kirche, „die größte und erhabenste Gesellschaft auf Erden“⁹⁷⁸, zu stärken. Der Kapitalist könne einen ganzen Wald aufkaufen und abholzen, ohne sich darum Gedanken machen zu müssen, dass dem Bauern im Tal die Felder überschwemmt werden. Der Artikel war ein großer Appell an die Verantwortung für das Gemeinwesen (und insbesondere für die Kirche) im Gegensatz zu individuellen Interessen und sozialistischer Bedrohung. Die Waldproblematik bot lediglich den Einstieg in eine politische Diskussion und verblasste schon nach Kurzem zu einer Metapher für die „Köperschaft“.

In einem weiteren Artikel wurde die Überschwemmung zum Inbegriff des Kulturkampfes stilisiert.

Auch dieser wälzt seine Wogen mit verheerender Gewalt über die Gauen Deutschlands, Wüsteneien und Trümmer zurücklassend [...] das Ackerland der christlichen Lehre ist fortgespült, Sand und Steine bedecken den einst so fruchtbaren Boden, und zwischen den Steintrümmern rankt das Unkraut der Sittenverwilderung [...].⁹⁷⁹

Der Wald wurde in diesem Kontext zum Inbegriff des Guten stilisiert, der von einer feindlichen Gesellschaftsordnung rücksichtslos zerstört wird.

4) Eine wissenschaftlich-philosophische Abhandlung, die das Abholzungsparadigma verwendet, wurde nach dem Rheinhochwasser von 1876 verbreitet.⁹⁸⁰ Der Autor Max Touchon, ein Gutsbesitzer aus Hessen und Inhaber der goldenen Verdienst-Medaille für Kunst und Wissenschaft, diskutierte die Ursachen der Hochwasserproblematik vor dem Hintergrund eines harmonischen Naturbildes. Wenn er vom „Haushalt der Natur“ und der „Harmonie des Ganzen“⁹⁸¹ sprach, wies er in Richtung eines modernen ökologischen Verständnisses, obgleich er den von Haeckel eingeführten „Ökologie-Begriff“ nicht gebrauchte. Wie bei Haeckel und auch später bei Uexküll hat die Natur starke Subjektqualität und ist bestrebt, „die Lebensbedingungen der Geschöpfe zu erfüllen“⁹⁸². Er erläutert die natürliche Ordnung, in der der Wasserkreislauf eine so wichtige Rolle spiele. Wassermangel und Überschwemmungen – und alle extremen

⁹⁷⁶ Coblenzer Volkszeitung, 5. Dezember 1882, * Ein Schutzdamm gegen die sozialistische Ueberfluthung.

⁹⁷⁷ Ebd.

⁹⁷⁸ Ebd.

⁹⁷⁹ Coblenzer Volkszeitung, 3.12.1882.

⁹⁸⁰ Touchon: Wasserverhältnisse.

⁹⁸¹ Ebd., S. 1.

⁹⁸² Ebd. Siehe Haeckel: Welträtsel, Kap. 1, und Uexküll: Streifzüge.

Zustände – würden in diesem natürlichen Zustand („unwandelbares Princip der Natur“) vermieden⁹⁸³. Erst Eingriffe des Menschen in die Verhältnisse der Natur begünstigten Extreme wie Überflutungen. Dieser Zustand der Umgestaltung (das „von den Zeiten, den Bedürfnissen und dem Wollen und Können des Menschen abhängige Princip“) ⁹⁸⁴ beherrsche die menschliche Geschichte. In der Evolution der menschlichen Kultur würden die Eingriffe in den Naturhaushalt immer stärker, um die vermehrten menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Für Touchon hat mit der zunehmenden Umgestaltung auch die Größe der Nachwirkungen in Bezug auf den Menschen zugenommen – im Guten wie im Schlechten. Durch die Entwaldung der Gebirge werde die Harmonie der Wasserverteilung gestört und Bäche und Flüsse zu reißenden Strömen verwandelt. Beweise für diesen Zusammenhang fänden sich in geschichtlichen Überlieferungen aus Italien, Griechenland und Spanien. Als aktuelles Beispiel wird das Hochwasser der Garonne von 1875 angeführt, bei dem in Toulouse Tausende Menschen ihr Leben verloren und das auf die Entwaldung der Pyrenäen zurückgeführt wurde.⁹⁸⁵ Touchon stützte sich in dieser Aussage auf einen „competenten Ausspruch“⁹⁸⁶, der die Diagnose beinhaltete. Der Anspruch des Abholzungsparadigmas ging also wieder von seinem Herkunftsgebiet aus.

Ziel der Hochwasserpolitik müsse es sein, die Interessen des Menschen in Einklang zu bringen mit dem großen Prinzip der Natur. Konkret meinte Max Touchon damit die Verbesserung der Waldwirtschaft durch Aufforstungsmaßnahmen (als Beitrag zum Kapital der Menschheit), die Verbreitung von Laubhölzern und die Belassung von Streu in den Wäldern. Mit dem Hinweis auf Blätter als Miniatur-Wasserreservoirs schuf er die Verbindung zu seinen theoretischen Einsichten und den Ausführungen zum Wasserhaushalt der Natur. „Das Blatt des Baumes, wenn es zur Erde fällt, bildet für einen und mehrere Wassertropfen ein kleines Reservoir: Wenn im Herbst Millionen Blätter fallen, verhüten sie in ihrer Zahl die Hochwasser in den Thälern.“⁹⁸⁷ Neben der Entwaldung kritisierte Touchon die „Flusscorrectionen“⁹⁸⁸ als schwerwiegende Eingriffe in die Wasserläufe. „Die neuen Erscheinungen bei dem Verlauf der Hochwasser sind Folgen der neuen Verhältnisse, die in den Flussgebieten durch die Bauten darin hervorgebracht worden sind.“⁹⁸⁹ In seinen Ausführungen deutete Touchon die Hochwasserproblematik als ein geschichtlich gewachsenes Problem. Die „alten Völker“ hätten „gestörte Wasserverhältnisse“ zurückgelassen, weil sie die Prinzipien der Natur nicht achteten; und die Französische Revolution, „die die Keime aller Cultur

⁹⁸³ Touchon: Wasserverhältnisse, S. 1-4.

⁹⁸⁴ Ebd.

⁹⁸⁵ Ebd., S. 5-7.

⁹⁸⁶ Ebd., S. 7.

⁹⁸⁷ Ebd., S. 14.

⁹⁸⁸ Ebd., S. 8-10.

⁹⁸⁹ Ebd., S. 10. Als Mainzer ist Touchon direkt von den Folgen der Oberrheinkorrektur betroffen.

zu zerstören drohte“, habe „auch in der Oeconomie des Wassers eine solche Störung herbei[geführt], die bis auf unsere Tage nachwirkte“⁹⁹⁰. Mit diesen Aussagen traten nicht nur politische Ansichten hervor (d. h. antidemokratische), sondern sie wirkten auch als Polemik, im Sinne des Fortschritts zu handeln und es besser zu machen als die Vorgänger. Auch Gott spielte in Touchons Konzeption eine Rolle; sein Wollen zeige sich in der Natur und zeuge von der Absicht, das Wohl der Menschen zu fördern.⁹⁹¹ Die Natur bekommt durch Gott gewissermaßen ihren moralischen Ritterschlag. Worauf sollte sich sonst das Harmonieprinzip gründen? In diese große „Erzählung“ von einer ganzheitlichen und moralisch guten Natur, die für die Zeit nicht unüblich war und im Aufkeimen der ersten Naturschutzbewegung zum Ausdruck kam,⁹⁹² passte sich das Abholzungsparadigma glänzend ein. Es unterstützte Touchons Theorie und wurde durch sie umgekehrt wieder belegt.

5) Diejenigen, die sich diesem Mythos nach den Rheinhochwassern von 1876 und 1882/83 verschrieben, taten dies größtenteils nicht aus Naivität, sondern mit guten Gründen. Lediglich der preußische Baurat a. D. Diek versuchte, rein wissenschaftlich zu argumentieren, und verfolgte keine weitergehenden Intentionen. Im Laufe der Jahrhunderte hätten die Wald-, Wiesen-, Weiden- und Wasserflächen im Rheingebiet abgenommen. Diese Flächen seien aber notwendig, um das niederfallende Wasser aufzunehmen. „Folge hiervon ist, dass dieselbe eine Hochflut erzeugende Niederschlagsmasse, welche in den vorigen Jahrhunderten herabfiel, in diesem Jahrhundert herabfallend dem Meere in kürzerer Zeit und für eine Sekunde in größerer Menge zuströmt.“⁹⁹³ Entsprechend dieser Diagnose lauteten die zu treffenden Maßnahmen: Es sollten Öd- und Ackerland, insofern diese Flächen häufigen Überschwemmungen ausgesetzt sind, „aufgeforstet oder beraset“ werden, weil dadurch eine Menge von Niederschlägen im Boden gespeichert werden könne.⁹⁹⁴ Wenn seine These stimmen würde, dann hätte es schwere Überschwemmungen schon im 18. und vor allem Anfang des 19. Jahrhunderts geben müssen. Nach den Aufforstungsaktivitäten Mitte des 19. Jahrhunderts ist eine weit ausgreifende historische Erklärung kaum mehr wirkmächtig. Abgesehen davon lag der Höhepunkt der Entwaldung im Rheingebiet im Mittelalter. Der Narrativ einer kontinuierlich fortschreitenden Waldzerstörung funktioniert deshalb nicht.

6) Die Stärke des Abholzungsparadigmas lag neben seiner wissenschaftlichen Resistenz in seiner Eignung, in verschiedenen Argumentationen gewinnbringend eingesetzt werden zu können. Für die innenpolitische Auseinandersetzung um private Waldnutzung oder staatliche Forstgesetze diente das Paradigma als wichtiger

⁹⁹⁰ Ebd., S. 17.

⁹⁹¹ Ebd.

⁹⁹² Siehe z. B. Schmoll: Erinnerung.

⁹⁹³ Diek: Hochwasser, S. 5.

⁹⁹⁴ Ebd., S. 9.

Aufhänger. Es war darüber hinaus so flexibel, dass die Idee neben einer rein naturwissenschaftlichen Erklärung auch moralisierend verwendet werden konnte. Aufgrund seiner Aktualität war der Mythos sogar dem der biblischen Sintflut überlegen, wenn es um christliche Deutungen der Überschwemmungen ging. Durch die Präsenz in diesen unterschiedlichen Kontexten wurden seine Popularität und gleichzeitig auch seine Unanfechtbarkeit gestärkt. Er hatte den Status von „Allgemeinwissen“ erreicht und wurde nicht mehr angezweifelt. Sogar internationale Beziehungen ließen sich anhand des Mythos diskutieren. Dabei ging es nicht zuletzt um eine Konkurrenz zwischen den Staaten und darum, wer die besten Forste und Forstgesetze habe.

Ein festes Fundament bildete dabei die Etablierung des Abholzungsparadigmas in seinen Ursprungsländern im Alpen- und Pyrenäenraum; von dort aus strahlte es an den Rhein aus. Der Referent des Komitees zur Untersuchung der Stromverhältnisse musste die Unterschiede zwischen den Verhältnissen in der Schweiz, Österreich und Frankreich im Vergleich zu Deutschland deutlich hervorheben, um dem Mythos zwar nicht entgegenzutreten, ihn aber für das Rheinland als irrelevant erklären zu können:

[...] die Waldverhältnisse [sind] sowohl was Umfang und Art der Bewaldung, als was die übliche Waldwirthschaft anbetrifft, in den deutschen Einzugsgebieten des Rheines, und insbesondere in dem für die Retentionswirkung hauptsächlich in Betracht kommenden Mittelgebirge, namentlich auch bei einer Vergleichung mit den Verhältnissen des österreichischen, schweizerischen und südfranzösischen Hochgebirgsgebiets, als günstige zu bezeichnen, so dass jedenfalls nach dem derzeitigen Stande der gemachten Beobachtungen und Erfahrungen vom Standpunkte der vermehrten Sicherung gegen Rheinhochwasser Maßnahmen hinsichtlich der Vermehrung der Waldungen [...] in den deutschen Einzugsgebieten des Rheins nicht vorzuschlagen sind.⁹⁹⁵

Auch wenn die Rheinkommission keinerlei konkrete Maßnahmen in Bezug auf ein nicht vorhandenes Entwaldungsproblem ergreifen musste,⁹⁹⁶ der Mythos setzte sich jedenfalls in Deutschland fest. In einem von der Regierung edierten Überblickswerk zum Großherzogtum Baden aus dem Jahr 1885 wurde beispielsweise ausdrücklich erklärt, dass eine geschlossene Bewaldung das beste Mittel zum Schutz gegen die „Verheerungen zeitweiser Hochwasser“ am Rhein sei und dass manche Höhenzüge nicht genügend bewaldet seien.⁹⁹⁷

⁹⁹⁵ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263. Protokolle und Drucksachen der Reichskommission zur Untersuchung der Rheinstromverhältnisse (1885-1891). Verhandlung der Kommission vom 10.-14. März 1885. Protokoll Nr. 2, S. 8 f.

⁹⁹⁶ Siehe Ebd., Verhandlung der Kommission vom 10.-15. April 1888. Protokoll Nr. 6.

⁹⁹⁷ Baden: Großherzogthum Baden, S. 418.

4.3.2 Extreme Niederschläge und der Zusammenschluss von Wissenschaft und Politik

Als die Abgeordneten am 9. Mai 1883 den Reichstag betraten, fand jeder von Ihnen auf seinem Platz ein Exemplar von Max Honsells Schrift „Die Hochwasser-Katastrophen am Rhein im November und Dezember 1882“. Es handelte sich um einen Sonderdruck aus dem „Central-Blatt der Bauverwaltung“, die vermutlich eigens für diesen Zweck angefertigt worden war. Es ging in dieser Sitzung um die „Berathung des Antrages des Abgeordneten Dr. Georg Thilenius und Genossen, betreffend die Niedersetzung einer Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Stromverhältnisse des Rheines und der ihm zuströmenden Nebenflüsse [...]“⁹⁹⁸. Anlass waren die Überschwemmungen des vergangenen Winters. In weiten Teilen seiner Ausführungen zu seinem Antrag referierte Thilenius die wissenschaftlichen Ergebnisse aus Max Honsells Schrift.

Tabelle 11: Kurzbiografien der Hauptakteure

Georg Thilenius (1830-1885) schlug zunächst eine bergakademische Laufbahn ein, wechselte aber 1851 zum Studium der Medizin. Er unternahm wissenschaftliche Reisen durch Frankreich (mit längerem Aufenthalt in Paris) und Algerien, bevor er sich 1855 als praktischer Arzt und Badearzt in Soden im Taunus niederließ. Seit 1870 war er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1874 des deutschen Reichstages als Angehöriger der Nationalliberalen Partei. (Quelle: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 38, Leipzig 1894, S.33, *Thilenius).

Max Honsell (1843-1910) machte eine geradlinige Karriere in der badischen Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus. Er begann als Praktikant, wurde 1872 zum Assessor und 1874 zum Baurat ernannt. 1886 wurde er vorsitzender Rat dieser Behörde und 1899 schließlich Direktor. Gleichzeitig war Honsell von 1887 bis 1906 Professor für Wasserbau an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Höhepunkt seiner Laufbahn bildete die Berufung auf das Amt des badischen Finanzministers (1906-1910). (Quelle: Nachruf von Th. Rehbock in Zentralblatt der Bauverwaltung, Nr. 55, 1910, *Großh. Badischer Finanzminister Dr. Ing. Max Honsell).

Honsell ordnete die außergewöhnliche Häufung von Hochwasserereignissen am Rhein in einen Trend ein, der weder von wasserbaulichen noch von irgendwelchen kulturellen Faktoren beeinflusst gewesen sei. Der einende Faktor seien die Niederschlagsverhältnisse gewesen. „Gegen Ende November nahmen die massenhaften

⁹⁹⁸ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, S. 2430.

Regenfälle immer grösseren Umfang an, sodass von den meisten Stromgebieten Mitteleuropas über Hochwasser berichtet wurde⁹⁹⁹. Als Folge dieser außergewöhnlich nassen Periode im Sommer und Herbst 1882 in ganz Mitteleuropa nannte er die „Überschwemmungskatastrophen“ in Tirol und Kärnten von Mitte September und das Rheinhochwasser vom Ende des Jahres. Gestützt wurde sein Argument durch jahrzehntelange Niederschlagsmessungen in Karlsruhe. Ein erstes Fazit lautete:

Die außerordentlichen Regenverhältnisse der 1870er Jahre, und des Jahres 1882 insbesondere, wie sie hier beschrieben worden, und wie sie aus den graphischen Darstellungen noch deutlicher ersichtlich, und die ja bekanntlich auch mit einer kosmischen Erscheinung (Sonnenflecken) in Verbindung gebracht worden sind, dürften denn doch die außergewöhnlichen Hochwassererscheinungen dieser Zeit genugsam erklären, und fast möchte man sich der Mühe entoben erachten, hier noch anderen Ursachen nachzuspüren.¹⁰⁰⁰

Auch die Anlage von Sammelbecken hätte nichts an dem Hochwasser ändern können, weil ihre Kapazitäten lange vor dem November schon erschöpft gewesen wären. Andere Ursachen, die zur Diskussion standen, hätten lediglich „begleitende Ursachen“ sein und keine große Wirkung haben können.¹⁰⁰¹ Auch die Missernten, insbesondere der verregnete Wein,¹⁰⁰² zeugten von der außergewöhnlichen Niederschlagsituation. Von den extrem nassen Witterungsbedingungen in der Eifel wurde bereits berichtet (Kap. 3). Die Niederschlagsdaten, auf die sich Max Honsell stützte, stammten von einer einzigen Wetterstation, nämlich der in Karlsruhe. Auch ohne hydrologisches Fachwissen ist es leicht einsichtig, dass auf einer räumlich so begrenzten Messung unmöglich ein Zusammenhang mit den Hochwasserverhältnissen eines Stromes wie des Rheins gezogen werden kann. Dass Honsells Diagramm (siehe Abb. 25) im Grunde genommen keine wissenschaftliche Aussagekraft hatte, spielte letztlich jedoch keine Rolle. Es fungierte als wichtiges Symbol für Expertenwissen in ansonsten ungenügend fundierten Debatten.

⁹⁹⁹ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 3.

¹⁰⁰⁰ Ebd., S. 16.

¹⁰⁰¹ Ebd., S. 16 ff.

¹⁰⁰² Ebd., S. 13.

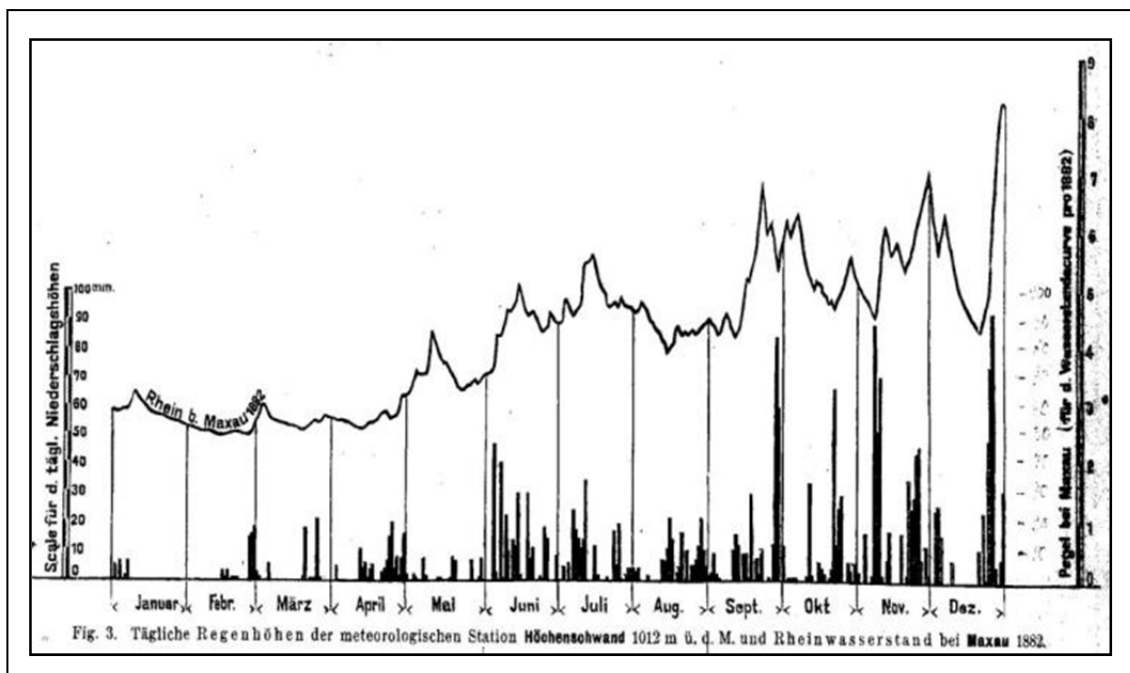


Abbildung 25: Grafik aus Max Honsells Schrift, die einen Zusammenhang zwischen Niederschlägen und Hochwasser darstellen soll.

Sie dient als Symbol des Expertenwissens im Reichstag. Thilenius führte am 9. Mai 1883 anhand besagten Diagramms aus Max Honsells Schrift aus, dass der außergewöhnliche Regen das Hochwasser verursacht habe. „Wer einigermaßen der meteorologischen Gestaltung der Dinge gefolgt ist, der wird gefunden haben, dass sich in der Zeit über ganz Westeuropa ein breites, mächtiges Regengebiet ausgebreitet hatte, welches von Nord nach Süd sich erstreckend das Rheingebiet einbegriff“, resümierte Thilenius. Und weiter: „[...] meine Herren, wenn man nun den Regenhöhen etwas nachgeht, wie sie in dem erwähnten Werke von Honsell verzeichnet sind, so findet sich, dass in der That die Hochfluthen am Rhein ganz genau parallel gehen mit den abnormen Regenfällen.“¹⁰⁰³ Er folgerte daraus konsequent: „Das steht fest, die letzte Flut ist nicht den Hydrothekten in die Schuhe zu schieben, die hat ganz entschieden der liebe Himmel selbst gemacht.“¹⁰⁰⁴ Die Präsentation „symbolischen Expertenwissens“ zog auch die anderen Abgeordneten in ihren Bann.

Andere Abgeordnete nahmen den von Thilenius gesponnenen Faden auf und führten ihn gemäß ihrer Fassung weiter. Ein Kölner Abgeordneter der Zentrumspartei, Reichensperger, rekapitulierte die „fast malerische Weise“, in der Thilenius Wolkenbrüche und Föhn als Ursachen des Hochwassers herausgestellt hatte. Er zog allerdings aus den Ausführungen den Schluss, dass jegliches Bemühen, Vorkehrungen zu treffen, in Anbetracht der ganz ungewöhnlichen, „in der Geschichte kaum jemals

¹⁰⁰³ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, Thilenius, S. 2431.

¹⁰⁰⁴ Ebd.

dagewesenen“¹⁰⁰⁵ Vorkommnisse vergeblich sein müssten und deshalb der Antrag von Dr. Thilenius und Genossen zur Untersuchung der Stromverhältnisse keinen Sinn ergebe. Auch der deutsch-konservative Abgeordnete Marcard aus Bielefeld erklärte, „dass die Ereignisse am Rhein auf ganz außerordentlichen und sehr selten wiederkehrenden elementaren Erscheinungen beruhen“.¹⁰⁰⁶ Seine Konsequenz lautete, dass die einzige Lösung, um den „massenhaften Regengüssen gegenüber das enge Thal des Stromes zu schützen“¹⁰⁰⁷, eine Erweiterung des Hochwasserprofils sei. Dieser Ansatz entsprach den Ideen von Johann Gottfried Tulla, dem Vater der Oberrheinkorrektur im 19. Jahrhundert.¹⁰⁰⁸ Allerdings hätte ein solcher Plan nur ausnahmsweise und lokal verwirklicht werden können, weil menschliche Besiedlung sowie natürliche Hindernisse einer willkürlichen Erweiterung des Flussbettes entgegenstehen.¹⁰⁰⁹

Im Preußischen Abgeordnetenhaus wurden am 15. Januar die Hochwasserursachen im Rahmen eines Beschlusses zur Unterstützung der Hochwassergeschädigten schon vor Erscheinen von Max Honsells Schrift diskutiert. Auch hier wurden die ungewöhnlichen Niederschläge des Jahres 1882 als Ursache benannt, wenngleich man dies nicht wissenschaftlich fundieren konnte. In den Worten des nationalliberalen Dr. Hammacher aus Essen hieß es: „Ich für meinen Theil schreibe die wesentlichen Ursachen der jetzigen Wassersnoth den ungewöhnlich starken Niederschlägen zu, die bereits seit mehreren Jahren Centraleuropa heimgesucht haben.“¹⁰¹⁰ Ähnlich äußerte sich auch der rheinische Zentrums Politiker Bachem: „Sie [die Ursachen] liegen ja zunächst in den abnormen Witterungsverhältnissen des vergangenen Jahres, in den unendlichen Regengüssen, und in dieser Beziehung werden wir die Regulierung allerdings dem lieben Gott überlassen müssen.“¹⁰¹¹ Er folgerte weiter, „hier kann der Staat nicht hineinreden“¹⁰¹². Auch der konservative und Bismarck verbundene Innenminister Puttkamer unterstützte diese Auffassung:

¹⁰⁰⁵ Ebd., Reichensperger, S. 2442.

¹⁰⁰⁶ Ebd., Marcard, S. 2434.

¹⁰⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁰⁸ Johann Gottfried Tulla (1770-1828) war ein Wasserbauingenieur, der Anfang des 19. Jahrhunderts die Pläne zur Korrektur des Oberrheins von Basel bis Worms entwarf. Im Zuge der Begradigungsarbeiten, deren Durchführung bis 1870 andauerte, wurde der Oberrhein von 354 km auf 273 km verkürzt. Der Rhein sollte in einem einzigen geraden Bett fließen. Dies würde sowohl den jährlichen Überschwemmungen der Auen entgegenwirken wie auch die Schiffbarmachung erleichtern. Die Gewinner und Verlierer des Projekts finden sich bei Blackbourn: Conquest, S. 96 ff. Tulla ging in die Geschichte ein als „der Mann, der den wilden Rhein zähmte“ (ebd.).

¹⁰⁰⁹ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, Marcard, S. 2435.

¹⁰¹⁰ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Hammacher, S. 458.

¹⁰¹¹ Ebd., Bachem, S. 458.

¹⁰¹² Ebd., Seine Vorstellung steht fest in biblischer Tradition. Siehe z. B. Ijob 5, 10: „Er [Gott] spendet Regen über die Erde hin und sendet Wasser auf die weiten Fluren.“

Der Abgeordnete Hammacher hat vollkommen richtig hervorgehoben, dass die eigenthümliche klimatische und meteorologische Konstellation dieses Sommers die eigentliche Ursache der Ueberschwemmung gewesen ist. [...] dass da eine ungewöhnliche und im ganzen Jahrhundert unerhörte Hochfluth entstand, das ist begreiflich und unvermeidlich.¹⁰¹³

Ob die Niederschläge tatsächlich Hauptursache der Hochwasserereignisse waren, ist schwer zu beurteilen – aber auch nur von nachrangigem Interesse. Vieles spricht dafür, insbesondere die Überschwemmungen in anderen mitteleuropäischen Ländern und die nassen Witterungsverhältnisse in der Eifel. Selbst wenn Max Honsells Diagramm als Darstellung nur Symbolwert hatte, bedeutet dies nicht, dass es den wissenschaftlichen Fakten widersprechen müsste. Es zeigt aber sehr deutlich, dass Honsell und Thilenius genau wussten, welche Art von Wissen ihnen bei der Durchsetzung ihrer Ziele helfen würde. Beiden war nämlich sehr wohl bewusst, dass das Diagramm keinen wissenschaftlichen Aussagewert hatte.

Interessenkoalition: Hydrologie und Meteorologie, Wasserbau und Politik

Thilenius und Honsell kannten sich bereits aus den Verhandlungen der Reichskommission bei Biebrich. Hier waren 1880 mögliche Probleme der Rheinkorrekturen für die Rheingaustrecke diskutiert worden.¹⁰¹⁴ Die regionale Bevölkerung fürchtete, dass durch die Ausführung von wasserbaulichen Maßnahmen zur Schiffbarmachung, die Hochwassergefahr erhöhen würde. Thilenius setzte sich als Rheingauer für diese Belange ein und hatte die Bildung der Kommission durch einen Antrag erwirkt.¹⁰¹⁵ Max Honsell war als sachverständiger Vertreter Badens von der Oberdirektion des Wasser- und Strassenbaues in Karlsruhe für die Untersuchung zur Verfügung gestellt worden.¹⁰¹⁶

¹⁰¹³ Ebd., Puttkamer, S. 459.

¹⁰¹⁴ Rheinischer Kurier, 10.10.1880, *Reichs-Kommission zur Untersuchung der Rheingauer Beschwerden: „Infolge einer Aufforderung des Sanitätsrates Thilenius ergriff der Baurath Honsel [sic] aus Karlsruhe das Wort [...]“ Bei den Dampfschifffahrten, die die Versammlung zur praktischen Anschauung unternahm, mögen sich Thilenius und Honsell besser kennengelernt haben.

¹⁰¹⁵ Reichstag, Drucksachen Nr. 44, 1880, *Thilenius Antrag. Siehe auch Karlsruhe, GLA Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 249; Schreiben des Handelsministeriums in Karlsruhe an die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus (26. Mai 1880). Siehe auch Brüggemeier & Toyka-Seid: Industrie, S. 99; Auszug aus Thilenius' Reichstagsrede zu der Frage.

¹⁰¹⁶ Karlsruhe, GLA Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 249; Schreiben des Handelsministeriums in Karlsruhe an die Oberdirektion des Wasser- und Strassenbaues (5. Juli 1880). Es enthält die Bestätigung, dass beim Innenministerium der Rheinbaureferent „Baurath Honsell als diesseitigen Commissär für die fraglichen Erhebungen“ angegeben wurde. Leiter der Kommission wurde wie auch im Jahr 1883 der Reichsrat und Ministerialdirektor für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Marcard.

Nach den Überschwemmungen 1882/83 koinzidierten ihre Interessen, indem beide Gründe für die Förderung der Meteorologie bzw. Hydrologie sahen. In diese Richtung wirkten sie im Zusammenspiel von Politik und Wissenschaft erfolgreich. Der symbolische Nachweis, dass die außergewöhnlichen Überschwemmungen durch extreme Niederschläge bedingt waren, bildete die Grundlage ihrer Forderung nach verstärkter wissenschaftlicher Forschung und einer Reorganisation der meteorologischen Institutionen. Die Aussicht, durch diese Untersuchungen möglicherweise ein Vorhersagesystem für Hochwasserereignisse einrichten zu können, war das Zuckerbrot in ihrer Argumentation.

Der allgemein formulierte Antrag zur Untersuchung der Stromverhältnisse verriet zunächst nichts über Thilenius' Interessen. Konkret ging es ihm bei der Untersuchung nämlich darum, hydrologische Fragen zu bearbeiten:

Machen wir regelmäßige Beobachtungen an den Nebenflüssen über den Wasserstand und Wasserabfluß im Vergleich zu den meteorologischen Niederschlägen? Kennen wir genau die Niederschlags- und Regenverhältnisse des Rheingebietes? Besitzen wir solche hydrometrische und hydrographische Beobachtungsstationen in genügender Zahl und richtiger Anordnung?

Die Verbesserung der meteorologischen Forschung war ein persönliches Steckenpferd von Thilenius. Auf diesen Sachverhalt wird auch in der Reichstagsdebatte von dem Abgeordneten Reichensperger angespielt: „Der Antragsteller hat auch noch die meteorologischen Anstalten – das ist so ein Lieblingskind von ihm – bei dieser Gelegenheit empfehlen wollen.“¹⁰¹⁷ Als Arzt interessierte er sich für den Zusammenhang zwischen klimatischen Bedingungen (insbesondere Feuchtigkeit) und bestimmten Lungenkrankheiten¹⁰¹⁸. Auf einem Kongress der Gesellschaft deutscher Badeärzte (die er gegründet hatte), hatte er den Zusammenhang von Lungenblutungen und Witterungsveränderungen thematisiert. Der Versammlung folgte ein Antrag von Thilenius im preußischen Abgeordnetenhaus, der dazu aufforderte, im Interesse von Landwirtschaft und Hygiene das Netz der meteorologischen Beobachtungsstationen in ganz Preußen zu verbessern.¹⁰¹⁹

Vor diesem Hintergrund führte er in den Reichstagsverhandlungen in allen Einzelheiten aus, „daß nirgends Beobachtungsstationen, namentlich Regenstationen, in genügender Zahl vorhanden sind“¹⁰²⁰. Aus diesem Grund sei die Berliner Meteorologische Station daran gescheitert, nach der Hochwasserkatastrophe die Niederschlagsverhältnisse zu

¹⁰¹⁷ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai, S. 2444.

¹⁰¹⁸ Die Entdeckung von Bakterien als Ursache der Lungentuberkulose machte etwa zur gleichen Zeit Robert Koch.

¹⁰¹⁹ Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1894, S. 33, *Thilenius.

¹⁰²⁰ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, S. 2433.

studieren.¹⁰²¹ An dieser Stelle ließ Thilenius durchscheinen, dass die von ihm präsentierten Daten keine Substanz haben konnten. Wie hätte Honsell die Lage einschätzen können, wenn die renommierte Berliner Meteorologische Station dafür keine Grundlagen fand; darüber hinaus hatte sich Honsells Arbeitgeber selbst an das Badische Ministerium gewandt, um zu erklären, dass es an meteorologischen Messungen mangle.¹⁰²² Keiner der Abgeordneten äußerte sich aber zu der offenkundigen Diskrepanz.

In dem anschließenden Lob auf das neu etablierte „Centralbureau für Meteorologie und Hydrographie“ in Karlsruhe wurden Thilenius Ziele noch deutlicher.¹⁰²³ Für den Fall, dass einheitliche Maßstäbe für Pegel- und Niederschlagsbeobachtungen eingeführt würden und es entsprechende wissenschaftliche Einrichtungen gäbe, stellte Thilenius zudem die Vorhersage von Hochwasserereignissen in Aussicht: „[...] wäre es nicht möglich, bei einem gut organisierten meteorologischen und hydrographischen Dienste die Hochwasser genau voraus zu bestimmen, um die Bevölkerung genügend zu warnen?“¹⁰²⁴ Im Rückgriff auf Vorbilder aus dem Ausland bejahte Thilenius seine rhetorische Frage. In Frankreich bestünden seit 1854 für die Seine „ganz vorzügliche hydrometrische Einrichtungen“. In Paris gelinge es, „den Stand des Hochwassers bis auf etwa 1 Dezimeter genau vorauszusagen“¹⁰²⁵. Um dem Punkt den nötigen Nachdruck zu verleihen, stellte Thilenius heraus, wie rückständig die deutsche Wasserwirtschaft in dieser Hinsicht auch im Vergleich mit Belgien, Böhmen, Nordamerika und „sogar“ Italien sei.¹⁰²⁶ Die internationale Konkurrenzsituation zu erwähnen, war im Deutschen Kaiserreich ein schlagkräftiges Mittel, um Aktionen zu forcieren. Durch Honsells Schrift konnte Thilenius überzeugend nachweisen, dass die Überwachung von Niederschlägen im Interesse des Staates liegen musste und nicht nur der Vorhersage von schönem Wetter diene.

Für Thilenius' Anliegen bot Max Honsells pseudowissenschaftliches Symbol einen wichtigen Rückhalt. Auf diese Weise konnten extreme Niederschläge als Hauptursache der Hochwasser auf der politischen Bühne glaubhaft gemacht werden. Die Niederschlagsdaten wurden als die einzigen harten Fakten in die Diskussion gebracht – und Honsells Argumente gegen das Abholzungsparadigma und die negativen Einwirkungen von Flusskorrekturen waren überzeugend. Auf der politischen Ebene waren, davon abgesehen, wissenschaftliche Ergebnisse kaum anzufechten. David

¹⁰²¹ Ebd.

¹⁰²² Karlsruhe, GLA, Sign. 237, Nr. 33911 und 33912. In verschiedenen Schreiben werden mangelnde Qualität und Quantität der meteorologischen Datenerhebung beanstandet.

¹⁰²³ Ebd., S. 2433.

¹⁰²⁴ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, S. 2433.

¹⁰²⁵ Ebd.

¹⁰²⁶ Ebd.

Blackbourn hat in dieser Beziehung kritisch angemerkt, dass als Ursache für das Hochwasser 1882/83 „freak meteorological conditions“¹⁰²⁷ festgestellt worden waren und die Wasserbauer sowie Tullas Projekt von jeder Schuld freigesprochen wurden.

Der Hauptverantwortliche für die Gründung des Zentralbüros für Hydrologie und Meteorologie war im Frühjahr 1883 Max Honsell gewesen.¹⁰²⁸ Es wurde in die badische Oberdirektion für Wasser- und Strassenbau eingegliedert.¹⁰²⁹ Eine Zentralisierung der meteorologischen Messungen war erwünscht gewesen. In der Folge engagierte sich Max Honsell für die institutionelle Verzahnung von Flusstatistik und Meteorologie. Die Strukturen, die Honsell sich zur wissenschaftlichen Erforschung des Rheins wünschte, waren damit gegeben. Was fehlte, waren Finanzmittel. Ohne zusätzliche Mittel hätte die Zentralstelle für Hydrologie und Meteorologie kaum von der Wasser- und Straßenbaudirektion unterhalten werden können.¹⁰³⁰ Ihre Etats waren kontinuierlich zusammengekürzt worden.¹⁰³¹ Die Aussicht darauf, Mittel für seine hydrographischen Erhebungen einzuwerben, hatte Honsell wohl schon im Hinterkopf, als er seine wissenschaftliche Schrift mit der Hoffnung schloss, dass es

der in Aussicht stehenden Enquete des Reiches, der die grosse Aufgabe gestellt werden soll, die Stromverhältnisse des Rheines und seiner Nebenflüsse einer umfassenden Untersuchung zu unterziehen, gelingen [möge], wirksame Mittel zur Bekämpfung und Abwehr gegen die Ausschreitungen des Elementes zu finden [...].¹⁰³²

Honsell wusste, dass die institutionellen Bedingungen und der Sachverstand für so eine Untersuchung in ihm und dem neu gegründeten Zentralbüro gefunden werden mussten.

Daneben war die Verbreitung von Max Honsells Ideen im Reichstag von großer Bedeutung, denn auf diese Weise konnte er die Medienöffentlichkeit, die dem Wasserbau stellenweise kritisch gegenüberstand, in die Schranken weisen. Die Frage,

¹⁰²⁷ Blackbourn: Conquest, S. 109. Trotz des Täuschungsversuches, den Thilenius und Honsell zusammen durchführten, bleibt jedoch unklar, ob die Niederschläge nicht vielleicht wirklich Hauptursache des Hochwassers waren. Vor diesem Hintergrund erschien Blackbourns Kritik kaum noch gerechtfertigt.

¹⁰²⁸ Rehbock: Finanzminister. „Das Wasserbauwesen des Landes wurde durch Honsell neu geordnet, das Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie wurde von ihm begründet.“

¹⁰²⁹ Die Eingliederung der Meteorologie bei der badischen Wasser- und Strassenbaudirektion war dem Hochwasser von 1882 vorausgegangen (sie erfolgte am 3.11.1882).

¹⁰³⁰ Karlsruhe, GLA, Sign. 237, Nr. 33913; Schreiben der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus an den Minister des Innern (13.11.1882). In dem Schreiben wurde betont, dass die Mittelkürzungen durch das Parlament eine angemessene Übertragung der meteorologischen Aufgaben auf die Wasser- und Strassenbaudirektion ohne zusätzliche Mittel kaum möglich sei.

¹⁰³¹ Karlsruhe, GLA, Sign. 237, Nr. 33911; Etatübersicht.

¹⁰³² Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 27.

ob die Flusskorrekturen am Oberrhein (1817–1876)¹⁰³³ schuld an den Überschwemmungen am Mittelrhein waren, war der zentrale Streitpunkt.

Dass ein so umfassendes Wasserbauvorhaben wie die Oberrheinbegradigung auch Probleme beinhaltete, liegt in der Natur der Sache. Jedenfalls war eine Kritik an den Oberrheinkorrekturen von Anfang an präsent, sowohl von politischer wie auch von wissenschaftlicher Seite. Bereits 1828 waren „Bemerkungen über die Rectification des Oberrheins und Schilderung der furchtbaren Folgen, welche dieses Unternehmen für die Bewohner des Mittel- und Unterrheins nach sich ziehen wird“¹⁰³⁴ erschienen. Der Autor der Schrift prophezeite noch nie da gewesene Überschwemmungskatastrophen, wenn die Flusskorrekturen tatsächlich durchgeführt würden, und bat um eine Revision des Vorhabens.¹⁰³⁵ Zudem kritisierten der in Mannheim ansässige Niederländer Freiherr von Wijck sowie der preußische Wasserbauingenieur Johann Eytelwein das Mammutprojekt zur Oberrheinbegradigung.¹⁰³⁶ Auch die unteren Rheinanliegerstaaten und besonders Preußen verhandelten jahrelang mit Baden, Bayern und Frankreich über das Vorhaben. Letztlich war das Projekt in etwas abgeschwächter Form (d. h. unter Beschränkung der Anzahl der Durchstiche) durchgeführt und auch in vielen Aspekten ein Erfolg geworden.¹⁰³⁷ Die regelmäßig auftretenden Hochwasser am Oberrhein waren gebannt, Wechselfieber und Typhus zurückgedrängt worden, und eine beträchtliche Fläche an Kulturland (etwa 10.000 ha) war im Rheintal erschlossen worden. Im Einzelnen hatte es auch lokale Verlierer gegeben: Wassermühlen verschwanden, Goldgewinnung und Fischereiwirtschaft wurden durch die neuen Verhältnisse stark beeinträchtigt bis sie ganz aufgegeben werden mussten.

Umkämpft war die Frage, ob die Begradigung, bei der der Oberrheinlauf um etwa 80 km verkürzt worden war, eine potenzielle Erhöhung der Hochwassergefahr am Mittelrhein zur Folge hatte.¹⁰³⁸ Dass sich durch die Verkürzung des Laufes bei gleichbleibendem Gefälle die Fließgeschwindigkeit des Rheins erhöht hatte, war ein einfacher physikalischer Zusammenhang, der auch im Reichstag im Mai 1883 von verschiedenen Rednern ausgeführt wurde.¹⁰³⁹ Dadurch werde ein Zusammentreffen der

¹⁰³³ Bernhardt: Begradigung, S. 75.

¹⁰³⁴ André: Bemerkungen.

¹⁰³⁵ Ebd.

¹⁰³⁶ Blackburn: Conquest, S. 109. Johann Eytelwein brachte Erfahrungen aus erster Hand von der Verkürzung der Oder mit. Außerdem sei die Korrektur der Kinzig 1814 ein Lehrbeispiel dafür gewesen, dass auf Flussbegradigung schwere Überschwemmungen folgen können. Zwei Jahre später, 1816, wurde Kehl aufgrund der neuen Verhältnisse an der Kinzig überschwemmt.

¹⁰³⁷ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 21.

¹⁰³⁸ Blackburn: Conquest, S. 96 f.

¹⁰³⁹ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, Schröder, Marquardsen, Thilenius.

Hochwasserwellen aus Neckar und Main mit derjenigen des Rheins begünstigt.¹⁰⁴⁰ Honsell hielt dagegen, dass die Erhöhung der Fließgeschwindigkeit keinen Nachteil darstelle, und erklärte sogar positive Einwirkungen auf die zeitliche Abfolge der Hochwasserwellen des Rheins und seiner Hauptnebenflüsse.¹⁰⁴¹ Andere Kritiker haderten mit den Wasserbaumaßnahmen zugunsten der Schifffahrt im Rheingau auf der Strecke zwischen Mainz und Bingen, weil hier der Stromlauf eingeeengt worden war. Der Antragsteller Thilenius hob dagegen hervor, dass die Verbauungen in ihrem Einfluss überschätzt worden waren – auch von ihm selbst –, weil sie sich größtenteils nur auf Mittelwasserhöhe befänden, aber keinen Einfluss auf das Hochwasserprofil hätten.¹⁰⁴² In dieser Ansicht stützte er sich erneut auf Honsells Ausführungen: „Bei bedeutendem Hochwasser bilden die niedrigen Bauwerke keine nennenswerthe Beschränkung des Fluthprofiles, wohl aber kommt die regelmäßige Gestaltung des Niederwasserbettes durch den günstigen Einfluss auf die stetige Richtung des Hauptstromstriches auch der Abführung der Hochwasser zu statten.“¹⁰⁴³

In wissenschaftlichen Kreisen (im weiteren Sinne) wurde eine Kritik an den Wasserbauprojekten entweder von unabhängigen Privatiers, ausgedienten Bauingenieuren oder aber anonym geäußert. Die Kritik des Gutsbesitzers Touchon ist im Lichte seiner naturharmonischen Ideologie zu sehen.¹⁰⁴⁴ Auch Diek sprach allgemein von einer „naturwidrigen Wasserwirtschaft der Neuzeit“¹⁰⁴⁵. Die anonym geäußerte Kritik mündete in der Forderung nach einer Reorganisation des Wasserbauwesens und seiner Ausbildung in Deutschland, war also tatsächlich, wie der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten dem Kaiser mitteilte, von (politischen) Interessen belastet.¹⁰⁴⁶ Aus der „scientific community“ selbst hörte man keine ernstzunehmenden kritischen Stimmen. Max Honsell äußerte sich in einer Stellungnahme im Jahr 1885 zu der Frage der negativen Einwirkungen der Flusskorrekturen zugunsten der Schifffahrt wie folgt: „Diese technischen Fragen können aber allgemein nicht als vielumstritten bezeichnet werden, wie denn auch eine hierauf bezüglich Controverse die ernsthafte Fachliteratur seither kaum beschäftigt hat.“¹⁰⁴⁷ Lediglich im Rheingau sei die lokale Situation problematisiert worden,¹⁰⁴⁸ und

¹⁰⁴⁰ Ebd., Schröder, S. 2439.

¹⁰⁴¹ Ebd.

¹⁰⁴² Ebd., Thilenius, S. 2432.

¹⁰⁴³ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 20.

¹⁰⁴⁴ Touchon: Wasserverhältnisse. Siehe Kap. 4.3.1

¹⁰⁴⁵ Diek: Wasserwirtschaft.

¹⁰⁴⁶ Berlin, GStAPK, Acta, I.HA, Rep. Geheimes Zivilkabinett, Nr. 29367; Brief vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Lucius an Kaiser Wilhelm I. (1. Mai 1883).

¹⁰⁴⁷ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263. Protokolle und Drucksachen der Reichskommission zur Untersuchung der Rheinstromverhältnisse (1885-1891). Verhandlung der Kommission vom 21.-23. Juni 1885. Protokoll Nr. 3, S. 9.

tatsächlich war sie schon seit den 1870er-Jahren Teil einer Auseinandersetzung mit anschließender Untersuchung durch eine Kommission (1880–1881), an der sich auch Honsell und Thilenius beteiligt hatten.¹⁰⁴⁹

Auch die Presselandschaft äußerte sich im Allgemeinen moderater als von Honsell selbst beschrieben. Vielleicht war die Erfahrung der außergewöhnlichen Regenfälle in Verbindung mit Missernten Erklärung genug für die regionale Bevölkerung. In den Koblenzer und Kölner Zeitungen findet man jedenfalls eher Artikel, die Flusskorrekturen befürworten, als solche, die sie angreifen. In der Kölnischen Zeitung wurde beispielsweise die Verbesserung der Flüsse durch die Korrekturen in Bezug auf die Schifffahrt und Landwirtschaft konstatiert.¹⁰⁵⁰ In eine ähnliche Richtung argumentierte ein Titelseitenartikel aus der Coblenzer Zeitung. Hier wurden „Die Flußregulierungen im Interesse der Landeskultur“¹⁰⁵¹, eine Denkschrift des Ministers der öffentlichen Arbeiten, publik gemacht. Tenor des Artikels war, dass die kleineren nicht schiffbaren Flüsse der Rheinprovinz viel Unheil durch Überschwemmungen anrichteten, weil sie nicht reguliert worden seien. Lediglich in überregionalen Zeitungen fand sich der ein oder andere Artikel, in dem die immer extremer werdenden Hoch- und Niedrigwasserereignisse auf die Flussbegradigungen zurückgeführt wurden.¹⁰⁵²

Trotz dieser recht positiven Berichterstattung¹⁰⁵³ sah Max Honsell in den Medien, die „nach den jüngsten Ueberschwemmungen in der Rheingegend [die] unter den Bewohnern verursachte Bestürzung“ genutzt hatten, „um gegen die Flusscorrecturen [...] loszuziehen und ihnen die Schuld an den Hochfluthen“¹⁰⁵⁴ gaben, seinen Hauptgegner.

Eine übermächtige Darstellung der Kritiker hatte wohl auch rhetorische Gründe. Wenn Thilenius der „Bevölkerung vom Ober- bis zum Niederrhein“ die „einstimmige“ Botschaft in den Mund legt: „Das alles haben mit ihren Steinen die Hydrothekten gethan“¹⁰⁵⁵ dann tut er dies nur, um diese Position zu diskreditieren. Erst hatte er nämlich anhand der Niederschlagswerte aus Honsells Schrift wissenschaftlich bewiesen,

¹⁰⁴⁸ Ebd.

¹⁰⁴⁹ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 249. Damals waren in Biebrich Verhandlungen zur Untersuchung der Rheingauer Beschwerden geführt worden. Reichstag 1881, Thilenius, siehe: Brüggemeier & Tokya-Seid: Industrie-Natur, S. 99. Rheinischer Kurier, 10.10.1880, *Reichs-Kommission zur Untersuchung der Rheingauer Beschwerden.

¹⁰⁵⁰ Kölnische Zeitung 15.1.1883; *Verminderung der Hochwasserschäden.

¹⁰⁵¹ Coblenzer Zeitung, 2.12.1882; *Die Flussregulierungen im Interesse der Landeskultur.

¹⁰⁵² Deutsche Volkszeitung, 7.1.1883, *Zustand des Rheinstromes und 12.1.1883, *Ueber die Ursachen der Hochwasser.

¹⁰⁵³ Die Berichterstattung der hessischen Zeitungen mag heftigere Kritik beinhaltet haben. Sie wurden nicht eingesehen.

¹⁰⁵⁴ Honsell: Hochwasser-Katastrophen, S. 11.

¹⁰⁵⁵ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, S. 2431.

dass „die letzte Flut nicht den Hydrotekten in die Schuhe zu schieben“¹⁰⁵⁶ sei. Auf der einen Seite erschien wissenschaftliches Expertenwissen, auf der anderen Seite das Laienwissen der Bevölkerung: Die Anwesenden im Reichstag konnten ihre Seite wählen. Der Kontrast überschattete zwar eine differenzierte Wirklichkeit, in der „die Bevölkerung“ nicht überall an die Fehler der Wasserbauer glaubte, die Polemik stärkte aber das Argument. David Blackbourns etwas bedauernde Feststellung, dass “the critics did not win the argument at that time”¹⁰⁵⁷, erscheint vor dem Hintergrund, dass es eigentlich kaum substanzielle Kritik gab, in einem anderem Licht. Die Kritik beschränkte sich tatsächlich auf bestimmte Probleme im Rheingau, reichte aber kaum bis nach Koblenz und an den Niederrhein.

Konsequenzen: Das „Centralbureau für Hydrologie und Meteorologie“

Letztlich setzten Thilenius und Honsell ihre Ideen durch. Eine Reichskommission (1884–1891) zur Untersuchung der Rheinstromverhältnisse wurde unter der Leitung von Reichskommissar Marcard, der auch schon die Biebricher Kommission geführt hatte, gebildet. Als Vertreter Badens in der Kommission hatte Max Honsell in seiner Funktion als ausgewiesener Rheinexperte nicht unerheblichen Einfluss auf die Untersuchungen.¹⁰⁵⁸ Der zeitliche und finanzielle Rahmen der Kommission erlaubte allerdings keine so umfassende Untersuchung, wie sie Honsell anfangs gefordert hatte.¹⁰⁵⁹

Erst die Einbringung der Diskussion um die Möglichkeit der Hochwasservorhersage, wie sie Thilenius angeregt hatte, lieferte die notwendige Begründung für nähere wissenschaftliche Untersuchungen des Rheingebietes. An der Seine hätten Studien des „hervorragenden Ingenieurs“ Belgrand seit den 1830er-Jahren die Einrichtung eines hydrometrischen Dienstes 1854 ermöglicht¹⁰⁶⁰. Auf der Basis umfassender Studien von Belgrand und langjähriger Erprobung habe man es an der Seine geschafft, Hochwasservoraussagen (mit Abweichungen von nur 20–30 cm) zu treffen. Um am Rhein einen ähnlichen Dienst einzurichten, fehlten laut Honsell wissenschaftliche Daten. Es müssten zunächst ebenso umfassende Studien wie in Frankreich angestellt

¹⁰⁵⁶ Ebd.

¹⁰⁵⁷ Blackbourn: *Conquest*, S. 109.

¹⁰⁵⁸ Karlsruhe, GLA, Sig. 425, Zug. 1991-49, Nr. 249. Verhandlung der Kommission vom 22.-25.11.1884. Protokoll Nr. 1.

¹⁰⁵⁹ Ebd., S. 2. Honsell hatte versucht, eine weitreichendere wissenschaftliche Untersuchung, die über Landesgrenzen hinaus gehen sollte und über jede Kritik erhaben sein müsse, durchzusetzen.

¹⁰⁶⁰ Centralbureau für Meteorologie und Hydrographie im Grossherzogthum Baden: Ergebnisse, S. IV.

werden, „um eine Grundlage für eine sichere Vorausbestimmung zu gewinnen“¹⁰⁶¹. Er äußerte allerdings Bedenken, ob die naturräumlichen und politischen Verhältnisse am Rhein, die ungleich schwieriger seien als an der Seine, jemals eine sichere Vorhersage erlauben würden. Ein „solcher Zweifel“ dürfe aber „von dem Betreten des Weges nicht abhalten, denn die gedachten Untersuchungen lassen jedenfalls eine Förderung der Hydrologie und damit der Lösung der wasserbaulichen und wasserwirtschaftlichen Aufgaben im Rheingebiet erhoffen“.¹⁰⁶² In der Rheinkommission war auf Honsells Referat über Hochwasservoraussagen hin in der Sitzung vom 10.-14. März 1885 beschlossen worden, die entsprechenden hydrologischen Untersuchungen am Rhein durchzuführen.¹⁰⁶³

Auch Thilenius' Erläuterungen im Reichstag hatten letztlich dazu beigetragen, dass die Frage von der Kommission erörtert wurde. Regierungsrat Humperdinck berief sich in einem Referat im Februar 1885 ausdrücklich auf die „bei der Reichstags-Verhandlung über den Antrag Thilenius vom 9. Mai zum Ausdruck gelangten Wünsche“¹⁰⁶⁴.

Die Aufgabe zur Erstellung der nötigen Studien, um die Grundlagen für eine Hochwasservorhersageeinrichtung zu schaffen, wurde dann erwartungsgemäß an das Zentralbüro für Hydrologie und Meteorologie in Karlsruhe weitergegeben. Die Kosten für die hydrologischen Arbeiten zur Untersuchung der Rheinverhältnisse wurden anteilmäßig auf die Anliegerstaaten des Reichs umgelegt.¹⁰⁶⁵ Honsell hatte es geschafft, Mittel für seine Forschungsstelle einzuwerben. Vonseiten der Schifffahrtslobby wurde dies mit Wohlwollen wahrgenommen. Das Zentralbüro und dessen „umsichtiger Leiter, Herr Oberbaurath Honsell“, stünden für Qualität, und man würde wohl auf diese Weise den richtigen Weg einschlagen, um „die segensreichen Vortheile der Hochwasser-Vorausbestimmung“¹⁰⁶⁶ zu erwirken.

Die ersten Ergebnisse veröffentlichte das Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie 1891 unter dem Titel „Ergebnisse der Untersuchung der Hochwasserverhältnisse im Deutschen Rheingebiet. Auf Veranlassung der

¹⁰⁶¹ Ebd.

¹⁰⁶² Ebd.

¹⁰⁶³ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263. Verhandlung der Kommission vom 10.-14. März 1885. Protokoll Nr. 2, S. 4-6 (insbesondere S. 6).

¹⁰⁶⁴ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263. Verhandlung der Kommission vom 10.-14. März 1885. Drucksachen Nr. 1, Humperdinck, *Ueber die Verbreitung der Hochwasser-Nachrichten und über Hochwasser-Voraussagen. Das Thema war allerdings auch Teil einer allgemeineren wissenschaftlichen Diskussion in Deutschland, die besonders durch das französische Vorbild angetrieben wurde. So hatte beispielsweise ein Professor Sonne im Wochenblatt für Architekten und Ingenieure 1884 die Problematik diskutiert.

¹⁰⁶⁵ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263. Verhandlung der Kommission vom 10.-14. März 1885. Protokoll Nr. 2, S. 4-6 (insbesondere S. 6).

¹⁰⁶⁶ Das Schiff. Wochenblatt für die gesammten Interessen der Binnenschifffahrt, 20.1.1887; *Wasser-standsbeobachtungen.

Reichskommission zur Untersuchung der Stromverhältnisse des Rheins und seiner wichtigsten Nebenflüsse und auf Grund der von den Wasserbaubehörden der Rheingebietsstaaten gelieferten Aufzeichnungen“¹⁰⁶⁷. Es wurden in dieser Studie Messdaten zu Pegelständen, Hochwasserwellen und Niederschlägen angegeben. Honsell präsentierte im Vorwort sein Expertenwissen im Dienste des Staates. Der Wasserbau diente „zur Förderung von Verkehr, Handel und Gewerbe und überhaupt des Wohlstandes der rheinischen Bevölkerung“¹⁰⁶⁸.

Mit den vorgenommenen Untersuchungen hatte Honsell einen Grundstein für die Zukunft des Zentralbüros gelegt. Das Zentralbüro für Meteorologie und Hydrographie entwickelte sich in Richtung einer wissenschaftlichen Zentralstelle für Niederschlags- und Pegelmessungen,¹⁰⁶⁹ wie Thilenius sie sich vorgestellt hatte.¹⁰⁷⁰ „Sie untersuchte in der Folgezeit grundlegende hydrografische Fragen und Probleme weit über Baden hinaus und gab eine lange Reihe von Publikationen dazu heraus“¹⁰⁷¹. Auch die Untersuchung der Hochwasserverhältnisse am Rhein blieb in ihrem Ressort.¹⁰⁷² Christof Bernhardt hält die Gründung dieser wissenschaftlichen Zentralstelle für die „auf lange Sicht bedeutendste Initiative“¹⁰⁷³. Dass diese Studien nicht in der Einrichtung eines Vorhersagedienstes am Rhein mündeten, war letztlich kaum noch von Bedeutung.¹⁰⁷⁴

Die Notwendigkeit einer Änderung der Wasserbaupolitik wurde übrigens von der Reichskommission nicht gesehen. Die Angriffe auf die Oberrheinbegradigung, insofern es sie tatsächlich gab, hatte Honsell also auch abgewehrt.¹⁰⁷⁵

¹⁰⁶⁷ Centralbureau für Meteorologie und Hydrographie im Grossherzogthum Baden: Ergebnisse. Über die Fortschritte der Arbeiten wurde regelmäßig berichtet. Siehe hierzu: Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 356. Monatsberichte.

¹⁰⁶⁸ Karlsruhe, GLA, Sig. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263. Verhandlung der Kommission vom 5.-7. April 1886. Protokoll Nr. 4, S. 17.

¹⁰⁶⁹ Bernhardt: Begradigung, S. 80.

¹⁰⁷⁰ Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, S. 2433.

¹⁰⁷¹ Bernhardt: Begradigung, S. 80.

¹⁰⁷² Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3294. Hierin weitere Arbeiten bis 1904.

¹⁰⁷³ Bernhardt, Begradigung, S. 80.

¹⁰⁷⁴ Karlsruhe, GLA, Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3295. Korrespondenzen und Gutachten. Verschiedene Versuche zur Einrichtung eines Vorhersagedienstes am Rhein scheiterten Mitte der 1920er Jahre. Ein internationaler Untersuchungsausschuss für die Vorhersage von Wasserständen erbrachte 1925 nach Versuchen negative Resultate. Nach erneuten Fehlversuchen im Jahr 1926 wurde 1927 beschlossen „auf die Einrichtung eines endgültigen Vorhersagedienstes zu verzichten“ und weitere Untersuchungen einzustellen. Letztlich konnten keine besseren Resultate erzielt werden, als sich jeder Rheinanwohner bzw. Schiffseigner aus Pegelstand und Wettervorhersage zusammenstellen konnte. Der kurzfristige Einfluss der Nebenflüsse beeinträchtigte die Genauigkeit der Vorhersageversuche zu stark.

¹⁰⁷⁵ Auch nach heutiger Beurteilung war die Oberrhein-Korrektur nach „sozial-, wirtschafts- und staatspolitischen Wertmaßstäben“ fast uneingeschränkt erfolgreich. Bernhardt: Begradigung, S. 83.

Erfolgreiche Symbiose

Folgt man dem Soziologen Peter Weingart, dann hält Wissenschaft für Politik zwei Leistungen bereit: erstens *instrumentelles Wissen* zur Lösung konkreter Probleme und zweitens *Legitimation* für politische Entscheidungen.¹⁰⁷⁶ Honsells Schrift diente Thilenius in dieser Hinsicht, um seinen Anspruch auf Ausweitung und Reorganisation der meteorologischen Beobachtungsstationen zu legitimieren. Auf diesem Wege sollte dann auch instrumentelles Wissen geschaffen werden, das der Volkswirtschaft und dem Staat zugutekäme – im besten Fall in Form eines Hochwasservorhersagedienstes.

Schon im 19. Jahrhundert machte sich die Politik zunehmend abhängig von den Resultaten der Wissenschaftler. „Der Druck, politische Entscheidungen unter Rückgriff auf wissenschaftliches Wissen zu legitimieren wächst in dem Maße, in dem wissenschaftliches Wissen Autorität als Problemlösungsinstanz zugeschrieben wird.“¹⁰⁷⁷ Obgleich das Deutsche Kaiserreich eine konstitutionelle Monarchie war, hatte die soziale Autorität von Wissenschaftlern diejenige der persönlichen Autorität charismatischer Personen zumindest in gewissen Fragen überholt. Besonders in Risiko- und Sicherheitsfragen war man auf die Wissenschaft angewiesen. Weingart erklärt am Beispiel des Sicherheitsproblems des Dampfkessels, wie wissenschaftliche Expertise und technischer Sachverstand für den Staat unabdingbar wurden.¹⁰⁷⁸ Im Bereich des Explosionsschutzes in den Kohlerevieren wurden die ersten „Wetter-Polizeiverordnungen“ schon 1846 erlassen, und die staatliche Verordnungspraxis nahm in den folgenden Jahrzehnten zu. Sie basierte auf den Expertenanalysen von „Schlagwetterphänomenen“¹⁰⁷⁹. Auch in Fragen der Hochwasserabwehr war Expertenwissen zunehmend gefragt. In diesen Bereichen konnte politische Autorität kaum mehr ohne die Stütze wissenschaftlicher Erkenntnis auskommen. Das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse konnte man sich, wie Thilenius – und dies ist hier vielleicht der entscheidende Punkt – im politischen Forum zunutze machen. Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Parteien um die richtigen wissenschaftlichen Berater und das neueste Wissen, wie Weingart ihn für unsere heutige Zeit attestiert, hatte sich noch nicht ausgebildet. Mit den einzigen Fakten, gleichwohl sie nur symbolischen und keinen wissenschaftlichen Wert besaßen, hatte er im Reichstag leichtes Spiel, um die Bedeutung von Niederschlägen zu belegen und in der Konsequenz Niederschlagsmessungen durchzusetzen.

Aber nicht nur Thilenius war auf die Niederschlagsdaten des Experten angewiesen, auch Max Honsell war abhängig von politischer Zuwendung und staatlichen

¹⁰⁷⁶ Weingart: Stunde, S.27 f.

¹⁰⁷⁷ Ebd., S. 29.

¹⁰⁷⁸ Ebd., S. 151-158.

¹⁰⁷⁹ Barth: Unglück, S. 40 ff.

Ressourcen.¹⁰⁸⁰ Da Politik (und Wirtschaft) der Wissenschaft Ressourcen zuweisen, muss Wissenschaft auch Ergebnisse liefern, die von Politik (oder Wirtschaft) benötigt werden. In diesem Zusammenhang lag Honsell viel daran, dass ein Bedarf an hydrologischen Untersuchungen und meteorologischen Messungen anerkannt und bedient wurde.

Außerdem hatte die Verbreitung von Honsells Artikel die Folge, dass seine wissenschaftlichen Ergebnisse einen breiteren Einfluss fanden. Als Expertenwissen konnten sie in diesem Forum die Schwächen von medial kommuniziertem Wissen deutlich machen und so seine potenziellen Gegner dominieren.

Was als typisch für die heutige Verflechtung von Politik und Wissenschaft angesehen wird, zeigt sich skizzenartig auch schon im 19. Jahrhundert in der exemplarischen Zusammenarbeit von Honsell und Thilenius. Es handelte sich eben nicht nur um eine einseitige Abhängigkeit der Politik von der Wissenschaft, sondern um einen reziproitären Prozess. Als Tandem konnten Honsell und Thilenius ihre Interessen in weiten Teilen durchsetzen. In dieser symbiotischen Zusammenarbeit von Abgeordnetem und Experten liegt vielleicht die Erklärung dafür, dass diese Beziehung in der Folge florierte und die Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Politik, die Weingart heute als die typischen Ingredienzen der Wissensgesellschaft definiert, immer enger wurden.¹⁰⁸¹ Die Abgrenzung dieser Zweckgemeinschaft von dem Laienwissen der Presse und „der Bevölkerung“ spielte dabei eine nicht unbedeutende Rolle.¹⁰⁸²

¹⁰⁸⁰ Vgl. Weingart: Stunde, S. 28.

¹⁰⁸¹ Weingart: Stunde, S. 32.

¹⁰⁸² Eine kritische Gegenbewegung, die versucht, den Wert von lokalem Wissen gegenüber Expertenwissen hervorzuheben, besteht bis heute (z. B. Hewitt: Regions). Schon im damaligen Reichstag schlug der Abgeordnete Schalscha vor, das Erfahrungswissen von Fischern, Schiffern und anderen Rheinanwohnern zu mobilisieren. Mit seiner Forderung ging eine Kritik an der Expertenkultur im Wasserbau einher, die nur ihre eigenen Interessen vertrete (Reichstag, 83. Sitzung am 9. Mai 1883, S. 2440).

5 Ergebnisse und Synopsis: Naturkatastrophen als umwelthistorische Ereignisse

Die drei Fallstudien geben Aufschluss über den Kern sowie das Vorher und Nachher von Katastrophen und erhellen die Auseinandersetzung von Politik und Wissenschaft mit Katastrophen. Es zeigt sich insgesamt eine Dominanz von Expertenwissen. Der Umgang mit Gefahren ist innerhalb einer Risikokultur zu begreifen, für die im Rückgriff auf ein positivistisches Wissenschaftsverständnis, Objektivität und Faktizität wichtige Kriterien sind. Geleitet von ökonomischem Kalkül und staatlichem Sachverstand wurden Schutzmaßnahmen diskutiert (Kap. 2). Solange die Richtung des Wandels im Einklang mit ökonomischem Fortschritt stand, konnte die Katastrophe als Wendepunkt genutzt werden (Kap. 3). Das gesellschaftliche System, das auf Wissenschaft, Technik und Ökonomie fußt, ist die Grundlage dieses Umgangs und geht aus Katastrophen immer als Gewinner hervor. So nutzte man die Katastrophe zur extensiven Ausdehnung wissenschaftlicher Forschung und zur Etablierung solidarischer Beziehungen (Kap. 4).

5.1 Auseinandersetzung mit Katastrophen

Der Umgang mit einer drohenden Katastrophe wurde am Beispiel des Bergsturzes von Kaub deutlich. In der Nacht vom 10. auf den 11. März 1876 lösten sich Erd- und Gesteinsmassen von einem Berghang und stürzten auf den kleinen Ort. Sechs Häuser und einige Nebengebäude wurden verschüttet. 26 Menschen starben, obwohl die Gefahr schon 1873 erkannt worden war. Die Ursachen, die zu dieser Katastrophe führten, waren vielfältig. Zunächst kann ein Bergsturz ohne Rückgriff auf materiell-physische Zusammenhänge kaum verstanden werden. Durch Erdbeben und Niederschläge bildeten sich Spalten und Risse, die zum Abrutschen des Berghanges führten. Da die Bewegung des Berges aber bekannt war, hätte man in den drei Jahren vor dem eigentlichen Bergsturz Gegenmaßnahmen ergreifen können. Verhindert wurden erfolgreiche Maßnahmen durch 1) die finanzielle Not der Gemeinde, 2) die Prioritäten des preußischen Staates und 3) ein zu enges ökonomisches Kalkül. Während die Gemeinde wirtschaftlich nicht dazu in der Lage war die notwendigen Schritte einzuleiten, griff der Staat erst ein als auch die Infrastruktur (insbesondere die Eisenbahn) bedroht war. Darüber hinaus klammerte sich die Verwaltung in der Entscheidungsfindung zu sehr an eine kurzsichtige Kosten-Nutzen Analyse. Auf der Nutzenseite wurde lediglich der Wert der bedrohten Privathäuser anerkannt und entsprechend mit den Kosten für Sicherungsmaßnahmen verrechnet. Die Kosten, die in einer eintretenden Katastrophe, abgesehen von dem Sachwert einiger Gebäude entstehen würden, fanden keine

Berücksichtigung. Im Endeffekt zahlte der Staat zur Nachsorge viermal so viel, wie zu einer Vorsorge nötig gewesen wären.

Weshalb eine Evakuierung nicht rechtzeitig angeordnet worden war, hat auch mehrere Gründe. Zum einen verließ man sich auf das Urteil sachverständiger Experten. Da jene keine akute Gefährdung fest gestellt hatten, obwohl sie noch einen Tag vor dem Bergsturz das Gebiet besichtigt hatten, gab es keinen Anlass die Häuser zu räumen. Abgesehen davon spielte bei der Entscheidung frühzeitig zu evakuieren (möglicherweise schon 1875), die wirtschaftliche Armut der Gemeinde Kaub eine entscheidende Rolle. Bürgermeister und Gemeinderat sahen keine Möglichkeit etwa 200 Bürger anderweitig unterzubringen und zu versorgen. Abgesehen davon glaubte man die Hausbesitzer durch eine Räumung mit Sicherheit finanziell zu ruinieren. Mit Niklas Luhmanns Überwindung der Dichotomie von Risiko und Sicherheit konnte gezeigt werden, dass die Entscheidung der Gemeinde eine nachvollziehbare Risikoentscheidung war. Man sollte deshalb nicht auf die Darstellung des Innenministers hereinfließen, der die Evakuierung im Nachhinein als die sichere Lösung darstellte. Selbstverständlich hatte es den Anwohnern jeder Zeit frei gestanden ihre Häuser zu verlassen. Dass dies nicht geschehen ist, kann durch zwei Elemente aus der Perzeptionsgeographie erklärt werden. Auf der einen Seite drohte eine einzigartige Gefahr, die im Erfahrungshorizont der Menschen nicht vorhanden war; auf der anderen Seite hatte man sich nach Jahren der Bedrohung an die Gefahr gewöhnt.

Die Bewilligung notwendiger Geldmittel für Schutzmaßnahmen war außerdem an lange bürokratische Wege gebunden. Der Weg, den ein Kostenvoranschlag nebst Gutachten vom Sachverständigen bis nach Berlin nahm, ging, um die Verwaltungshierarchien einzuhalten, über vier Stationen. Die Antwort des Innenministers ließ, obwohl die dringendste Gefahr attestiert worden war, zwei Monate lang auf sich warten. Zuletzt waren dann umfangreiche Schutzmaßnahmen – nämlich die Abtragung des Berges – anberaumt worden, doch kamen sie leider zu spät. Die Verantwortung für die Angelegenheit hatte das Staatsministerium vorsorglich in die Hände der betroffenen Gemeinde gelegt.

Der Komplexität der Ursachen ist es geschuldet, dass eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung des Falles zu keinem Ergebnis kam. Auch im Umgang mit dem Bergsturzrisiko änderte sich wenig. Die institutionellen Strukturen blieben unverändert. Lediglich die wissenschaftliche Beobachtung von allmählich rutschenden Bergen wurde verschärft.

Der Umgang mit dem Bergsturz kann innerhalb einer modernen Risikokultur im Sinne von Mary Douglas verstanden werden. Im Fallbeispiel zeigten sich zunächst interne Probleme der Idee: *Risiko = Schadenshöhe x Eintrittswahrscheinlichkeit*. Die Eintrittswahrscheinlichkeit war rechnerisch nicht anzugeben. Zwar waren Messungen

über die Bewegung des Berges durchgeführt worden, aber auf dieser Basis konnte man nicht extrapolieren. Es gab nämlich keine statistischen Angaben über vorherige Bergstürze. Man konzentrierte sich dann auf die Einschätzungen von Experten, die selbst auch keine Erfahrung in dieser Beziehung hatten und umso mehr auf die finanziellen Aspekte. Die Einschätzung des Versicherungswertes der betroffenen Häuser und die Kostenvoranschläge für Schutzmaßnahmen bildeten die einzig harten Fakten. Aus heutiger Perspektive waren die ökonomischen Erhebungen stark verkürzt. Externe Probleme bestanden in der mangelhaften Berücksichtigung der Art und Weise politischer Entscheidungsfindung und der Irreversibilität von verlorenen Menschenleben. Eine stärkere Einbeziehung von lokalem Wissen (und lokalen Interessen), wenn es um Unsicherheiten geht, erscheint vor dem Hintergrund der Idee einer postnormalen Wissenschaft angebracht.

Die Ergebnisse sind in zweierlei Hinsicht einzuordnen. Einmal im Hinblick auf eine Umweltgeschichte von Bergstürzen, die bislang erst in Ansätzen besteht. Zum anderen als Beitrag zu einer Geschichte des Risikos. Hierfür ist diese Studie besonders geeignet, weil sie gerade im Scheitern die Charakteristika eines modernen Umgangs mit Risiken enthüllt. Dampfkesselexplosionen und Zugunglücke konnten statistisch erfasst werden. Bei einem einzigartigen Ereignis wie einem Bergsturz zeigten sich dagegen die Grenzen eines objektiven Umgangs (i. S. der Zeitgenossen) mit Unsicherheit. Heute werden Ungewissheiten vermehrt in Risikoszenarien mit berücksichtigt.¹⁰⁸³

Wie eine Katastrophe zum Wendepunkt für eine ganze Region werden kann, zeigte die Hungerkrise in der Eifel. Als „preußisches Sibirien“ hatte die Eifel den wirtschaftlichen Aufschwung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verpasst. Eine extensive Landwirtschaft, der Niedergang der Klein- und Hausindustrien sowie die Abkopplung von größeren Märkten führten zu einer beständigen Notlage der Bevölkerung. Jahrhunderte alte Eisenindustrien waren gegenüber der Großindustrie des Ruhr- und Saargebietes nicht konkurrenzfähig. Aufforstungsbemühungen vonseiten des Staates in den 1850er und 1860er Jahren belasteten Gemeinden und Bauern, indem sie Arbeitskraft, Land und Finanzmittel erforderlich machten. Der Erfolg der Maßnahmen war deshalb begrenzt und Sabotageakte keine Seltenheit. Die hohen Auswanderungsziffern aus der Eifel belegen die wirtschaftliche Not der Bewohner. Mit dem schleichenden Niedergang der Region schmolzen die Reserven der Eifelbauern und ihre Schulden wuchsen an. Drei fast vollständige Missernten in zwölf Jahren führten dann in die Katastrophe. Im Winter von 1882/83 wäre ohne Hilfe von Außen eine Hungersnot ausgebrochen. Nach einer missratenen Kartoffelernte fehlte den Bewohnern ihr wichtigstes Grundnahrungsmittel. Auch ihre einzige *cash-crop*, der Hafer, war, wenn überhaupt geerntet, schon ausgewachsen und deshalb unverkäuflich. Der Staat

¹⁰⁸³ Man könnte von einer postmodernen Risikokultur sprechen.

verhinderte steigende Sterberaten und Hungertote, indem Suppenstationen eingerichtet wurden, Nahrungsmittellieferungen erfolgten und Verdienstmöglichkeiten durch Wegebauarbeiten geschaffen wurden.

Mit Blick auf die hohen Ausgaben für Nothilfe, richteten Staat und Provinzialverwaltung einen Eifelfond ein, der die wirtschaftliche Lage der Region langfristig fördern sollte. Aus dem preußischen Sibirien war ein preußisches Entwicklungsland geworden. Die Hungerkrise hatte die Gesamtheit der strukturellen Probleme der Region in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. Auf Grundlage der widrigen Bedingungen der äußeren (raues Klima und karge Böden) und inneren Natur (fehlende moralische und intellektuelle Kraft der Eifelbewohner) wurde konstatiert, dass eine Hilfe zur Selbsthilfe nicht ausreichen könne. Damit war das ethische Fundament gelegt, um eine Verbesserung der Land- und Forstwirtschaft, ohne die Gemeinden zu einer nur schwer tragbaren Beteiligung zu verpflichten, gelegt. Durch das Konsolidierungsgesetz (1885) wurde eine Zusammenlegung der vielen kleinen Parzellen, die im Zuge der Realteilung des Erbes entstanden waren, erwirkt. Die tatsächliche Umsetzung nahm allerdings Jahrzehnte in Anspruch. Ein Schwerpunkt lag auf der Ausdehnung der Futter- und Viehwirtschaft. Durch Entwässerungs- und Meliorationsmaßnahmen wurden zu diesem Zweck neue Grünlandflächen gewonnen. Erst eine Kombination von Viehhaltung und Landbau würde den bis dahin verbreiteten Brandfeldbau („Schiffelwirtschaft“) ablösen können. Obst-, Flachs- und Weidenkulturen wurden darüber hinaus als marktfähige Produkte eingeführt. Die Aufforstung von Ödland sollte die klimatischen Bedingungen verbessern und eine langfristige Nutzung ermöglichen. Der parallel stattfindende Ausbau der Eisenbahnlinien in der Eifel durch den Staat komplettierte das Entwicklungsprogramm. Auch nicht-staatliche Akteure zeigten allerdings Engagement, insbesondere im Aufbau bzw. der Erweiterung des Tourismussektors (1888 wurde in diesem Zusammenhang der Eifelverein gegründet). Insgesamt gesehen waren die Maßnahmen erfolgreich und Hungerkrisen verschwanden aus der Region.

Die Geschichte der Hungerkatastrophe in der Eifel ist in dreierlei Hinsicht aufschlussreich. Zunächst sind einige Elemente von besonderem umwelthistorischem Interesse. Die Idee der positiven Beeinflussung des Klimas durch den Wald gehört Ende des 19. Jahrhunderts in Preußen zum Allgemeinwissen. Heute hat das Konzept, dessen Ursprung Grove bis ins koloniale Mauritius zurückverfolgt hat, in Bezug auf den Klimawandel wieder eine Renaissance erfahren. Weiterhin, findet sich Joachim Radkaus Feststellung von einer engen Verbindung zwischen äußerer und innerer Natur für das 19. Jahrhundert bestätigt. In zahlreichen argumentativen Zusammenhängen wurde immer wieder auf natürliche Voraussetzungen zurückgegriffen: hierzu gehörten genauso wie das raue Klima auch der Charakter der Bewohner. Auf der negativen Seite standen hier Apathie und Lässigkeit, auf der positiven Seite Genügsamkeit und

Unbeugsamkeit. Zweitens kann die Geschichte der Entwicklung der Eifel einige Anstöße für moderne Entwicklungszusammenarbeit geben. Konzepte, Mechanismen und Problemlagen erinnern in vielen Fällen an jüngere entwicklungspolitische Zusammenhänge. Last but not least erweitert die Katastrophe das Verständnis für eine Zeit, die in der überregionalen Geschichtsschreibung in Begriffen von Fortschritt und Industrialisierung konzentriert ist. Dass es auch Verlierer des Aufschwungs und der Modernisierung gab bleibt weitestgehend unberücksichtigt. Dabei war die Eifel kein Einzelfall. Ähnliche Verhältnisse herrschten in vielen deutschen Mittelgebirgsregionen. In Schlesien war nach dem Notstand von 1879/80 ein vergleichbares Entwicklungsprogramm wie in der Eifel durchgeführt worden. Die Bedingungen dafür, dass die Katastrophe zum Wendepunkt werden konnte, hängen mit der gesellschaftlichen Struktur von Deutschland zusammen. Regionalentwicklung als wirtschaftliche Entwicklung entsprach dem Zahn der Zeit: sie war gewollt und praktisch durchführbar.

Die Konsequenzen von Katastrophen im Deutschen Kaiserreich wurden am Beispiel der Überschwemmungen am Rhein herausgestellt. Ende November 1882 wurden am Mittelrhein die höchsten Pegelstände des 19. Jahrhunderts erreicht. Im Dezember und Januar folgte ein weiteres Hochwasser, das besonders am Oberrhein verheerende Schäden und einige Todesopfer zur Folge hatte. Deiche brachen und ganze Ortschaften mussten geräumt werden. Die weitgehend erfolgreiche Organisation der Nothilfe, zeigte die Funktionstüchtigkeit der staatlichen Verwaltung. Für die lokale Erhebung von Schäden und die Verteilung von Unterstützungsmitteln waren besondere Komitees eingerichtet worden (auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Provinzebene). Das Aufkommen privater Spenden war erheblich und eine angemessene Verteilung eine Herausforderung. Ein Großteil der Spenden stammte von deutschen Auswanderern, insbesondere aus Amerika. Während die Herkunft der milden Gaben innerhalb Deutschlands klar regionale Solidaritätsbeziehungen widerspiegeln (Bayern spendeten für die Bayrische Pfalz, Hessen für Hessische Rheinanlieger etc.), konnten die Spenden aus Amerika als Zeichen einer gesamtdeutschen Solidarität interpretiert werden. Der Versuch der Evokation eines deutschnationalen Patriotismus in Spendenaufrufen (u.a.), um die Identität des neuen Reiches zu stärken, fand in der Wirklichkeit der Spendenrelationen kaum Gehör. Dies ist umso erstaunlicher als der Rhein als Reichsmittelpunkt und nationales Symbol fungierte. Es bestand aber eine klare Trennlinie zwischen sachlichen Problemen (wie dem Rheinhochwasser) und romantischer Verklärung (Warum ist es am Rhein so schön?). Abgesehen hiervon hatten die guten persönlichen Beziehungen von Kaiserin Augusta in die Rheinprovinz ein energisches staatliches Engagement bewirkt. Während durch die Bewältigung von Naturkatastrophen im 19. Jahrhundert in der Schweiz durchaus nationale Identität gestärkt wurde (Pfister), konnte die kräftige Unterstützung aus dem Ausland lediglich

im Hinblick auf den Zusammenhalt einer deutschen Volksgemeinschaft positiv bewertet werden.

Die öffentlichen Diskussionen in Politik, Wissenschaft und Medien um die Ursachen (und entsprechend auch zu ergreifenden Maßnahmen) der Überschwemmungen waren kontrovers. Die klassischerweise angenommene Dominanz von Erklärungen, die der Natur die Verantwortung für die Katastrophe zuschrieben trifft zu. Allerdings waren Positionen die a) Entwaldung und b) Flusskorrekturen als zentrale kausale Faktoren ansahen, weniger zutreffend und weniger verbreitet als bislang angenommen (Brüggemeier, Blackburn). Das sogenannte Abholzungsparadigma war überall in Deutschland anerkannt; allein seine Relevanz für die Hochwasser am Rhein wurde mit guten Gründen zurückgewiesen. Warum das Abholzungsparadigma trotzdem in etlichen Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Schriften Eingang fand, hat mit seiner fast mythologischen Beschaffenheit zu tun. Durch einen allgemein wissenschaftlich nachgewiesenen und anerkannten Zusammenhang konnten den verschiedensten Interessen Nachdruck verliehen werden. Die Debatten um die Einführung von Holzzöllen und die Beschuldigung anderer Länder durch Abholzung in Deutschland Hochwasser zu verursachen bildete die internationale Dimension ab. Innenpolitisch wurde die Frage nach Staats- oder Privatwald an das Abholzungsparadigma geknüpft. Dass es sich hierbei eigentlich um ein empirisches und lokales Problem handelte, störte bei der mythologischen Verwendung des Paradigmas kaum. Schon am Beispiel der Schweiz ist gezeigt worden, wie auf Grundlage des Paradigmas (obgleich es den wissenschaftlichen Tatsachen widersprach), Waldschutzgesetze erlassen wurden (Pfister & Bürgli).

Die Position, die Flusskorrekturen in der Verantwortung für die Hochwasser sah, ist weitaus weniger verbreitet gewesen als gemeinhin angenommen. Tatsächlich waren solche Gegner in den 1880er Jahren nur noch sehr lokal vorhanden und zwar im hessischen Rheingauabschnitt. Diese Fehleinschätzung liegt mitunter daran, dass Wasserbauer wie Max Honsell oder Politiker wie Georg Thilenius diese Position als Feindbild aufbauten, um dagegen besser polemisieren zu können. Die Gegner der Flusskorrekturen erschienen dann als Inhaber von unbedeutendem Laienwissen gegenüber wissenden Experten. Dieser rhetorische Kniff war Teil einer größeren Inszenierung zur Verbreitung der Erklärung von Überschwemmungen durch extreme Niederschläge. Im Reichstag belegte Georg Thilenius anhand eines Diagramms von Max Honsell den Zusammenhang zwischen Niederschlagsgeschehen und Hochwasserverlauf. Die Präsentation der wissenschaftlichen Daten wirkte auf die Reichstagsabgeordneten überzeugend. In Wirklichkeit besaß das Diagramm mit Niederschlagsmessungen von einer einzigen Wetterstation, nahezu keine Aussagekraft. Dies war Thilenius und Honsell durchaus bewusst. Doch brachte die Verwendung des Diagramms gleichermaßen als Symbol des Expertenwissens den gewünschten Erfolg.

Hintergrund der Täuschung war nicht der Versuch Verantwortung auf eine unberechenbare Natur abzulenken, sondern das Interesse der beiden Akteure an einer Ausweitung meteorologischer Einrichtungen und wissenschaftlicher Untersuchungen. Als Köder benutzten sie die Aussicht auf einen funktionstüchtigen Hochwasservorhersagedienst – wie er in Frankreich schon seit Mitte des Jahrhunderts Bestand hatte. Tatsächlich wurden Max Honsell in seiner Rolle als Leitfigur des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie am Ende umfangreiche Mittel für wissenschaftliche Grundlagenforschungen zugestanden. Mit diesen Mitteln etablierte sich das 1883 gegründete Zentralbüro als wichtige wissenschaftliche Institution, die über die Badischen Grenzen hinaus langfristigen Einfluss ausübte.

Insgesamt zeigt sich vor allem, dass die Hochwasserkatastrophen im Nachhinein zur Durchsetzung von persönlichen oder politischen Interessen genutzt wurden. Sie lieferten eine feste Argumentationsbasis von der aus man – ausgestattet mit mehr oder weniger unbelegten pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen – Meinung machen konnte. Erfolgreich war lediglich die Initiative von Max Honsell und Georg Thilenius, die in dem Ausbau hydrologischer und meteorologischer Forschung mündete. Weniger staatskonformen Anliegen brachte auch die Hochwasser- bzw. Abholzungsretorik nicht den Durchbruch. Die Ergebnisse zum Versuch zur Durchsetzung des Abholzungsparadigmas und dem Versuch der Evokation nationaler Identität sind im Anschluss an die umwelthistorische Katastrophenforschung in der Schweiz zu sehen. Während sich im Bereich der Identitätskonstruktion durchaus Unterschiede zeigen – die in dem Schweizer Sonderweg begründet sind –, wird in den Ergebnissen zum Abholzungsparadigma die weitere Karriere eines Mythos erzählt. Neben diesen stark umwelthistorisch ausgerichteten Erkenntnissen, ist auch ein wissenschaftsgeschichtlicher Aspekt bedeutsam: nämlich die enge Verknüpfung von Wissenschaft und Politik. Es war nicht nur das Expertenwissen, dass für die Politik zunehmend nützlicher wurde, sondern in der Zusammenarbeit von Honsell und Thilenius findet sich ein sehr frühes Beispiel für einen erfolgreichen Bund, der unsere heutige Wissensgesellschaft bestimmt (Weingart). Dadurch, dass wissenschaftliche Politikberatung noch nicht stark ausdifferenziert war, hatten Honsell und Thilenius Ende des 19. Jahrhunderts es noch leicht, mit weichen Daten als symbolischem Expertenwissen zu überzeugen.

5.2 Ereignis und Struktur

Katastrophen verstehe ich als eine Klasse negativ konnotierter Ereignisse. Naturkatastrophen zeichnen sich zudem aus, dass sie einen doppelten Ereignischarakter in sich tragen. Sie beinhalten *per definitionem* ein Naturereignis und ein gesellschaftliches Ereignis. In der Hochwasserkatastrophe fallen die Überschwemmung

(Naturereignis) und die Schadensfolgen (gesellschaftliches Ereignis) zusammen; genauso bei der Katastrophe in Kaub, der Bergsturz, also das Herabfallen des Gesteins, mit dem Verschütten der bewohnten Häuser. In der Eifel traten extreme Niederschläge auf, die eine Hungerkrise auslösten. Das Naturereignis ist dabei jeweils eine *conditio sine qua non* für das gesellschaftliche Ereignis; es ist aber noch keine hinreichende Bedingung für ein Katastrophenereignis. Bergsturz, Extremniederschläge oder Überschwemmung bleiben allein Naturereignis, wenn sie in der idealtypischen menschenleeren Wüste stattfinden.

Diese Überlegungen spiegeln grundsätzliche Erkenntnisse zur Entstehung von Naturkatastrophen durch einen „natural hazard“ und eine „vulnerable Gesellschaft“ wider.¹⁰⁸⁴ In den vorhandenen Ansätzen bleiben jedoch die Verhältnisse zwischen Ereignishaftigkeit und Strukturalität ungeklärt. Die Problematik, die sich wissenschaftstheoretischen Differenzen (zwischen Geistes- und Naturwissenschaftlern)¹⁰⁸⁵ oder in ideologischen Diskussionen (zwischen sozialem Materialismus und ideellem Individualismus)¹⁰⁸⁶, ist wie folgt zu charakterisieren: Ansätze, die von dem Naturereignis als Naturgefahr ausgehen (hazard) scheinen die strukturellen Ursachen von Katastrophen (als Ereignissen) nicht ausreichend zu berücksichtigen. Andererseits laufen Ansätze die Katastrophen als Prozesse deuten Gefahr den Ereignischarakter der Katastrophe völlig zu ignorieren. In umfassenden Definitionen wie, „A disaster is a process/event [...]“¹⁰⁸⁷, bleibt dagegen unklar, welcher Teil der Katastrophe Ereignis und welcher Prozess sein soll, bzw. wie sich beide Begriffe zueinander verhalten.

Anhand einer Theorie von Struktur und Ereignis werden nachfolgend die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Arbeit eingeordnet, um die attestierte Problematik zu entschärfen. In der Auffassung von Herrmann Lübbe sind Ereignisse zentrale Momente von Geschichte. Sie verhalten sich einerseits kontingent zu dem jeweils gegebenen System und wirken andererseits auf die Umbildung von diesem System. Lübbes Ansatz ist hier deshalb aufschlussreich, weil für ihn diese Regel sowohl auf natürliche wie auch auf kulturelle Systeme Anwendung finden kann. Geschichte handele immer von Prozessen der „Systemindividualisierung“.¹⁰⁸⁸ Die Bewegung des Berges bei Kaub konnte als Naturereignis wahrgenommen werden, weil sich Berge normalerweise nicht bewegen. Ebenso wurde der Bergsturz als katastrophales Ereignis wahrgenommen, weil hierdurch die Normalität durchbrochen wurde. Ein „Ereignis kann von einem nicht-ereignishaften Geschehen nur in dem Maße unterschieden werden, wie es die von den

¹⁰⁸⁴ Siehe Alexander: Disasters.

¹⁰⁸⁵ Lübbe: Einheit, S. 6.; Sewell: Struktur, S. 49.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Hewitt: Calamity. Wisner et al.: Risk ; Plate & Merz: Naturkatastrophen.

¹⁰⁸⁷ Oliver-Smith & Hoffmann: Catastrophe, S. 4.

¹⁰⁸⁸ Lübbe: Geschichtsphilosophie, S. 9 ff.

kulturellen Strukturen erzeugten Erwartungen verletzt“.¹⁰⁸⁹ Ereignisse sind zwar niemals die *notwendigen* Ergebnisse struktureller Dispositionen, doch sind sie ohne Strukturen nicht vorstellbar.

Dies gilt vor dem Hintergrund eines epistemischen Anthropozentrismus¹⁰⁹⁰ *auch* für „Naturereignisse“. Wie auch historische Ereignisse werden sie nur erkennbar, vor dem Hintergrund einer kulturellen Schablone, die sie als etwas Außergewöhnliches beschreibbar macht. Die Wahrnehmung des Ereignisses setzt „eine Klassifizierung voraus, die unter Bezug auf Referenzkriterien vorgenommen werden kann“¹⁰⁹¹. Damit erscheint das Ereignis immer als Bruch mit dem Gewohnten. Bei Bourdieu ist dieser Bruch durch eine Homogenisierung der Wahrnehmung heterogener Akteure charakterisiert. Das „kritische Ereignis“ zwingt allen dieselbe Gegenwart auf. Nach Bourdieu durchbricht das Ereignis den Alltag, „indem es die Wahrnehmungen heterogener Akteure synchronisiert“¹⁰⁹². Die Zeit wird „zur öffentlichen Zeit“, weil sie sich allen gleichzeitig präsentiert, allen das Gegenwärtigsein in derselben Gegenwart aufzwingt.¹⁰⁹³ Wenngleich diese Auffassung eine starke Idealisierung der tatsächlichen Vorgänge während dem Rheinhochwasser beinhaltet, so ist doch festzuhalten, dass das Ereignis als Bruch mit dem Gewohnten wahrgenommen wurde (bei Koselleck: Sinnhorizont, bei Sewell: *conjuncture of structures*).¹⁰⁹⁴ Am offensichtlichsten wird dies in der Tatsache, dass man nicht mehr festen Boden, sondern Wasser unter den Füßen hatte und sich entsprechend mit Kähnen fortbewegte. Straßen, Keller, Wohnungen und Geschäfte waren überschwemmt. Nahrungsmittel verderben, die Öfen in den Bäckereien fielen aus, die Druckpressen der Zeitungen standen still. Für ein paar Wochen bestimmte das Hochwasser das Alltagsleben aller Betroffenen; ob reich oder arm, jung oder alt, das nasse Element verband die sonst voneinander isolierten Akteure. Aber nicht nur auf dieser Alltagsebene konstituierte sich der Bruch. Er drang in die Bereiche von Politik und Wissenschaft vor. Der „Notstand“ wurde erklärt und alle damit verbundenen Maßnahmen ergriffen: Spendensammlung, hygienische Maßnahmen, Dammsicherung, Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rettungsaktionen durch Pioniere usw.

Ereignisse zeichnen sich grundsätzlich durch Einmaligkeit aus. Ob das Ereignis durch Handlungen (endogene Einflüsse) oder Geschehnisse (exogene Einflüsse) zustande kommt, ist dabei nicht entscheidend. Die Systemkontingenz von Ereignissen¹⁰⁹⁵ in

¹⁰⁸⁹ Sewell: *Struktur*, S. 49.

¹⁰⁹⁰ Siehe Krebs: *Naturethik*, S. 324 ff.

¹⁰⁹¹ Gilcher-Holtey: *Kritische Ereignisse*, S. 134.

¹⁰⁹² Ebd., S. 124.

¹⁰⁹³ Ebd.

¹⁰⁹⁴ Ebd., S. 134.

¹⁰⁹⁵ Lübke: *Geschichtsphilosophie*.

Vorhersagbarkeit zu transformieren ist ein wichtiger Bestandteil des Umgangs mit Katastrophen. Auf der einen Seite standen nach dem Rheinhochwasser gesetzesmäßige Annahmen wie die Sonnenfleckentheorie, die extreme Niederschlagsereignisse erklärbar machte; auf der anderen Seite sollten empirische Untersuchungen zu meteorologischem Geschehen, Niederschlägen und Hochwasser der Katastrophe ihre Kontingenz nehmen. Dabei war Vorhersage natürlich immer an die Idee praktischer Vorsorge gebunden.¹⁰⁹⁶ Jedenfalls kommt der Versuch der Aufhebung der Unvorhersagbarkeit von Ereignissen durch eine Eingliederung in gesellschaftliche Kontrollstrukturen dem Versuch gleich, dem Ereignis seinen Ereignischarakter zu nehmen. In einer modernen Welt steht neben jedem Katastrophenereignis deshalb ein provozierendes „trotzdem“. Am Beispiel von Kaub wurde besonders deutlich, wie das Eintreten der Katastrophe gleichzeitig ein Scheitern der Strukturen beinhaltete. Das Ereignis verletzte also nicht nur strukturelle Erwartungen, sondern es setzte sich gegen einen strukturellen Widerstand durch. Die Verbindung zwischen Struktur und Ereignis kann bis hierhin wie folgt charakterisiert werden. Die Struktur ist a) kognitive Voraussetzung für ein Ereignis und die Struktur bietet b) Widerstände, die von Ereignissen überwunden werden.

Für die Entstehung von Ereignissen werden in Sewells Theorie Strukturen im Plural konzeptualisiert. Strukturen, bestehen seinem Verständnis nach in verschiedenen Bereichen (Politik, Familie etc.), sowie auf verschiedenen Ebenen (Weltsystem, Arbeitsgruppe, Haushalt etc.). Außerdem werden auch materielle Ressourcen zu den strukturellen Bedingungen gerechnet.¹⁰⁹⁷ Das Ereignis entsteht als Folge einer bestimmten Konstellation von Strukturen. In seiner Beispielstudie der Hawaiianischen Geschichte wurde ein entscheidendes Ereignis durch die Verknüpfung der englischen und hawaiischen Kultur (also vormals getrennter Strukturen) im 18. Jahrhundert mit der Ankunft von Kapitän Cook ausgelöst. „Wenn die Menschen in einer Situation handeln, in der die bereits vorhandenen Strukturen in neuer Weise verbunden werden, dann werden die Folgen einiger Handlungen von den Absichten der Akteure abweichen“¹⁰⁹⁸. Auf Naturkatastrophen bezogen, scheinen in erster Instanz Verbindungen zwischen natürlichen und gesellschaftlichen Bereichen Ereignisse zu generieren. Die Verknüpfung der preußischen Staatsstrukturen mit der Struktur eines sich bewegenden Berges führte hier in die Katastrophe. Die Interaktion der Akteure versuchte einer unbeständigen Situation einen strukturellen Sinn zu geben – allerdings ohne Erfolg.

¹⁰⁹⁶ Cassirer erklärt den etymologischen Zusammenhang von „Vorsicht (*prudentia*)“ und „Vorsehen (*providentia*)“: „Es bedeutet die Fähigkeit, zukünftige Ereignisse vorauszusehen und für künftige Bedürfnisse Vorsorge zu treffen (Cassirer: Mensch, S. 74).

¹⁰⁹⁷ Sewell: Struktur, S. 55. Struktur ist nicht allein, wie Sahlins es darstellt, aus kulturellen Schemata zusammengesetzt, sondern aus „wechselseitig verstärkenden Reihen von kulturellen Schemata einerseits und von materiellen Ressourcen andererseits.“

¹⁰⁹⁸ Ebd., S. 71.

Neben kulturellen Strukturen auch natürliche Strukturen anzuerkennen, wäre eine Erweiterung des Sewell'schen Systems.

Außer der Idee der Kontingenz wird das Ereignis bei Sewell noch durch einem zweiten Aspekt charakterisiert: es verändert Strukturen. Die Dynamik des strukturellen Wandels erfolgt nicht allein auf kultureller Ebene, sondern ist untrennbar mit dem Handlungspotential und Gebrauch von Ressourcen verbunden.¹⁰⁹⁹ Auch Marx konnte die „Natur“ nicht aus seiner Werttheorie der Arbeit heraushalten.¹¹⁰⁰ In Bezug auf Naturkatastrophen und den mit ihnen einhergehenden Wandel ist die Auseinandersetzung von Menschen mit „gesellschaftlichen und natürlichen Formationen“ entscheidend.¹¹⁰¹ Der deutlichste und nachhaltigste Ausdruck solcher Auswirkungen ist vermutlich die Zerstörung. Schon Charles Darwin sah auf seiner Südamerikareise vor geistigem Auge das Zerstörungspotential eines Erdbebens in England. Durch die Vernichtung aller Papiere, Berichte und Urkunden würde England zurück in die Steinzeit verfallen. Ohne grundlegende Strukturen könne die Aufrechterhaltung staatlicher Autorität nicht gewährleistet werden.¹¹⁰² Was bei dem Erdbeben auf Haiti 2010 Wirklichkeit wurde, ist die extremste Form des Einflusses von Ereignissen auf Strukturen. Am anderen Extrempunkt sieht Sewell das Ereignis der Heirat, als Veränderung der familiären Strukturen. Während hier auf niedrigster Ebene Strukturwandel stattfindet, werden die institutionellen Strukturen durch diesen Schritt normalerweise nicht verändert, sondern lediglich bestärkt. Aus staatlicher Perspektive findet eine Katastrophe (i. e. Sinne) erst statt, wenn die staatlichen Institutionen zerbrechen; erst vor dem Hintergrund von Sewells Interpretation geht dieser Satz über einen einfachen Truismus hinaus. Es bedeutet eben, dass die Erodierung und Veränderung von Strukturen auf niedrigeren Ebenen, höher angelegte Strukturen, wie den Staat, nicht seiner Funktionstüchtigkeit berauben. In Haiti stürzte mit dem Präsidentenpalast auch die Regierung. Die strukturellen Veränderungen im Deutschen Kaiserreich fanden nach Naturkatastrophen Ausdruck in Gesetzeserlassen, neu begründeten Kommissionen und Entwicklungshilfeprogrammen. Die grundsätzliche Struktur des Staates wurde dadurch lediglich gestärkt. Ökonomie und Naturwissenschaft blieben die unbestrittenen Mittel des Umgangs mit Katastrophen. Die verbesserten Lebensumstände des Eifelbauern hatten auf die Institutionen des Reiches keine Auswirkungen. Der Erfolg staatlicher Maßnahmen konnte die verantwortlichen Institutionen lediglich bestätigen. Da der kulturelle Wandel sich nur graduell vom Akt der kulturellen Reproduktion unterscheidet, ist er laut Sewell, nicht

¹⁰⁹⁹ Ebd., S. 69. Diese dialektische Beziehung wird bei Ingold theoretisch ausgeführt. Er trifft die hilfreiche Unterscheidung zwischen „affordances“ und „efficiencies“ (Ingold: Perceptions).

¹¹⁰⁰ Karl Marx, *Das Kapital*. Band I. Sie taucht hier als Basis des Gebrauchswertes auf.

¹¹⁰¹ Frömming: *Naturkatastrophen*, S. 211.

¹¹⁰² Darwin: *Reise*, S. 176.

leicht zu bestimmen. Im Falle der Hungerkrise in der Eifel wurde der Winter 1882/83 zu einem so deutlichen Einschnitt, dass von kulturellem Wandel durchaus gesprochen werden kann. Bezirksregierungen und Provinzialverwaltung schlossen sich zusammen, um in der Eifelfrage auch den Staat zu wirksamer Aktivität zu bewegen. Gleichzeitig war eine aufmerksame Öffentlichkeit geschaffen worden (insbesondere durch die Medien), die es dem Staat schwer machte, sich der Verantwortung zu entziehen. Die Hungerkrise (Ereignis) ermöglichte zunächst die Verbindung dieser Strukturen, und ihr Zusammenschluss wiederum, sorgte für einen Strukturwandel in der Eifel.

Nicht allein das Ereignis, so Sewell, verändere aber Strukturen (bzw. kulturelle Kategorien), sondern auch Akteure, die sich im Handlungsablauf „die Kategorien nach eigenen Zwecken dienstbar machen“¹¹⁰³. Dieses Vorgehen wurde am Beispiel der Diskussionen nach dem Rheinhochwasser sehr deutlich. Die Kategorie der Entwaldung wurde durch die Einbindung in den Hochwasserkontext erweitert, um vorherige Anliegen durchsetzen zu können. Mit Begriffen wie „Hochwasser-Katastrophen“ oder „Jahrhunderthochwasser“ verschafften sich Max Honsell und Georg Thilenius, die nötige Überzeugungskraft, um ihre Interessen durchzusetzen. Das Ereignis ermöglichte dazu eine kurzfristige Allianz zwischen Politik und Wissenschaft, die wiederum die Strukturen wissenschaftlicher Meteorologie und Hydrologie in Deutschland nachhaltig veränderte. Die Zusammenarbeit kann im Sewell'schen Sinne als Verknüpfung vorher getrennter Strukturen betrachtet werden.

Betrachtet man Naturkatastrophen vor diesem Hintergrund, so ergibt sich folgendes. Ereignisse und Strukturen (und damit Prozesse) sind untrennbar miteinander verknüpft. Dies hat aber nicht zur Folge, dass sie nicht unterscheidbar wären. Ereignisse entstehen aus neuartigen strukturellen Konstellationen (hierzu rechne ich, über Sewell hinausgehend auch natürliche Strukturen). Sie verändern außerdem Strukturen. Wenn neomarxistische Autoren strukturelle Bedingungen (Prozesse) für die Entstehung von Naturkatastrophen identifizieren, dann heben sie den Charakter der Naturkatastrophe als kontingentem Ereignis (Systemkontingenz bei Lübbe) sowie als die Möglichkeit zu strukturellem Wandel zumindest teilweise auf.¹¹⁰⁴ Wird dies wirklich konsequent getan, macht es keinen Sinn mehr von Katastrophe zu sprechen, denn es gibt keinen Moment mehr, den dieser Begriff markieren würde. Vor dem Hintergrund dieser ideologischen Perspektive erscheint die festgestellte Stärkung von zentralen politischen Institutionen als eine Reproduktion gesellschaftlicher Ungerechtigkeit. Was eben ausbleibt ist der gewünschte soziale Wandel (auf der höchsten Ebene). In diesem Fall sollten sich die Vertreter dieser Position weniger gegen das Wort „Natur“ im Begriff

¹¹⁰³ Sewell: Struktur, S. 53.

¹¹⁰⁴ Siehe Watts: Theory; Wisner: Capitalism oder Waddel: Frosts.

„Naturkatastrophe“ aussprechen¹¹⁰⁵, als gegen den Begriff „Katastrophe“, den sie nicht mehr sinnvoll verwenden könnten. In dieser Weltanschauung wäre alles nämlich durch die gesellschaftlichen Makrobedingungen bestimmt und eine Aufhebung der Normalität nur noch durch einen politischen Umsturz denkbar. In dieses Weltbild passt dann auch die Auffassung, dass Naturkatastrophen charakteristisch für Regionen und Gesellschaften sind und nichts Außergewöhnliches darstellen.¹¹⁰⁶

Problematisch bleibt aus Perspektive der Sewell'schen Theorie von Struktur und Ereignis die Abgrenzung von Normalität zu Außergewöhnlichem. Dies ist vor allem einem Skalenproblem geschuldet. Wer einen Sonnenuntergang auf einer Saharadüne am Erg Chebbi (Marokko) als Tourist erlebt, wird von einem Naturschauspiel sprechen. Für den Touristenführer, der den Sonnenuntergang jeden Tag erlebt, ist er bereits Normalität. An einem Extrempunkt der Auffassung möglicher Naturereignisse steht der Schweizer Historiker Poliwoda, wenn er erklärt: „Ein Naturereignis wäre eine Biene, ein Regenschauer etc.“¹¹⁰⁷ An einem anderen Extrempunkt könnte man Vulkanausbrüche (die vielleicht nur alle 1000 Jahre auftreten) ansiedeln. Naturkatastrophen werden klassischerweise in Verbindung mit extremen Ereignissen gebracht, die deutlich von durchschnittlichen Ereignissen abweichen.¹¹⁰⁸ Folgt man dieser Unterscheidung dann würde Poliwoda von durchschnittlichen Ereignissen sprechen und der 1000-jährige Vulkanausbruch ein Extremereignis *par excellence* darstellen. Dies entspräche der allgemeinen Wortverwendung.¹¹⁰⁹ 1893 hatte der Brockhaus die Naturkatastrophe noch kurz und bündig als „selbst jedes unglückliche Naturereignis“ definiert. „Nun bin ich der Ansicht, dass allerdings derartige *Naturereignisse*, wie wir sie in der Rheinprovinz erlebt haben, nicht völlig vermieden werden können“¹¹¹⁰, hieß es in der Rede von Biesenbach im preußischen Abgeordnetenhaus nach dem Rheinhochwasser. Für Max Honsell lag es außerhalb des Bereiches menschlicher Kraft „solche elementare *Ereignisse* fern zu halten“¹¹¹¹. Dabei entsteht das extreme Naturereignis am Rhein aus extremen Niederschlägen und extrem hohen Pegelständen. Die gleichen extremen Niederschläge lassen auch in Bezug auf die Missernte in der Eifel von einem Naturereignis sprechen.

Die Dauer solcher Niederschläge scheint für den Ereignischarakter allerdings abträglich zu sein. Der höchste Pegelstand wird nur einmal gemessen, auch wenn das Hochwasser

¹¹⁰⁵ Wisner: *Regions*, S. 13 ff.

¹¹⁰⁶ Hewitt: *Calamity*, S. 22 ff.

¹¹⁰⁷ Poliwoda: *Katastrophen*, S. 30.

¹¹⁰⁸ White: *Hazards*, S. 4.

¹¹⁰⁹ Der Brockhaus (2005, S. 391) definiert Naturkatastrophen mit „alle extremen Naturereignisse“ die zu Schäden an „vom Menschen geschaffenen Bauwerken [...]“

¹¹¹⁰ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar 1883, Biesenbach, S. 462.

¹¹¹¹ Honsell: *Hochwasserkatastrophen*, S. 26.

selbst wochenlang andauert. Ab welcher Dauer von Naturgefahr gesprochen werden sollte ist verhandelbar.¹¹¹² Der Katastrophensoziologe Quarantelli formulierte dahingehend die grundlegende Frage, ob schleichende Katastrophen auch in den Kanon der Naturkatastrophen mit eingegliedert werden sollten, ohne eine Antwort darauf zu geben.¹¹¹³ Jahrelange Prozesse von Bodenerosion oder Desertifikation erhalten natürlich erst in sehr viel größeren Zeitfenstern Ereignisbedeutung als ein Pegelstand von fast zehn Metern in Koblenz am 29. November 1882. Die wochenlangen Niederschläge von 1882 liegen noch dichter an der zeitlichen Skala der Pegelstände, als der Desertifikation und so rechne ich sie zu Naturereignissen. Darüber hinaus erfüllen sie das Kriterium des Außergewöhnlichen bzw. Extremen und wurden von den Zeitgenossen auch auf diese Weise wahrgenommen.¹¹¹⁴

In allen Fallbeispielen hat sich gezeigt, dass die Genese eine Naturkatastrophe (als Ereignis), nur auf der Grundlage gesellschaftlicher Voraussetzungen möglich war. Und dies nicht nur in den zwei basalen Bedeutungen, dass Gesellschaft betroffen worden und kognitive Voraussetzung zur Wahrnehmung einer Katastrophe war. Das Zusammentreffen bestimmter struktureller Voraussetzungen (insbesondere die Verarmung von Gemeinden und die politischen Rahmenbedingungen) mit natürlichen Ereignissen führte zu diesen Katastrophen. Die Komplexität der ursächlichen Zusammenhänge, wie sie am Beispiel von Kaub und der Eifel herausgestellt wurden, spiegeln genau die vielfältigen strukturellen Zusammenhänge und Trennungen wider, die zu katastrophalen Ereignissen als nicht intendierten Systemkontingenzen führen. Durch das Aufeinandertreffen bzw. die Verwobenheit von kulturellem und natürlichem System erhöht sich die Kompliziertheit bei der Entstehung von Katastrophen erheblich; andererseits erklärt sich die Möglichkeit des Auftretens kontingenter Ereignisse leichter als innerhalb des kulturellen Systems. Verknüpft man Ereignisse auf diese Weise fest mit Strukturen, dann wird auch deutlich, inwiefern kontingente Ereignisse aus der Geschichte hervorgehen und wiederum Geschichte prägen. Naturkatastrophen sind in diesem Sinne als historische Ereignisse zu begreifen. In einem nächsten Schritt wird nun verdeutlicht, welche Beziehungen zwischen den drei untersuchten Ereignissen untereinander bestehen.

¹¹¹² Vgl. hierzu konzeptuelle Distinktionen bei Burton et al.: Environment, S. 29.

¹¹¹³ Quarantelli: Disaster, S. 6 f.

¹¹¹⁴ In engen Definitionen von Naturkatastrophen, werden allerdings nur „plötzlich“ eintretende Ereignisse berücksichtigt Pfister in Müller: S. 41. Ein Ereignis wird zur Naturkatastrophe, „wenn das Ereignis plötzlich und unerwartet eintritt, Schäden großen Ausmaßes verursacht und Hilfe von außen nötig ist.“

5.3 Umwelthistorische Verbindungen

Aus einer umwelthistorischen Perspektive rücken bestimmte Beziehungen zwischen dem System Natur und dem System Kultur (Lübbe) in den Vordergrund. Zwar ist der Mensch teil dieser Natur, seine Geschichte ist aber durch eine stete Auseinandersetzung mit ihr bestimmt. Der Mensch überwindet Hindernisse und Krisen und schafft sich dadurch eine Welt.¹¹¹⁵ Die Formation gesellschaftlicher Realität lässt sich dabei nicht aus den Beziehungen zur Umwelt ableiten.¹¹¹⁶ Solche allgemeinen Thesen können lediglich eine grundlegende Orientierung ermöglichen; sie sollen nicht darüber hinweg täuschen, dass es viele unterschiedliche Beziehungen (z. B. persönlich, gemeinschaftlich, staatlich etc.) zu vielfältigen Strukturen der Umwelt (z. B. alte Eiche, Spezies, Landschaft, Meer etc.) gibt. Begriffe wie „Mensch“ oder „Umwelt“ bieten einen Rahmen, in dem diese Beziehungen, die in historischen Wirklichkeiten zu finden sind, gedacht werden können. Umweltgeschichte ist die Wissenschaft von diesen Beziehungen. Naturkatastrophen sind ein Nukleus der Umweltgeschichte und können, weil es sich gleichzeitig um Natur- und historische Ereignisse handelt, am besten als umwelthistorische Ereignisse begriffen werden.

Am Beispiel der Hungerkrise der Eifel werden solche Zusammenhänge deutlich. Die im Erbrecht verankerte Realteilung führte zu einer Zunahme kleiner und kleinster Bauernwirtschaften. Karge Böden, extensive Weidenutzung und Schifferkultur bedeuteten geringe Ernteerträge. Zuverdienst aus wirtschaftlichen Tätigkeiten in kleinen Industrien gingen verloren. Dafür verantwortlich waren wirtschaftliche Expansion (Großindustrien) in anderen Kernbereichen, Urbanisierung und die Abkopplung von Märkten. Ohne Anschluss an ein modernes Transportsystem (Eisenbahn) war man nicht mehr konkurrenzfähig – schon gar nicht gegen ausländische Produkte. Durch die extremen Niederschläge von 1882 wurde eine Missernte ausgelöst. Vor dem Hintergrund der vorhandenen Armut führte sie zwangsläufig zu einer Hungersnot. Nur das staatliche Eingreifen konnte dies noch verhindern. In der Folge wurde ein Programm zur nachhaltigen Entwicklung umgesetzt, das die Strukturen der Eifel umfassend änderte. Das Anlegen von Forstkulturen und die Ausweitung des Grünlandes beseitigten ausgedehnte Ödland- und Heideflächen. Bäche und Flüsse wurden begradigt, Wiesen und Moore entwässert, um neue Anbauflächen zu gewinnen. Mit der Intensivierung der Landwirtschaft veränderte sich auch die Struktur der Umwelt nachhaltig. Borstgrasrasen, Heideflächen und Feuchtwiesen gehörten bald der Vergangenheit an.¹¹¹⁷ Haus- und Kleinindustrien wurden langsam aufgebaut. Das

¹¹¹⁵ Lefebre: Marxismus, S. 40.

¹¹¹⁶ Berger & Luckmann: Konstruktion, S. 24.

¹¹¹⁷ Heute werden sie als Naturschutzobjekte besonders wert geschätzt.

Eisenbahnnetz erreichte bald auch abgelegene Dörfer und die Lebensbedingungen der Bewohner besserten sich.

Die Veränderungen, die der Bergsturz von Kaub auslöste, zeigen sich zunächst in der Betrachtung der Ortschaft. Der Gefahrenbereich am Berghang war abgetragen worden. Das Gestein wiederum diente der Rheinstrombaudirektion zur Uferbefestigung. Es wurde zu einem Teil des großen Flussbauprojekts am Mittelrhein. Ironischer Weise waren es gerade die Veränderungen am Rhein gewesen, die in der Kausalkette zur Entstehung der Bergsturzkatastrophe eine wichtige Rolle spielten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war der Strom für die Schifffahrt bedeutsamer geworden. Die 1851 von Preußen gegründete Rheinstrombauverwaltung sollte unter der Leitung von Eduard Adolph Nobiling für die Schiffbarmachung des preußischen Rheinabschnittes sorgen. In dem Nachfolgeprojekt zu Tullas Oberrheinbegradigung sollte eine für die Schifffahrt nötige minimale Tiefe und Breite des Flusses gewährleistet werden. Dies war insbesondere in dem felsigen Flussabschnitt zwischen Bingen und St. Goar eine Herausforderung. Hier mussten 85 Felsenpartien unter Wasser gesprengt und entfernt werden. Zwischen 1851 und 1879 wurden so dem Fluss 30.000 Kubikmeter Gestein entnommen, etwa zwei Drittel der Gesteinsmasse, die in Kaub zwischen 1876 und 1883 wegen der Bergsturzgefahr abgetragen wurde. Nicht nur bei St. Goar, wo Clemens Brentanos Loreley Sage (und Heinrich Heines Gedicht) die Gefahren des Stromes weltberühmt gemacht haben, auch bei Kaub war der Rhein vor der Durchführung des Projektes wild und für Schiffe gefährlich. Zwischen Bacharach und Kaub wurde eine Passage in einer Karte um 1860 als „Das wilde Gefahr“ bezeichnet.¹¹¹⁸ Zwar bestand das Lotsenwesen als wichtige Einnahmequelle für die Kauber weiterhin fort¹¹¹⁹; die Abschaffung der Rheinzölle war aber eine direkte Folge der effizienten Nutzung des Rheins als Transportweg. Dieser Verlust wiederum war als Ursache für die Verarmung der Gemeinde gesehen worden. An diesem Beispiel zeigt sich die diachrone Dimension umwelthistorischer Verknüpfungen.

Stärker synchrone Korrelationen ergeben sich in der Betrachtung der Diskurse im Jahr 1883. Die Mobilisierung einer wohlthätigen Öffentlichkeit für die Überschwemmten am Rhein wurde als Aufhänger für die Pflicht einer verstärkten Anteilnahme am Schicksal der Eifelbewohner verwendet. Die Spendenflüsse aus unzähligen privaten Sammlungen und staatlichen Fonds waren erheblich. Im Vergleich zu der Situation der wirtschaftlich rückständigen Eifel, ging es den Rheinbewohnern aber auch nach dem Hochwasser noch recht gut. Vor diesem Hintergrund gelang es Privatspenden, aber vor allem auch staatliche Initiative zu bewirken. Im Windschatten der Klagen über die Überschwemmungen am Rhein konnte die Not der Eifeler in einer breiten

¹¹¹⁸ Cioc, Rhine: S. 55 ff.

¹¹¹⁹ Kimpel: Rhein.

Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Ein Großteil der Spenden aus Amerika wurde vom Reichstag schlichtweg unbürokratisch umgewidmet und ging nun den Eifelbauern zu. Geht man in der Argumentationskette nun wieder einen Schritt zurück so zeigt sich die doppelte Wirkung der extremen Niederschläge von 1882 deutlich. Sie verbanden zunächst als materielle Ursache Rheinhochwasser und Hungerkrise (diese Beziehung blieb auch den Zeitgenossen nicht verborgen)¹¹²⁰. Dadurch, dass die Niederschlagsereignisse auch extreme Hochwasserereignisse ausgelöst hatten, wurde ein Faktor geschaffen, der die Hungerkrise zu einem Wendepunkt in der Entwicklungsgeschichte der Eifel werden ließ. Dabei ist es nicht entscheidend ob das Ausbleiben der Rheinhochwasser und damit eine weniger umfangreiche Wahrnehmung der Eifelprobleme in der Öffentlichkeit auch ein Ausbleiben grundlegender Entwicklungsmaßnahmen zur Folge gehabt hätte. Es geht hier nicht darum eine notwendige Beziehung auszumachen, sondern lediglich die möglichen Wirkungen als positive Beziehungen zu affirmieren.

Auch Naturereignisse beeinflussen sich untereinander. Extreme Niederschläge führten gleichzeitig zu Hochwasser wie zu dem Bergsturz. Dieser Zusammenhang ist typisch. Betrachtet man die Berichterstattung in den Zeitungen zur Zeit großer Überschwemmungen, so finden sich etliche Notizen von Hang- und Bergrutschungen. Nach zehntätigem Regenwetter und einem Wolkenbruch war in der Pfalz zeitgleich mit dem Rheinhochwasser 1882 noch ein Bergsturz erfolgt, schrieb zum Beispiel die Neuwieder Zeitung.¹¹²¹ In Steinbrüchen fanden Rutschungen statt, die die Arbeiten dort lebensgefährlich machten.¹¹²² Dass der Bergsturz von Kaub also gerade am Höhepunkt des Rheinhochwassers im März 1876 stattfand, war kein Zufall. Weiterhin mag das Erdbeben bei St. Goar (1846), bei dem etliche Kamine in Kaub einstürzten, Auslöser für die Spaltenbildung und anschließende Bewegung am Berg gewesen sein. In dem nur wenige Kilometer vom Epizentrum entfernten Kaub, erreichte das Erdbeben die Intensität VII (MS-Skala).¹¹²³ Die ursächliche Verknüpfung mit dem Bergsturz wurde in der Presse diskutiert. Lokal sah man einen Zusammenhang zwischen Erdbeben, der Umleitung einer unterirdischen Quelle und dem Bergrutsch mit anschließendem Bergsturz.

Insgesamt zeigt sich, dass Naturkatastrophen nicht vom Himmel fallen, sondern Teil einer Umweltgeschichte sind. Weil sich in ihnen historische Beziehungen momenthaft verkürzen, werden sie oftmals als Vehikel zur Entschlüsselung von gesellschaftlichen Strukturen verwendet.¹¹²⁴ Dabei stehen Naturkatastrophen in Zusammenhang mit

¹¹²⁰ Preußisches Abgeordnetenhaus, 21. Sitzung am 15. Januar.

¹¹²¹ Neuwieder Zeitung, 2.12.1882, *Neuwied.

¹¹²² Ebd., *Bockenheim.

¹¹²³ Meidow: Erdbeben, S. 86 ff., 212.

¹¹²⁴ Z. B. Schenk: Einleitung, S. 9.

gesellschaftlichen und natürlichen Prozessen. In der lokalen Erinnerungskultur werden Naturkatastrophen einerseits aus solchen Zusammenhängen herausgelöst.¹¹²⁵ Andererseits werden sie dazu benutzt um politische Anliegen zu formulieren. So griff das rheinland-pfälzische Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten 1983 auf den 100. Jahrestag des großen Rheinhochwassers zurück, um auf Hochwasserprobleme aufmerksam zu machen und für Forschungsprojekte und Wasserbaumaßnahmen zu werben. Hierbei wurde auch die historische Bedeutung des Hochwassers von 1882/83 hervorgehoben. Es sei zum Maßstab für alle Wasserbaumaßnahmen bis in die 1940er Jahre geworden.¹¹²⁶

Die Komplexität von Zusammenhängen, die bei Naturkatastrophen eine Rolle spielen, führt zu der Schlussfolgerung, dass eine Betrachtung lokal bzw. regional ansetzen muss. Allgemeinerklärungen werden den vielfältig miteinander verwobenen und räumlich spezifischen Strukturen nicht gerecht. Radkaus Idee von Theorien lokaler Reichweite, anstelle von universalen Gesetzen erscheint sich hierin zu bestätigen.¹¹²⁷ In Anlehnung an Uekötter könnte man weiterhin folgern, dass Makroperspektiven wie die eines globalen Klimawandels nicht nur lokale Bedingungen vernachlässigen, sondern auch an der politischen Realität vorbei gehen.¹¹²⁸ Die Probleme der Entscheidungsfindung und der politischen Umsetzung von Maßnahmen werden niemals schon durch die Angabe wissenschaftlicher Fakten gelöst. Die Kenntnis von CO₂-Emissionswerten ist ebenso wenig ausreichend, wie die Maßeinheiten, die das Vorrücken des Berghanges bei Kaub auf den Zentimeter genau vermitteln. Wenn schon im kleinen und kleinsten katastrophale Ereignisse nicht verhindert werden können, wenn schon auf dieser Ebene eine erhebliche Komplexität festgestellt wurde, wie sollte man dann ernsthaft behaupten können, global bedingte Naturkatastrophen zu verhindern. Etwas weniger scharf formuliert: die Komplexität struktureller Zusammenhänge nimmt in der Geschichte der Moderne immer weiter zu. Während sich im 19. Jahrhundert gesellschaftliche Beziehungen stärker weltweit verknüpften, sind wir heute auch in der Lage die globalen Dimensionen natürlicher Strukturen zu erfassen. Dies erschwert Analyse und erfolgreichen Umgang mit Naturkatastrophen zunehmend.

¹¹²⁵ Siehe www.stadt-kaub.de

¹¹²⁶ Siehe Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz: Presseveröffentlichung zum Oberrhein-Hochwasser 1882/83, S. 2 ff.

¹¹²⁷ Radkau: Natur, S. 321. Viele Umweltprobleme sind zwar, abstrakt gesehen, auf der ganzen Welt mehr oder weniger gleich; aber die Lösungswege variieren je nach Region und historischer Situation.

¹¹²⁸ Uekötter: Klima, S. 170 f.

5.4 Epilog: Europas kleine Katastrophen

Im Deutschen Kaiserreich wurden innere und äußere Natur eng zusammen gedacht.¹¹²⁹ Ob es sich um den Eifelbauern handelte, der in Korrespondenz mit der rauen Eifelnatur charakterisiert wurde oder den naturbegeisterten Tourist, der durch das sakral und kontemplativ beschriebene Naturerlebnis seine Innerlichkeit nach außen wendet.¹¹³⁰ Neben romantisierenden und sentimentalischen Naturschilderungen, die einen Spiegel ausgewogener Emotionen darstellen sollten, brauste die Natur aber auch von Zeit zu Zeit auf. So verglich Bismarck in seinen Memoiren die Launen des Kaisers mit einem Naturereignis, auf das man sich einstellen muss – „etwa wie das Wetter oder die See [...]“¹¹³¹. Die Verbindung zwischen innerer und äußerer Natur hat vielleicht niemand so stark verfolgt und gleichzeitig so gut repräsentiert wie der Philosoph von dem Golo Mann erklärte, er habe das junge deutsche Reich klarer verstanden als jeder andere; die Rede ist von Friedrich Nietzsche (1844-1900). Nietzsche war Zeit seines Lebens auf der Suche nach dem Ort in der Welt, dessen äußere Bedingungen (besonders klimatisch) seiner inneren Natur (besonders seiner Gesundheit) entgegen kamen.¹¹³²

Golo Mann attestierte Nietzsche in seiner Kritik am deutschen Reich zwar maßlos und ungerecht gewesen zu sein, gleichzeitig versicherte er aber, Nietzsche habe im Kern seiner Gedanken recht gehabt – als einziger. Er sei es gewesen, der „wie ein Seismograph, der ein Erdbeben anzeigt“ die Krise spürte.¹¹³³ Er hatte ein Jahrhundert von Weltkriegen prophezeit, den Wendepunkt an dem die Geschichte scheinbar so friedlich vor sich hin dümpelte, auch als Wendepunkt erkannt. Er zeigte in seinem Werk „die allgemeine Katastrophe Europas“ an und nahm sie vorweg.¹¹³⁴ Sein Werk selbst aber war zutiefst persönlich und daher auch eine „persönliche Katastrophe“¹¹³⁵, die zuletzt in Vereinsamung und Wahnsinn endete. Die Katastrophe erscheint hier am Horizont von Werk und Geschichte als unausweichlich. Auch andere Zeitgenossen wie Ernst Haeckel, der heute als Vater der Ökologie bekannt ist, sahen das Kaiserreich auf eine Katastrophe zusteuern. Während naturwissenschaftliche und technische Erfolge im Eiltempo gefeiert wurden, würden Kultur, Geist und Politik langsam verfallen. Aus dieser ungleichen Entwicklung drohe eine Katastrophe zu erwachsen, so Haeckel.¹¹³⁶

¹¹²⁹ Radkau hat diesen Zusammenhang im Hinblick auf die NS-Vergangenheit wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, Radkau: Naturschutz, S. 53.

¹¹³⁰ Ude-Koeller: Naturdiskurs, S. 139.

¹¹³¹ Bismarck: Gedanken, S. 487.

¹¹³² Ross: Adler.

¹¹³³ Mann: Geschichte, S. 472.

¹¹³⁴ Ebd., S. 465.

¹¹³⁵ Ebd.

¹¹³⁶ Haeckel: Welträtsel, S. 5.

Den Wendepunkt erkennt man immer erst in der Rückbetrachtung einer Geschichte. Nur wer den Verlauf einer Kurve insgesamt kennt, kann ihren Wendepunkt bestimmen.¹¹³⁷ So ordnete Golo Mann Nietzsches prophetischen Umgang mit der Situation Ende des 19. Jahrhunderts im Nachhinein als Vorgeschichte zu Weimarer Republik und Drittem Reich in die Geschichte ein. Das Kaiserreich wird damit, so starr seine Strukturen auch anmuten, zur Zeit der „Umwendung“ und zu einem Ausgangspunkt des Holocausts, der bis heute als historische Katastrophe schlechthin im gesellschaftlichen Gedächtnis erinnert wird. Das 18. Jahrhundert hatte mit dem Erdbeben von Lissabon seine geistesgeschichtliche Katastrophe gehabt. Der Epochenbruch wurde hier, wie auch bei Nietzsche, erst aus historischer Distanz erkannt.¹¹³⁸ Wenn Lissabon ein Beben der äußeren Natur war, das die Fundamente der denkenden Welt erschütterte, so war Nietzsches Leben Ausdruck eines Bebens der inneren Natur. In Gottfried Benns Rückblick (1950) erschien Nietzsche als das „Erdbeben der Epoche“¹¹³⁹. In Rücksicht der Geschichte der modernen Philosophie wurde Nietzsches Werk vor diesem Hintergrund als Ausgangspunkt der Postmoderne gedeutet.¹¹⁴⁰

1876 behandelte Nietzsche den „Fall Wagner“ und nicht den „Bergfall“, der sich in Kaub am Rhein ereignet hatte. Als der erste Teil von Nietzsches Alternativevangelium „Zarathustra“ 1883 erschien, hatte das Rheinland gerade eine Überschwemmungskatastrophe hinter sich und in der Eifel drohte nach Missernten eine Hungersnot. Der Philosoph wandelte in solchen Höhen, dass ihm diese Ereignisse kaum bedeutsam erscheinen konnten. Noch dazu, weil er sich gar nicht in Deutschland aufhielt. Die Menschen aber, die betroffene Bevölkerung, erlebte und spürte diese Katastrophen am eigenen Leib, ohne sich um die großen Katastrophen der Zukunft zu scheren. Und das von Nietzsche so scharf verurteilte Deutschland engagierte sich politisch, ökonomisch, wissenschaftlich und sozial, um die Situation zu bewältigen. Hier ging es auch um Analyse und Prophetie – allerdings nicht im Sinne Nietzsches. Hier wurde reagiert, geforscht und versucht geeignete prophylaktische Maßnahmen für die Zukunft zu finden. Die historische Betrachtung solcher kleinen Katastrophen erschließt vielleicht die Mentalität des Kaiserreiches genauer, als es die „maßlose“ Charakteristik Nietzsches vermag. Außerdem wird es hier möglich fundamentale Beziehungen von Gesellschaft und Natur herauszuarbeiten, die sonst im Verborgenen liegen. Erst im Kleinen zeigen sich die Nuancen von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft.

¹¹³⁷ Vgl. Eva Horn, Vortrag in Weimar, Oktober 2009.

¹¹³⁸ Hamacher: Strategien, S. 162 ff, Zeuch: Sinnggebung, S. 186 f. und Lauer: Erdbeben, S. 226 f. So wurde es erst im 19. Jahrhundert zur großen geistesgeschichtlichen Wende stilisiert.

¹¹³⁹ Zitiert in Jordan: Naturbegriff, S. 14.

¹¹⁴⁰ Habermas: Diskurs, 104 ff.

Entscheidend ist, dass man im Deutschen Kaiserreich diese „kleinen Katastrophen“ Ernst nahm.¹¹⁴¹ Es wurden beträchtliche Anstrengungen zur Mitigierung von Naturkatastrophen unternommen. Der Kaiser spendete nach dem Hochwasser von 1882/83 mit 600.000 Mark nicht nur eine große Summe aus dem begrenzten Reichsetat¹¹⁴², er beschäftigte sich zudem mit Ursachenfragen und wissenschaftlich-technischen Verbesserungsoptionen.

Mit kleinen Katastrophen meine ich, dass das Ausmaß von menschlichem Leid relativ gering war (im historischen und geographischen Vergleich). 1876 bewilligte Preußen insgesamt 6 Millionen Mark an Hilfgeldern für die Hochwassergebiete und die Gemeinde Kaub (davon 485.000 Mark).¹¹⁴³ Die hohe Summe (0,6 % der preußischen Staatsausgaben 1876)¹¹⁴⁴ wurde aus den französischen Kriegsreparationszahlungen entnommen. Zwischen 1871 und 1874 waren aus Frankreich über 4 Milliarden Mark als Entschädigung an die Deutsche Siegermacht geflossen.¹¹⁴⁵ Auf diese Weise schließt sich gewissermaßen der Kreis von der großen Katastrophe des Deutsch-Französischen Krieges zu den Naturkatastrophen von denen das neu gegründete Reich regelmäßig herausgefordert wurde. Warum die Bedeutung von Naturkatastrophen für Staat und Gesellschaft, trotz einer Verminderung menschlicher Leiden, seit dem Kaiserreich so beachtlich ist, liegt an der Zunahme von Wertkumulationen und damit von Schadenspotentialen.¹¹⁴⁶ Während die Zahlen der Todesopfer durch Naturkatastrophen vernachlässigbar sind, nehmen Sachschäden immer gewaltigere Ausmaße an.¹¹⁴⁷

Je tiefer das Rheinhochwasser in den Diskurs von Politik und Wissenschaft eindrang, desto häufiger wurde der Begriff verwendet. Im Reichstag war am 9. Mai 1883 – vier Monate nach den Überschwemmungen – „Katastrophe“ der vorherrschende Begriff geworden, wohl auch durch die Verwendung in der Überschrift von Max Honsells

¹¹⁴¹ Mit dem Terminus „kleine Katastrophen“ grenze ich sie von sogenannten Blockbuster-Katastrophen ab.

¹¹⁴² Die Ausgaben des Reiches lagen bei nur rund 600 Millionen jährlich (Königliches Statistisches Bureau: Statistik, S. 53). Anteilsmäßig entspräche das bei den heutigen Staatsausgaben von 1 Billion Euro einer Ausgabe von 1 Milliarde Euro.

¹¹⁴³ Preußisches Abgeordnetenhaus, Drucksachen, Nr. 128, Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 22. Juli 1876 betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeingefährlichen Zustände, S. 580 ff.

¹¹⁴⁴ Königliches Statistisches Bureau: Statistik, S. 154.

¹¹⁴⁵ Ebd., S. 73.

¹¹⁴⁶ Weichselgartner hat diesen Punkt – wenngleich auf wenig solider Grundlage – als entscheidenden Umbruch zwischen dem Rheinhochwasser von 1784 und 1882/83 gekennzeichnet (Weichselgartner: Hochwasser, S. 123).

¹¹⁴⁷ Vgl. Weichselgartner: Verwundbarkeit, S. 16. Weltweit sinken Todeszahlen stetig seit 1900, während Schäden kontinuierlich steigen. Siehe auch EMDAT (www.emdat.de [Zugriff: Juli 2010]).

Artikel.¹¹⁴⁸ Jedenfalls wurde jede Katastrophe zum Anlass für Verbesserungsbestrebungen im Hinblick auf die zukünftige Sicherheit. Gerrit Schenk hat die These aufgestellt, dass diese Nutzung von Katastrophen zur Produktion von Sicherheit ein europäisches Spezifikum sei.¹¹⁴⁹ Indem auch hier kleine Katastrophen zu großen Interventionen führten, verstärkten sich Sicherheitsbedürfnis und faktische Sicherheit. Mit ihnen wuchs aber auch gleichzeitig die Unsicherheit den vielen noch kleineren Gefahren ausgesetzt zu sein, die das Leben bietet.

Jedenfalls ergibt sich aus der Folge, dass weniger die Abwesenheit von Naturkatastrophen *per se* für einen europäischen Sonderweg in der weltweiten Entwicklung spricht¹¹⁵⁰, als die Anerkennung von und der aktive Umgang mit Katastrophen. Gleichsam der Wahrheit in einer Popper'schen Wissenschaftslogik nährt man sich immer weiter der Sicherheit im Umgang mit Katastrophen an. Wie Beobachtungssätze immer feiner werden, werden auch die Katastrophen immer überschaubarer; und wie die Geschichte lehrt sind es manchmal die ganz kleinen persönlichen Katastrophen – wie das Gewitter, das zur Schlüsselerfahrung Luthers wurde – die große Bedeutung haben. Schlussendlich zeigt sich in all diesen kleinen Katastrophen „das permanente Imperfekt von Natur und Geschichte: Natur ist immer auch die erschütterte Welt, Geschichte immer auch das Unvorhersehbare und Unbewältigte; gerade deshalb muß der Mensch immer wieder aufstehen und weitergehen“.¹¹⁵¹ Und gerade deshalb sind Naturkatastrophen für unsere Gesellschaft – spätestens seit dem Deutschen Kaiserreich – immer auch Risiko und Chance zugleich: das Risiko erschöpft am Boden liegen zu bleiben und die Chance gestärkt weiterzugehen, in eine bessere Welt.

¹¹⁴⁸ Reichstagsverhandlungen, 83. Sitzung am 9. Mai 1883. Er wurde 13x gebraucht; alternativ folgte „Kalamität“ mit 6x. Die genauen Mechanismen der Verwendung des Begriffes bedarf es einer eigenständigen Untersuchung. Die Faktoren Distanz zum Geschehen, sowie Zerstörungsausmaß und Plötzlichkeit des Eintretens scheinen eine Rolle zu spielen. Darüber hinaus werden bestimmte Interessen an die Verwendung des Begriffes gekoppelt.

¹¹⁴⁹ Schenk, mdl. Mittlg., Tagung, *The Production of Human Security*, Bochum, 2010.

¹¹⁵⁰ Wie beispielsweise von John angedacht (cit. In Sieferle: *Europa*, S. 117 ff.).

¹¹⁵¹ Borst: *Erdbeben*, S. 569. Ich widme diesen vorletzten Satz dem Historiker, der am Anfang der Katastrophenforschung stand, Arno Borst, und dessen Urteil noch immer recht behält.

Bibliographie

Archivquellen

Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

I. HA, Rep. 77, Ministerium des Innern Tot. 215b, Nr. 7, Bd. 2

I. HA, Rep. 87 D, Nr. 117

I. HA, Rep 87 F, Nr. 1181

I. HA, Rep. 87 F, Nr. 1511

I. HA, Rep.87 F, Nr. 2820

I. HA, Rep. 87, Nr. 7429

I. HA, Rep. Geheimes Zivilkabinett, Nr. 29367

Kloster Brauweiler, Landschaftsverband Rheinland

Rheinische Provinzialverwaltung, Sign. EA 3.2/23. Verhandlungen Rheinischen Provinzial-Landtags, 1882 und 1883.

Rheinische Provinzialverwaltung, Sign. EA 3.2/26. Bericht des Rheinischen Provinzial-Verwaltungsraths über die Ergebnisse der provinzialständischen Verwaltung, 1883/84, 1884/85 und 1886/87.

Düsseldorf, Hauptstaatsarchiv

Oberbergamt Bonn, Nr. 1535, Acta betr. Bergwissenschaftliche Nachrichten und Untersuchungen Bd. 1 (1873-1882).

Karlsruhe, Generallandesarchiv

Sign. 237, Nr. 33911

Sign. 237, Nr. 33912

Sign. 237, Nr. 33913

Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 249

Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 356

Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3263

Sign. 425, Zug. 1991-49, Nr. 3295

Koblenz, Landeshauptarchiv

Best. 403, Nr. 6645

Best. 403, Nr. 6654

Best. 403, Nr. 6656

Best. 403, Nr. 6660

Best. 403, Nr. 6661

Best. 403, Nr. 6923

Best. 403, Nr. 7658

Best. 403, Nr. 7659

Best. 403, Nr. 7660

Best. 418, Nr. 739

Best. 418, Nr. 742

Best. 441, Nr. 8124

Best. 441, Nr. 8125

Best. 442, Nr. 6537

Best. 442, Nr. 6538

Best. 638, Nr. 903

Best. 655,10, Nr. 881

Schulchroniken, Best. 716, Nr. 175, Chronik der Schule zu Reitzenhain 1818-1938.

Neuwied, Stadtarchiv (Abtei Rommersdorf)

Best. 1, Nr. 1150

Best. 1, Nr. 1151

Best. 1, Nr. 1153

Best. 1, Nr. 1881

Stadtchronik Engers (ohne Signatur)

Wiesbaden, Hauptstaatsarchiv

Königliche Regierung zu Wiesbaden. Abtheilung des Innern, Abt. 405, Nr. 4329. Acta betr. Der Bergrutsch bei Caub 1876-1883.

Königliche Regierung zu Wiesbaden. Abtheilung des Innern, Abt. 405, Nr. 4450. Acta betr. Der Bergrutsch zu Lorch 1881-1883.

Domänen Rentamt Kaub, Abt. 436, Nr. 6, Acta betr. Bergrutsch bei Kaub 1876-1880.

Sonstige Quellen*Zeitungen*

Cauber Nachrichten

Coblenzer Volkszeitung

Coblenzer Zeitung

Das Schiff. Wochenblatt für die gesammten Interessen der Binnenschifffahrt

Deutsche Volkszeitung

Die Gartenlaube

Frankfurter Zeitung

Kölnische Volkszeitung

Kölnische Zeitung

Neueste Mittheilungen (online verfügbar unter <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de>)

Neuwieder Zeitung

Provinzial-Correspondenz (online verfügbar unter <http://amtspresse.staatsbibliothek-berlin.de>)

Rheinischer Kurier, Mittelrheinische Zeitung (Wiesbaden)

Saarbrücker Anzeiger

Aus Abgeordnetenhaus und Reichstag

Preußisches Abgeordnetenhaus, Verhandlungen 1876, 1882, 1883, 1888.

Reichstagsverhandlungen, Stenographische Berichte 1883 und 1884 (online verfügbar unter <http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>).

Verschiedenes

- Anthes, E., Bericht über den Bergrutsch in Kaub am 10./11. März 1876. In Kimpel, W. (1990), 1000 Jahre Kaub am Rhein – die kleine Stadt mit großer Geschichte, S. 292-295.
- Anthes, O., Aufruf des Friedens. In Kimpel, W. (1990), 1000 Jahre Kaub am Rhein – die kleine Stadt mit großer Geschichte, S. 295-298.
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (1999), Acta Borussica, Neue Folge. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums (1817-1934/38), Bd. 7 (Olms-Weidmann: Hildesheim u.a.).
- Bismarck, O. von (1960) [1898], Gedanken und Erinnerungen (Goldmann: München).
- Deutscher Parlamentsalmanach (1881), Kapp, Friedrich, Bd. 14, S. 165-166 (Leipzig).
- Diesterweg, F. (1829), Die preußischen Rheinprovinzen. Ein historisches Handbuch für Schule und Haus (J. H. Funcke: Krefeld).
- Ebeling, A. (1883), Die Wassernoth am Rhein. In: Die Gartenlaube. Illustriertes Familienblatt. Nr. 3, S. 49-54.
- Eich (1884), Denkschrift über die Rheinüberschwemmungen im Bezirke der Bürgermeisterei Longerich in den Monaten November und Dezember 1882 sowie Januar 1883 (Th. Quos: Köln).
- Fischer, M. (1976), Vor 100 Jahren geschah das große Unglück. Steinlawine raste durch die Weinberge. In Kimpel, W. (1990), 1000 Jahre Kaub am Rhein – die kleine Stadt mit großer Geschichte, S. 304.
- Heller, J., Bericht über den Bergrutsch, nebst handschriftlicher Fassung abgedruckt. In Kimpel, W. (1990), 1000 Jahre Kaub am Rhein – die kleine Stadt mit großer Geschichte, S. 300.
- Honsell, M. (1883), Die Hochwasser-Katastrophen am Rhein im November und Dezember 1882 (Sonderabdruck aus dem Centralblatt der Bauverwaltung, Verlag von Ernst und Korn: Berlin).
- Horn, W. (1978) [1881], Der Rhein seine Geschichte und seine Sagen (Rheingauer Verlagsgesellschaft: Eltville am Rhein).
- Klausner, Ph. (1883), Erinnerungsblätter an die Schreckenstage der Hochfluth von 1882-1883 in Baden, Bayern, dem Hessenlande, Preußen, Württemberg und Elsaß-Lothringen (Verlag von H. Diesbach: Mannheim).

- Königliches Statistisches Bureau (Hg.) (1876), Jahrbuch für die amtliche Statistik des preussischen Staates. 4. Jg. (Verlag des Königlichen Statistischen Bureaus: Berlin).
- Königliches Statistisches Bureau (Hg.) (1883), Jahrbuch für die amtliche Statistik des preussischen Staates. 5. Jg. (Verlag des Königlichen Statistischen Bureaus: Berlin).
- Kruse, H. (1876), Der Bergsturz zu Caub. In: Die Gartenlaube – Illustriertes Familienblatt 1876, Nr. 15, S. 252-254.
- Landes-Unterstützungs-Comite Großherzogtum Baden (1883), Bericht über die Fürsorge für die Wasserbeschädigten im Großherzogthum Baden (Braun'sche Hofbuchdruckerei: Karlsruhe).
- Preußische Landesanstalt für Gewässerkunde (1929), Über die Ursachen und den Verlauf des Hochwassers im Rheingebiet im Dezember 1925 und Januar 1926 und über Maßnahmen zur Verhütung von Hochwasserschäden (Ernst Siegfried Mittler und Sohn: Berlin).
- Rover, J. (1882), Der Vater Rhein in Sage und Dichtung. Eine poetische Wanderung von der Quelle bis zum Meere (Verlag von B. v. Zabern: Mainz).
- Schäfer, C. (1926), Brief an den Bürgermeister von Kaub zum 50. Gedenktage des Bergrutsches. In Kimpel, W. (1990), 1000 Jahre Kaub am Rhein – die kleine Stadt mit großer Geschichte, S. 301.
- Schneider, H. J. (Hg.) (1983), Der Rhein (Insel Verlag: Frankfurt a. M.).
- Schrader, D. (1890), Augusta – Herzogin zu Sachsen, die erste deutsche Kaiserin (Böhlau: Weimar).
- Schwarz, O. (1883), Dritter General-Bericht über das öffentliche Gesundheitswesen des Regierungs-Bezirks Köln für das Jahr 1882 (DuMont-Schauberg'sche Buchhandlung: Köln).
- Thomas, F. (1883), Der Nothstand auf der Eifel 1883 (Felix Bagel: Düsseldorf).
- Ule, W. (1893), Grundriss der Allgemeinen Erdkunde, (Elibron Classics).
- Wiener, W. (1884), Vom deutschen Rhein. In: Germania Kalendar 1884, S. 140-146.

Sekundärliteratur

- Abel, W. (1978), *Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter* (Paul Parey: Hamburg & Berlin).
- Abel, W. (1986), *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland* (Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen).
- Alexander, D. (1993): *Natural disasters* (UCL Press: London).
- Allemeyer, M. (2006), "Kein Land ohne Deich...!" *Lebenswelten einer Küstengesellschaft in der Frühen Neuzeit* (Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen).
- Althammer, B. (2009), *Das Bismarckreich 1871-1890* (Ferdinand Schöningh UTB: Paderborn u.a.).
- Anbarci, N., Escaleras, M. & C. Register (2005), *Earthquake Fatalities: the interaction of nature and political economy*. In: *Journal of Public Economics* 89 (9-10), S. 1907-1933.
- Bankoff, G. (2003), *Cultures of Disaster; Society and Natural Hazard in the Philippines* (Routledge: London).
- Banse, G. (1996), *Herkunft und Anspruch der Risikoforschung*. In: Banse, G. (Hg.), *Risikoforschung zwischen Disziplinarität und Interdisziplinarität. Von der Illusion der Sicherheit zum Umgang mit der Unsicherheit* (Edition Sigma: Cottbus), S. 15-72.
- Barnett, C. & D. Land (2007), *Geographies of Generosity: Beyond the ‚Moral Turn‘*. In: *Geoforum* 38, S. 1065-1075.
- Barth, U. (2008), *Das Unglück von Courrières – Zäsur in der Entwicklung eines systemsicheren Explosionsschutzes?*. In: Farrenkopf, M. & P. Friedemann (Hg.), *Die Grubenkatastrophe von Courrières 1906. Aspekte transnationaler Geschichte* (Selbstverlag des Deutschen Bergbau-Museums Bochum), S. 35-55.
- Bass, H.-H. (1994), *Hungerkrisen in Posen und im Rheinland 1816/17 und 1847*. In: Gailus, M. & H. Volkmann (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990* (Westdeutscher Verlag: Opladen), S. 151-199.
- Beck, U. (1988), *Gegengifte: Die organisierte Unverantwortlichkeit* (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).
- Beck, U. (1992), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne* (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).

- Beinart, W. & P. Coates (1995), *Environment and History. The Taming of Nature in the USA and South Africa* (Routledge: London & New York).
- Berger, P. & T. Luckmann: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: eine Theorie der Wissenssoziologie* (Fischer: Frankfurt a.M.).
- Bernhardt, C. (1998), *Zeitgenössische Kontroversen über die Umweltfolgen der Oberrheinkorrektion im 19. Jahrhundert*. In: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 146, S. 293-319.
- Bernhardt, C. (2003), *Die Begradigung des Oberrheins im Rückblick*. In: Hoffmann, A. (Hg.), *Gezähmte Flüsse – besiegte Natur. Gewässerkultur in Geschichte und Gegenwart* (10. Kasseler Technikgeschichtliches Kolloquium: Kasseler Wasserbau-Forschungsberichte und -materialien, Bd. 18).
- Blackbourn, D. (2006), *The Conquest of Nature. Water, Landscape, and the Making of Modern Germany* (Jonathan Cape: London).
- Bodner, R. (2010), *Ein "Zusammenhang von oben und unten"? Zur Kulturanalyse eines Felssturzereignisses und der Frage nach seinen Schuldigen*. In: Masius, P., Sprengrer, J. & E. Mackowiak (Hg.), *Katastrophen machen Geschichte. Umweltgeschichtliche Prozesse im Spannungsfeld von Ressourcennutzung und Extremereignis* (Universitätsverlag Göttingen), S. 173-197.
- Bödecker, E. (2006), *Preußen und die Marktwirtschaft* (Olzog Verlag: München).
- Born, P. & K. Viscusi (2006), *The Catastrophic Effects of Natural Disasters on Insurance Markets*. In: *Journal of Risk and Uncertainty*, 33 (1), S. 37-54.
- Borst, A. (1979), *Brabarosses Erwachen – Zur Geschichte der deutschen Identität*. In: Marquard, O. & Stierle K. (Hg.), *Poetik und Hermeneutik VIII: Identität* (Wilhelm Fink Verlag: München), S. 17-60.
- Bräuler, L. (1932), *Die Wasserstandsstatistik, insbesondere am Rhein*. In: *Beiträge zur Rheinkunde*, 8, S. 30-35.
- Brunner, B. (2009), *Nach Amerika. Die Geschichte der deutschen Auswanderung* (Beck: München).
- Burton, I., Kates, R. & G. White (1978), *The Environment as Hazard* (Oxford University Press: Oxford u.a.).
- Cassirer, E. (1960), *Was ist der Mensch? Versuch einer Philosophie der menschlichen Kultur* (Kohlhammer Verlag: Stuttgart).
- Cepl-Kaufmann, G. & Johanning, A. (2003), *Mythos Rhein – Kulturgeschichte eines Stromes*, (Wissenschaftl. Buchgesellschaft: Darmstadt).

- Cioc, M. (2002), *The Rhine: An Eco-Biography 1815-2000* (Univ. of Washington: Seattle u.a.).
- Daase, C. (2002), Internationale Risikopolitik: Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel. In: Daase, C., S. Freske & I. Peters (Hg.), *Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen* (Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden), S. 9-36.
- Darwin, C. (2008), *Reise eines Naturforschers um die Welt* (Insel Verlag: Frankfurt a. M.).
- Davis, M. (2001), *Late Victorian Holocausts* (Verso: London & New York).
- De Boer J. & D. Sanders (2002), *Volcanoes in Human History. The Far-Reaching Effects of Major Eruptions* (Princeton, Oxford).
- Dieck, A. (1883), *Die Ueberschwemmungen des Rheingebietes in den vergangenen und künftigen Jahrhunderten* (Chr. Limbarth: Wiesbaden).
- Dikau, R. & J. Weichselgartner (2005), *Der unruhige Planet. Der Mensch und die Naturgewalten* (Primus Verlag: Darmstadt).
- Dix, A. & M. Röhrs (2007), Vergangenheit versus Gegenwart? Anmerkungen zu Potentialen, Risiken und Nebenwirkungen einer Kombination historischer und aktueller Ansätze der Naturgefahrenforschung. In: Schenk, G. & J. Engels (Hg.), *Historische Katastrophenforschung. Begriffe, Konzepte und Fallbeispiele. Historische Sozialforschung*, 32 (3), Special Issue, S. 215-236.
- Dombrowsky, W. (1989), *Katastrophe und Katastrophenschutz. Eine soziologische Analyse* (Deutscher Universitätsverlag: Wiesbaden).
- Douglas, M. (1966), *Purity and Danger* (Routledge: London & New York).
- Douglas, M. (1992), *Risk and Blame* (Routledge: London & New York).
- Engels, J. (2003), Vom Subjekt zum Objekt. Naturbild und Naturkatastrophen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In: Groh, D., Kempe, M. & F. Mauelshagen, *Naturkatastrophen. Beiträge zu ihrer Deutung, Wahrnehmung und Darstellung in Text und Bild von der Antike bis ins 20. Jahrhundert* (Gunter Narr: Tübingen), 119-145.
- Ernst, C. (2000), *Den Wald entwickeln: Ein Politik- und Konfliktfeld in Hunsrück und Eifel im 18. Jahrhundert* (Oldenbourg: München).
- Evans-Pritchard, E. (1978), Die Nuer im südlichen Sudan. In: Kramer, F. & C. Sigrist (Hg.), *Gesellschaften ohne Staat, Bd. 1: Gleichheit und Gegenseitigkeit* (Syndikat: Frankfurt a. M.).

- Farrenkopf, M. (2008), Das Explosionsrisiko im Steinkohlenbergbau am Ende des (langen) 19. Jahrhunderts – Aspekte eines europäischen Problems. In: Farrenkopf, M. & P. Friedemann (Hg.), Die Grubenkatastrophe von Courrières 1906. Aspekte transnationaler Geschichte (Selbstverlag des Deutschen Bergbau-Museums Bochum), S. 14-25.
- Fässler, A. (2002), Geburt der gesamteidgenössischen Solidarität. Die Hilfeleistungen zur Bewältigung des Bergsturzes von Goldau 1806. In: Pfister, C. (Hg.), Am Tag danach: zur Bewältigung von Naturkatastrophen in der Schweiz 1500-2000 (Haupt: Bern), S. 55-68.
- Fludernik, M. (1996), Towards a ‚Natural‘ Narratology (Routledge: London & New York).
- Frentzen, H. (1959), Die Landkreise in Rheinland-Pfalz, Handbuch für Verwaltung, Wirtschaft und Kultur. Landkreis Prüm – Regierungsbezirk Trier (Verlag der Zehnerschen Buchdruckerei: Speyer a. Rhein).
- Freytag, N. (2006), Deutsche Umweltgeschichte – Umweltgeschichte in Deutschland. Erträge und Perspektiven. In: Historische Zeitschrift, 283, S. 383-407.
- Friedemann, P. (2008), Das Erbe von Courrières im Spiegel der deutsch-französischen Presse. Grenzen internationaler Solidarität vor 1914. In: Farrenkopf, M. & P. Friedemann (Hg.), Die Grubenkatastrophe von Courrières 1906. Aspekte transnationaler Geschichte (Selbstverlag des Deutschen Bergbau-Museums Bochum), S. 128-155.
- Frömming, U. (2006), Naturkatastrophen: kulturelle Deutung und Verarbeitung (Campus: Frankfurt a. M.).
- Funtowicz, S. & J. Ravetz (1992), Risk Management as a Postnormal Science. In: Risk Analysis, 12 (1), S. 95-96.
- Geipel, R. (1992), Naturrisiken. Katastrophenbewältigung im sozialen Umfeld (Wissenschaftl. Buchgesellschaft: Darmstadt).
- Georgi, M. (2009), Heuschrecken, Erdbeben und Kometen. Naturkatastrophen und Naturwissenschaft in der englischen Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts (August Dreesbach Verlag: München).
- Geramb, V. von (1954), Wilhelm Heinrich Riehl – Leben und Wirken (1823-1897) (Otto Müller Verlag: Salzburg).
- Gewe, B.-S. (2004), Der versperrte Wald. Ressourcenmangel in der bayrischen Pfalz (1814-1870) (Böhlau: Wien).

- Gilbert, C. (1998), Studying Disaster: Changes in the main Conceptual Tools. In: Quarantelli, E. (1998) (Hg.), *What is a Disaster? Perspectives on the Question* (Routledge: London & New York), S. 11-19.
- Gilcher-Holtey, I. (2001), „Kritische Ereignisse“ und „kritischer Moment“: Pierre Bourdieus Modell der Vermittlung von Ereignis und Struktur. In: Suter, A. & M. Hettling (Hg.), *Struktur und Ereignis* (Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen), S. 120-137.
- Glade, T. & J. Stötter (2008), Gravitative Massenbewegungen und Schneelawinen. In: Felgentreff, C. & T. Glade (Hg.), *Naturrisiken und Sozialkatastrophen* (Spektrum Akademischer Verlag: Berlin & Heidelberg), S. 151-164.
- Glaser, R. (2001), *Klimageschichte Mitteleuropas – 1000 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen* (Primus Verlag: Darmstadt).
- Groh, D., Kempe, M. & F. Mauelshagen (2003), Einleitung. Naturkatastrophen – wahrgenommen, gedeutet, dargestellt. In: Groh, D., Kempe, M. & F. Mauelshagen (Hg.), *Naturkatastrophen. Beiträge zu ihrer Deutung, Wahrnehmung und Darstellung in Text und Bild von der Antike bis ins 20. Jahrhundert* (Gunter Narr: Tübingen), 11-37.
- Grove, R. (1992), Die Anfänge des Umweltbewußtseins. In: *Spektrum der Wissenschaft* 9, S. 76-81.
- Habermas, J. (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns* (1/2) (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).
- Habermas, J. (1988), *Der philosophische Diskurs der Moderne* (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).
- Hamacher, B. (2008), Strategien narrativen Katastrophenmanagements. Goethe und die ‚Erfindung‘ des Erdbebens von Lissabon. In: Lauer, G. & T. Unger (Hg.), *Das Erbeben von Lissabon und der Katastrophendiskurs im 18. Jahrhundert* (Wallstein: Göttingen), S. 162-171.
- Hauer, K. (2009), Bergstürze kulturhistorische betrachtet: Salzburg und Plurs im Vergleich. In: Kreye, L., Stühling, C. & T. Zwingelberg (Hg.), *Natur als Grenzerfahrung. Europäische Perspektiven der Mensch-Natur-Beziehung in Mittelalter und Neuzeit: Ressourcennutzung, Entdeckungen, Naturkatastrophen* (Universitätsverlag Göttingen), S. 261-280.
- Hauer, K. (2009), *Der plötzliche Tod. Bergstürze in Salzburg und Plurs kulturhistorisch betrachtet* (LIT-Verlag: Münster).
- Henrichs, W. (1981), *Mühlheim-Kärlich* (Eigenverlag der Gemeinde).

- Herdes, H. (2003), Cholera-Epidemie im Jahre 1866. In: Verein für Heimatkunde Lay e.V. (Hg.), Aus der Geschichte des Ortes Lay an der Mosel (Eigenverlag), S. 190-193
- Herdes, H. (2003), Das Moseleisganglied von Clemens Brentano und die Eiskatastrophe von 1830. In: Verein für Heimatkunde Lay e.V. (Hg.), Aus der Geschichte des Ortes Lay an der Mosel (Eigenverlag), S. 168-183.
- Herre, F. (1980), Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße (Kiepenheuer & Witsch: Köln).
- Herres, J. (1993), Das Preussische Koblenz. In: Energieversorgung Mittelrhein GmbH Koblenz (Hg.), Geschichte der Stadt Koblenz. Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart. Bd. 2 (Konrad Theiss Verlag: Stuttgart), S. 49-119.
- Hewitt, K. (1983), The Idea of Calamity in a Technocratic Age. In: Hewitt, K. (Hg.), Interpretations of Calamity (Allen & Unwin: London), S. 3-30.
- Hewitt, K. (1997), Regions of risk. A Geographical Introduction to Disasters (Longman: Essex).
- Heyen, F.-J. (1982) [1925], Geschichte der Stadt Lahnstein (Lahnstein: Eigenverlag).
- Hochwasser – Naturereignis oder Menschenwerk, Schriftenreihe der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz, B.66 (2001).
- Hoffman S. & A. Oliver-Smith (Hg.), Catastrophe and Culture. The Anthropology of Disaster (School of American Research: Santa Fe).
- Jakubowski-Tiessen, M. (1992), Sturmflut 1717. Die Bewältigung einer Naturkatastrophe in der Frühen Neuzeit (Oldenbourg: München).
- Janssen, W. (1997), Kleine Rheinische Geschichte (Patmos Verlag: Düsseldorf).
- Jordan, W. (2006), Friedrich Nietzsches Naturbegriff zwischen Neuromantik und positivistischer Entzauberung (Königshausen & Neumann: Würzburg).
- Kastner, D. & V. Torunsky (1987), Kleine rheinische Geschichte (1815-1986) (Rheinland Verlag: Köln).
- Kaufmann, K. (1991) [1926], Aus Geschichte und Kultur der Eifel (Helios: Aachen).
- Kimpel, W. (1996), Der wunderbare Rhein. Die Steuerleute und Lotsen auf der Gebirgsstrecke des Mittelrheins mit ihren Stationen in Bingen, Kaub und St. Goar (Eigenverlag).
- Kluge, F. (1999), Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache (Walter de Gruyter: Berlin & New York).

- Kocka, J. (2001), Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 13 (Klett Cotta:Stuttgart).
- Korf, B. (2007), Antinomies of Generosity. Moral Geographies and Post-Tsunami Aid in Southeast Asia. In: Geoforum 38, S. 366-378.
- Krebs, A. (1997), Naturethik im Überblick. In: Krebs, A. (Hg.), Naturethik. Grundtexte der gegenwärtigen tier- und ökoethischen Diskussion (Suhrkamp: Frankfurt a. M.), S. 337-380.
- Kuhn, T. (1997), Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).
- Kunreuther, H. (1967), The Peculiar Economics of Disaster. In: Public Choice, 3 (1), S. 67-83.
- Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz (Hg.) (2003), Das Rheintal von Bingen bis Koblenz – Eine europäische Kulturlandschaft Bd.1 (Philipp von Zabern: Mainz).
- Lauer, G. (2008), Das Erdbeben von Lissabon. Ereignis, Wahrnehmung und Deutung im Zeitalter der Aufklärung. In: Herrmann, B. (Hg.), Beiträge zum Göttinger Umwelthistorischen Kolloquium 2007-2008 (Universitätsverlag Göttingen), S. 223-236.
- Lave, L. & J. Apt (2006), Planung for Natural Disasters in a Stochastic World. In: Journal of Risk and Uncertainty, 33, S. 117-130.
- Lefebvre, H. (1975), Der Marxismus (C.H. Beck: München).
- Lekuthai, A. & S. Vongvisessomjai (2001), Intangible Flood Damage Quantification. In: Water Resources Management, 15 (5), S. 434-362.
- Lübbe, H. (1981), Die Einheit von Naturgeschichte und Kulturgeschichte. Bemerkungen zum Geschichtsbegriff. Akademie der Wissenschaften und der Literatur (Frank Steiner Verlag: Wiesbaden).
- Lübbe, H. (1993), Geschichtsphilosophie: Verbliebene Funktionen (Palm und Enke: Erlangen u.a.).
- Lübken, U. (2008), Die Natur der Gefahr. Zur Geschichte der Überschwemmungsversicherung in Deutschland und den USA. In: Behemoth. A Journal on Civilisation, 3, S. 4-20.
- Lübken, U. (2010), Situating Natural hazards in German-American Studies. In. [im Druck] (Peter Lang Verlag).
- Luhmann, N. (1990), Soziologie des Risikos (De Gruyter: Berlin).

- Malthus, T. (2007) [1798], *An Essay on the Principle of Polulation* (Dover Publications: Mineola & New York).
- Mann, G. (1963), *Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts* (S. Fischer Verlag: Frankfurt a. M.).
- Mantel, K. (1990), *Wald und Forst in der Geschichte. Ein Handbuch* (Schaper: Alfeld).
- Marshall, B. & S. Picou (2008), *Postnormal Science, Precautionary Principle, and worst Cases: the Challenge of Twenty-First Century Catastrophes*. In: *Sociological Inquiry*, 78 (2), S. 230-247.
- Mauelshagen, F. (2007), *Flood Disasters and Political Culture at the German North Sea coast: a Long-Term Historical Perspective*. In: G. Schenk & J. Engels (Hg.), *Historical Disaster Research. Concepts, Methods and Case Studies*, S. 133-144.
- Mauelshagen, F. (2009), *Die Klimakatastrophe*. In: Schenk, G. J. (Hg.), *Katastrophen. Vom Untergang Pompejis bis zum Klimawandel* (Thorbecke: Ostfildern), S. 205-224.
- Mauss, M. (1990) [1950], *Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften* (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).
- Meidow, H. (1995), *Rekonstruktion und Reinterpretation von historischen Erdbeben in den nördlichen Rheinlanden unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei dem Erdbeben von Roermond am 13. April 1993* (Dissertation Univ. Köln).
- Meier, M. (2007), *Zur Terminologie der (Natur-)Katastrophe in der griechischen Historiographie – einige einleitende Anmerkungen*. In: G. Schenk & J. Engels (Hg.), *Historical Disaster Research. Concepts, Methods and Case Studies*, S. 44-56.
- Meinhardt, A., *Von „grossen Gewässern“ in Alt-Neuwied – Was man dagegen unternahm und unterließ. (unveröffentlichte Arbeit eines Neuwieder Archivars aus den 1960er Jahren; erhältlich in der Außenstelle des Landesarchivs Rheinland Pfalz, Abtei Rommersdorf)*.
- Meurs, H. (2007), *Köln und der Rhein – eine Rekonstruktion ihrer mittelalterlich geprägten Topografien anhand historischen Materials*. In: *Geschichte in Köln*, Bd. 54, S.61-93.
- Milereit, G. (1979), *Wirtschafts- und Sozialentwicklung der südlichen Rheinlande seit 1815*. In: Petri, F. & G. Droege (Hg.), *Rheinische Geschichte 3. Wirtschaft und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert* (Schwann: Düsseldorf), S. 193-308.
- Millman, S. & R. Kates (1990), *Toward Understanding Hunger*. In: Newman, L. & al. (Hg.), *Hunger in History. Food Shortage, Poverty, and Deprivation* (Basil Blackwell: Cambridge), S. 3-24.

- Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz: Presseveröffentlichung zum Oberrhein-Hochwasser 1882/83.
- Mittelrheinische Lotsenvereinigung (1993) (Hg.), Die Steuerleute und Lotsen auf der Gebirgsstrecke des Mittelrheins mit ihren Stationen in Bingen, Kaub und St. Goar (Jäger GmbH: Argenthal).
- Mittelstraß, J. (1991), Leben mit der Natur. Über die Geschichte der Natur in der Geschichte der Philosophie und über die Verantwortung des Menschen gegenüber der Natur. In: Schwemmer, O. (Hg.), Über Natur (Klostermann: Frankfurt a. M.), S. 37-62.
- Montanari, M. (1993), Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa (Beck: München).
- Mükke, L. (2003), Der inszenierte Hunger. In Äthiopien gibt es Wasser genug – doch die Entwicklungshelfer der UN reden der Welt eine Dürrekatastrophe ein. In: Die Zeit, 16.4.2003, Nr. 17. Online: <http://www.zeit.de/2003/17/Aethiopien> [Zugriff 1.4.2010].
- Müller, R. (2004), Das wilde Element. Gesellschaftliche Reaktionen auf die beiden Hochwasser im Schweizer Mittelland von 1852 und 1876 (Bautz: Nordhausen).
- Noll, R. (1996), The Complex Politics of Catastrophe Economics. In: Journal of Risk and Uncertainty, 12, S. 141-146.
- O'Grada, C. (2009), Famine. A short History (Princeton University Press: Princeton).
- Oliver-Smith, A. (2001), Theorizing Disasters – Nature, Power and Culture. In: Hoffman S. & A. Oliver-Smith (Hg.), Catastrophe and Culture. The Anthropology of Disaster (School of American Research: Santa Fe), S. 23-47.
- Ott, K. (1997), Ipso Facto. Zur ethischen Begründung normative Implikate wissenschaftlicher Praxis (Suhrkamp: Frankfurt a. M.).
- Pepper, D. (1999), Modern Environmentalism. An Introduction (Routledge: New York & London).
- Pfister, C. & D. Brändli (1999), Rodungen im Gebirge – Überschwemmungen im Vorland: Ein Deutungsmuster macht Karriere. In: Sieferle, R. & H. Breuninger (Hg.): Natur-Bilder. Wahrnehmungen von Natur und Umwelt in der Geschichte (Campus: Frankfurt a. M.), 297-324.
- Pfister, C. (2002), Naturkatastrophen und Naturgefahren in geschichtlicher Perspektive. In: Pfister, C. (Hg.), Am Tag danach: zur Bewältigung von Naturkatastrophen in der Schweiz 1500-2000 (Haupt: Bern), S. 11-26.

- Pfister, C. (2003), Naturkatastrophen als nationale Mobilisierungsereignisse in der Schweiz des 19. Jahrhunderts. In: Groh, D., Kempe, M. & F. Mauelshagen (Hg.), Naturkatastrophen. Beiträge zu ihrer Deutung, Wahrnehmung und Darstellung in Text und Bild von der Antike bis ins 20. Jahrhundert (Gunter Narr Verlag: Tübingen), S. 283-298.
- Poliwoda, G. (2007), Aus Katastrophen lernen – Sachsen im Kampf gegen die Fluten der Elbe 1784 bis 1845 (Böhlau: Köln, Weimar, Wien).
- Pracht, H.-P. (1998), Abschied von der Heimat. Die Eifeler Auswanderung nach Amerika im 19. Jahrhundert (Helios: Aachen).
- Quarantelli, E. (1998) (Hg.), What is a disaster? Perspectives on the question (Routledge: London & New York).
- Radkau, J. (1994), Was ist Umweltgeschichte? In: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft. Sonderheft (Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen), S. 11-28.
- Radkau, J. (2002), Natur und Macht: Eine Weltgeschichte der Umwelt (Beck: München).
- Radkau, J. (2003), Naturschutz und Nationalsozialismus – wo ist das Problem? In: Radkau, J. & F. Uekötter, Naturschutz und Nationalsozialismus (Campus: Frankfurt a. M.), S. 41-54.
- Renn, H. (2000), Die Eifel. Wanderung durch 2000 Jahre Geschichte, Wirtschaft und Kultur (Eigenverlag des Eifelvereins: Trier).
- Rohr, C. (2007), Extreme Naturereignisse im Ostalpenraum. Naturerfahrung im Spätmittelalter und am Beginn der Neuzeit (Böhlau: Köln, Weimar & Wien).
- Ross, W (1980), Der ängstliche Adler (DVA: Stuttgart).
- Sahlins, M. (1972), Stone Age Economics (Aldine de Gruyter: New York).
- Schatzki, T. (2003), Nature and Technology in History. In: History and Theory, 42, S. 82-93.
- Schenk, G. (2009) (Hg.), Katastrophen. Vom Untergang Pompejis bis zum Klimawandel (Thorbecke: Stuttgart).
- Schmid, S. (2002), „Die Not ist gross – grösser ist die Bruderliebe.“ Die Bewältigung des Hochwassers von 1868 im Alpenraum. In: Pfister, C. (Hg.), Am Tag danach: zur Bewältigung von Naturkatastrophen in der Schweiz 1500-2000 (Haupt: Bern), S. 87-100.
- Schmitz, G. (2006), Hochwasser – bei uns doch nicht!. In: Studien zur Heimatgeschichte des Stadtbezirks Bonn-Beuel, Heft 34.

- Schmoll, F. (2004), Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im Deutschen Kaiserreich (Campus: Frankfurt a. M.).
- Sen, A. (1981), Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation (Oxford University Press: Oxford).
- Sewell, W. (2001), Eine Theorie des Ereignisses. Überlegungen zur „möglichen Theorie der Geschichte“ von Marshall Sahlins. In: Suter, A. & M. Hettling (Hg.), Struktur und Ereignis (Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen), S. 46-74.
- Sieferle, R. (1997), Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt (Beck: München).
- Sieferle, R. (2009), Europa: Umwelthistorische Determinanten. In: Herrmann, B. & C. Dahlke (Hg.), Elements–Continents. Approaches to Determinants of Environmental History and their Reifications, Nova Acta Leopoldina, 98 (360), S. 111-132.
- Simmons, I. (1993), Environmental history. A concise introduction (Blackwell: Oxford u.a.).
- Stagl, J. (2009), Sammelnde Wissenschaft. In: Kreye, L., Stühling, C. & T. Zwingelberg (Hg.), Naturals Grenzerfahrung. Europäische Perspektiven der Mensch-Natur-Beziehung in Mittelalter und Neuzeit: Ressourcennutzung, Entdeckungen, Naturkatastrophen (Universitätsverlag Göttingen), S. 133-150.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hg.) (1982), Statistik von Rheinland-Pfalz, Bd. 299, Die Bevölkerung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz 1815 bis 1980 (Bad Ems).
- Stehr, S. (2006), The Political Economy of Urban Disaster Assistance. In: Urban Affairs Review, 41 (4), S. 492-500.
- Steinberg, T. (2006), Acts of God. The Unnatural History of Natural Disasters in America (Oxford University Press: Oxford u.a.).
- Summermatter, S. (2005), "Ein Zoll der Sympathie" – Spendensammlung und -verwendung anlässlich der Überschwemmungen von 1868 im Kanton Wallis. In: Blätter aus der Walliser Geschichte 37.
- Summermatter, S. (2007), Die instrumentalisierte Katastrophe – Die Schweizer Wasserbaupolitik vor und nach der Überschwemmung von 1868. In: G. Schenk & J. Engels (Hg.), Historical Disaster Research. Concepts, Methods and Case Studies, S. 200-214.
- Summermatter, S. (2009), „Das Thal in Schutt und Grauen“. Der Bergsturz von Goldau (Schweiz), 2. September 1806. In: Schenk, G. (Hg.), Katastrophen. Vom Untergang Pompejis bis zum Klimawandel (Thorbecke: Ostfildern), S. 119-132.

- Tanner, J. (1994), Industrialisierung, Familienökonomie und Hungererfahrung. Sozialkonflikte, Arbeitskämpfe und Konsumboykott in der Schweiz 1880-1914. In: Gaius, M. & H. Volkmann (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990* (Westdeutscher Verlag: Opladen), S. 233-257.
- Trempler, J. (2008), Die Erfindung der Katastrophe. In: *taz*, 1. Nov. 2008, S. 19.
- Tümmers, H. (1999), *Der Rhein – Ein europäischer Fluss und seine Geschichte* (C.H. Beck: München).
- Ude-Koeller, S. (2004), *Auf gebahnten Wegen: zum Naturdiskurs am Beispiel des Harzklubs e.V.* (Waxmann: Münster u.a.).
- Uekötter, F. (2007), *Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Enzyklopädie deutscher Geschichte* (Oldenbourg: München).
- Uekötter, F. (2009), Das Kyoto-Protokoll, oder: Was lässt sich aus der Geschichte umweltpolitischer Regulierung lernen? In: Masius, P., Sparenberg, O. & J. Sprenger (Hg.), *Umweltgeschichte und Umweltzukunft. Zur gesellschaftlichen Relevanz einer jungen Disziplin* (Universitätsverlag Göttingen), S. 161-172.
- Voss, M. (2006), *Symbolische Formen. Grundlagen und Elemente einer Soziologie der Katastrophe* (Transcript: Bielefeld).
- Waddel, E. (1983), *Coping with Frosts, Governments and Disaster Experts: some Reflections based on a New Guinea Experience and a Perusal of the Relevant Literature.* In: Hewitt, K.(Hg.): *Interpretations of Calamity* (Allan & Unwin: London), 33-42.
- Walter, F. (2010), *Katastrophen. Eine Kulturgeschichte vom 16. bis ins 21. Jahrhundert* (Reclam: Stuttgart).
- Watts, M. (1983), *On the Poverty of Theory: Natural Hazards Research in Context*. In: Hewitt, Kenneth (Hg.): *Interpretations of Calamity* (Allan & Unwin: London), 231-260.
- Weichselgartner, J. (2000), *Hochwasser als soziales Ereignis. Gesellschaftliche Faktoren einer Naturgefahr.* In: *Hydrologie und Wasserbewirtschaftung*, 44 (3), S. 122-131.
- Weichselgartner, J. (2001), *Naturgefahren als soziale Konstruktion : eine geographische Beobachtung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Naturrisiken* (Dissertation: Aachen).
- Weichselgartner, J. (2006), *Gesellschaftliche Verwundbarkeit und Wissen.* In: *Geographische Zeitschrift*, 94 (1), S. 15-26.

- Weingart, P. (2008): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft (Velbrück Wissenschaft: Weilerswist).
- White, G. (1974), Natural Hazards Research: concepts, methods, and policy implications. In: White, G. (Hg.), Natural Hazards. Local, National, Global (Oxford University Press: Oxford u.a.), S. 3-16.
- Winchester, S. (2005), Krakatao (BtB: München).
- Winiwarter, V. & M. Knoll (2007), Umweltgeschichte (Böhlau UTB: Köln, Weimar & Wien).
- Winiwarter, V. & M. Schmid (2008), Umweltgeschichte als Untersuchung sozionaturaler Schauplätze?. In: Knopf, T. (Hg.), Umweltverhalten in Geschichte und Gegenwart (Attempto: Tübingen), S. 158-173.
- Wischermann, C. (1983), Hungerkrisen im vormärzlichen Westfalen. In: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Bd. 1. Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung (Peter Hammer Verlag: Wuppertal), S. 126-148.
- Wisner, B. (2003), Changes in Capitalism and Global Shifts in the Distribution of Hazard and Vulnerability. In: Pelling, M. (Hg.): Natural Disasters and Development in a Globalizing World (Routledge: London), 43-57.
- Wisner, B. (2007), Regions at Risk or People at Risk? How Natural are "Natural" Disaster?. In: Geographische Rundschau 59 (10), 12-20.
- Wisner, B., Blaikie, P. & T. Cannon (2004), At Risk: Natural Hazards, People's Vulnerability and Disasters (Routledge: London).
- Worster, D. (Hg.) (1988), The Ends of the Earth: Perspectives on Modern Environmental History (Cambridge: Cambridge University Press).
- Zeuch, U. (2008), Goethes Sinnggebung des Erdbebens von Lissabon. Zur Funktion der Seismos-Episode im Faust II. In: Lauer, G. & T. Unger (Hg.), Das Erbeben von Lissabon und der Katastrophendiskurs im 18. Jahrhundert (Wallstein: Göttingen), S. 172-187.
- Zwierlein, C. (2009), Die Financial Revolution, die Feuerversicherung des 18. Jahrhunderts und die Umweltgeschichte. In: Kreye, L., Stühling, C. & T. Zwingelberg (Hg.), Natur als Grenzerfahrung. Europäische Perspektiven der Mensch-Natur-Beziehung in Mittelalter und Neuzeit: Ressourcennutzung, Entdeckungen, Naturkatastrophen (Universitätsverlag Göttingen), S. 235-260.